

P
V6:7-12

LIBRARY
JUN 2 1955
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die kommunistische internationale

1925 / HEFT 7

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

F. R.: Das erwachte China / Martynow: Eine Provokation
Karl Kautskys / A. Ch.: Über den Bordigismus / Sorge: Die
wirtschaftliche Depression in Deutschland / Maletzki
Die Vergewaltigung der Theorie und die Theorie der
Gewalt / Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925

Heft 7 Juli

erscheint verspätet Mitte August

I N H A L T

	Seite
F. R.: Das erwachte China	709
Martynow: Eine Provokation Karl Kautskys	722
Dimitrow: Die Lage auf dem Balkan und die Aufgaben der kommunistischen Balkanföderation	741
Roebuck: Nach dem Parteitag der KP Grossbritanniens	761
A. Ch.: Über den Bordigismus	773
Sorge: Die wirtschaftliche Depression in Deutschland	799
Maletzki: Die Vergewaltigung der Theorie und die Theorie der Gewalt	802
Rudas: N. Bucharin, die Akkumulation des Kapitals	810
Lenzner: Wl. Sorin: Die Partei und die Opposition	815

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 1,50
Quartal	" 4,50
Halbjahr und Register	" 9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13,
oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden
auch von jeder Buchhandlung und von den Partei-Kolporteurs entgegengenommen.
Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Hamburg 24 227 oder auf
unser Postscheck-Konto Berlin 45 547

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

F. R.:

DAS ERWACHTE CHINA

Die Ereignisse in China haben den Rahmen des gewöhnlichen politischen Streiks schon gesprengt; doch ist die elementare Brandung der revolutionären Volksbewegung noch nicht so gewaltig, daß man sie eine Revolution nennen könnte.

Der erste in den Pulverturm geworfene Funke, der die jetzige Explosion letzten Endes hervorgerufen hat, war die Ermordung zweier chinesischer Arbeiter durch japanische Aufseher in Schanghai.

Nach der Schanghaier Zeitung „Min-Go-Ji-Bao“ stellt sich dieser Fall folgendermaßen dar:

Als am 15. Mai die Arbeiter des 7. Betriebes der japanischen Textilgesellschaft Naigai Uat Kaischa wie gewöhnlich zur Arbeit erschienen, fanden sie das Fabriktor verschlossen. Ohne Angabe von Gründen teilten die japanischen Aufseher den Arbeitern mit, die Arbeit im Betriebe werde eingestellt. Inzwischen hatte sich vor dem Fabriktor eine große Arbeitermenge angesammelt. Auf die Nachricht von der Arbeitseinstellung verlangten die Arbeiter die Auszahlung des fälligen Lohnes. Als Antwort auf diese gerechte Forderung versuchten die Aufseher die Menge auseinanderzutreiben und schlugen mit eisernen Prügelstöcken wüst auf sie ein. Die Stöcke wurden ihnen von den Arbeitern entrissen, worauf sie ein Feuer aus Revolvern auf die Menge eröffneten. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet und viele verwundet. Infolge der Schießerei verließen die Arbeiter anderer Betriebe, die sich auf dem Hofe derselben Gesellschaft befinden, ihre Arbeitsräume und schlossen sich ihren Kameraden an. Die Administration der Betriebe alarmierte mehrere Polizeiaufgebote, die zusammen mit den Aufsehern auf die Arbeiter ein wildes Feuer eröffneten. Das Ergebnis waren weitere Dutzende Verwundeter. Die Arbeiter nahmen die Toten und Verwundeten mit sich und begaben sich in einem riesigen Zuge zum Gewerkschaftshaus, wo sie den Rat erhielten, die toten und verwundeten Kameraden in die Polizei einzuliefern. Die Menge wandte sich zunächst an das gemischte Gericht, dann an die Polizei. Letzten Endes nahm die Polizei die Toten entgegen und brachte die Verwundeten ins Spital.

Am gleichen Tage beschloß die allgemeine Textilarbeiterversammlung die Streikerklärung und die Aufstellung folgender Forderungen:

1. Entlassung und gerichtliche Verfolgung der zwei japanischen Aufseher, die den Mord verschuldet hatten.
2. Schadenersatz für die verwundeten Arbeiter und die Familien der Toten.
3. Waffenverbot für japanische Aufseher.
4. Einstellung aller früher entlassenen Kameraden.
5. Anerkennung der Gewerkschaftsverbände.

6. Bezahlung der Streiktage.

7. Beibehaltung der Lohnzuschläge, die nach dem Februarstreik von der Administration aufgehoben waren.

8. Bezahlung der Arbeiter in vollwertigen Dollars und nicht in silbernem Kleingeld.

Am nächsten Tage fand eine gemeinsame Sitzung der Schanghaiar Arbeitergewerkschaftsverbände, der Studentenverbände, der Verbände der Angestellten und der Straßenhändler statt. Es wurde ein Kampfkomitee gegen die japanischen Erschießungen gebildet und nach Peking telegraphisch die Forderung übermittelt, wegen der Ermordung chinesischer Arbeiter in Schanghai bei der japanischen Regierung Protest einzulegen. Ein anderes Telegramm ging nach Kanton ab und erbat Hilfe von dem dort tagenden allchinesischen Gewerkschaftskongreß.

Der Charakter der hier aufgezählten Forderungen läßt deutlich ersehen, daß die Bewegung in ihrem ersten Stadium nicht über den Rahmen des ökonomischen Kampfes hinausging. Noch am 15. Mai stellten die Schanghaiar Arbeiter keine politischen Losungen auf. Sogar in der Ermordung der zwei chinesischen Arbeiter durch Söldner des japanischen Kapitals sahen sie noch keinen zwingenden Grund, den Weg des antiimperialistischen Kampfes zu betreten. Die Schanghaiar Arbeiter hielten es für möglich, diesen blutigen Konflikt beizulegen, wenn die japanischen Unternehmer ihnen relative Verbesserungen zubilligten.

Das Leben des chinesischen Arbeiters ist das eines Sklaven. Das wird sogar von parteiischen englischen Quellen nicht geleugnet. Unlängst erschien in England z. B. ein „Blaubuch“, das amtliche Dokumente über die Lage der Arbeiterklasse in China enthält. Das Interesse der englischen Regierung für die Arbeiterklasse Chinas stammt aus der Zeit Macdonalds, der im April 1924 den englischen Gesandten in Peking, Maclay, anwies, mit Hilfe des konsularen Apparats Material über Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsbedingungen in China zu sammeln. Das „Blaubuch“ sieht sich gezwungen, ein überaus düsteres Bild der diesbezüglichen Zustände in China zu entwerfen. In China existiert faktisch keine bürgerliche Gesetzgebung, kein Arbeitsschutz, keine Fabrikinspektion. Der chinesische Arbeiter ist ein rechtloser Sklave, der der grenzenlosen Ausbeutung und der Willkür seines Unternehmers schutzlos preisgegeben ist. Der kürzeste Arbeitstag beträgt 14—15 Stunden. Die sanitären Zustände sind entsetzlich.

Der englische Konsul in Tschifu berichtet:

„Die Zustände in den Seidenwebereien sind entsetzlich. Um die Qualität der Seide zu verbessern, muß in den Räumen heiße und feuchte Luft herrschen. Darum bleiben Fenster und Türen ständig geschlossen. Die Luft ist stickig und voll von Miasmen. Wegen der Hitze tragen die Arbeiter keine Wäsche. Einen Arbeiter aus den Seidenwebereien kann man an der gelblich-blassen Gesichtsfarbe und dem gekrümmten Rücken sofort erkennen. Alle Arbeiter wohnen direkt in den Fabriken. Wer seine Arbeitsschicht noch bei Tage beendet hat, kann in die Stadt gehen, ist jedoch verpflichtet, mit Einbruch der Dunkelheit zurückzukehren. Darum wird nur im äußersten Falle von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht. Nach Arbeitschluß holen die Arbeiter ihre Matten hervor und legen sich dortselbst auf dem Fußboden schlafen.“

„Der chinesische Arbeiter mag noch so arbeitsam sein, sein Arbeitsverdienst und sogar seine persönliche Sicherheit sind ihm nie garantiert“ — schreibt der englische Konsul in Futschou.

Nicht selten wird Zwangsarbeit praktiziert. So berichtet z. B. der englische Konsul in Tschunking folgendes: „Fast täglich kann man sogar im Tschunkinger Hafen Gruppen von Menschen sehen, die aneinandergefesselt sind. Ihre Bestimmung ist, als Transportkulis verwendet zu werden. In Sytschuan trägt kein Soldat seine Sachen selbst, manche lassen sogar ihre Gewehre von Kulis tragen. Diese zur Arbeit befohlenen Kulis erhalten keinen Lohn. Manchmal bekommen sie eine Bescheinigung über geleistete Arbeit ausgestellt, was bei der nächsten Mobilisation ihnen einen Vorteil bietet.“

Aus anderen Quellen wissen wir, daß der Arbeitslohn äußerst niedrig ist. Z. B. beträgt der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters in Schanghai 12—14 Rubel, wobei solche Arbeiterkategorien wie Lastträger, Verlader und die Rikschas nicht über 6—7 Rubel monatlich erhalten.

Nach den neuesten Angaben werden in Schanghai 173 272 Kinder gewerblich beschäftigt. Davon sind 150 662 (ca. 85%) unter 12 Jahre alt (44 741 Knaben und 105 921 — ca. 75% — Mädchen). Der Arbeitslohn der Kinder geht gewöhnlich nicht über 4—5 Rubel monatlich hinaus. Die Lehrzeit, die mitunter 4—5 Jahre dauert, wird überhaupt nicht oder mit wenigen Groschen bezahlt. In den meisten Betrieben wird mit 12stündiger Schicht ununterbrochen gearbeitet. Manchmal beträgt die Schicht 14—15 Stunden mit kurzer Mittagspause. Die Behandlung der Kinder ist eine ganz und gar barbarische: Prügel sind alltägliche Erscheinung. Viele Kinder werden von Vermittlern schonungslos ausgebeutet. Diese Sklavenhalter verhandeln die Kinder und zahlen ihnen nur die Hälfte ihres Arbeitslohnes aus.

„Während der Nachtschicht macht die Schanghaier Fabrik einen unheimlichen Eindruck“ — schreibt die Schanghaier Zeitung „Hyde Weekly“ in ihrem Artikel „Die kleinen Sklaven des Kapitalismus in China“. „In stickigen, halbdunklen, von Staub und Ausdünstungen gefüllten Räumen sieht man halbnackte Männer-, Frauen- und Kindergestalten bei der Arbeit. Oft brechen die Kinder unter der Last der ununterbrochenen Arbeit zusammen, werden ohnmächtig und schlafen auf dem schmutzigen Boden oder in einem Haufen Baumwolle totmüde ein, bis die Fußtritte des Aufsehers sie wieder an die Arbeit treiben. Im Geratter der Maschinen und im Fabrikschmutz stehen reihenweis Körbe mit Säuglingen herum. Ab und zu erwischen die Mütter einen freien Augenblick und stillen ihre Kinder.“ Bei solchen Zuständen nehmen Verkrüppelungen und Gasvergiftungen — besonders in der Streichhölzerproduktion — einen Massencharakter an.

Und da finden sich nun im „zivilisierten“ England gelehrte Publizisten, die in den „Times“ folgende Korrespondenzen aus Peking bringen: „Ein gewisses Erstaunen wurde dadurch hervorgerufen, daß Herr Chamberlain so ausdrücklich bei den hiesigen Arbeitsbedingungen verweilte, wobei er hauptsächlich die ausländischen Betriebe im Auge hatte. Eine solche Frage besteht hier jedoch nicht . . . Das Problem der Kinderarbeit wurde in Schanghai wiederholt aufgerollt, und alle ausländischen Fabriken sind bereit, Einschränkungsbestimmungen anzunehmen, unabhängig davon, ob die Chinesen es wollen oder nicht. Die Wahrheit jedoch ist, daß die Kinderarbeit in

China eine allgemeine ist. Sobald die Kinder laufen können, wird von ihnen erwartet, daß sie die Arbeit der älteren teilen. Zwar ist der Arbeitstag lang, aber die Arbeit ist leicht, und überstürzte Veränderungen würden nur die häuslichen Beziehungen komplizieren und den Eltern schlimmste Entbehnungen aufbürden. In allen kleinen chinesischen Betrieben sind gewöhnlich die Zustände für das Kinderleben verheerend, doch von Forderungen nach Gesetzgebung in dieser Frage ist gar keine Rede.“ („Times“ vom 22. Juni 1925, S. 14, Artikel: „Die Lage in China“). Die „Times“ verteidigen sehr gut die Interessen der englischen Großbourgeoisie. Ungeachtet der verschämten Vorbehalte ist die Zeitung im Grunde für die unbeschränkte Ausbeutung der Kinder.

Die auf ökonomischer Grundlage entstandene Bewegung der Schanghaier Arbeiter hätte nicht ihren jetzigen gewaltigen Schwung erreicht, wenn nicht folgende Ereignisse in Tsindao dazugekommen wären.

In Tsindao, wo alle Betriebe fast ausschließlich in japanischen Händen konzentriert sind, standen noch seit Mitte April 10 000 Arbeiter im Streik. Die Streiklosungen waren u. a.: 1. Aufhebung der Prügelstrafe; 2. Lohnerhöhung; 3. wöchentliche Arbeitsruhe; 4. Einführung des Achtsturentages für Kinder und Jugendliche.

Die Textilarbeiter in Tsindao hatten also durchaus gemäßigte Forderungen aufgestellt. Schon allein diese wirtschaftliche Kampfplattform zeigt das niedrige Lebensniveau der chinesischen Arbeiter. Die von ihnen erhobenen Forderungen bleiben ihrem Maßstab nach bedeutend hinter jenen zurück, die vor 20 Jahren die russischen Arbeiter in der ersten russischen Revolution aufstellten.

Am 9. Mai sahen sich die Tsindaoer Kapitalisten gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Einige Zeit nach der formellen Übereinkunft stellte es sich aber heraus, daß die japanischen Unternehmer die von ihnen akzeptierten Bedingungen sabotierten. Diese Annullierung des Übereinkommens ist der japanischen Regierungspolitik zuzuschreiben. Die japanische Regierung hatte ihre Agenten und Konsuln instruiert, Maßnahmen gegen die Streikenden zu treffen und den Kontakt mit anderen Staaten herzustellen, falls der Streik auf die Unternehmungen dieser Staaten übergreifen sollte. Die Nichteinhaltung des Abkommens seitens der Kapitalisten versetzte alle Textilarbeiter Tsindaos in heftigste Erregung. Die Spannung nahm noch mehr zu, als am 25. Mai die Unternehmer der drei unruhigsten Fabriken (Dainipon, Taikana und Nischin) ihre Betriebe mit etwa 300 Polizisten besetzten. Die Arbeiter nahmen den Streik wieder auf. Als Antwort darauf proklamierten die japanischen Imperialisten die Aussperrung von 7000 Arbeitern und ließen aus Port-Arthur zwei Zerstörer und einen Kreuzer kommen. In zwei Betrieben waren die Arbeiter schon bereit, auf Gnade und Ungnade zu kapitulieren, aber die Arbeiter der dritten Fabrik folgten nicht dem Beispiel ihrer Kameraden und weigerten sich kategorisch, den Kampf abzubrechen. Um sie zur Rückkehr an die Werkbänke zu zwingen, machte die japanische Polizei von der Waffe Gebrauch, wobei 2 chinesische Arbeiter getötet, 20 verwundet und 30 Mann verhaftet wurden. Schon am nächsten Tage gelangte die Nachricht von dieser blutigen Vergewaltigung friedlicher und unbewaffneter Streikenden durch die japanischen Ausbeuter nach Schanghai. Erregt schon durch die Ereignisse am 15. Mai, ent-

flamnte die Arbeiterklasse dieser Zweimillionenstadt in Klassensolidarität und organisierte zusammen mit Studierenden von 23 Lehranstalten eine Protestdemonstration gegen die neuen japanischen Morde. Kaum hatte aber der Demonstrationszug die im Zentrum der Stadt gelegene Nankinger Straße erreicht, als sich ihm englische Polizei entgegenstellte und die Demonstranten mit einem Hagel von Gewehrknugeln empfing. 15 Personen waren auf der Stelle tot und 30 wurden schwer verwundet. Diese sinnlose Niedermetzelung von Arbeitern und von Studenten rief in China eine gewaltige Welle allgemeiner Empörung hervor. Wie der Aufruf der Exekutive der Komintern mit Recht erwähnt, entsprechen diese Erschießungen ihrer politischen Bedeutung nach dem russischen 9. Januar 1905. Durch die nächstfolgenden Erschießungen in Hankou und Kanton wurde das Feuer noch mehr geschürt. Der Zynismus der ausländischen Räuber kam in der Aussage des Chefs der englischen Polizei in Schanghai, Everson, genügend zum Ausdruck. Offen erklärte Everson dem gemischten Gericht: „Ich hatte Befehl, von der Waffe nur im äußersten Falle Gebrauch zu machen, in diesem Falle aber schonungslos durchzugreifen.“

Der chinesische Arbeiter überzeugte sich mit eigenen Augen davon, wie sich in Wirklichkeit die Imperialisten zu den werktätigen Massen seines Landes verhalten. Dieser Anschauungsunterricht trug in bedeutendem Maße zur Klärung des revolutionären Selbstbewußtseins der chinesischen Arbeiter bei. Durch ihre Salven haben die englischen und japanischen Imperialisten breite Volksmassen Chinas mit weit größerem Erfolg in Bewegung gebracht, als es selbst die beredtesten Agenten der Komintern vermocht hätten. Das Ergebnis war, daß die Bewegung, die mit einem einfachen wirtschaftlichen Streik begonnen hatte, in die breite Arena des politischen Kampfes mündete und Auge in Auge mit dem grausamen Unterdrücker des chinesischen Volkes — dem internationalen Imperialismus — zusammenstieß. Am 31. Mai fand in Schanghai vor dem Gebäude der Handelskammer ein gewaltiges Meeting statt. Schon in dieser Massenversammlung wurden unter Beteiligung von Arbeitern und Studenten folgende politische Forderungen ausgearbeitet, die als Losungen der ersten Etappe der Bewegung dienten:

1. Aufhebung der ungleichen Verträge.
2. Rückgabe aller ausländischen Konzessionen an China.
3. Entlassung der gesamten ausländischen Polizei und ihre Ersetzung durch chinesische.
4. Übergabe der Schanghaier Kommunalverwaltung an China.
5. Freilassung der Verhafteten.

Die chinesische Bewegung gewinnt also schon seit dem 31. Mai deutliche Züge eines politischen Kampfes, der auf die nationale Befreiung Chinas vom Joche der imperialistischen Unterdrückung gerichtet ist. Die letzten Ereignisse geben uns klare Antwort auf die Frage: Wer wird die leitende Grundkraft der nationalen Befreiungsbewegung Chinas sein? Denn im Lichte der letzten Ereignisse wird es klar, daß die Hegemonie in der sich entfaltenden Bewegung immer mehr und mehr der Arbeiterklasse zufällt. Das chinesische Proletariat führt den Kampf nicht von den anderen Bevölkerungsschichten isoliert, sondern im Gegenteil zusammen mit ihnen, gestützt auf sie. Der

Unterschied der chinesischen Befreiungsbewegung von der revolutionären Bewegung Rußlands und der anderen europäischen Länder ist der, daß die Spitze des Kampfes hier nicht gegen die eigene Regierung, sondern gegen den internationalen Imperialismus gerichtet ist. Darum vereinigen sich im Kampfe gegen die ausländische Unterdrückung nicht nur die Arbeiter und die Bauern und nicht nur die werktätige Intelligenz, sondern auch verschiedene Kategorien des kleinen und mittleren Bürgertums. In die Bewegung wurden bereits Universitäten, Handelskammern und chinesische Banken hineingezogen. In der großen französischen Revolution erklärte der Abbé Sieyès in feierlichster Weise: „Der dritte Stand, das ist die gesamte Nation.“ Man kann sagen, daß in China die nationale Befreiungsbewegung jetzt tatsächlich die gesamte Nation umfaßt, mit Ausnahme eines kleinen Häufleins von Militaristen, Kompradoren und Großkaufleuten, die mit dem ausländischen Kapital wirtschaftlich eng verbunden sind. Obwohl die Pekinger Regierung Tuan Tsi Jui unter direkter und unmittelbarer Einwirkung der imperialistischen Diplomaten steht, fordert sogar sie die Aufhebung der ungleichen Verträge. Gerade die ungleichen Verträge sind die Fesseln, mittels derer der ausländische Kapitalismus die Werkstätigen Chinas in Sklaverei hält.

Der Schwung der Bewegung ist gegenwärtig so gewaltig, daß sogar die chinesische Regierung dieser mächtigen Welle nachgeben muß. Um nicht die letzten Reste ihres Prestiges zu verlieren, ist die Regierung gezwungen, mit dem Strom zu schwimmen. Die Regierung Tuan Tsi Jui macht diese antiimperialistische Geste mit der gleichen unnachahmlichen Grazie, mit der seinerzeit eingefleischte russische Monarchisten sich gezwungen sahen, sich nach der Februarrevolution republikanisch und revolutionär zu gebärden. Und je mehr sich die zunehmende Bewegung entfalten wird, eine desto kleinere Rolle wird die Regierung Tuan Tsi Jui bei den politischen Geschicken des Landes spielen.

Die Bewegung in China findet gegenwärtig ihren Ausdruck in der kombinierten Form des Boykotts und des Streiks. Mit welchen Methoden wird der Boykott durchgeführt? Antwort auf diese Frage geben folgende Vorschläge eines Schanghaier Flugblattes:

1. Dient nicht in englischen Häusern, Geschäften und Fabriken.
2. Benutzt keine Banknoten englischer Banken; überweist keine Gelder durch englische Banken; deponiert solche nicht in ihnen.
3. Kauft keine englischen Waren; befördert chinesische Waren nicht mit englischen Dampfern; benutzt keine englischen Versicherungsgesellschaften.
4. Arbeitet nicht auf englischen Dampfern als Mechaniker, Matrosen usw.
5. Benutzt keine englischen Dampfer, Autos, Straßenbahnen.
6. Lernt nicht in Schulen, die von Engländern gegründet sind.
7. Wendet euch nicht an englische Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure usw.
8. Verkauft keine chinesischen Waren an Engländer.

Bemerkung: Seid vorsichtig in der Fremdenniederlassung, mißhandelt und beschimpft gegenwärtig die Engländer in der Niederlassung nicht.

Im Boykott findet die Empörung des chinesischen Volkes über die fremdländischen Unterdrücker ihren Ausdruck; dabei ist der Boykott der fühlbarste Schlag auf die Taschen der ausländischen Kapitalisten. Der größte

Schaden wird den Imperialisten durch den Waren- und den Finanzboykott zugefügt. Die chinesischen Sparer, die laufende Konten bei ausländischen Banken besitzen, fordern ihr Geld zurück. Die Geschichte wiederholt sich. In China wiederholen sich die russischen Ereignisse vom Oktober 1905, als der Arbeiterdeputiertenrat die Sparer aufforderte, das zaristische Selbstherrschersystem in seinen Finanzen zu treffen und die Einlagen in Banken und Sparkassen zurückzufordern. Ebenso, wie damals in Rußland, verweigern auch die chinesischen Sparer die Annahme von Papiergeld und verlangen die Rückzahlungen in vollwertigem Silber. Und da es in den Banken sehr wenig Silber gibt, so wissen englische Zeitungen zu berichten, daß manche ausländischen Banken in China kein Silber mehr besitzen. Das zeigt, daß die Banken am Rande des Abgrundes stehen. Der materielle Schaden, den die Streikbewegung den Imperialisten zufügt, ist gleichfalls unermeßlich. In Schanghai ist das gesamte Hafen- und Handels- und Industrieleben vollständig lahmgelegt.

Im Laufe des Juni streikten in diesem wichtigen Hafen 115 Unternehmen, davon 89 japanische (mit 63 000 Arbeitern), 26 englische (36 000 Arbeiter), 35 anderer Staaten (27 000 Arbeiter), 8 Kommunalunternehmen (4000 Arbeiter) und 11 chinesische (26 000 Arbeiter). Außerdem lagen im Hafen 43 Dampfer fest. Außer den Fabrikarbeitern traten dem Streik zahlreiche Handwerker, Maurer, Maler, Kommunalarbeiter und Buchbinder der ausländischen Betriebe bei. Sogar unorganisierte, ungelernete Arbeiter — die Kulis und Rikschas — sind in den gewaltigen Streik hineingezogen. Allein in Schanghai streiken etwa 250 000 Arbeiter.

In Hongkong, dieser englischen Feste am Stillen Ozean, ist das gesamte kommerzielle Leben faktisch zum Stillstand gekommen. Durch den Streik der Besatzungen der Ozeandampfer ist der Handel des Stillen Ozeans paralytisiert. Der Streik hat sich auf die Straßenbahner und die Hotelangestellten ausgedehnt. Englische Offiziere und hohe Beamte gehen als Streikbrecher. Gepflegte englische Aristokratinnen, die körperliche Arbeit ihr Leben lang gemieden haben, gehen als Köchinnen und Abwaschfrauen. Aus Schanghai wurden nach Hongkong 234 russische Weißgardisten verschrieben, die die Besatzungen der festgelegten englischen und amerikanischen Dampfer ersetzen sollen. Sogar die aus bürgerlichen Familien stammenden Pfadfinder werden als Telegrammboten usw. verwendet.

Die Streikbewegung greift in stürmischer, unaufhaltsamer Progression um sich. Wenn ursprünglich der Streik nur Tsindao und Schanghai erfaßte, so hat er sich jetzt auch auf andere Industriezentren ausgedehnt. Es gibt in China buchstäblich keine Fabrikstadt, wo sich der Streik in dieser oder jener Form nicht den Weg gebahnt hätte. Außer dem Proletariat beteiligen sich an dem nationalen Streik auch Studenten, Kaufleute und Angestellte verschiedener Betriebe.

Dabei erkennt das kleine und mittlere Bürgertum die führende Rolle der Arbeiterklasse an, was durch folgende Tatsache genügend bewiesen wird:

Nach einer Reihe von Diskussionen erlaubten die Schanghaier revolutionären Organisationen den chinesischen Kaufleuten, am 26. Juni ihre Geschäfte und Banken aufzumachen, jedoch unter Einhaltung folgender Bedingungen:

1. Die Einstellung des Kaufleute-Streiks betrifft in keiner Weise den Streik der Arbeiter; die Handelskammer verpflichtet sich, die streikenden Arbeiter materiell zu unterstützen.

2. Die Händler sind verpflichtet, an ihren Geschäften weiße Trauerfahnen mit antiimperialistischen Losungen anzubringen.

3. Sie unterzeichnen die Verpflichtung, englische und amerikanische Lager zu boykottieren.

Die Führung des Streiks liegt in den sicheren Händen der proletarischen Organisationen. Obwohl die Kaufleute seit dem 26. Juni am Streik nicht mehr beteiligt sind, erfolgte ihre Entbindung von der Bürgerpflicht organisiert, auf Grund streng bestimmter Bedingungen, mit Wissen und Einwilligung der Arbeiter. Die Schanghaier Handelskammer hat den streikenden Arbeitern eine monatliche Hilfe von 800 000 Dollars bereits garantiert. Das kleine und mittlere Bürgertum, das auf Seiten des Proletariats steht, unterordnet sich auf diese Art den Weisungen des letzteren und erkennt die Hegemonie des Proletariats in dem großen Befreiungskampf an.

Im Prozeß der zunehmenden Streikbewegung bildete sich in Schanghai der Gewerkschaftsrat. Dieser Rat nahm faktisch die Pflichten eines Streikkomitees auf sich, doch eignet er sich außerdem offen solche Funktionen an, die in russischen Verhältnissen der Arbeiterdeputiertenrat ausübte. Auf einer Delegiertenversammlung des Schanghaier Gewerkschaftsrates ist folgendes beschlossen worden:

1. Vertreter von Arbeiterverbänden zur Kontrolle über die Tätigkeit der chinesischen Textilunternehmungen abzukommandieren, die im Zusammenhang mit der getroffenen Vereinbarung die Arbeit aufnehmen.

2. Den chinesischen Unternehmungen, die die Arbeit aufnehmen, zu verbieten, Aufträge von Ausländern entgegenzunehmen.

3. Den Arbeitern der wiedereröffneten chinesischen Betriebe vorzuschlagen, von ihrem Lohn Beiträge zum Streikfonds abzuführen.

Der erste Punkt dieses Beschlusses bedeutet seinem Wesen nach, daß der chinesische Gewerkschaftsrat in Schanghai die Verantwortung der Arbeiterkontrolle über die Produktion übernimmt, d. h. die Losung verwirklicht, die die russische bolschewistische Partei im Jahre 1917 aufstellte. Die Kontrolle über die Produktion ist nichts anderes als ein Versuch zur Regulierung des Wirtschaftslebens, als Ausdruck der Macht auf dem Gebiete der Ökonomik, als Hineintragung einer bewußten, planmäßigen Leitung in die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Der Schanghaier Gewerkschaftsrat zeigt dadurch die Tendenz, sich in einen Arbeiterdeputiertenrat zu verwandeln, der den ökonomischen und politischen Kampf leitet. Freilich strebt er noch nicht zur Ergreifung der politischen Macht, er führt noch nicht den Kampf um die Macht, aber er hat schon aufgehört, eine reine Berufsorganisation zu sein, und ist sogar über den Rahmen des Streikkomitees hinausgegangen. Allmählich beginnt er ein Organ zu werden, das faktisch die Funktionen der Macht verwirklicht.

Die Bauernschaft wird in China als in einem vorwiegenden Agrarland eine gewaltige Rolle spielen. Gegenwärtig beginnt die Hineinziehung dieser Bauernschaft in die nationale Befreiungsbewegung. Dem verstorbenen Sun Yat Sen war es gelungen, in Südchina ca. 200 000 Bauern unter der Fahne

der Gomindan-Partei zu sammeln. Diese ganze 200 000 Mann starke Armee trat unlängst der Bauerninternationale bei.

Die Schanghaier Zeitung „Min Go Ju Bao“ teilt in einer Korrespondenz aus Kanton folgende äußerst wichtige Resolution mit, die Anfang Mai vom Kongreß der Bauernverbände der Provinz Kuantung angenommen worden ist. Nach dem Referat über die politische Lage in China hat der Bauernkongreß folgendes beschlossen:

1. Als Losung aufzustellen: den Kampf gegen den internationalen Imperialismus und die chinesischen Militaristen, sowie gegen das Wucherbauern-tum und die Bürokratie im Dorfe.

2. Einen Aufruf an alle Bauern Chinas zu erlassen mit der Aufforderung zur Organisierung von Bauernverbänden und zur Unterstützung der nationalen Revolution.

3. Die Bauernschaft zur Vereinigung mit den Arbeitern und den revolutionären Soldaten aufzurufen, in der Erkenntnis, daß die Befreiung der Bauern von dem Erfolg des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Volksfeinde abhängt.

4. In der Erkenntnis, daß die Bauernbewegung in China ein Teil der internationalen Bauernbewegung ist, sich der Bauerninternationale anzuschließen.

5. Die revolutionäre Plattform der Gomindan-Partei anzuerkennen, aber angesichts dessen, daß in der Partei konterrevolutionäre Kompradoren-Elemente vorhanden sind, das Zentralkomitee aufzufordern, die Partei von unerwünschten und der Revolution feindlichen Elementen zu säubern.

6. Zwecks Verteidigung der Bauerninteressen die Teilnahme der Bauernverbände an den Staatsinstitutionen zu erstreben und zu fordern, daß die Verbände in allen Regierungsorganen (Provinzial-, Bezirks- und Dorforgane) vertreten sind, in den gesetzgebenden sowohl als auch in den administrativen.

7. Eine Bauernarmee zu organisieren. Zu diesem Zweck bewaffnete Abteilungen in den Verbänden zu bilden.

Auf diesem Kongreß der Bauernverbände vertraten 150 Delegierte 22 Verbände.

Die obige Resolution bedeutet eine außerordentlich wichtige Wendung in der Bauernbewegung Chinas. Die Bauernschaft tritt offen gegen den Imperialismus auf. Sie beginnt, sich Rechenschaft zu geben über den ungeheuren politischen Sinn, der in ihrer Vereinigung mit den Arbeitern und den revolutionären Soldaten liegt. Sie erkennt sich zum erstenmal als einen Teil der internationalen kämpfenden Bauernschaft. Sie erklärt sich offen für die Unterstützung der Gomindan-Linken. Besondere Aufmerksamkeit verdient der 6. und 7. Punkt der Resolution.

§ 6 bringt zum Ausdruck, daß die Bauernschaft zwecks Vertretung ihrer Interessen die Teilnahme an den Machtorganen der revolutionären Kantoner Regierung anstrebt.

Im § 7 wird offen die Frage der Bewaffnung aufgerollt, der Schaffung einer Bauernarmee zur Verteidigung der Errungenschaften gegen die Militaristen. Alle diese Tatsachen zeugen davon, daß das politische Bewußtsein der chinesischen Bauern gewaltig zugenommen hat. Allerdings ist dieser Beschluß von Bauern gefaßt worden, die aus der fortgeschrittensten, re-

volutionärsten Provinz — dem hauptsächlichsten Einflußgebiet der Gomindan-Partei — stammen, doch entwickelt sich auch in anderen Teilen Chinas die Bauernmassenbewegung in höchst bedeutsamer Weise.

Zahllose Zollgrenzen im Innern des Landes, das Salzmonopol, der Landmangel, hohe Pachtzinsen, der Umstand, daß sich die großen Grundbesitzer die besten Bewässerungskanäle, von denen die ganze Landwirtschaft Chinas abhängt, angeeignet haben — all das erzeugt unter den chinesischen Bauern heftigste Unzufriedenheit und spornt die Bauernbewegung an.

Der chinesischen Bauernwirtschaft bringt der ununterbrochene Bürgerkrieg der chinesischen Militaristen schwere Leiden. Durch ewige Mobilisationen saugen diese Generale die Arbeitskraft der Bauernschaft aus, legen ihr schwere Kontributionen auf und vergeuden erbarmungslos die armseligen Mittel der Bauern.

Der gefährlichste Feind der nationalen Befreiungsbewegung ist gegenwärtig der Militärdiktator der Mandschurei, der General Tschang Tso Lin. Er wird von den Japanern und in letzter Zeit auch von England unterstützt und hat sich als ausgesprochen reaktionärer Faktor entpuppt. In der Mandschurei hat er sogar Geldsammlungen für die streikenden Arbeiter verboten, unter dem Vorwand, daß dies einen schlechten Eindruck auf die englischen und japanischen Konsuln machen würde. Aus denselben Gründen verbietet er Versammlungen russischer und chinesischer Arbeiter in der neutralen Zone der Ostchinesischen Eisenbahnlinie. Seinen Sohn Tschang Su Lian schickte er mit 4000 Mann nach Schanghai, wo dieser alle Meetings, Demonstrationen und auch den Arbeiterklub verbot.

Die englisch-japanischen Imperialisten warten nur auf einen günstigen Augenblick, um Tschang Tso Lin nach Peking kommen zu lassen, da die nachgiebige Politik Tuan Tsi Juis die englischen und japanischen Imperialisten nicht befriedigt. Das Eintreffen Tschangs in Peking würde den Beginn des blutigsten weißen Terrors bedeuten. Auch würde sofort eine richtige Front zwischen seinen Truppen und jenen seines hauptsächlichsten Antagonisten, des Generals Fyn Jui Sjan, entstehen, dessen Hauptquartier sich einige Fahrtstunden abseits von Peking befindet. Im Gegensatz zu Tschang, hat Fyn Jui Sjan in einem Artikel im „Workers Weekly“ offen Stellung gegen die Imperialisten genommen. Seine Popularität bei den Massen ist ebenso groß wie der Haß des Volkes gegen Tschang Tso Lin. In der bevorstehenden bewaffneten Auseinandersetzung zwischen diesen Generalen wird letzten Endes nicht so sehr das militärtechnische Kräfteverhältnis entscheiden als ein anderer Faktor, nämlich die Gefolgschaft der Massen. Trotz verhältnismäßiger Überlegenheit Tschang Tso Lins hat darum Fyn Jui Sjan beträchtliche Aussichten, in diesem Kampfe Sieger zu bleiben.

Außerdem steht Fyn Jui Sjan nicht allein: er kann auf die Unterstützung der Gomindan-Armeen Sun Jos und der Truppen des verstorbenen Vertreters der Kantoner Regierung, Hu Tsin y Jui Wei, rechnen.

Während Tschang Tso Lin in Mukden und Schanghai wütet und sich zum Diktator von Peking vorbereitet, beginnt auch der General der Provinz Hubei, Sao Jao Nan, ein leidenschaftlicher Anhänger des gestürzten Wu Pei Fu, sein konterrevolutionäres Gesicht zu zeigen. Auf Verlangen der Engländer ermordete er acht Führer der antiimperialistischen Bewegung,

verhaftete das „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte“ und ließ den Leiter des Komitees Sjao Ju erschießen. Gleichzeitig erließ er Haftbefehle gegen die Führer des Eisenbahnerstreiks von 1923.

Verständlicherweise trachten die internationalen Imperialisten die chinesischen Ereignisse in ihrer Presse als eine Bewegung darzustellen, die gegen alle Ausländer schlechthin gerichtet sei. Der Zweck dieser Übung ist, die gegenwärtige Bewegung dem Boxeraufstand von 1900 gleichstellen und auf diese Weise kompromittieren zu können. A. a. versuchen sie diese Beschuldigung durch die Tatsache zu beweisen, daß an einigen öffentlichen Orten Chinas die alten Schilder: „Hunden und Chinesen Eintritt verboten“ auf neue Art umgemalt sind und also lauten: „Hunden und Engländern Eintritt verboten.“ Aber es ist doch jedem klar, daß, wenn die chinesischen Werk tätigen in diesem Zusammenhang von Engländern sprechen, sie die englischen Imperialisten und nur diese allein meinen. Als offensichtliche Widerlegung der Legende von einer angeblichen Fremdenfeindlichkeit der Chinesen dient die brüderliche Einladung an den Generalrat der englischen Trade-Unions, in der chinesische Eisenbahner den englischen Trade-Unions vorschlagen, eine Delegation nach China zu entsenden, damit diese sich mit eigenen Augen von der Brutalität der englischen Imperialisten überzeugen könne.

Das oben angeführte Boykott-Flugblatt ermahnt ausdrücklich zur Vorsicht in der Fremdenniederlassung. Diese Mahnung, in der Mißhandlungen und Beschimpfungen der Engländer verworfen werden, zeigt deutlich das klarbewußte Verhalten der chinesischen Werk tätigen zur Sache. In der Tat wäre irgendwelche Gewaltanwendung gegen die Ausländer im gegenwärtigen Moment nur Wasser auf die Mühle der Imperialisten. Ein solcher Fall würde ihnen ein willkommenen Anlaß zu Truppenlandungen, zu neuen Erschießungen und zur Intervention sein. Darum haben die chinesischen Arbeiter und Studenten tausendmal recht, wenn sie ihre Mitbürger zur doppelten Vorsicht in bezug auf Personen ausländischer Staatsangehörigkeit auffordern.

Es wäre falsch, zu meinen, daß die Bewegung ihre Ausdehnung nur einer spontanen Gefühlsaufwallung zu verdanken habe. Der erstaunlich zähe Kampf der chinesischen Werk tätigen ist in bedeutendem Maße auf die organisierte Leitung der Massen zurückzuführen. Wir sagten schon von dem Schanghaier Gewerkschaftsrat, daß er mit den Pflichten eines Streikkomitees und zum Teil sogar mit denen eines Arbeiterdeputiertenrates glänzend fertig geworden ist. Doch die Hauptrolle bei der Führung der Massen spielen die politischen Parteien: die Gomindan-Partei und die Kommunistische Partei Chinas.

Die Gomindan-Partei ist eine volksrevolutionäre Partei, gegründet bereits im Jahre 1911 durch Sun Yat Sen. Erst seit Januar 1924 nimmt sie eine entschlossene antiimperialistische Kampfposition ein.

Das hauptsächlichste Einflußgebiet der Gomindan-Partei ist Südchina: die Provinz Kuantung mit der Hauptstadt Kanton. Doch hat in den letzten Monaten die Partei es verstanden, auch in Nord- und Zentralchina beträchtlich an Boden zu gewinnen. Die chinesischen Kommunisten gehören der Gomindan-Partei an und arbeiten in ihren Reihen. Auf diese Weise ist die Gomindan-Partei keine Partei in unserem Sinne, sondern ein

volksrevolutionärer Block. Dabei gehen die Kommunisten in der Gomindan-Partei nicht auf, sondern im Gegenteil, sie treten offen als festgefügte Gruppe mit bestimmten kommunistischen Ansichten auf und haben innerhalb der Partei einen bestimmenden Einfluß.

Es wird mitunter versucht, die Kommunisten als einen linken Flügel der Gomindan-Partei hinzustellen, was natürlich falsch ist. So wenig wie die Arbeiterklasse ein linker Flügel der Bourgeoisie sein kann, können auch die Kommunisten eine, und wäre es die allerrevolutionärste, Fraktion einer Partei des Kleinbürgertums sein.

Die chinesischen Kommunisten sind die Avantgarde der Arbeiterklasse, die sich aus taktischen Erwägungen mit dem radikalen, antiimperialistischen Kleinbürgertum zu einem Block verbindet, dadurch aber keineswegs zum „linken Flügel“ der kleinbürgerlichen Partei wird.

Doch hat die Gomindan tatsächlich ihre Linken und Rechten. Die Linken, das sind die orthodoxen Anhänger der Politik des verstorbenen Sun Yat Sen; sie sind sich dessen bewußt, wie notwendig der Kampf gegen die Imperialisten, wie zweckmäßig der Block mit den Kommunisten und von welcher ungeheuren politischen Bedeutung das Bündnis der chinesischen werktätigen Massen mit dem Weltproletariat ist. Im Gegensatz dazu predigt der rechte Flügel der Gomindan die „Versöhnung“ mit den Imperialisten. Er ist für den Bruch mit den Kommunisten und für deren Ausschluß aus der Partei.

Die Gomindan-Linken sind für die Einberufung des nächsten Parteitagess nach Kanton, nach dieser alten Ausgangsbasis der revolutionären Bewegung. Dagegen schlagen die Rechten Peking vor, wo sich mehr der Einfluß der Imperialisten spüren läßt.

Wie dem auch sei, die Spaltung der Gomindan oder, richtiger gesagt, der Abfall ihres rechten Flügels ist unvermeidlich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwei gleichzeitige Parteitage stattfinden — der Parteitag der Linken in Kanton und der der Rechten in Peking.

Die Aufgabe der jungen Kommunistischen Partei Chinas ist, den Augenblick der Spaltung nach Möglichkeit hinauszuschieben und das Menschenmögliche zu tun, um die Mehrheit der Gomindan unter kommunistischem Einfluß zu behalten.

Die chinesische Kommunistische Partei ist noch zahlenmäßig schwach und in Kämpfen noch wenig geschult. Dabei sieht sie sich schon der schwersten und verantwortungsvollsten Aufgabe gegenübergestellt — der Führung einer gewaltigen Massenbewegung. Das ist die beste Methode zur Bolschewisierung der Partei. Und in der Tat tut die chinesische Partei ihre Pflicht ausgezeichnet. Sie ist mit den Massen eng verknüpft und leitet sie sowohl unmittelbar als auch durch die Gomindan-Partei. Alle von der Kommunistischen Partei und der Gomindan erlassenen Manifeste und Aufrufe sind von der Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblicks durchdrungen und entsprechen voll und ganz den Bedürfnissen und Nöten der Bewegung. Es ist erstaunlich, wie die junge Partei, die noch keine genügenden Erfahrungen besitzt, vollkommen richtige Losungen aufstellt, die in der Tat geeignet sind, an die brennendsten Nöte der Massen anzuknüpfen und die Bewegung auf eine höhere Stufe zu heben.

Die Kommunistische Partei ist sich dessen bewußt, daß die Basis ihres Einflusses, ihre Reserven die Gewerkschaften sein müssen. Anfang Mai

fand in Kanton der zweite allchinesische Gewerkschaftskongreß statt, auf dem unter anderen politisch wichtigen EntschlieBungen auch der Beschluß gefaßt wurde, sich der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen.

Jedenfalls fördert die gegenwärtige Bewegung in vollem Umfange das organisatorische Wachstum und die Festigung der Gewerkschaften und der Partei.

Wie die Bewegung auch auslaufen sollte, die Partei und die Gewerkschaften werden aus ihr verstärkt und organisatorisch gefestigt hervorgehen. Im Verlauf der Ereignisse lernt die Arbeiterklasse Chinas die Bedeutung der Gewerkschaften und der Partei begreifen. Es versteht sich von selbst, daß die chinesische Arbeiterklasse ihre Hegemonie nur durch ihre Klassenpartei — die Kommunistische Partei — verwirklichen kann.

A. MARTYNOW : EINE PROVOKATION KARL KAUTSKYS

I. Karl Kautsky und Fedor Dan

Anfang 1925 hat Karl Kautsky im Bureau der II. Internationale ein so schmähliches und provokatorisches Referat über „Die Internationale und Sowjetrußland“ gehalten, daß selbst die russischen Menschewiki, in der Person Dans, genötigt waren, auf der ganzen Linie zu opponieren, und denn auch den Resolutionsentwurf Kautskys auf der Sitzung des Bureaus zu Fall brachten. Kautsky beruhigte sich indes dabei nicht und gab das Referat in seinem eigenen Namen im Verlag von Dietz heraus: (Karl Kautsky: „Die Internationale und Sowjetrußland“, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin 1925), und Fedor Dan antwortete ihm in Nr. 11—12 des „Socialistitscheskiwjestnik“ (das in Berlin erscheinende Zentralorgan der russischen Menschewiki) vom 20. Juni 1925 in seinem Artikel: „Kautsky über den russischen Bolschewismus.“ Wir bringen im folgenden die Hauptthesen jenes herostratischen Kautskyreferats, sowie der Entgegnung des Führers der russischen Menschewiki, Fedor Dans. Karl Kautsky schreibt:

„Bereits am Tage ihrer (d. i. der I. Internationale) Begründung, am 28. September 1864, proklamierte Marx in der Inauguraladresse „die Pflicht der Arbeiterklasse“, sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufzulehnen gegen „die ungeheuerlichen und widerstandslos ertragenen Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg ist, und deren Hände in jedem Kabinett Europas sind“. (S. 5.) „Seit dieser Zeit“, sagt Kautsky, „sind zwei Menschenalter verflossen . . ., aber wiederum sitzt in Rußland eine „barbarische Macht“, die sich hohnlachend über die „einfachen Gesetze der Moral und des Rechts“ hinwegsetzt . . . Geändert hat sich nur, daß . . . „diese barbarische Macht“ ihr Haupt nicht mehr in Petersburg hat, sondern in Moskau, weiter weg von Europa und näher zur Tatarci, und daß „deren Hände“ nicht so sehr „in jedem Kabinett“ als vielmehr in jeder proletarischen Bewegung nicht bloß Europas, sondern der Welt im Spiele sein möchten.

Diese Unterschiede werden begreiflich durch die verschiedene Art des Ursprungs des zaristischen und bolschewistischen Absolutismus . . . Jedoch wir haben unsere Politik nicht nach dem einzurichten, was war, sondern nach dem, was ist.“ (S. 5 u. 6.)

Und in Rußland ist die gleiche „barbarische Macht“, gegen die Marx einstmals die Arbeiter der ganzen Welt zum Kampf aufgerufen hat.

Auf diese Einleitung des gewissenhaften Marx-„Kommentators“ folgt eine ebenso gewissenhafte Charakteristik der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht. Hört, russische Arbeiter, wie es um die ökonomische Lage eurer Republik in der Phantasie Kautskys bestellt ist:

„Als aber die Kapitalisten und Großgrundbesitzer ausgerottet, die wirklichen Weißgardisten zurückgeschlagen waren, zeigte sich, daß das bloße Plündern der Besitzenden, das jeder Räuber und Dieb versteht, kein Sozialismus ist, daß zu dessen Aufbau im bolschewistischen Rußland alle Vorbedingungen fehlten.“ (S. 9.)

Die bolschewistische Denkweise, die die Abstraktionen der Theorie nicht für Vereinfachungen, sondern für getreue Abbilder der Wirklichkeit hält, ist blind für alle Übergangsstadien. Sie sieht nur Diktatur des Kapitals oder Diktatur des Proletariats,

allseitigen Kapitalismus oder allseitigen Sozialismus (vgl. die Nöp, A. Martynow), nichts dazwischen.“ (S. 22.)

Die Resultate des Gesagten werden dahin zusammengefaßt:

„Der Produktionsprozeß stockte immer mehr, das Elend der Massen wurde immer größer, je mehr sich die bolschewistische Staatsmacht befestigte.“ (S. 9.)

„Die Tatsache steht fest, daß der bolschewistische Terror nicht allgemeinen Wohlstand, sondern zunehmende Verarmung erzeugt. Damit gerät sein Regime in wachsenden Gegensatz zu den Interessen der Volksmassen, es wird immer mehr darauf angewiesen, sich auf Bajonette und den Henker zu stützen. Anders kann eine kleine Minderheit, die den Staat in steigendes Elend stürzt, nicht regieren.“ (S. 14.)

Allerdings sind einige Proletarier in Rußland an die Macht gekommen, aber

„in Amerika gibt es zahlreiche Millionäre, die in ihrer Jugend zu den ärmsten Proletariern gehörten . . . Daß sie aus proletarischen Existenzbedingungen zu unumschränkter Macht aufstiegen, bewirkt nicht, daß sie proletarisch denken und Wert auf die Achtung des Proletariats legen, sondern nur, daß sie sich von anderen herrschenden Klassen durch besondere Roheit und Schamlosigkeit auszeichnen . . . denn nur besonders gewissenlose und brutale Elemente der Besitzlosen vermögen über die Leichen von Kameraden hinweg zu fabelhaftem Reichtum (!) oder unumschränkter Macht zu gelangen.“ (S. 45.)

Auf Grund dieser Wirtschaft (der auf Kosten des Volkes zu „Millionären gewordenen Bolschewiki?)

„begann sich in den werktätigen Massen, namentlich den Arbeitern in Industrie und Verkehr, immer lebhafter die Opposition gegen den herrschenden Kurs zu regen. Um so mehr wendete sich jetzt die Wut der Machthaber gegen das Proletariat (hört es russische Arbeiter!), das immer unbequemer wurde.“ (S. 9.)

Das Resultat ist, daß die Sowjetregierung

„augenblicklich das stärkste Hindernis des Aufstieges des internationalen Proletariats in der Welt ist — schlimmer sogar als das infame Regime Horthys in Ungarn oder Mussolinis in Italien.“ (S. 11.)

Es hat offenbar seine guten Gründe, daß die Bourgeoisie der ganzen Welt die Bolschewiki so sehr liebt. Der Schluß aus dieser wahrhaftigen Einschätzung der Lage ergibt sich von selbst:

„Wie jeder andere Militärdespotismus, wie die Militärmonarchien der Romanows, der Habsburger, der Hohenzollern, dürfte auch er nur durch Gewalt zu überwinden sein.“ (S. 17.)

Aber woher die Kraft zu seinem Sturze nehmen?

„Wenn dies Verkommen des Verkehrs und der Produktion durch die bolschewistische Mißwirtschaft so weitergeht wie bisher, muß bald der Punkt erreicht sein, von dem an eine jede demokratische Bewegung in Rußland aussichtslos wird.“

Aber zum Glück bestehen auch starke Gegentendenzen . . . Mit wachsendem Verkommen des Gemeinwesens muß eine Opposition in den Reihen der herrschenden Elemente und ihrer Stützen, in der Kommunistischen Partei und in der Roten Armee, selbst entstehen, die gefährlich werden kann.“ (S. 21.)

Gleichzeitig aber baue man auch die ökonomische Verbindung Rußlands mit dem Auslande wieder auf, was für die Bolschewiki noch größere Gefahren birgt.:

„Das Sowjetregime braucht dies Geld (des Auslandes) aufs dringendste. Um es zu erlangen, bietet es den Kapitalisten des Auslandes die günstigsten Bedingungen für die Ausbeutung Rußlands.“ (S. 32.)

Andererseits, „das Gespenst der Weltrevolution hört auf, die Regierungen außerhalb Rußlands zu schrecken“. Unter diesen Bedingungen sei es nicht

ausgeschlossen, daß die Sowjetregierung vom Auslande Anleihen erhält. Welche Stellung sollen wir Sozialisten derartigen Anleihen gegenüber einnehmen, fragt Kautsky.

„Werden dem Sowjetregime bedingungslos ausgiebige Anleihen gewährt, so kann es sich lange behaupten.“ (S. 33.)

Wir müssen es daher durchsetzen, daß Anleihen nur in dem Falle gewährt werden, wenn die Bolschewistenherrschaft von ihrem Regime der Diktatur absieht, und wir können das durchsetzen, denn

„in den meisten kapitalistischen Ländern, in denen Anleihen dieser Art möglich sind, haben die Arbeiter die Regierung entweder selbst in der Hand — so vor kurzem in England — oder doch die Möglichkeit, auf sie einzuwirken.“ (S. 34.)

Kautsky schlägt also vor, die Anleiheverhandlungen zu benützen, um die Bolschewiki zu politischen Zugeständnissen zu zwingen, gibt aber zu, daß er keineswegs mit einem Daraufeingehen der Bolschewiki rechne. Aber daran liegt ihm auch nichts. Der verschlagene Alte hat einen ganz anderen Gedankengang:

„Die Möglichkeit, dem Bolschewismus demokratische Einrichtungen abzupressen, ist augenblicklich gering. Damit verbessern sich jedoch keineswegs die Aussichten des bolschewistischen Regimes. Je unerschütterlicher es erscheint, und je geringer die Möglichkeit, ihm demokratische Konzessionen abzudrängen, desto größer die Wahrscheinlichkeit, nicht daß es sich behauptet, sondern nur die Wahrscheinlichkeit, daß es in einer Katastrophe endet.“ (S. 38.)

Und Kautsky empfiehlt den russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären, sich auf die Katastrophe einzustellen.

„Damit soll keineswegs dem vorbereiteten, bewaffneten Aufstand (Unterstreichung Kautskys) gegen den Bolschewismus das Wort geredet werden.“ (S. 38.)

O nein, sagt Judas-Kautsky, wir Sozialdemokraten befassen uns mit so etwas nicht; und überdies

„sie, — die Bolschewiki — verfügen heute über die bestdisziplinierte Armee der Welt.“ (S. 39.)

Wir sagen nur, daß ein elementarer Aufstand des ganzen Volkes in Rußland unvermeidlich eintreten wird, und daß sich die Menschewiki und Sozialrevolutionäre auf diesen Augenblick vorbereiten müssen, um die Leitung dieses bewaffneten Aufstandes zu übernehmen. Ihr braucht nicht fürchten, sagt Kautsky ihnen, dieser Aufstand werde zu einem Sieg der Reaktion führen. Judenpogrome wird es zwar geben, aber das läßt sich leider nicht vermeiden. Aber eine Förderung der Reaktion

„ist aus dem einfachen Grunde schon unmöglich, weil alles das, was in Rußland an Reaktion möglich war, heute schon von den Bolschewiki in einem Maße produziert wird, das nicht mehr zu überbieten ist.“ (S. 44.)

Auch die Bauern haben von einem derartigen Aufstand nichts zu fürchten, denn keine noch so reaktionäre Regierung, die die Bolschewiki ablöste, würde ihnen das Land abnehmen:

„So haben auch die Bourbonen nach ihrer Rückkehr, als Napoleon niedergeworfen war, es nicht vermocht, dem Adel und der Kirche die ihnen konfiszierten Güter wieder zurückzugeben.“ (S. 44.)

Unter welchen Bedingungen besteht die größte Wahrscheinlichkeit für einen Volksaufstand in Rußland? Bei einem Krieg mit Rußland, sagt Kautsky.

Und auch hier sagt Judas-Kautsky mit frommem Augenaufschlag: Versteht mich nicht so, als riete ich zu einer bewaffneten Intervention in Rußland; beileibe, wir Sozialdemokraten schlagen etwas derartiges nicht vor, weil wir wissen, daß eine Intervention eine patriotische Welle im Lande und derzufolge eine Festigung der Regierungsmacht zur Folge haben kann. Aber — fährt er fort, und zwinkert den imperialistischen Regierungen zu,

„in allen Staaten des Ostens versuchen die Bolschewiki im Augenblick Brandherde einzurichten, um in einem gegebenen Augenblick die Welt in Flammen setzen und ausplündern zu können. Diese Brandstifterpolitik ist indes nicht ohne Gefahren für ihre Urheber selbst. Sie kann eines schönen Tages Rußland in einen Krieg unter sehr ungünstigen Bedingungen verwickeln. Heute steht es jedoch dort anders als 1920 zur Zeit des Krieges mit Polen. Damals hatte das bolschewistische Regime noch große Massen von Arbeitern und Bauern begeistert hinter sich. Jetzt stößt es überall auf deren erbitterten Widerstand, der alle Augenblicke in lokalen Aufständen auflodert.“ (S. 48.)

Nach dieser Tirade, die wörtlich aus den berüchtigten Reden Curzons bei der Absendung des Ultimatus an Rußland abgeschrieben zu sein scheint, fügt Kautsky hinzu:

„Daß Sozialdemokraten das bolschewistische System zu retten suchen, ist ausgeschlossen.“ (S. 49.)

Und weiter:

„Neutralität im Falle einer Erhebung der ganzen Volksmasse aber wäre politischer Selbstmord.“ (S. 49.)

- Also steckt Rußland von zwei Seiten her in Brand!

Wir haben hier das infame Referat Karl Kautskys eingehend zitiert, vor allem, um es den russischen Arbeitern zur Kenntnis zu bringen. Von Kommentaren dazu haben wir Abstand genommen, denn das russische Proletariat braucht keine Erläuterung zu einem derartigen Dokument. Aber für die Arbeiter im Auslande, die mit der Lage in Rußland nicht vertraut sind, und die den Glauben an den alten Renegaten Kautsky noch nicht verloren haben, bringen wir im folgenden die Einwände Fedor Dans, des Führers der russischen Menschewiki, der nicht minder vor Haß gegen die Sowjetmacht kocht und einen offenen, unversöhnlichen Kampf gegen sie führt. Die ausländischen Arbeiter werden hieran die ganze Schmachlichkeit des Kautskyschen Dokuments ermessen können. Fedor Dan ist wohl ganz unverdächtig, die Lage der Dinge in der Sowjetrepublik beschönigen zu wollen. Nebenbei bemerken wir, daß der Kadettenführer, Miljukow, der zur Zeit den Vermittler zwischen Kautsky und Fedor Dan spielt (so weit ist es mit Kautsky gekommen!) in den „Poslednje nowosti“ vom 27. Juni 1925 anlässlich dieser Diskussion erklärt:

„Unleugbar stützen sich die Entgegnungen Dans auf eine eingehendere Kenntnis der russischen Wirklichkeit, als sie bei Kautsky anzunehmen ist.“

Dan beginnt seine kritischen Bemerkungen zu dem Referat Kautsky natürlich zunächst einmal mit einer tiefen Verbeugung vor „dem alten Freund und Lehrer der russischen Sozialdemokratie, dessen neuesten Angriff gegen die Bolschewiki die Arbeiter mit „Begeisterung und Dank“ aufnehmen werden. Warum ist aber dann Dan selber so undankbar und tritt gegen Kautsky auf? Er liebt doch die Bolschewiki nicht minder als Kautsky! Er gibt die Erklärung dafür am Schluß seines Artikels:

„Noch bevor die Broschüre Kautskys ihre eigentliche Bestimmung erfüllte, ja bevor sie überhaupt der Öffentlichkeit zugänglich war und nur einzelne wenige

in das Manuskript des Memorandums Einblick hatten, benützten es bereits alle Gegner der russischen Sozialdemokratie zu einem grimmigen literarisch-politischen Feldzug gegen unsere Partei. Die sozialrevolutionären Sektierer entstellten die bei Kautsky ausgesprochenen Gedanken, erhoben jedes seiner Fehlurteile ins Quadrat, verschwiegen jene Klauseln, die seinen Schlußfolgerungen oft sehr bedingten Charakter verleihen, und beeilten sich, die Autorität Kautskys dazu zu mißbrauchen, um ihn beinahe als Apologeten jener Politik hinzustellen, die in der Vergangenheit die Ideen des demokratischen Sozialismus in den Augen der russischen Arbeiter und den ganzen russischen Sozialismus in den Augen des internationalen Proletariats so oft kompromittiert hat.“

Da liegt der Hund begraben! Dan begreift, daß man selbst jenen kleinen Gruppen russischer Arbeiter, die mit dem Menschewismus noch nicht gebrochen haben, mit einem derartigen Dokument, wie dem Memorandum Kautskys, nicht unter die Augen treten kann, daß es das beste Mittel ist, um auch in ihren Augen die Ideen des „demokratischen Sozialismus“ zu kompromittieren und sie in die Arme der Kommunistischen Partei zu treiben. Deshalb ist er bestrebt, die „Fehlurteile“ des „Lehrers“ freundschaftlich zu korrigieren und wohlwollend jene „Klauseln“ auszulegen, „die diesen Urteilen häufig (leider nicht immer, A. M.) bedingten Charakter verleihen.“ Aber so sehr er sich auch bemüht, Kautskys Prestige zu retten, reitet er ihn doch ins Verderben, denn es gibt kein Wasser mehr, das jetzt noch den Schmutz vom Gesichte Kautskys abwüschte. Hören wir also Dan selber!

Zu der Identifizierung des bolschewistischen Regimes mit dem zaristischen bemerkt Dan:

„Kann man sich an Stelle einer konkreten sozial-ökonomischen Analyse einer derartigen historischen Erscheinung, wie es der russische Bolschewismus ist, mit einer formal logischen Klassifizierung begnügen, wobei dieses Kind der Revolution in die Rubrik des Absolutismus fällt, wie die Monarchie der Romanows? Eine derartige Methode führt zu höchst unerwarteten Konsequenzen, auf deren Seltsamkeit selbst P. N. Miljukow hingewiesen hat . . . So folgt aus der ganzen Kautskyschen Erwägung, wie auch Miljukow bemerkt, der Schluß, daß selbst die Restauration der Romanowschen Monarchie kein allzu großes Unheil wäre, wenn sie nur den bolschewistischen Despotismus ablöste, und diese Schlußfolgerung ist um so mehr berechtigt, als Kautsky selbst sich in diesem Zusammenhang auf die Restauration der Bourbonen beruft, die bei ihrer Rückkehr nach Frankreich nicht imstande waren, dem Adel und der Kirche die ihnen konfiszierten Güter zurückzugeben.“

In dem Bestreben, den Leser zu überzeugen, daß Kautsky selber nicht ernsthaft an das, was er sagt, glaubt, fährt Dan fort:

„Indes zweifelt Kautsky natürlich selber nicht daran, daß die Restauration der Bourbonen selbst vom Standpunkt der Bourgeoisie aus eine Reaktion war, wie er nicht daran zweifelt, daß vom Standpunkt des Proletariats aus der Thermidor die Konterrevolution war und blieb, obgleich auch er Frankreich vom Despotismus Robespierres befreit hat.“

Nachdem Fedor Dan einen so revolutionären Gedanken tapfer ausgesprochen hat, bekommt er Angst vor seinem eigenen Mut, und er macht einen Schritt zurück, auf Kautsky zu:

„Natürlich — meint er tief sinnig — vom historischen Standpunkt aus läßt sich jede Konterrevolution nachträglich rechtfertigen . . . als eine unvermeidliche Form des Fortschrittes (!), als unter dem gegebenen Kräfteverhältnis einzig möglicher Ausweg aus der Sackgasse . . . Möglicherweise ließ die Geschichte auch zur Lösung der Widersprüche der Revolution des Jahres 1848 keine andere reale Möglichkeit zu als den Aderlaß, den Cavaignac an ihr vollzog, und zur Lösung der Widersprüche der Kommune nur den Sieg Thiers'.“

„Aber diese nachträgliche historische Schlußfolgerung kann in keinem Falle für eine politische Partei, die im Interesse ihrer Klasse für einen anderen, weniger verlustreichen (welche Budikersprache! A. M.) Ausweg aus der Sackgasse kämpft, maßgebend sein.“

Fedor Dan windet sich wie ein Wurm, aber trotzdem lautet auch seine Schlußfolgerung klar und deutlich: sein „Freund und Lehrer“ Kautsky bereitet nunmehr den Weg für die Cavaignacs, die Thiers und Romanows!

Weiterhin kritisiert Dan Kautskys Analyse der gegenwärtigen ökonomischen Lage der Sowjetrepublik:

„Diese pessimistische Analyse — sagt Dan — und diese Perspektive waren 1921 in gewissem Sinne richtig, nämlich bis zum Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik.“ Sie könnten wiederum zutreffend werden, wenn die Bolschewiki, was natürlich nicht zu erwarten ist, plötzlich wieder zum „Kriegskommunismus“ zurückkehrten, d. h. zurückkehren könnten, aber sie entsprechen in keiner Weise dem Entwicklungsgang des gegenwärtigen Rußland: die tägliche Erfahrung eines jeden russischen Arbeiters und Bauern, der den Hunger in den Jahren 1918—1920 miterlebt hat, zeugt gegen diese eigenartige „Verelendungstheorie“. Gegen sie zeugen alle Ziffern der Wirtschaftsstatistik . . . Gleichzeitig mit der größten Zerrüttung der russischen Wirtschaft setzt ihr Wiederaufbau ein: 50 bis 60 bis 70% des Vorkriegsniveaus sind nicht viel, aber im Vergleich zu dem Nullpunkt, auf den die russische Wirtschaft durch den Kriegskommunismus gelangt war, doch ein großer Fortschritt.“

Hieraus zieht Dan natürlich nicht den Schluß, daß sich die Sowjetmacht festigt, sondern, allerdings im Gegensatz zu Kautsky, versichert er:

„Nicht das Absterben der Produktivkräfte, sondern deren Wachsen bringt der bolschewistischen Diktatur die vernichtenden Schläge bei.“

Diese Argumentation Dans bezüglich der „vernichtenden Schläge“ wollen wir hier beiseitelassen, denn für uns handelt es sich hier nicht um die Einfältigkeit Dans, sondern um die Erbärmlichkeit seines „Freundes und Lehrers“ Kautsky. Aber etwas bleibt unbestreitbar, Fedor Dan bestätigt, daß Kautsky das westeuropäische Proletariat über die ökonomische Lage Sowjetrußlands belügt. Dan bestätigt, daß die Sowjetrepublik gegenwärtig nicht ökonomisch abstirbt, sondern wiederaufersteht.

Weiterhin opponiert Dan gegen die praktischen provokatorischen Vorschläge Kautskys. Er weist darauf hin, daß der Unterschied, den Kautsky zwischen der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes macht und der „Leitung des Aufruhrs des ganzen Volkes“, ein Sophismus ist:

„Sich taktisch auf eine Empörung des ganzen Volkes hin orientieren, das heißt sich praktisch auf den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg hin orientieren.“

Aber ein demokratischer Aufstand hat zurzeit nicht die geringsten Chancen, sagt Dan:

„Jetzt, wo alle Bedingungen für einen Übergang der Macht in die Hand der Demokratie fehlen, wo nicht nur die demokratische Organisation bis in den Grund hinein vernichtet ist, sondern auch die demokratischen Ideen aus der Seele der breiten Massen ausgerottet sind, wo die sozialistischen Parteien auf kleine Zirkel reduziert sind, deren Einfluß sich bestenfalls auf eine dünne Oberschicht des Proletariats erstreckt (ein wertvolles Eingeständnis! A. M.), wo das Proletariat nicht nur nicht mehr den ehemaligen Nimbus unter den städtischen und bäuerlichen Massen genießt, sondern in erheblichem Maße als Klasse, in deren Namen die bolschewistische Gewaltherrschaft über sie errichtet wurde, verhaßt geworden ist . . ., wo die Stimmung sowohl der neuen russischen Bourgeoisie und der Bauernschaft als auch breiter proletarischer Massen von einem eigenartigen Praktizismus, von einem Konzentriertsein auf die nächstliegenden „ökonomischen“ Ziele durchtränkt ist. Der russische Bauer wird natürlich seinen in der Revolution besetzten Grund und Boden mit den Zähnen verteidigen. Aber die politische Färbung des Regimes, das seinen Besitz

legalisiert, ist ihm leider noch gleichgültig: er begehrt eine „rechtliche Ordnung“, aber politische Freiheit weiß er noch nicht zu schätzen . . . Liegt es nicht auf der Hand, daß eine elementare Volksempörung unter diesen Bedingungen nicht zur Basis einer großen demokratischen Revolution werden könnte, sondern nur zum Ausgangspunkt für einen kleinen Staatsstreich . . . und daß das Resultat eines derartigen Umsturzes wieder nur der Sieg irgendeiner Abart des Bonapartismus sein könnte?“

Die Elemente für die Organisierung eines derartigen Umsturzes, erklärt Dan, müßte man nehmen

„aus den Reihen des weißen Offizierkorps, dessen organisierte Kaders den ausländischen Imperialisten zur Verfügung stehen, oder aus dem bolschewistischen Apparat selbst, der nach der Aussage Kautskys von weißgardistischen konterrevolutionären Elementen durchsetzt ist — also auf jeden Fall aus einer Quelle, von der man am wenigsten den Sieg der Demokratie erwarten kann.“

Dan schildert, wie nicht anders zu erwarten, das heutige Rußland als politischen Friedhof. Er sieht und will nicht sehen, wie mächtig die kulturelle Bewegung im Proletariat und unter der mittleren Bauernschaft vorwärtsschreitet, er sieht das gewaltige Anwachsen der gesellschaftlichen Aktivität in diesen Schichten nicht, er sieht die zahllosen Fäden nicht, die die Verbindung zwischen dem Proletariat einerseits und dem mittleren und armen Bauertum andererseits immer mehr festigen, er bemerkt den Stimmungsumschwung der demokratischen Intelligenz in ihrer Einstellung zur Sowjetmacht nicht; er spricht von dem „Haß eines erheblichen Teiles der städtischen und bäuerlichen Massen gegen das Proletariat“, verschweigt dabei aber, daß es nur die Kulak-Elemente unter der Bauernschaft und die exproprierten Bourgeois sind — wozu noch die ihr verwandte kadettische Intelligenz kommt —, die diesen Haß gegen das Proletariat hegen. Aber trotz alledem kommt er unbestreitbar zu der Schlußfolgerung:

„Kautskys Orientierung auf eine Empörung des ganzen Volkes als auf eine, wenn auch nicht unausbleibliche, so doch höchst wahrscheinliche Perspektive, ist irrtümlich. Im Gegenteil, die historische Wahrscheinlichkeit für eine derartige Empörung verringert sich von Tag zu Tag.“

Die Taktik, die Kautsky empfiehlt, würde nach Dans Worten, selbst im Falle eines Erfolges, nicht zu einem Volksaufstande, sondern nur zu einem kleinen konterrevolutionären bonapartistischen Umsturz führen. Aber darum handelt es sich ja, daß Kautsky diese Perspektive nicht im mindesten stört. Wie wir gesehen haben, erblickt er auch darin ein Heil für Rußland.

Zum Schlusse enthüllt Dan zartfühlend und vorsichtig, was sich hinter dem Vorschlage Kautskys verbirgt: der Sowjetmacht Anleihen

„nur unter Bedingungen zu gewähren, die eine Milderung des furchtbaren Druckes bedeuten, der auf dem russischen Volke lastet“. (S. 35.)

„Insofern ein moderner Staat — sagt Dan — selbst, wenn sich die Regierung in den Händen von Sozialisten befindet, nicht ein sozialistischer, sondern ein bürgerlicher Staat ist, in dem die Kapitalisten auf dem Gebiete der Kredite, Anleihen usw. der ausschlaggebende Faktor sind, wird sich da nicht die Losung Kautskys in Wirklichkeit in eine Kontrolle des Finanzkomitees des Völkerbundes verwandeln, dessen Sorge um „die Milderung des Druckes, der auf dem Volke lastet“ beispielsweise die österreichischen Arbeiter bereits so gut zu würdigen wissen?“

Auch hier wieder weicht Dan nicht sehr weit von Kautsky ab, da er sich gegen eine staatliche Garantierung der russischen Anleihen ausspricht; aber seine Einschätzung der von Kautsky empfohlenen Taktik bleibt trotzdem richtig: Kautsky schlägt den auswärtigen Mächten vor, Rußland mit denselben Methoden zu beglücken, die England und Japan gegenwärtig China gegenüber anwenden.

Die Methoden, mit denen Dan und die russischen Menschewiki Rußland „retten“ wollen, gehören nicht zum Thema dieses Artikels. Wir unterstreichen hier nur noch einmal die Resultate der Kritik Dans an dem Kautskyschen Referat: Merkt es euch, Arbeiter, der Menschewik Dan war gezwungen, wenn auch in diplomatischer Form, zuzugestehen:

1. Kautsky ist faktisch der Wegbereiter der Wiederaufrichtung des Zarismus in Rußland;
2. Kautsky betrügt das internationale Proletariat, wenn er behauptet, in Rußland gehe zurzeit ein Zerfall der Wirtschaft und eine progressive Verarmung des Volkes vor sich;
3. Kautsky betrügt das internationale Proletariat, wenn er behauptet, in Rußland sei gegenwärtig irgendeine demokratische Revolution möglich;
4. Kautsky ist, unter dem Anschein einer Rettung Rußlands durch die auswärtigen Mächte, bestrebt, es zu einer Kolonie zu machen.

II. Kautsky ehemals und jetzt

Wir hätten es dabei bewenden lassen können. Aber Kautsky ist kein gewöhnlicher Weißgardist. Er ist der theoretische Führer der II. Internationale. Er war seinerzeit auch der allgemein anerkannte theoretische Führer der orthodoxen Marxisten, bei dem die künftigen Menschewiki und Bolschewiki gleichermaßen in die Schule gingen. Wenn wir daher die jetzige provokatorische Rolle Kautskys konstatieren, dann sind wir verpflichtet, unseren jungen Genossen zu erklären, wie und weshalb Kautsky zum Renegaten geworden ist, und was die wirklichen Motive seiner jetzigen schmählischen Haltung sind.

Als Gen. Lenin Kautsky zum erstenmal einen Renegaten nannte, empörte diese Qualifizierung selbst zahlreiche Bolschewiki, die der Ansicht waren, Lenin sei in der Hitze des Gefechtes einen Schritt zu weit gegangen. Heute ist offensichtlich, daß Lenin im vollsten Maße recht hatte. Aber Kautsky ist schon seit langem Renegat. Dafür zeugt schon seine ganze Haltung nach Ausbruch des imperialistischen Krieges. Zur Bestätigung dessen bringen wir eine Reihe von Gegenüberstellungen, wie Kautsky zu Beginn unseres Jahrhunderts sprach, und wie er in den letzten Jahren gesprochen hat.

Erste Parallele. 1902, als der Kapitalismus in Europa und namentlich in Deutschland noch eine unüberwindliche Festung darstellte und noch niemand daran dachte, daß das Proletariat imstande sein würde, das deutsche Heer im offenen Kampfe zu schlagen, schrieb Kautsky in seinem Buche „Die soziale Revolution“:

Es gibt eine Reihe von Politikern, die behaupten, nur die despotische Herrschaft einer Klasse mache die Revolution notwendig, durch die Demokratie werde sie überflüssig. . . . Es ist eine reizende Idylle, die sie uns vormalen . . . Aber die Wahrheit, die sie uns geben, ist auch nur die halbe Wahrheit.

Diese Idylle gilt nämlich nur, wenn man annimmt, daß die eine Seite des Gegensatzes, das Proletariat, allein wächst und an Kraft zunimmt, indes die andere Seite, die Bourgeoisie, unberührt davon auf dem alten Flecke bleibt. (S. 42 u. 43.)

. . . Es ist eine eigentümliche Verkennung des Wesens dieser Koalitionen, die dem Niedergang des Parlamentarismus entspringen und seine politische und soziale Ohnmacht bedeuten, wenn man in der Teilnahme an ihnen das Mittel des langsamen, stufenweisen Hineinwachsens des Proletariats in die politische Macht sieht. (S. 48.)

... Der Parlamentarismus, weit entfernt, die Revolution unmöglich oder auch nur überflüssig zu machen, bedarf also vielmehr selbst der Revolution, um wieder lebensfähig zu werden. (S. 49.)

... So entwickeln sich neben den Machtmitteln des Proletariats auch die des Kapitals, und das Ende dieser Entwicklung kann nichts anderes sein als ein großer Entscheidungskampf zwischen beiden, ein Entscheidungskampf, der nicht eher enden kann, als bis das Proletariat den Sieg errungen hat. (S. 51.)

Waren also die letzten Revolutionen Empörungen der Volksmassen gegen die Regierung, so dürfte die kommende Revolution — abgesehen vielleicht von Rußland — mehr den Charakter eines Kampfes des einen Teiles des Volkes gegen den anderen führen, und darin, aber auch nur darin, weniger dem Typus der französischen Revolution und mehr dem der Reformationskämpfe nahekommen. Fast möchte ich sagen, sie wird weniger einer plötzlichen Empörung gegen die Obrigkeit und mehr einem langdauernden Bürgerkrieg gleichen . . .

Daran anschließend, rechtfertigt sich übrigens Kautsky, man dürfe das Wort „Bürgerkrieg“ nicht so verstehen, als sollten Barrikaden die entscheidende Rolle darin spielen.

„Der Militarismus“, sagt er, „kann nur dadurch gebrochen werden, daß das Militär selbst unzuverlässig erscheint, nicht dadurch, daß es vom empörten Volke besiegt wird.“ (Der politische Massenstreik, S. 82.)

Aber die Unzuverlässigkeit des Militärs ist ihrerseits das Resultat des Auftretens der proletarischen Massen. Der Bürgerkrieg wird in Massenstreiks seinen Ausdruck finden, die das Militär beeinflussen und es unzuverlässig machen. 1904, im Anhang zu seinem Buch „Der politische Massenstreik“, — in dem Artikel: „Allerhand Revolutionäres“ — geht Kautsky anlässlich seines Streites mit Lusnia noch weiter:

„Wenn Lusnia annimmt, die kommende Revolution werde mit der Gewalt der Waffen ausgekämpft werden, so meint er darunter nicht einen Kampf zwischen Volk und Militär, sondern einen Kampf zwischen zwei Fraktionen des Militärs, von denen die eine auf die Seite des Volkes tritt. Das ist ein Fall, der vorkommen kann, aber es wäre doch nur eine besondere Form der allgemeinen Voraussetzung, daß das Militär unzuverlässig erscheint. (S. 82.)

So stellte sich Kautsky das Bild der sozialistischen Revolution 1902 bis 1904 vor. Und wie beschrieb er sie 1922 in seinem Buche: „Die proletarische Revolution und ihr Programm“:

„An Stelle der Kämpfe von Aufständischen mit Regierungstruppen treten die Kämpfe der Parteien um die Gewinnung von Anhängern durch die Presse und Versammlungen; die Kämpfe der Parteien um die Mehrheit bei den Wahlen zu den Volksvertretungen und bei den Abstimmungen in den Volksvertretungen.“

„Große Überraschungen sind dabei in der Regel ausgeschlossen — es treten ja nur Parteien auf den Kampfplatz, die der Bevölkerung seit langem bekannt sind . . . Die Demokratie ermöglicht es, daß diese Revolution eine friedliche ist, ohne Blutvergießen, ohne Gewalttat . . . Natürlich bedeutet der Stimmzettel eine Macht nur innerhalb der Demokratie. Es wäre abgeschmackt, auch den Kampf um die Demokratie selbst mit den Mitteln der Demokratie führen zu wollen. (S. 80—82.)

Somit schwört Kautsky in dem Augenblick, wo der deutsche Militarismus dezimiert und das Proletariat imstande war, sich mit ihm im offenen Kampf zu messen, seine alte Losung vom „Bürgerkrieg“ ab und ersetzt sie durch den friedlichen Kampf der Parteien ohne Beteiligung der Massen, durch die Waffe des Stimmzettels und der Parlamentsabstimmungen, und nennt das aber weiterhin „proletarische Revolution“.

Zweite Parallele. 1909 erwähnt Kautsky in seinem Buche „Der Weg zur Macht“ beifällig, wie Engels noch kurz vor seinem Tode die Diktatur des Proletariats verfocht, d. h. seine politische Alleinherrschaft, „als

die einzige Form, in der es die politische Macht auszuüben vermöge“ (S. 28.) Ebendort schreibt er auch, daß jede bürgerlich-proletarische Blockregierung scheitern müsse, daß jede Koalitionsregierung „eine proletarische Partei bloß kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten könne“. 1922 dagegen schreibt er in seinem Buche: „Die proletarische Revolution und ihr Programm“:

„In seinem berühmten Artikel ‚Zur Kritik des sozialdemokratischen Partei-programms‘ sagt Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

„Diesen Satz — fährt Kautsky fort — können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen:

„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den andern. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird.“ (S. 106.)

Somit wird nach dem „Bürgerkrieg“ auch der parlamentarische Kampf der Parteien abgeschafft, denn wie kann man von einem parlamentarischen Kampf von Parteien sprechen, die zu einer Koalition zusammengeschlossen sind?

Dritte Parallele. 1906 hat Kautsky in seiner Artikelreihe: „Die Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution“ („Neue Zeit“ 1906 bis 1907, I. Band) von dieser Revolution, die Bolschewiki und Menschewiki noch als bürgerlich-demokratische auffaßten, gesagt:

„... Ohne Konfiskation des gesamten Vermögens der kaiserlichen Familie, der Klöster, ohne Staatsbankrott, ohne Konfiskation der großen Monopole, soweit sie noch privat betrieben werden — Eisenbahnen, Petroleumquellen, Bergwerke, Eisenhütten und dergleichen — werden die ungeheuren Summen nicht aufgebracht werden können, deren die russische Landwirtschaft bedarf, soll sie aus ihrer furchtbaren Verkommenheit herausgerissen werden.“

1919 bis 1920, in der Epoche der deutschen Revolution, die nach der Meinung Kautskys selbst in eine sozialistische umschlagen mußte, bei dem Vorhandensein eines vollständigen Staatsbankrottes, in einer Zeit, wo in Deutschland die Geldnot größer war als in Rußland 1905, spricht Kautsky von einer allmählichen Sozialisierung der deutschen Industrie und tritt entschieden für ihren Ankauf und gegen ihre Konfiskation ein. In seiner Broschüre: „Was ist Sozialisierung?“ schreibt Kautsky 1920:

„Nun erscheint als die einfachste und radikalste Lösung der Frage der Nationalisierung die Konfiskation . . . Vom Rechtsstandpunkt aus kann man sagen, daß alles Kapital akkumulierter Mehrwert, unbezahlte Arbeit ist . . . Für den Marxisten sind diese Gesichtspunkte nicht ohne Belang. Aber entscheidend für ihn werden die ökonomischen Erwägungen, und sie sprechen in anderem Sinne. (Gesperrt von Kautsky.) . . . Was wir aber brauchen, ist ruhiger, ununterbrochener Fortgang des Produktionsprozesses, ohne den die Arbeiterschaft nicht leben kann . . .“ (S. 28—29.)

Wir können also die Industrie nur ganz vorsichtig und allmählich sozialisieren, denn bei Konfiskation der einen Industriezweige würden die erschreckten Kapitalisten in den anderen, noch nicht sozialiserten Industriezweigen anfangen, die Produktion zu sabotieren . . .

„Es kann nur von Vorteil sein, wenn wir die zivilisiertere Methode der Expropriierung der Expropriateure durch die Besteuerung wählen und der Kapitalistenklasse das traurige Vorrecht lassen, daß sie es war, die bei den Expropriierungen, die sie in ihren Anfängen, den Zeiten der ursprünglichen Akkumulation, vornahm, zu den gewalttätigsten und infamsten Mitteln griff.“ (S. 32.)

Er hat also, als es sich 1905 um Rußland handelte, gesagt: Konfisziert! Und konfisziert nicht nur den Grund und Boden! Aber als es sich 1919 um sein Vaterland handelte, sagte er: Laßt uns auf jede Konfiskation verzichten, wir wollen den Sozialismus so verwirklichen, daß die Bourgeoisie nicht erschrickt!

V i e r t e P a r a l l e l e. 1902 stellte Kautsky in seinem Buche: „Die soziale Revolution“ das revolutionäre russische Proletariat der englischen Arbeiterklasse als Vorbild hin. In diesem Buche schrieb er:

... Daß dies nicht übertrieben, den Beweis dafür liefern die englischen Arbeiter. Nirgends ist das Proletariat zahlreicher, nirgends seine ökonomische Organisation besser entwickelt, nirgends seine politische Freiheit eine größere als in England. Und nirgends ist das Proletariat bisher politisch machtloser gewesen“ ... (S. 62.)

Als politischer Faktor stehen die englischen Arbeiter weit zurück hinter den Arbeitern Rußlands — dem in ökonomischer Hinsicht rückständigsten und in politischer Hinsicht wenigsten freien Lande Europas. Das klar und schroff zum Ausdruck gebrachte revolutionäre Bewußtsein der russischen Arbeiter, das ist es, was ihnen ihre mächtige Stärke in der Praxis verleiht. Der Verzicht der englischen Arbeiter auf die Revolution, ihr Anerkennen nur der Augenblicksinteressen, d. h. ihre Realpolitik — das ist es, was ihre faktische politische Rolle gleich Null macht. (Vgl. daselbst S. 62 ff.)

So bewertete Kautsky die organisierte Arbeiteraristokratie Englands einerseits, und die unterdrückten, aber desto revolutionärer Arbeitermassen Rußlands andererseits. Was sagt er nun aber 1922 in seinem Buche: „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ über diese beiden Kategorien des Proletariats:

„Wir haben bereits gesehen, daß das Proletariat in zwei Schichten zerfällt: die einen sind durch besondere ökonomische Verhältnisse oder durch die Gesetzgebung so begünstigt, daß sie starke Organisationen bilden ... sie bilden den aufsteigenden Teil des Proletariats — seine Aristokratie ... Neben diesen wohldisziplinierten, geschulten kampffähigen Truppen steht aber das große Heer derjenigen, die unter so ungünstige Verhältnisse versetzt sind, daß sie noch nicht vermochten, sich zu organisieren ... Sie bleiben im Elend und versinken vielfach immer tiefer in seinen Sumpf ... Ist der vom Elend Bedrängte aber im Besitze der Macht, dann will er sofort allem Leid, aller Unterdrückung ein Ende machen. (Schrecklich! A. M.) Unwissend, ohne Ahnung der ehernen ökonomischen Gesetze, glaubt er mit Gewalt alles durchsetzen zu können. Dank seiner Unwissenheit und Unerfahrenheit wird er in seinem heißen Drange nach Wohlfahrt und Freiheit eine leichte Beute aller Demagogen, die aus Berechnung oder Leichtfertigkeit ihm die glänzendsten Versprechungen vorgaukeln“ ... usw. usw. (S. 86—87.)

Somit ist also der Liberalismus der Arbeiteraristokratie zum größten Heil geworden und die revolutionäre Einstellung der unterdrückten Arbeitermassen — zu einem Produkt der Unwissenheit!

F ü n f t e P a r a l l e l e. 1902 hat Kautsky prophezeit, die revolutionäre Hegemonie werde auf das revolutionäre russische Proletariat übergehen. Seinerzeit hat er mit Enthusiasmus von dem revolutionären Erwachen des Ostens gesprochen. Jetzt, wo das Proletariat Rußlands die Macht ergriffen

hat, wo die Völker des Ostens den Kampf um ihre Befreiung aufgenommen haben, spricht Kautsky von ihnen mit Verachtung als von „Barbaren“, „Tataren“ und „Turkestanern“. 1905—06, als die sozialdemokratischen Fraktionen in Rußland die russische Revolution noch als eine bürgerlich-demokratische auffaßten, als sich Europa noch nicht in der Zerfallsperiode des Kapitalismus befand, als die Chancen einer nahen sozialistischen Revolution in Europa noch sehr gering waren, ist Kautsky als erster — in seiner Antwort auf die Enquete Plechanows — mit der Erklärung aufgetreten, die russische Revolution dürfe nicht als bürgerliche aufgefaßt werden, sondern: als ein eigenartiger Prozeß an der Grenze der bürgerlichen und sozialistischen Gesellschaft, der die Zersetzung der ersteren fördere und die letztere vorbereite (vgl. „Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution“, Neue Zeit 1906—07, Bd. 1, S. 284, 324). Damals sagte er auch, daß die Revolution in Rußland ein Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft zur Macht bringen werde. Damals stellte er für Rußland ein Programm ökonomischer Maßnahmen auf, die Rußland „auf die dem Sozialismus nächststehende Stufe“ heben sollten (vgl. „Die Agrarfrage in Rußland“, „Die Neue Zeit“ 1905—06, Bd. 1, S. 421—22). Jetzt tobt er gegen den Wahwitz der Bolschewiki, die sich unterfangen haben, durch ihre ökonomischen Maßnahmen die ersten Schritte zur Verwirklichung des Sozialismus in einem so rückständigen Lande wie Rußland zu tun.

Sechste Parallele: Jetzt hetzt Kautsky gegen die Bolschewiki, weil sie als Diktatur des Proletariats in Rußland faktisch die Diktatur ihrer Partei errichtet haben. Aber was hat er ehemals über das Verhältnis zwischen Partei und Klasse geschrieben? In seinem Buche gegen Bernstein („Bernstein und das sozialdemokratische Programm“) lehrte er folgendes:

„Die Masse folgt in jeder Klasse teils der Elite, ohne eigene Initiative, teils hält sie sich ganz vom Kampfe fern. Die politische Herrschaft des Proletariats bedeutet also zunächst tatsächlich die Herrschaft seiner Elite — wie wir dies bei der Bourgeoisie, beim Junkertum, bei jeder herrschenden Klasse finden.“ (S. 194.)

Siebente Parallele: Zu Beginn des Jahrhunderts stand Kautsky, wengleich mit einiger Verspätung, an der Spitze des theoretischen Kampfes gegen die Reformisten und Bernsteinianer. Jetzt aber schreibt er in seinem Buche „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ über diesen Streit folgendes:

„Nun scheint der alte Gegensatz von Revolutionären und Reformisten wieder aufzutauchen. Aber in Wirklichkeit ist dieser Gegensatz jetzt nach der Revolution nur noch ein ‚unnützes Erinnern‘ zu ‚vergeblichem Streit‘.“ (S. 84.)

Zweifellos: Die Erinnerung an seine alten Streitigkeiten mit den Reformisten und Opportunisten kann Kautsky jetzt keine besondere Befriedigung mehr gewähren, ebensowenig wie Briand und Mussolini, daß sie einst den Kampf gegen die Bourgeoisie geführt haben.

Wir fassen zusammen: 1. Früher für den „Bürgerkrieg“, jetzt für den Kampf mit dem Wahlzettel; 2. Früher für die Diktatur des Proletariats, jetzt für die Koalition mit der Bourgeoisie; 3. Früher für die Konfiskation der Produktionsmittel, jetzt für ihren allmählichen Aufkauf; 4. Früher für die revolutionären Arbeitermassen, jetzt für die reformistische Arbeiteraristokratie; 5. Früher für die Welthegemonie des russischen revolutionären Proletariats, für das Weitertreiben der russischen Revolution und ihre Umwandlung in

die Einleitung zur sozialistischen, jetzt für die Rettung des zivilisierten Europas von der „Tatarei“ und für die Wiedereinrichtung des bürgerlichen Regimes in Rußland, und sei es unter Wiedereinsetzung der Romanows; 6. Früher bedeutete Diktatur des Proletariats Diktatur der Partei des Proletariats, jetzt ist die Diktatur des Proletariats etwas Schlimmeres als der Despotismus Horthys, Mussolinis und der Romanows; 7. Früher — Nieder mit den Bernsteinianern!; jetzt — Nieder mit der unangenehmen Erinnerung an den Kampf mit ihnen!

Wir sind überzeugt, daß jeder objektive Leser, der diese sieben angeführten Parallelen — wir könnten siebenmal sieben anführen — liest, sagen wird: „Ja, er verbrennt, was er vordem angebetet hat, er hat seine ehemaligen revolutionären Ansichten in vollem Maße abgeschworen. Aber das nennt man für gewöhnlich — Renegat werden. Und deshalb hatte Genosse Lenin absolut recht, als er Karl Kautsky diesen Namen gab.“

III. Weshalb wurde er zum Renegaten?

Wie war es möglich, daß ein Mensch, der jahrzehntelang als „orthodoxer Marxist“ galt, zum Renegaten wurde?

In dem 1920 geschriebenen Vorwort zur 3. Auflage seines Buches „Der Weg zur Macht“ bemerkt Kautsky selbst hierzu ironisch:

„Danach wäre ich meinen Überzeugungen gerade in dem Moment untreu geworden, wo sich deren Richtigkeit erwies; ich hätte an ihnen festgehalten, solange sie selbst in den Reihen der eigenen Partei verhöhnt und bekämpft wurden, und hätte sie verraten in dem Moment, wo sie siegten. Welch sonderbares Verhalten! Der Schwächling, der an seiner Sache verzweifelt, der Lump, der sie verkauft — sie werden doch zu „Renegaten“ und „Judassen“ nur zu der Zeit der Niederlage dieser Sache, nicht in der ihres Sieges.“ (S. 5.)

Es wäre auch in der Tat ein psychologisches Rätsel, wenn Kautsky nach dem Siege seiner Sache zum Renegaten geworden wäre. Aber der ehrenwerte Kautsky spielt hier mit falschen Karten. Er wurde nicht nach dem Endsieg des deutschen Proletariats — hat es doch jetzt noch nicht gesiegt — zum Renegaten, sondern am Vorabend der Schlacht, in dem Augenblick, wo das deutsche Proletariat unmittelbar vor dem entscheidenden Kampf um die Macht stand. Als der Zeitpunkt da war, der von den deutschen Sozialdemokraten die Umsetzung ihrer Worte in Taten verlangte, da wurde die Kleinbürgerseele des Schreibtischmarxisten Kautsky schwach — und diese Feigheit machte ihn zum Renegaten. Das ist nicht schwer zu begreifen, wenn wir uns die Hauptmomente des Falles Kautsky vergegenwärtigen.

Als in Deutschland in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts der theoretische Kampf zwischen dem revolutionären Marxismus und dem Reformismus vor sich ging, während in Rußland gleichzeitig der praktische revolutionäre Kampf loderte, war Kautsky für jene Seite Eydtkuhnens, die von seinem Schreibtisch reichlich weit entfernt lag, sehr links. Aber als in Deutschland selbst das Gewitter heraufzog, als das deutsche Proletariat vor der Aufgabe stand, das allgemeine Reichstagswahlrecht gegen einen ihm von der kaiserlichen Regierung drohenden Anschlag zu verteidigen, als es galt, den allmächtigen preußischen Junkern das allgemeine Landtagswahlrecht

zu entreißen, begann Kautsky in dieser Frage des internen Kampfes mit einem Male zu schwanken.

Bekanntlich wurde 1905 auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß eine Resolution angenommen, die die Propaganda des politischen Massenstreikes verwarf und forderte, daß die Gewerkschaften in dieser Hinsicht keinerlei Verpflichtungen eingehen sollten. Gleichzeitig wurde auf dem Jenaer Kongreß der deutschen Sozialdemokratischen Partei eine Resolution angenommen, die im Gegenteil den Massenstreik im Prinzip als eines der besten Kampfmittel anerkannte, falls das Proletariat um das allgemeine Wahlrecht oder sein Koalitionsrecht oder um irgendein anderes zu seiner Befreiung notwendiges Recht kämpfen müsse.

Und nun ist es außerordentlich interessant, zu vergleichen, wie der praktische Führer der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, und ihr Theoretiker, Karl Kautsky, diese Jenaer Resolution ausgelegt haben. Bebel lehnte in seiner Rede auf dem Mannheimer Parteitag 1906 den Antrag auf sofortige Proklamierung des Generalstreiks als etwas absolut Albernes ab, während er aber gleichzeitig auch die Befürchtung bekämpfte, der Generalstreik sei unvermeidlich mit Blutvergießen verbunden, und kategorisch erklärte:

„Nun stehe ich nicht an, zu erklären, daß, wenn ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht geplant wird, oder den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen werden soll, gar nicht mehr die Frage entstehen kann, ob wir die Massenarbeitseinstellung wollen, sondern dann müssen wir. (Sehr richtig!) Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen, sonst wären wir erbärmliche, elende Kerle. (Lebhafte Zustimmung.) Hier ist der Punkt, wo es kein Feilschen und kein Besinnen mehr gibt. Alsdann haben wir allesamt ins Feuer zu gehen, und wenn wir auf der Strecke bleiben. (Erneute lebhafte Zustimmung. Vgl. Kautsky, „Der politische Massenstreik“, S. 161.)

Das war die Sprache des proletarischen Führers Bebel. Und was schrieb damals der Schreibtisch-Marxist Kautsky in der „Neuen Zeit“?

„Aber eines ist richtig: Unter den besonderen politischen Verhältnissen Deutschlands ist ein erfolgreicher Massenstreik nur denkbar in einer revolutionären Situation, und es wäre darum aussichtslos, ja verderblich, wollte man ihn anwenden in einer Situation, die nicht zu einer revolutionären werden kann . . . Aber selbst wenn es zur Aufhebung des Reichstagswahlrechtes käme, müßte man es sich noch sehr überlegen, ob man ohne weiteres mit dem Massenstreik darauf antworten solle. Das käme ganz auf die Situation an, in der sich das vollzieht. Wenn wir es für notwendig halten, den Massenstreik zu diskutieren . . . so vor allem deswegen, weil wir auch für Deutschland revolutionäre Situationen erwarten . . .“ (Ebd. S. 121—22.)

Hier wird mit einem Male der Unterschied zwischen Bebel und Kautsky offenbar, wenngleich sie beide derselben Parteirichtung angehören. Kautsky hat die revolutionäre Situation für die Zukunft vorhergesagt und die Erklärung des Massenstreikes von dieser zukünftigen revolutionären Situation abhängig gemacht. Bebel erklärte im Gegenteil, daß der Massenstreik noch keineswegs die Revolution bedeute. Dafür verpflichtete sich Bebel kategorisch, sobald es sich um die Grundrechte des Proletariats handelte, heute oder morgen noch in den Kampf zu gehen. Kautsky dagegen antwortete auf die praktische Frage: Was werden Sie tun, wenn man dem Proletariat das Wahlrecht raubt: Wir werden es uns überlegen, aber wenn die Situation nicht garantiert „revolutionär“ werden kann, dann werden wir vielleicht besser tun, vom Streik Abstand zu nehmen. Über diesen Widerspruch zwischen den abstrakten revolutionären Perspektiven und der praktischen Unentschlossenheit schrieb Viktor Adler damals, am 17. September 1905, in der Wiener „Arbeiterzeitung“ ironisch:

„Damit ist der Frage des Massenstreikes jede politische Aktualität genommen, und Kautsky gelangt vom entgegengesetzten Ausgangspunkt — sozusagen im dialektischen Umschlag — praktisch bei Wolfgang Heine an“ (dem Führer der Opportunisten. A. M.).

Es vergingen fünf Jahre. Das Jahr 1910 brach an und eröffnete eine neue Ära in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Bei der Charakteristik der politischen Atmosphäre dieser Zeit schreibt Kautsky in seinem Buch „Der politische Massenstreik“ (1914):

„Das ist die Signatur der neuen Situation, die rasch zunehmende Verschärfung der inneren und äußeren Gegensätze, und vor allem die steigende Notlage der Massen.“ (S. 247.)

Man sollte meinen, daß entsprechend dieser Zuspitzung der Situation, die, wie wir heute wissen, binnen vier Jahren zur Weltkatastrophe geführt hat, sich auch die Taktik der Partei hätte ändern müssen, im Sinne einer Zunahme der Demonstrationen und aller sonstigen Arten des Auftretens der Massen. Das war auch die damalige Anschauung Rosa Luxemburgs, die sich auf die Erfahrung der russischen Revolution berief. Aber die Führer der deutschen Sozialdemokratischen Partei zogen aus der veränderten Situation den entgegengesetzten Schluß. Auf derselben Buchseite, wo Kautsky die oben angeführte Charakteristik der Situation wiedergibt, schreibt er:

„Auf dem Magdeburger Parteitag 1910 ist zum ersten Male das in Erscheinung getreten, was man „marxistisches Zentrum“ nennt. Seit dem Parteitag von Hannover, 1899, hatte die Mehrheit des Parteitages sich stets nur gegen die staatsmännische Ungeduld zu wenden gehabt. Seit 1910 wendet sich die Mehrheit eines jeden Parteitages auch gegen die rebellische Ungeduld, gegen eine äußerste Linke. Das wird jetzt zur Regel. Dagegen kommt es von da an zu Parteitag, die keine Veranlassung haben, sich gegen die Rechte zu wenden. So die beiden letzten Jenaer Parteitage 1911 und 1913.“

Der theoretische Führer dieses „marxistischen Zentrums“ war und blieb Karl Kautsky, und niemand hat das wirkliche Wesen dieses „Zentrismus“ besser enthüllt als Kautsky selbst gerade in den oben angeführten Zitaten. Aus diesen Zitaten geht hervor, daß Kautsky seinen Umfall nach rechts gerade dann und gerade deshalb vollzog, weil sich die revolutionäre Situation zuspitzte, und zwar — nicht weit hinter Eydtkuhnen, sondern — in Deutschland selber. Gerade in dem Augenblick, als die objektive Situation den Übergang zu entschlosseneren Aktionen forderte, begann Kautskys Rot zu verblassen, und er fing an, sich den Opportunisten aus der Gewerkschaftsbureaucratie zu nähern. Gerade damals entwickelte Kautsky auch in einer „Was nun“? betitelten Artikelserie seine berüchtigte „Ermattungsstrategie“ im Gegensatz zu der „Niederwerfungsstrategie“; gerade damals machte er die große Entdeckung, daß nach der Pariser Kommune die revolutionäre Taktik des direkten Angriffs, die „Taktik Hannibals“, den Boden unter den Füßen verloren habe, und daß seither die Sozialisten nur mit der Taktik des Fabius Maxismus Cunctator, mit der „Ermattungstaktik“ Erfolg haben könnten. Bald darauf stellte Kautsky in einer anderen Artikelserie „Die Massenaktion“ eine neue, eine Ergänzungstheorie auf, daß wir nämlich in unseren strategischen Perspektiven die elementare Bewegung der unorganisierten Massen nicht in Rechnung setzen dürften, denn was man nicht berechnen könne, müsse ausgeschaltet bleiben. Das bedeutete faktisch den völligen Verzicht auf jedes revolutionäre Auftreten der Massen.

Die feige Haltung Kautskys in den unruhigen Jahren vor dem Kriege entschied bereits von vornherein die Stellung jenes Helden, wenn der Sturm losbrechen, wenn die große historische Prüfung kommen sollte. Wie er sich in jenen Tagen gehalten hat, wissen wir jetzt genau. Als der Krieg ausbrach, benahm sich Kautsky, der Führer der Zentristen, um vieles schmählicher als die alten deutschen Opportunisten, als die Herren Schippel, David und Heine, die wenigstens folgerichtig handelten, die Sozialpatrioten gewesen waren und es blieben. Kautsky dagegen flüsterte aus alter Gewohnheit etwas von Internationalismus und sagte in der Praxis, die Sozialdemokratie eigne sich nicht zum Klassenkampf während der Kriegszeit, genau wie das Zentralkomitee der russischen Kadettenpartei während des Oktober-Generalstreiks 1905 in seinem Memorandum schrieb:

„In der Oktoberperiode hat unsere Partei nicht aktiv eingegriffen, weil sich ihre Taktik nicht für die Situation des Generalstreiks eignete.“

Dafür tröstete Kautsky sich und seine Anhänger damit, daß sich nach der gefährvollen Kriegszeit die Verräter aller Länder wiedervereinigen würden und die Internationale glücklich wiederauferstehen würde.

Als dann die deutsche Revolution kam, und die deutsche Sozialdemokratie zur Macht gelangte, bewies Kautsky neuerdings seinen „Heroismus“. Als es sich darum handelte, diese scheinbare Macht in eine reale zu verwandeln, die Bourgeoisie zu entwaffnen, das Proletariat zu bewaffnen, die alten Bürokraten ihrer Posten zu entheben u. dgl. m., stellten Kautsky und die um ihn die Entscheidung der akuten und gefährlichen Frage der Organisierung der Macht den Herren Scheidemann und Noske anheim, die sie in dem Sinne entschieden, daß die revolutionären Arbeiter erschossen wurden und man auf ihren Knochen die Koalition mit der Bourgeoisie errichtete. Kautsky hatte in der kritischen Zeit, wo sich das Schicksal der deutschen Revolution entschied, einen guten Teil erwählt — er war Vorsitzender der Sozialisierungskommission und entschied dort tief sinnig die Frage, wie man die deutsche Industrie nicht auf bolschewistische Weise, sondern „organisch“, allmählich und ohne Konfiskationen sozialisieren könne, so daß die deutsche Bourgeoisie nicht erschrickt und die siegreiche Entente nicht gereizt wird. Während er darüber noch meditierte, wurde seine Kommission, deren praktische Resultate gleich Null waren, auseinandergejagt. Und es konnte auch nicht anders kommen: Die Koalition wies der Kommission die Rolle einer beratenden Hilfsorganisation ohne jegliche Bedeutung zu, und für ihre Arbeiten und Projekte interessierte sich überhaupt niemand. Der ganze Aufwand diente nur dazu, den Arbeitern so lange Sand in die Augen zu streuen, bis man ihnen wieder Zaum und Zügel angelegt hatte. Der gelehrte Karl Kautsky, der so viele historische Arbeiten geschrieben hat, kannte natürlich die klägliche Geschichte von Louis Blancs Luxembourgeois in Frankreich 1848, die zum Gespött geworden ist, ganz genau. Aber die Haltung eines Menschen wird nicht nur von seinem Wissen, sondern auch durch das Maß seines Willens und seiner Entschlossenheit bestimmt. Da ihm der Mut abging, im entscheidenden Augenblick der Revolution aktiv in den Kampf einzugreifen, begnügte sich Kautsky damit, daß man ihm erlaubte, sich hinter verschlossenen Türen mit rechten Sozialdemokraten und bürgerlichen Professoren über Sozialisierung zu unterhalten. Zum großen Verdruß dieser Schlafmütze kam sein eingehender Bericht über

die Sozialisierung des Bergbaues, der in dieser lächerlichen Kommission ausgearbeitet worden war, nicht einmal zur Verlesung — man ließ ihn einfach unter den Tisch fallen. So hat Karl Kautsky die russischen Bolschewiki beschämt und diesen „Barbaren“ gezeigt, wie „zivilisierte“ Marxisten praktisch den Sozialismus verwirklichen!

1920 bewies dann Karl Kautsky neuerdings seine heroische Natur. 1909, als es in Deutschland noch nicht nach Revolution roch, hatte Kautsky in seinem „Weg zur Macht“ geschrieben:

„In einem industriell hochentwickelten Staate wie Deutschland oder England besäße das Proletariat wohl heute schon die Kraft, die Staatsgewalt zu erobern, und es fände heute schon die ökonomischen Bedingungen, die Staatsgewalt zur Verdrängung kapitalistischer Betriebe durch gesellschaftliche zu ersetzen.“

1920, wo das deutsche Proletariat das hatte, was ihm 1909 gefehlt hat, wo der deutsche Militarismus zerschlagen war und die deutsche Bourgeoisie sich in Auflösung befand, wo das Proletariat die Möglichkeit besaß, unmittelbar und mit großen Aussichten auf Erfolg den Kampf um die Macht aufzunehmen, und wo es diesen Kampf bereits begonnen hatte — damals erschrak Kautsky vor der Möglichkeit eines proletarischen Sieges und erklärte im Vorwort zur dritten Auflage seines Buches „Der Kampf um die Macht“:

„Ich nannte damals an erster Stelle Deutschland, weil ich annahm, es stehe dem Sozialismus am nächsten. Heute müßte ich an dieser Stelle England nennen, und zwar aus zwei Gründen: „Der Krieg mit seinen Konsequenzen hat Deutschland unheimlich arm gemacht und schon dadurch das Tempo der möglichen sozialen Fortschritte verlangsamt. Noch mehr wirkte aber in dieser Richtung der moralische und intellektuelle Rückgang der Bevölkerung.“ (S. 7—8.)

Solange die Revolution in Deutschland unmöglich war, prahlte Kautsky: Wir stehen dem Sozialismus am nächsten. Als aber das deutsche Proletariat auf die Straße ging und den revolutionären Kampf um die Macht aufnahm, erschrak Kautsky vor dem elementaren Sturm der Revolution und erblickte in ihren Aktionen ein Anzeichen des „moralischen und intellektuellen Niedergangs der Bevölkerung“ und sagte: Nein, es soll schon lieber England den Anfang machen . . .

Wenn wir einen Blick auf die politische Laufbahn Kautskys von 1905 bis heute werfen, dann gewinnen wir die Überzeugung, daß Kautskys Feigheit in dem Maße zunahm, wie sich die Lage in seinem Vaterlande zuspitzte, wie die Vorbedingungen zu den großen Klassenkämpfen heranreiften. Darin und nur darin liegt das psychologische Rätsel seines Renegatentums.

Natürlich wissen wir, daß Kautsky keine Einzelercheinung ist, daß er eng mit der deutschen Sozialdemokratie verbunden ist, daß er ihren Sturz mitmachte, und daß sich der Sturz der deutschen Sozialdemokratischen Partei letzten Endes nicht aus psychologischen, sondern aus objektiven sozialpolitischen Bedingungen erklärt. Kein Marxist würde natürlich sagen wollen, daß eine Massenpartei, wie die ihrer Zusammensetzung nach proletarische Sozialdemokratie, einfach aus Feigheit so tief gefallen sei. Wir wissen, welche Rolle die ein halbes Jahrhundert dauernde Stabilisierung des Kapitalismus gespielt hat und daneben das unerhörte Anwachsen des Militarismus in Deutschland, die mit den parlamentarischen Erfolgen der Partei verbundenen Illusionen und schließlich die Rolle der Arbeiteraristokratie und Gewerkschaftsbureaucratie in der Partei, die die großen Massen in ihr Schlepptau

genommen hatten. Aber jene objektiven historischen Ursachen, die die Haltung der Massenpartei als Ganzes zwar restlos erklären, reichen nicht aus, um die Haltung der einzelnen Mitglieder der Partei zu erklären. Nichts zwang Karl Kautsky, in der Partei mit dem Strom zu gehen, als er bereits sah, daß sie sich dem Sumpf des Opportunismus zuwälzte. Haben es doch auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gewagt, unter gleichen Bedingungen in der Minderheit zu bleiben und gegen den Strom zu schwimmen. Wenn ein Mensch, der sich für den Testamentsvollstrecker Marxens ausgibt, eines Mannes, der niemals mit dem Winde gesegelt ist, in einem solchen Augenblick nicht wagt, seine warnende Stimme in der Partei zu erheben, wenn er im Gegenteil an der Spitze des Kampfes gegen die Linken steht und im Schwanz der Gewerkschaftsbureaucratie und Bernsteinianer, mit denen er im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts so viele Lanzen gebrochen hatte, einherläuft, dann ist er, zum Unterschied von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ein erbärmlicher Feigling.

IV. Weshalb und wozu ist der Feigling jetzt wieder mutig geworden?

Das ist wieder ein psychologisches Rätsel, aber es läßt sich leicht lösen. Der gealterte Kautsky wirft mit einem Male Schlafrock und Schlafmütze ab, legt Helm und Panzer an und ruft die Menschewiki zum bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetmacht auf, aber nicht etwa, weil er tapfer geworden wäre, o nein! Er hat diese heroische Pose nur eingenommen, weil er unter den Füßen wieder den Boden des sich stabilisierenden deutschen Kapitalismus spürte, weil er das zeitweilige Zurückweichen des deutschen Proletariats sah, und weil er das für endgültig nahm. Der Renegat Kautsky bekam es mit der Furcht zu tun, als sich das deutsche revolutionäre Proletariat im Angriff befand. Als er seinen zeitweiligen Rückzug sah, kam ihm der Mut wieder zurück, und er war bereit, den ganzen Rest seiner Kräfte denen zu widmen, die ihn vor seiner eigenen Furcht gerettet hatten.

Wer sind aber seine Retter? In erster Linie die deutsche Bourgeoisie. Aber die deutsche Bourgeoisie ist zurzeit nicht selbständig. Sie fühlt auch jetzt noch das Joch der Siegerstaaten auf sich lasten, und in der letzten Zeit schwebte ihr die Hoffnung vor, einer von den Siegerstaaten — England — werde ihr die Möglichkeit geben, wieder freier zu atmen, wenn sie die politischen Pläne der englischen Imperialisten gehorsam ausführe. Und so sehen wir, wie Kautsky alle seine ehemaligen Überzeugungen über Bord wirft und auf seine alten Tage in der Rolle eines Lakaien der deutschen Bourgeoisie auftritt, die ihrerseits den Lakaien der englischen Bourgeoisie spielt.

Wenn man den berüchtigten Bericht Kautskys aufmerksam durchliest, dann sieht man, daß er nichts ist als der Refrain der reaktionären englischen Presse, die danach trachtet, eine Einheitsfront gegen Sowjetrußland zustande zu bringen. Man lese beispielsweise folgende Stelle aus dem Bericht:

„Die in Moskau sitzende Leitung der III. Internationale, die nur ein Werkzeug der Sowjetregierung ist, nur von deren Geldunterstützung lebt, fühlt sich durch die von ihr gespendeten Geldmittel als absoluter Herr der von ihr ausgehaltenen kommunisti-

schen Parteien . . . Die Bolschewiki berufen sich darauf, es gehöre zum Wesen der internationalen Solidarität, daß die reicheren proletarischen Parteien die ärmeren unterstützen. Das ist sehr richtig und höchst empfehlenswert. Aber nie hat eine proletarische Partei, die etwas auf sich hielt, Geld von einer Regierung angenommen. Nicht einmal von einer sozialistischen Regierung des eigenen Landes . . . (S. 10.)

Nun, Leser, ist das etwa nicht eine buchstäbliche Wiederholung dessen, was wir in den zahllosen gefälschten Dokumenten lesen, die die imperialistischen Regierungen fabrizieren lassen, um zu beweisen, daß die Sowjetregierung für die Tätigkeit der Komintern verantwortlich sei, und daß jedes Auftreten der Komintern ein hinreichender juridischer Anlaß zu einem Angriff auf die Sowjetmacht sei?! Auch später sehen wir noch einmal die gleiche politische Denunziation, und zwar noch offener:

„Sie — die Bolschewiki — glauben ihre zwiespältige Politik dadurch weiterführen zu können, daß sie für ihren proletarischen und ihren kapitalistischen Teil verschiedene Einrichtungen geschaffen haben. Die Kommunistische Internationale betreibt die Weltrevolution, predigt den Umsturz aller Regierungen. Die Sowjetdiplomatie dagegen sucht das Vertrauen derselben Regierungen zu gewinnen und sie zu freundschaftlichem Entgegenkommen gegen die Moskauer Herren zu veranlassen.“ (S. 26.)

Ist diese neue Theorie der sozialistischen Ethik nicht eine buchstäbliche Wiederholung der Anschuldigungen des Herrn Chamberlain und Konsorten, deren getreuer Lakai Kautsky nunmehr geworden ist? Überhaupt tritt Kautsky ganz zynisch und offen als Agent des englischen Imperialismus auf. Man höre folgende Sätze, die man als Kainsmal in die eherne Stirn Kautskys einbrennen sollte:

„Außerstande, der raschen Verarmung des Staatswesens Einhalt zu tun, sahen sie ihre nächste Rettung darin, das viel reichere Westeuropa zu plündern, wozu sie wieder die Weltrevolution brauchten, also den offenen oder versteckten Krieg gegen die Regierungen des Auslands.“ (S. 22.)

Oder:

„In allen Staaten des Ostens suchen sie im Augenblick Brandherde einzurichten, um im gegebenen Augenblick die Welt in Flammen setzen und ausplündern zu können . . . (S. 48.)

Was heißt in Ihrem Munde „die ganze Welt ausplündern“, verehrter Renegat? Wollen Sie vielleicht sagen, die Sowjetregierung richte „Brandherde im Osten ein“, um die chinesischen Konzessionen England und Japan zu entreißen und sich selbst anzueignen? Wollen Sie, Verehrtester, vielleicht damit sagen, die Sowjetregierung strecke frech die Hand nach dem geheiligten „Eigentum“ der Imperialisten in Gestalt von dreihundert Millionen Indern und vierhundert Millionen Chinesen aus? Wollen Sie etwa dieses geheiligte „Eigentum“ vor der bolschewistischen „Plünderung“ retten, in der Berechnung, dabei möchten auch für Ihre deutsche Bourgeoisie einige Brocken von diesem Eigentum abfallen? Ihre Mühe ist vergeblich, Herr Kautsky! Sie werden dieses „Eigentum“ nicht retten. Es ist zu spät! Alle diese „Tataren“, „Turkestaner“ und sonstigen Völker des Ostens, von denen Sie mit solcher Verachtung sprechen, sowie Millionen von europäischen Proletariern, die nicht die Ehre haben, der ihrem Herzen so nahestehenden Arbeiteraristokratie anzugehören, wollen frei sein, wollen nicht mehr bloßes Eigentum sein, wollen das schmachliche Joch der Sklaverei abschütteln. Und sie werden es abschütteln trotz aller imperialistischen Räuber und trotz aller ihnen dienstbaren Renegaten!

DIMITROW :

DIE LAGE AUF DEM BALKAN UND DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN BALKANFÖDERATION (KBF)

1. Die Bedeutung des Balkans einst und jetzt

Die große Bedeutung der Balkanhalbinsel in der internationalen Politik beruhte seit jeher vor allem auf ihrer geographischen und strategischen Lage. Zwischen Schwarzem, Marmara-, Ägäischem und Adriatischem Meer gelegen, ist die Balkanhalbinsel eine natürliche Brücke zwischen Europa und Asien, und wird von dem wichtigen Landweg Berlin—Wien—Belgrad—Sofia—Konstantinopel—Bagdad durchzogen. Vor dem Kriege stellte dieser Weg ein lebenswichtiges Interesse des deutschen Imperialismus in seiner Konkurrenz mit dem britischen dar. Die Verwirklichung des deutschen Planes Berlin—Bagdad bedeutete aber eine ernste Bedrohung des Kolonialinflusses und -besitzes Frankreichs und Englands in Kleinasien und insbesondere auch Britisch-Indiens.

Andererseits strebte das zaristische Rußland, in Verfolg seiner traditionellen Eroberungspolitik seit Peter I., danach, das Schwarze Meer in ein Binnenmeer zu verwandeln und deshalb die Dardanellenstraße mit Konstantinopel in seinen Besitz zu nehmen, von wo aus am leichtesten eine Verbindung mit den internationalen Märkten durch das Mittelländische Meer herzustellen war. Aber ein sicherer Besitz der Dardanellen war unmöglich ohne Beherrschung ihres Hinterlandes auf dem Balkan . . . Deshalb trat das Zarenrußland als „Protector der christlichen Balkan-Bevölkerung“ gegen die Türkenherrschaft auf, führte zahlreiche Kriege gegen die Türkei, zuletzt den Krieg von 1877/78; beim Abschluß dieses Krieges war Rußland bemüht, das sogenannte „San Stefano“-Bulgarien in folgenden Grenzen zu schaffen: vom Schwarzen Meer bis Albanien, von der Donau bis zur Ägaeis, unweit Konstantinopels, mit Einschluß Thraziens und Mazedoniens, sowie der Bezirke von Nisch und Pirot, die später zu Serbien kamen. Beim Zustandekommen eines solchen Bulgariens wäre Rußland der tatsächliche Beherrscher des Balkans geworden, und die Besitzergreifung des schwach verteidigten Restes — der Dardanellen und Konstantinopels — nur eine Frage der Zeit gewesen. Aber gerade deswegen vereinigten sich die einander sonst feindlichen Mächte (England und Frankreich einerseits, und Deutschland und Österreich andererseits) miteinander gegen das zaristische Rußland, um den San Stefano-Plan zu verhindern. Der Berliner „Friedenskongreß“ schuf ein ganz schwaches Bulgarien, gab der Türkei das Adrianopelgebiet, Ostrumelien, Thrazien und Mazedonien zurück; Pirot und Nisch — an Serbien.

Italien, unter dem Druck vor allem Österreich-Ungarns stehend, fand am ehesten einen Ausweg für seine Expansionspolitik auf dem Balkan. Es

konzentrierte sich darauf, seine Positionen an der Adria zu befestigen und erstrebte späterhin den Besitz Albaniens, als Basis für ein weiteres Eindringen auf dem Balkan.

Die Balkanländer selbst (mit vor dem Kriege 500 000 Quadratkilometern und 25 Millionen Bevölkerung) mit jetzt 800 000 Quadratkilometern und 40 Millionen Menschen, hatten und haben nach wie vor keine geringe Bedeutung für die Wirtschaft des europäischen Kapitalismus. Die vorwiegend agrarischen Gebiete des Balkans waren für Europa eine Rohstoffquelle, ein Absatzmarkt für Industrieprodukte und stellenweise ein günstiges Kapital-Investitionsgebiet mit enormem Profit. Die Bodenschätze, insbesondere auch das Petroleum des Balkans, (in Rumänien und Albanien) waren kein geringer Anziehungspunkt für die großkapitalistischen Mächte.

Vor allem aber hatten schon vor dem Weltkriege die Balkangebiete für die beiden, um die Weltherrschaft ringenden, imperialistischen Gruppen, Dreibund und Entente, eine sehr große militärisch-strategische Bedeutung. Bei der Vorbereitung des europäischen Krieges wurden sie einerseits als wichtiger Kriegsschauplatz, andererseits als Lieferanten gehorsamen Kanonenfutters in Rechnung gestellt.

Mit solcher wirtschaftlicher, politischer und strategischer Bedeutung für die imperialistischen Mächte, waren die Balkanländer im Verlauf langer Jahrzehnte das Objekt der von ihnen betriebenen Eroberungspolitik, und der Platz, wo die widerspruchsvollen Interessen jener Mächte sich kreuzten und aufeinanderstießen, diesen Teil Europas in einen richtigen Vulkan verwandelnd, der ständig mit Ausbrüchen drohte.

Die um die Herrschaft kämpfenden imperialistischen Mächte waren daran interessiert, daß auf dem Balkan kleine hilflose Staaten entstünden mit territorialen und nationalen Grenzen, die ihren Produktivkräften nicht entsprachen, Staaten, die dauernd einander Feind waren, sich gegenseitig lähmten und infolgedessen genötigt waren, die Schutzherrschaft der einen oder der anderen Großmacht zu erlangen, in deren Vasallendienst sie sich stellten. Nacheinander, im Laufe des 19. Jahrhunderts, auf den Trümmern des alten europäischen türkischen Reiches geschaffen, stellten die Balkanstaaten weder das Ergebnis einer inneren Überwindung des Feudalismus und mittelalterlichen Partikularismus noch den Ausdruck ihrer eigenen Produktivkräfte dar, wie das bei den Nationalstaaten Zentral- und Westeuropas der Fall war, sondern sie wurden gegründet unter dem Einfluß des europäischen Imperialismus und für die Zwecke der Eroberungspolitik der einzelnen imperialistischen Großmächte. So ist die politische Geschichte des Balkans eigentlich nur die Geschichte einer unaufhörlichen Einmischung der Großmächte und der Durchführung einer machiavellistischen „Teile- und Herrsche“-Politik gegenüber den Balkanstaaten. Zwar hat in geographischer und wirtschaftlicher Beziehung der Balkan alle Voraussetzungen für ein selbständiges und sich selbstgenügendes, autarkes Gebiet; allein die Großmächte ließen weder die Vereinigung der dort wohnenden Völker in einer Balkanföderation zu noch die Schaffung eines so starken Staates, daß er die Hegemonie über die ganze Balkanhalbinsel gehabt hätte. So erklärt sich die Tatsache der Ablehnung des russischen Planes von 1878, jenes „San Stefano“ Bulgariens zu schaffen; statt dessen wurde das schwache Fürstentum Bulgariens gegründet. Ebenso erklärt sich auch der Umstand, daß, un-

mittelbar nach dem Krieg der Balkanstaaten gegen die Türkei (1912/13), der Krieg der eben noch verbündeten Länder gegeneinander geschürt wurde: Bulgariens einerseits und Serbiens, Griechenlands und Rumäniens andererseits, bei der Teilung der der Türkei abgenommenen Territorien. Durch dieselben Motive wird auch die neue territoriale Umgruppierung auf dem Balkan nach dem Weltkriege erklärlich, wo die von der Entente auferlegten Friedensverträge die vorhandenen Widersprüche und Gebietsstreitigkeiten zwischen den Balkanstaaten nicht etwa beseitigten, sondern sie noch mehr verschärften, vertieften und komplizierten.

Der Balkan ist zersplittert, schwach und unfähig zu selbständiger Entwicklung. Die feudalen Klassenverhältnisse haben sich in der Mehrzahl der Balkanländer in hohem Grade bis heute erhalten. Die nationalen Fragen sind ungelöst und haben noch verwickeltere Formen angenommen. Die Feindschaft zwischen den Balkanstaaten hat sich verschärft. Die Bedingungen für die Erweiterung der Produktivkräfte innerhalb ihrer unnatürlichen, territorialen Gebietsgrenzen sind noch ungünstiger geworden. Die Zahl der Anlässe zur Einmischung der imperialistischen Mächte in die Balkanangelegenheiten ist gewachsen.

Der Balkan bleibt weiter ein Spielzeug in den Händen des europäischen Imperialismus.

Wie es durchaus kein Zufall war, daß 1914 gerade vom Balkan aus der europäische, der Weltkrieg, entbrannte, so sind auch bei der jetzt bestehenden, durchaus unnormalen Lage auf dem Balkan, bei den ungünstigen Grenzen der Balkanstaaten, bei den mittelalterlichen Überbleibseln in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur, den ungeheuren Widersprüchen und unaufhörlichen Intrigen der imperialistischen Mächte untereinander — auf dem Balkan jegliche Überraschungen für den Frieden in Europa zu erwarten.

Der militärische Staatsstreich von 1923 in Bulgarien, der Staatsstreich von 1924 in Albanien, die kürzlich erst vollzogene politische Umwälzung in Griechenland (Juni 1925) — all das charakterisiert am besten die Unbeständigkeit der Verhältnisse auf dem Balkan und die entscheidende Bedeutung der auswärtigen imperialistischen Intrigen und Einflüsse. All das, und dazu die Bemühungen Großbritanniens, einen einheitlichen antibolschewistischen Balkanblock zu schaffen, weist darauf hin, daß in dem sich vorbereitenden neuen imperialistischen Krieg, in den der Weltkapitalismus mit Notwendigkeit die Völker hineintreibt, die Balkanländer durchaus nicht die letzte Rolle spielen werden.

Die Resultate des Weltkrieges und die neue Umgruppierung der imperialistischen Kräfte haben die Rolle des Balkans in der internationalen Politik bedeutend verändert. Es wäre jedoch ganz fehlerhaft, anzunehmen, daß nach dem Verschwinden des zaristischen Rußlands, nach dem Zusammenbruch des alten Österreich-Ungarns und nach der katastrophalen Niederlage des deutschen Imperialismus der Balkan eine weniger große Bedeutung für das kapitalistische Europa hätte als vor dem Weltkriege. Freilich: die wichtige Dardanellenstraße wird von keinem russischen Imperialismus mehr bedroht; den Platz des alten Österreich-Ungarns hat auf dem Balkan jetzt Jugoslawien (SHS) eingenommen, das sich ganz in den Händen der „Entente“ befindet. Die kolonialen Besitzungen Großbritanniens in Kleinasien bedroht

der deutsche Imperialismus nicht mehr, da er zurzeit kraftlos ist; sein Weg Berlin-Bagdad besteht nicht mehr, und er kann nicht daran denken, zu seiner früheren Politik des „Dranges nach Osten“ zurückzukehren.

Anstatt alles dessen ist jetzt dagegen — an Stelle des zaristischen Rußlands — die mächtige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (USSR) errichtet, die ein Sechstel der Erdoberfläche bedeckt und eine unersetzliche Basis für die proletarische Weltrevolution darstellt. Unter ihrem Einfluß erwachen die vielmillionenköpfigen kolonialen und halbkolonialen Völker Chinas, Indiens, Ägyptens Marokkos und gehen entschlossen zur Attacke über. Für die Entente, und insonderheit für Großbritannien, stellt die Existenz der USSR eine viel größere Bedrohung dar als der deutsche Imperialismus und die früheren Bestrebungen Zarenrußlands, die Dardanellen-Meerenge zu besetzen. Vormalis allerdings war Deutschland eine Drohung für den Kolonialbesitz Englands und Frankreichs und vor allem ihr gefährlicher Konkurrent auf dem Weltmarkte. Früher hätte das zaristische Rußland durch Besitzergreifung der Dardanellen allerdings dem englischen und französischen Imperialismus ernste Schwierigkeiten bereitet. — Jetzt jedoch bedeutet die Erstarkung der USSR eine Bedrohung der Herrschaft des Kapitalismus in der Welt überhaupt. Die bloße Tatsache des Bestehens dieser riesigen Arbeiter-Bauerngroßmacht erweist eine immer größere revolutionäre Rückwirkung auf das Proletariat der Westländer und auf die Kolonial- und Halbkolonialvölker des Ostens. Nationalrevolutionäre Massenbewegung in China, der Marokkokrieg, die Gärung in Ägypten und Indien, sowie die verhältnismäßig rasche Revolutionierung der Arbeiterbewegung in England illustrieren das sehr gut. Durch ihre gegen die kapitalistische Ausbeutung und Tyrannei und gegen die Kolonialsklaverei gerichtete Politik bringt die USSR zweifellos den Augenblick der endgültigen Liquidierung des Kapitalismus im internationalen Maßstab näher.

Zudem befinden sich die Dardanellen jetzt nicht mehr wie früher in der Hand des morschen türkischen Sultanreiches, das sich unter der Kontrolle der imperialistischen Großmächte befand, wie das vor dem Weltkriege war, sondern in den Händen einer Türkei der „nationalen Wiedergeburt“, die sich — mit Unterstützung der Sowjetrepublik — von der Vormundschaft des europäischen Imperialismus frei gemacht hat und heute selbst eine Bedrohung für den kleinasiatischen Kolonialbesitz Frankreichs und Englands sowie eine gewisse Stütze für die von diesen beiden imperialistischen Mächten versklavten muselmanischen Volksstämme darstellt.

Das ist auch der Grund, weshalb das kapitalistische Europa, unter Führung des konservativ regierten Englands, solche kolossalen Anstrengungen macht, die Erstarkung der USSR zu behindern, warum es den Ring um diese immer enger schließt zum Zweck einer Zertrümmerung Sowjetrußlands durch einen konterrevolutionären Krieg, und weshalb gleichzeitig die neue Türkei in jeder Weise geschwächt werden, die schwere imperialistische Faust wieder auf ihr lasten soll.

Aber, so wie früher der Balkan eine besonders wichtige Barriere auf dem Wege des deutschen Imperialismus nach Bagdad war, der Deutschen, die imstande waren, das zaristische Rußland an der Festsetzung in Konstantinopel zu hindern und somit die kolonialen Besitzungen Englands und Frankreichs zu sichern — so hat der Balkan auch jetzt eine nicht mindere

Bedeutung als Basis eines Entscheidungskampfes der gesamten Kapitalisten Europas gegen Sowjetrußland, sowie als Ausgangspunkt zur Schwächung und Unterwerfung der neuen Türkei; geht doch gerade über den Balkan die Hauptangriffsstraße der Entente gegen die USSR und die Türkei. Die unaufhörlichen Anstrengungen der Entente und im besonderen Großbritanniens, die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung auf dem Balkan ein für allemal zu vernichten und aus den Balkanstaaten eine einheitliche antibolschewistische Front zusammenschweißen, bestätigen klar genug die ungeheure Bedeutung des Balkans für ihre heutige internationale Politik.

Aus demselben Grunde ist andererseits die Befreiung des Balkans von der auf ihn lastenden Abhängigkeit von den imperialistischen Großmächten, die Unmöglichkeit der Ausnützung des Balkans und der Balkanvölker als Werkzeug jener konterrevolutionären Eroberungszwecke, eine Lebensnotwendigkeit für die weitere Stärkung der ersten Arbeiter-Bauernmacht der Welt, für die Schwächung der Positionen des europäischen Imperialismus zur Beschleunigung, ja zur Sicherung des endgültigen Sieges der proletarischen Weltrevolution.

2. Die Lage auf dem Balkan im Jahre 1924

Die 7. Konferenz der Kommunistischen Balkanföderation (KBF) im Juli 1924 unterzog die Lage auf dem Balkan einer ganz genauen Analyse, als deren Ergebnis folgendes festgestellt wurde:

Erstens: Dem Balkan droht ein neuer Krieg.

Zweitens: Auf dem Balkan reifen die Elemente von Arbeiter- und Bauernmassenaufständen heran.

Das Fiumeabkommen zwischen Italien und Jugoslawien über die endgültige Abtretung Fiumes an Italien hat die Kriegsgefahr an der Adria durchaus nicht beseitigt, da das Eindringen des italienischen Imperialismus auf dem Balkan, von Dalmatien und Albanien aus, entgegen dem provisorischen Abkommen, immer neue und neue Widersprüche erzeugt, die unvermeidlich zu scharfen Konflikten zwischen Italien und Jugoslawien führen. Der Aufstand in Albanien hat wiederum gezeigt, wie leicht man in jedem beliebigen Moment einen Brand an diesem Punkte der Balkanhalbinsel entfachen kann. — Ungeachtet der unzähligen Versuche, die mazedonische und thrazische Frage zu lösen, trotz der Aufteilung Mazedoniens und Thraziens unter den Nachbarstaaten ist der Frieden am Ägäischen Meer durchaus nicht gesichert. Die katastrophale kleinasiatische Niederlage Griechenlands, das in dieses Abenteuer durch den englischen Imperialismus hineingehetzt wurde, hat aufs neue die Eroberungsbegierden in den herrschenden Klassen der Nachbarstaaten (Jugoslawien und Bulgarien) angefacht. Besonders fieberhaft rüsten in dieser Hinsicht die Belgrader Militaristen. Durch eine Okkupation von Saloniki (das jetzt zu Griechenland gehört) wollen sich die jugoslawischen Imperialisten jenen Flottenstützpunkt schaffen, den ihnen das imperialistische Italien in Fiume genommen hat. Zur Verwirklichung dieses Planes müssen sie sich die unbeschränkte Herrschaft über Mazedonien sichern; hierbei stellen die Ansprüche der bulgarischen Bourgeoisie auf Mazedonien

ein ernsthaftes Hindernis dar. Deshalb ist die mazedonische Frage mehr als jemals die Quelle gefährlicher Konflikte zwischen den Regierungen in Belgrad und Sofia. Mehr als einmal hat Jugoslawien gedroht, einen Teil des bulgarischen Territoriums wegen der mazedonischen Frage zu besetzen.

Eine Bedrohung des Friedens auf dem Balkan birgt sich auch in dem Verhältnis Rumäniens zur bessarabischen Frage, in der Okkupation Besarabiens durch die rumänische Regierungselite und der Errichtung eines unerhörten nationalen Joches gegenüber der bessarabischen Bevölkerung.

Der Wettbewerb der imperialistischen Mächte — Englands, Frankreichs und Italiens — um die Hegemonie auf dem Balkan, am Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meer, sowie ihr Bestreben, den Balkan in eine Basis für ihre konterrevolutionären kriegerischen Angriffe gegen die Sowjetunion zu verwandeln, können die vorhandene drohende Kriegsgefahr für den Balkan nur noch vermehren.

Von der Nähe und realen Stärke der Kriegsgefahr zeugt ganz klar auch das unaufhörliche Rüsten der Balkanstaaten, vor allem Jugoslawiens und Rumäniens, die trotz ihrer überaus schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage kolossale Summen für Kriegszwecke — fürsorglich unterstützt von Frankreich und England — verausgaben.

Andererseits durchleben die Balkanstaaten eine tiefgreifende innere Krise. Diese tritt in den einzelnen Staaten verschiedenartig in Erscheinung, aber ihre tiefsten Ursachen sind ein und dieselben. Sie wurzeln in der völligen wirtschaftlichen Versklavung der Balkanstaaten durch das fremde Kapital, in dem ökonomischen Ruin breiter Volksmassen und in der äußersten Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes, sie wurzeln in der verstärkten Bewegung der landlosen und landarmen Bauern, die nach Land drängen, ferner in den erbitterten nationalen Kämpfen, in der unumschränkten Diktatur des Kapitals, dem terroristischen Regime der kapitalistischen Cliquen.

Die bürgerlichen Klassen und die Dynastien auf dem Balkan, selbst räuberisch und parasitisch bis zum Extrem, stellen ein Werkzeug in den Händen der europäischen Imperialisten der Großmächte dar, erweisen sich aber als absolut unfähig, jene eben aufgezeigte immer mehr heranreifende Krise zu lösen. Im Gegenteil, durch ihre kurzsichtige nationalistische und erobrerungswütige Politik, durch ihre aasgeiergleiche Räuberei, mit der sie die Arbeiter- und Bauernmassen ihrer Länder aussaugen, durch ihre terroristischen Regierungsmethoden, durch ihre ungeheuren Ausgaben für Polizei, Armee und andere unproduktive Zwecke — verschärfen sie nur noch mehr die bestehenden Widersprüche, steigern sie den Wirtschaftsruin, verschlechtern sie die Lebensbedingungen der Massen, einschließlich eines großen Teiles der Intellektuellen, treiben sie noch mehr zur Verzweiflung und vertiefen die Krise. Der Ausweg aus dieser Lage auf dem Balkan besteht in der Vernichtung der künstlich geschaffenen Grenzen, in der völlig freien Selbstbestimmung der einzelnen Nationalitäten und der Aufhebung des nationalen Druckes, der feudalen Überbleibsel in der Landzuteilung an die Bauern, in der Schaffung freier Bahn für die Produktivkräfte, in der Vereinigung des Balkans zu einem einheitlichen politischen Wirtschaftsgebiet. Im Rahmen einer Balkanföderation könnten sich die Balkanvölker national frei zusammenschließen, ihre Produktivkräfte entwickeln, sich in gemeinsamer

Anstrengung von dem Joch der Großmächte befreien und der Bedrohung des Balkanfriedens entgegenarbeiten. Aber gerade gegen diesen Ausweg wehren sich die bürgerlichen Klassen und die Dynastien aufs erbittertste: denn er würde das Aufhören ihrer Herrschaft über die Volksmassen bedeuten. Sie ziehen es daher vor, Agenten und Kommissionäre der fremden erobrerungswütigen Imperialisten zu sein, ihnen ihre Länder und Völker zur Verfügung zu stellen, den ganzen Balkan in armselige Wüsten zu verwandeln.

Aber gerade deshalb bleibt den Arbeitern und Bauern und den unterdrückten Nationalitäten des Balkans kein anderer Weg zur Gewinnung ihrer Freiheit und zur Sicherung ihrer Existenz als der revolutionäre Kampf gegen die Balkanbourgeoisie und den fremden Imperialismus.

Und es gibt auf dem Balkan drei revolutionäre Faktoren, die — wenn miteinander verbündet — den Kampf zu einem Ende führen könnten. Es sind das: die Arbeiterbewegung, die Bauernbewegung und die nationalrevolutionäre Bewegung. Ihrer Klassenzusammensetzung nach sind diese Bewegungen eng miteinander verflochten und verbunden. Das an Zahl geringe Proletariat, das die Avantgarde bildet, entstammt den werktätigen Bauernmassen und ist mit ihnen aufs engste verbunden.

Die Massen in den nationalrevolutionären Bewegungen rekrutieren sich vorwiegend aus der Bauernschaft. Die nationalen und die Bauernfragen sind eigentlich nur zwei Seiten ein und derselben Frage. Diese drei Bewegungen können ganz gut gemeinsame und verwandte Ziele haben. Die tatsächlichen Verhältnisse auf dem Balkan und der gemeinsame Feind, nämlich die bürgerlichen Klassen und Dynastien des Balkans und der fremdländische Imperialismus, stellen eine günstige Voraussetzung für ein gemeinsames Wirken der obengenannten drei revolutionären Faktoren dar. Die kommunistischen Parteien und ihre kommunistische Balkanföderation haben deshalb die Aufgabe, auf dieser realen Grundlage ein gemeinsames Vorgehen gegen Bourgeoisie und Imperialismus zu sichern.

Bei dieser Lage der Dinge wird die auf dem Balkan bestehende Krise immer mehr heranreifen und wird unvermeidlich zu Massenaufständen für eine Arbeiter-Bauernregierung und für eine Balkanföderation führen.

3. Die gegenwärtige Lage auf dem Balkan

Im verflossenen Jahr (1924/25, nach der 7. Balkankonferenz) sind einige Veränderungen in der Balkanlage eingetreten — sowohl internationaler wie rein balkanischer Art.

Einigen rechten Elementen der kommunistischen Parteien des Balkans (besonders in Jugoslawien und Griechenland) gaben diese Veränderungen Anlaß, zu behaupten, daß die Lage auf dem Balkan sich stabilisiere, die bürgerliche Macht sich festige, die revolutionären Perspektiven verschwunden seien, und die revolutionäre Taktik, die von den kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Föderation des Balkans angenommen worden war, den realen Bedingungen auf dem Balkan und den gegenwärtigen Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes nicht mehr entspreche. Bei der Bemühung, diese These theoretisch zu begründen, haben diese „kommunistischen Revolutionäre“, mit Miloikowitsch in Jugoslawien und mit Kordatos

in Griechenland an der Spitze, bald gezeigt, daß sie sich kaum wesentlich von den Sozialdemokraten unterscheiden. Gleich diesen leugnen auch sie den revolutionären Sinn der Bauernbewegung und des nationalrevolutionären Kampfes auf dem Balkan. Sie empfehlen den kommunistischen Parteien, damit aufzuhören, sich für zwei grundlegende Lebens- und Kampfesfragen der Balkanvölker — für die Bauern- und die Nationalfrage — zu interessieren. Sie empfehlen den Verzicht auf die Vorbereitung der Massen zu der Arbeiter- und Bauernrevolution auf dem Balkan und die Rückkehr zur „marxistischen“ Vorkriegstaktik, die in der allmählichen und friedlichen Organisierung und Aufklärung des Proletariats bestand. Dennoch geben sie sich für treue Anhänger der Komintern aus, die angeblich eine „vernünftige“ Verwirklichung der Beschlüsse der Komintern mit Rücksichtnahme auf die besonderen Bedingungen auf dem Balkan erstreben. Dadurch leugnen sie faktisch die eigentlichen Grundlagen der revolutionären Taktik der Komintern und geben sich der Passivität hin, die den herrschenden Cliques des Bürgertums so günstig ist.

Aber worin bestehen eigentlich die erwähnten Veränderungen der Lage auf dem Balkan, und wie groß ist die tatsächliche Bedeutung dieser Veränderungen?

Als erstes: Die in Zentraleuropa eingetretene relative Stabilisierung mußte natürlich auch auf die Lage auf dem Balkan einen gewissen Einfluß ausüben. Dieser Einfluß zeigt sich vor allem darin, daß die Großmächte und insbesondere England im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahren eine weit aktivere und entscheidendere Rolle in den Balkanangelegenheiten spielen, wie auch darin, daß die Abhängigkeit der Balkanstaaten von dem fremden Imperialismus sich vergrößert hat, und daß sie noch mehr zu wirklichen Kolonien des Imperialismus geworden sind. Die Interessengegensätze zwischen England, Frankreich und Italien auf dem Balkan bleiben zwar unüberwunden und können nicht überwunden werden, doch ist im gegenwärtigen Moment eine vorübergehende Milderung dieser Widersprüche zu bemerken. Frankreich, das selber mit unerträglichen finanziellen Verpflichtungen an Amerika belastet ist, das den Balkanstaaten keine Kredite mehr geben kann, und das mit innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten voll und ganz zu tun hat, ist gezwungen, auf seine Initiative in der Balkanpolitik mehr und mehr zugunsten Englands zu verzichten. Die Hegemonie in der kapitalistischen Politik Europas auf dem Balkan fällt nunmehr dem konservativen England zu. Auf Initiative und unter dem Einfluß Englands genießen die reaktionären Regierungen der Balkanstaaten die aktivste Unterstützung in ihrem Kampfe gegen die „bolschewistische Gefahr“, d. h. gegen die Bewegung der Arbeiter- und Bauernmassen und der unterdrückten Nationalitäten. Auf Grund dieser Unterstützung hat der weiße Terror auf dem Balkan ungeheure Ausmaße angenommen. England gibt sich die erdenklichste Mühe, um die Balkanstaaten untereinander zu versöhnen und eine einheitliche, den gesamten Balkan umfassende antibolschewistische Front zu schaffen, die gegen die revolutionäre Bewegung auf dem Balkan und gegen die Sowjetunion gerichtet ist und einen Druck auch auf die Türkei ausüben soll.

Gleichzeitig traten auch folgende Veränderungen von lokaler Bedeutung ein:

1. Die mazedonische nationalrevolutionäre Bewegung hat eine schwere Periode durchlebt. Ihre Organisation auf bulgarischem Territorium ist zertrümmert. Mit Hilfe von Agenten der bulgarischen nationalistischen Bourgeoisie innerhalb der mazedonischen Bewegung hat die Zankowregierung fast alle unabhängigen mazedonischen Revolutionäre ausgerottet, die mazedonische Organisation untergraben und ihre Überreste in Bulgarien, mit dem General Protogerow an der Spitze, in ihre eigene Agentur und in eine Bande von Halsabschneidern verwandelt, die sie gegen die Arbeiter- und Bauernmassen in Bulgarien verwendet. Auf diese Weise ist ein unmittelbarer Aufstand gegen die gegenwärtigen Eroberer und Unterdrücker Mazedoniens auf mehr oder weniger lange Zeit hinausgeschoben.

2. Der konterrevolutionäre Umsturz Achmed Zoglus in Albanien, der mit Förderung und mittels der bewaffneten Macht Jugoslawiens vollzogen wurde, hat die Front der Balkanreaktion bis zum Adriatischen Meere erweitert. Damit ist eine der Stützen der Befreiungsbewegung des mazedonischen Volkes und eine Basis der revolutionären Bewegung auf dem Balkan vernichtet.

3. Die nach der Verhaftung Stephan Raditschs zustande gekommene Kapitulation der kroatischen Bourgeoisie in der Person der offiziellen Leiter der kroatischen Bauernpartei vor dem großserbischen hegemonistischen Regime Paschtschs und dem Monarchismus verwirrte in empfindlichem Maße die nationale Einheitsfront des kroatischen Volkes in seinem Kampfe um Freiheit und Unabhängigkeit. Dadurch wurde die chronische Staatskrise in Jugoslawien vorübergehend gemildert, die Belgrader Imperialisten und Militaristen bekamen bis zu einem gewissen Grade die Hand frei in ihrem Kampf gegen die nationale Bewegung in Mazedonien, Kroatien und Slowenien, gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung in Jugoslawien und gegen die revolutionäre Bewegung auf dem Balkan überhaupt.

4. Die neue blutige Vergewaltigung der Bauern- und Arbeitermassen seitens der Zankowbanden im Zusammenhang mit der Explosion in der Sofioter Kathedrale bedeutet, daß die Arbeiter- und Bauernbewegung in Bulgarien ihrer Führerschaft beraubt ist. Die bulgarische Bourgeoisie hat vorübergehend die Übermacht in ihrem Kampfe gegen die Massen, und diese Situation wird solange dauern, bis die Massen den schweren Schlag überwunden, ihre Kräfte von neuem zusammengefügt und neue Führer der Bewegung hervorgebracht haben werden. Die unmittelbare Verbindung des Kampfes für die Liquidierung des Zankowregimes mit dem Kampf um die Schaffung der Arbeiter- und Bauernregierung auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes — diese Fragestellung wurde von den Bedingungen und dem Kräfteverhältnis der kämpfenden Seiten im Jahre 1924 diktiert und gerechtfertigt. Heute ist sie schon unmöglich.

Ohne die Wichtigkeit dieser Veränderungen in der Lage auf dem Balkan irgendwie zu unterschätzen, darf man jedoch sagen, daß sie nur eine vorübergehende Verlangsamung im Tempo der revolutionären Bewegung auf dem Balkan bedeuten. Sie vergrößern die Schwierigkeiten, die diese Bewegung zu überwinden hat, und vermindern die Aussichten auf den Sieg eines isolierten Aufstandes in den einzelnen Balkanstaaten. Dadurch wird die Koordinierung des revolutionären Kampfes der Werktätigen in einem den gesamten Balkan umfassenden Maßstabe unbedingt notwendig. Diese Ver-

änderungen zeigen auch die Notwendigkeit längerer und systematischerer Kampfesvorbereitungen, als bis dahin angenommen wurde.

Diese Veränderungen bedeuten weder irgendeine Stabilisierung der Lage auf dem Balkan noch die Festigung und Erweiterung der sozialen Basis der bürgerlichen Macht in den Balkanstaaten und auch nicht die Vernichtung der revolutionären Perspektiven. Nicht einmal die überaus relative Stabilisierung, die man in Mitteleuropa beobachten kann, gibt es auf dem Balkan. Die allgemeine Lage ist dort nach wie vor äußerst labil und gespannt. Die bekannten neuesten Ereignisse in Bulgarien, der neue Militärumschwung des Generals Pangalos in Griechenland, die Anzeichen einer neuen Revolution gegen das reaktionäre Regime Achmed Zoglus in Albanien, der zunehmende Kampf der Massen gegen die Regierung Brătianu in Rumänien, der Abbruch der Verhandlungen zwischen Griechenland und Jugoslawien noch vor dem Umsturz und die unvermeidliche Zuspitzung der Beziehungen dieser beiden Staaten unter der Regierung Pangalos in Griechenland, eine neue Spannung zwischen Belgrad und Sofia — alle diese bedeutenden Tatsachen widerlegen aufs kategorischste jedwede Behauptung einer Stabilisierung auf dem Balkan.

Und in der Tat ist die durch den Krieg verursachte wirtschaftliche Zerrüttung in den Balkanländern noch lange nicht überwunden. Die schon vor dem Kriege vorhanden gewesene ökonomische Krise hält an. Der Haushalt der Balkanstaaten wird mit riesigen Defiziten abgeschlossen. Alle Staaten sind mit unerträglichen Kriegsschulden belastet. Speziell Bulgarien hat auch Reparationslasten zu tragen. Die Handelsbilanz der Balkanstaaten ist passiv. Ein großer Teil des örtlichen Kapitals wird nicht für Produktionszwecke, sondern vorwiegend für Schiebergeschäfte mit lebenswichtigen Gegenständen und für Handel und Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, speziell von Tabak, verwendet. Das Auslandskapital fördert nicht die Hebung der Industrie, sondern nutzt die Balkanstaaten als Kolonien aus. Infolge der Zerrüttung der europäischen Finanzwirtschaft sowie infolge der labilen politischen Lage auf dem Balkan ist der Zustrom von Auslandskapital außerdem stark zurückgegangen. Die Verwendung ungeheurer Mittel für die Aufrechterhaltung eines unerträglichen Militarismus und eines äußerst belastenden Polizeiparates (in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien), wie überhaupt die unsichere Lage und die zunehmende Anarchie in den meisten Gebieten des Balkans paralysieren auch die geringste Möglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Wichtige Hebel des ökonomischen Lebens der Balkanländer (Eisenbahnen, Transportmittel, Banken usw.) gehen immer mehr in dieser oder jener Form in die Hände des Auslandskapitals über oder geraten unter dessen Kontrolle. (Z. B.: die staatlichen Bergwerke „Pernik“ in Bulgarien, die Naphtha-Gewinnung in Rumänien, einige Eisenbahnlinien in Jugoslawien, die Tabakproduktion und der Seehandel in Griechenland, die Naphtha-Quellen in Albanien u. a. m.) Der Balkan nähert sich mit Riesenschritten seiner endgültigen Verwandlung in eine Kolonie des europäischen Imperialismus. Die unvermeidlichen Folgen davon sind: Verschlechterung der Lage der Arbeiter- und Bauernmassen, des Kleinbürgertums und der werktätigen Intelligenz; Verarmung eines bedeutenden Bevölkerungsteiles; Zunahme der Arbeitslosigkeit; ungeheure Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft der

Volksmassen und dank all diesem noch weitere Zuspitzung der ökonomischen Krise selbst und noch größere Unsicherheit der Lage.

Eine unter dem Druck Englands zustandegekommene Versöhnung der Balkanstaaten untereinander, wenn sie auch verwirklicht werden sollte, würde von kurzer Dauer und mangelnder Festigkeit sein. Die tiefgehenden Gegensätze unter den Balkanstaaten und die Ursachen zu Konflikten zwischen ihnen bleiben bestehen. Zwischen Bulgarien und Jugoslawien besteht ein Streit um den Besitz Mazedoniens und des nach dem Kriege annektierten bulgarischen Territoriums; Jugoslawien und Griechenland streiten um Saloniki; Griechenland, Bulgarien und die Türkei — um Thrazien; Rumänien und Bulgarien — um die Dobrudscha; Jugoslawien, Griechenland und Italien — um Albanien; Jugoslawien und Italien — um die adriatische Küste. In jedem Moment kann sich einer dieser Gegensätze bis zur äußersten Spannung zuspitzen und zu einem neuen Kriege auf dem Balkan führen. Und ein solcher Krieg könnte leicht zum Ausgangspunkt eines neuen großen imperialistischen Krieges werden. Es ist charakteristisch, daß sogar die wiederholten Bemühungen Englands, die Balkanstaaten untereinander zu versöhnen und sie in ein einheitliches antibolschewistisches Bündnis zusammenfassen, erfolglos waren. Im Gegenteil, die Beziehungen unter den Balkanstaaten haben sich weiter verschärft. Früher wurde Zankow-Bulgarien von Rumänien voll und ganz unterstützt, und der rumänische König erklärte offiziell, Bulgarien müsse in die kleine Entente aufgenommen und seine Forderung in bezug auf die reguläre Armee müsse unterstützt werden. Als aber über die letztgenannte Forderung Zankows konkret entschieden werden sollte, erklärte sich Rumänien, zusammen mit Jugoslawien und Griechenland, unzweideutig dagegen. Die zwischen Griechenland und Bulgarien abgeschlossene Konvention über den Schutz bulgarischer Minderheiten in Griechenland, Mazedonien und Thrazien wurde nachher von Griechenland abgelehnt. Sogar die „Siegerstaaten“ des Balkans (Jugoslawien, Rumänien und Griechenland) können in den wichtigsten Balkanproblemen nicht einig werden. Rumänien und Jugoslawien haben sich zur Kleinen Entente mit dem Ziel zusammengeschlossen, die durch die Friedensverträge festgesetzten Grenzen zu sichern. Aber bis heute noch weigert sich Jugoslawien, die Verpflichtung zu übernehmen, zusammen mit Rumänien Krieg zu führen, um das von Rumänien annektierte Beßarabien bei Rumänien zu erhalten. Griechenland wiederum weigert sich, der Kleinen Entente beizutreten, weil es freie Hand in bezug auf Jugoslawien behalten und darum nicht in einen eventuellen Krieg zwischen Rumänien und der Sowjetunion verwickelt werden will. Jugoslawien steht zwar auf dem Boden der Friedensverträge, versucht aber mit allen Mitteln eine günstige Lage zu schaffen, um das griechische Mazedonien samt Saloniki zu annektieren. Es ist kein Wunder, daß bei einer solchen Lage die Gründe und die Anlässe zu Kriegskonflikten zwischen den Balkanstaaten nicht minder aktuell sind als früher.

Die Kriegsgefahr auf dem Balkan besteht auch infolge interventionistischer Absichten Jugoslawiens in bezug auf Bulgarien. Die jugoslawischen Imperialisten wissen sehr wohl, daß, solange es ein Bulgarien gibt, das den Besitz von Wardar anstrebt, Zentralmazedonien für sie nicht ganz gesichert und die gewünschte Besitzergreifung von Saloniki — des Tores Mazedoniens — höchst problematisch ist. Darum suchen sie ständig eine Ge-

legenheit zu einer Militärintervention gegen Bulgarien mit dem Ziel, in dieser oder jener Form die Bergwerke „Pernik“ (das bulgarische Ruhrgebiet) an sich zu reißen und das Petritsch-Gebiet (der bulgarische Teil Mazedoniens) an das sich in jugoslawischen Händen befindende Zentralmazedonien anzugliedern. Sollte eine derartige Intervention zustande kommen, so wird sie unvermeidlich eine Intervention seitens Rumäniens hervorrufen, und auch eine Einmischung Griechenlands ist durchaus nicht ausgeschlossen. Während das Ziel der jugoslawischen Intervention das Einsacken Bulgariens sein wird oder wenigstens die Einsetzung einer Regierung in Sofia, die Belgrad genehm und von ihm abhängig ist, — wird der Zweck der rumänischen Intervention und der Politik Griechenlands der sein, die annektionistischen Absichten der jugoslawischen Imperialisten nach Möglichkeit zu verhindern. Heute schon sehen Rumänien und Griechenland besorgt auf die Bestrebungen Jugoslawiens, alle mehr oder weniger wichtigen strategischen und wirtschaftlichen Positionen auf dem Balkan an sich zu reißen und seine faktische Hegemonie auf dem Balkan zu errichten. Eine derartige Intervention könnte auch die Frage über die Aufteilung Bulgariens unter seine drei Nachbarländer aufrollen. In diesem Falle aber wird die Gefahr schwieriger Verwicklungen und kriegiger Konflikte auf dem Balkan um so unvermeidlicher sein.

Schließlich wird der Balkan von dem Kriegsgespent im selben Maße wie früher dadurch bedroht, daß das kapitalistische Europa bestrebt ist, den Balkan in eine Basis des offen vorbereiteten Krieges gegen die Sowjetunion zu verwandeln und die Balkanvölker als Kanonenfutter für den konterrevolutionären Krieg auszunützen.

Andererseits bleiben die komplizierten nationalen Probleme auf dem Balkan — die Probleme Mazedoniens, Thraziens, der Dobrudscha, Beßarabiens, Kroatiens, Albanien usw. — ungelöst. Im Gegenteil, sie werden noch mehr kompliziert und verschärft durch die gewaltsame, denationalisierende und kolonisierende Politik, die in den eroberten fremden Gebieten betrieben wird, sowie durch die ständige Zunahme der Zahl der Flüchtlinge aus diesen Gebieten. So befinden sich z. B. in Bulgarien über 500 000 Flüchtlinge aus Mazedonien, Thrazien und der Dobrudscha; in Griechenland 1 200 000 Flüchtlinge aus Konstantinopel, dem Adrianopel-Gebiet und Kleinasien; in der Türkei — 300 000 Flüchtlinge aus Griechisch-Mazedonien und Thrazien; in Jugoslawien — 100 000 Flüchtlinge aus den kroatischen Gebieten, die unter italienischer Herrschaft geblieben sind; in der Sowjetunion und speziell in der Moldawischen Republik Zehntausende von Flüchtlingen aus Beßarabien usw. Die herrschenden Cliques in Jugoslawien, Rumänien und Griechenland wollen nach wie vor die nationale Frage dadurch lösen, daß sie ihre Bauern in Mazedonien, Thrazien, in der Dobrudscha und in Beßarabien anstelle der von dort vertriebenen alteingesessenen Bevölkerung ansiedeln und auf diese Weise den Zustrom von Flüchtlingen in die anderen Balkanländer ständig vermehren. Diese verarmten und hungernden Flüchtlingsmassen stellen nicht nur eine unerträgliche Belastung der Staatshaushalte dar, sondern verschlechtern auch die ohnedies schon schwere Lage der einheimischen Arbeiter- und Bauernbevölkerung und verschärfen die nationalen Konflikte zwischen den entsprechenden Balkanstaaten.

In der Tat ist nach der durchlebten Zertrümmerung der mazedonischen

Organisation die versklavte Bevölkerung Mazedoniens zurzeit nicht imstande, sich unmittelbar gegen die nationale Unterjochung zu erheben und ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit zurückzuerobern. Jedoch hat die mazedonische Organisation durch die schwere Prüfung gelernt und organisiert sich jetzt von neuem als eine einheitliche nationalrevolutionäre Organisation. Sie hat sich schon von dem früheren Einfluß und der Abhängigkeit von der bulgarischen nationalistischen Bourgeoisie befreit. Zwischen der mazedonischen Bewegung, die so lange zu Eroberungszwecken durch die bulgarische Bourgeoisie ausgenutzt wurde, und dem offiziellen Bulgarien besteht jetzt eine tiefe, unüberbrückbare Kluft. Die Gruppe des Generals Protogerow, die die bankrotte Politik Todor Alexandrows fortsetzen will, ist jetzt von den mazedonischen Massen isoliert und eine offene Agentur der Zankow-Regierung geworden. Unlängst ermordete diese Gruppe den bekannten mazedonischen Wojewoden Pantscho Michailow, der noch vor drei Monaten Mitglied dieser Gruppe war, sich aber in der letzten Zeit gegen ihre antimazedonische und verräterische Politik erklärt hatte. Die mazedonische Bewegung vereinigt die Bevölkerung der drei auseinander gerissenen Teile Mazedoniens. Sie verliert schon ihren engbulgarischen Charakter und entwickelt sich in einem den gesamten Balkan umfassenden Maßstab. Sie besitzt jetzt wirklich ein nationalrevolutionäres Programm und sieht ihren Erfolg in dem gemeinsamen Kampfe mit den andern revolutionären Faktoren auf dem Balkan — mit den Arbeiter- und Bauernbewegungen und der nationalen Bewegung Kroatiens, Thraziens, der Dobrudscha, Albaniens, Beßarabiens usw. — in einer den gesamten Balkan umfassenden Einheitsfront der Werktätigen. Trotz ungeheurer Schwierigkeiten, die die entstehende mazedonische nationale Organisation zu überwinden hat, wird sie es verstehen, in nicht allzu ferner Zukunft mutig an die Spitze der mazedonischen Bewegung zu treten und diese in den Entscheidungskampf gegen die Unterdrücker Mazedoniens zu führen.

Die Bewegung in der Dobrudscha und in Thrazien verwertet ihrerseits die wertvolle historische Erfahrung des mazedonischen Volkes zur Erweiterung und Ausgestaltung ihres nationalrevolutionären Charakters. Die linken Strömungen in diesen Bewegungen haben bedeutend zugenommen und der Einfluß der Zankow-Agenten auf ihre leitenden Organe schwindet schnell. Die beßarabische Bewegung ist noch lange nicht vernichtet, trotz der ständigen Aderlasse seitens der rumänischen Oligarchie. Die in organisatorischer Hinsicht vorübergehend geschwächte Bewegung beginnt sich wieder aufzurichten. Der große Prozeß gegen ihre Führer und Teilnehmer, in dem im Zusammenhang mit dem letzten beßarabischen Aufstand 500 Angeklagte vor dem Gericht stehen, verstärkt nur die Anhänglichkeit der Massen gegenüber der nationalrevolutionären Bewegung Beßarabiens und steigert ihre Empörung gegen das gewaltsame beßarabische Regime. Ein neuer Ansporn zur Hebung und Weiterentwicklung der beßarabischen Bewegung ist jetzt natürlich auch das Bestehen der neuen Moldawischen Sowjetrepublik.

Die Kapitulation führender Mitglieder der kroatischen Republikanischen Partei vor der imperialistischen jugoslawischen Monarchie rief die Entrüstung breiter Bauern- und Arbeitermassen Kroatiens hervor. Innerhalb der Raditsch-Partei bildet sich eine linke Strömung, die für die Beibehaltung

des alten republikanischen Bauern- und Nationalprogramms ist, sowie für einen noch energischeren Kampf gegen das Regime der Belgrader Machthaber und für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit Kroatiens. Diese linke Strömung wird immer mehr und mehr zum Zentrum der aktiven Massenkräfte der kroatischen Bauernpartei. Auch die Verhandlungen zwischen Raditsch und Paschtsch, die zwei Monate dauerten und bis jetzt noch zu keinen irgendwie positiven Ergebnissen geführt haben, haben klar gezeigt, wie tief der Abgrund ist, der Kroatien von den Belgrader Imperialisten und Monarchisten trennt, und wie hoffnungslos die Bemühungen sind, eine endgültige Einigung zwischen ihnen zu erreichen auf der Grundlage der bestehenden Widowdan-Verfassung und der durch diese festgesetzten Hegemonie der serbischen Bourgeoisie in Jugoslawien. Der Kampf des kroatischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit ist durch diese Kapitulation der Führung der kroatischen Republikanischen Bauernpartei nicht nur nicht liquidiert, sondern im Gegenteil, er wird mit neuer Kraft noch heftiger entbrennen.

Die Regierung Achmed Zoglu in Albanien — das Regime albanischer Beks und fremder Waffengewalt — ruft gegen sich den Haß des gesamten albanischen Volkes hervor. Die gegen dieses Regime entstandene Bewegung gestaltet sich immer mehr zu einer gesamtnationalen und agrarischen. Sie wird nicht aufhören zu wachsen und wird in sehr naher Zukunft zu einem verschärften Kampf in Albanien führen. Dabei sind die weißgardistischen Imperialisten, die den Umsturz Achmed Zoglus materiell unterstützten und seinen Sieg sicherstellten, von dem neuen albanischen Regime bald enttäuscht worden, da England sich dieses Umsturzes im weitesten Maße bedient hat, um seine Hand auf die wichtigsten Naphthaquellen zu legen und Achmed Zoglu in seine Abhängigkeit zu bringen. Italien hat seine Aktivität in Albanien verstärkt und einen Teil der Ölquellen an sich zu reißen vermocht, nimmt aber nach wie vor eine nicht besonders freundschaftliche Haltung gegenüber der Regierung Achmed Zoglu ein. Auf diese Weise wird die Stellung des letzteren immer unsicherer und sein Sturz ist nur eine Frage der Zeit.

Auch die wichtige Agrarfrage bleibt auf dem Balkan ungelöst. Unmittelbar nach dem Kriege wurden zwar unter dem Einfluß der damals in der ganzen Welt im Ansteigen gewesenen revolutionären Welle hier und dort Agrarreformen durchgeführt, die aber jetzt eingeschränkt und für die werktätigen Bauernmassen wertlos gemacht werden. Infolgedessen wie auch infolge der räuberischen Wirtschafts- und Steuerpolitik des reaktionären Regimes der Balkanregierungen befreien sich die Bauernmassen, die aus dem Krieg mit verstärktem Selbstbewußtsein hervorgegangen sind, immer mehr von dem Einfluß der Bourgeoisie und schließen sich zusammen zum Kampf gegen das herrschende Bürgertum. Die an blutigen Erfahrungen reichen bulgarischen Bauern, die den bürgerlichen Umsturz vom 9. Juni 1923 durchlebten und nachher ihre Macht verloren, erlitten die schwere Niederlage eben darum, weil sie mit dem bulgarischen Proletariat nicht verbündet waren. Auch in den anderen Balkanländern werden die Bauernmassen mehr und mehr von der Idee durchdrungen, daß sie nur einen natürlichen Bundesgenossen haben können: das revolutionäre Proletariat. Neben der Revolutionierung des bulgarischen Bauernbundes vollzieht sich auch der Re-

volutionierungsprozeß der kroatischen Bauernpartei Raditschs, des Bauernbundes in Jugoslawien und der zaranistischen (landwirtschaftlichen) Partei des Dr. Lupo in Rumänien. Die Bauernbewegung in Griechenland (in Epirus und Thessalien), die vor allem in teilweiser Inbesitznahme des Bodens der Gutsbesitzer, der Klöster und der königlichen Güter ihren Ausdruck fand, hat auch den griechischen Bauern die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen die Gutsbesitzer, die Bourgeoisie und das bürgerliche Regime gezeigt. Und die griechischen Bauern beginnen bereits mit der Bildung ihrer eigenen, von den bürgerlichen Parteien unabhängigen landwirtschaftlichen Organisationen zum Kampfe gegen diese Parteien im Kontakt mit der Bewegung des griechischen Proletariats.

Alles spricht dafür, daß die Bauernbewegung auf dem Balkan sich weiterentwickeln und verstärken wird als eine Bewegung der werktätigen Bauern um Land und Inventar, um billigen Kredit, um billige Industriewaren, um Befreiung von der Steuerlast und der Ausplünderung durch das Wucher-, Bank- und Schieberkapital, um Befreiung von der Polizeiwilkkür und der politischen Tyrannei der Bourgeoisie-, der Feudal- und Militärcliquen. Und als solche wird die Bauernbewegung einen revolutionären Charakter tragen. Sie wird objektiv gegen die Herrschaft des Bürgertums gesichtet sein und eine der festen Stützen sein für den Arbeiter- und Bauernblock in jedem einzelnen Balkanlande, sowie für die den ganzen Balkan umfassende revolutionäre Einheitsfront.

Der auf dem Balkan herrschende barbarische weiße Terror, von der Entente mit England an der Spitze unterstützt, hat die Reihen der kommunistischen und der Arbeiterbewegung in den Balkanländern und besonders in Bulgarien stark gelichtet. Mit Ausnahme Griechenlands ist die Kommunistische Partei auf dem Balkan für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt und wird als verbrecherische Organisation verfolgt. Ebenso ist die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung außerordentlichen Verfolgungen ausgesetzt. Die Leiter und die Funktionäre der kommunistischen Parteien und der Gewerkschaftsverbände in Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und Bulgarien befinden sich zum großen Teil im Gefängnis oder im Exil, und speziell in Bulgarien sind drei Viertel der Führer und aktiven Kräfte ermordet. In organisatorischer Hinsicht ist die kommunistische Arbeiterbewegung zerrüttet, und der organisierte Kampf der Arbeitermassen hat ungeheuer schwierige Verhältnisse zu überwinden. Die Bewegung ist aber weder vernichtet noch paralysiert. Die Ausnahmebedingungen haben nur neue große Schwierigkeiten geschaffen und die Umgruppierung der proletarischen Kräfte, die Anpassung ihrer Organisationen und ihres Kampfes an die besonderen Verhältnisse sowie die Aneignung neuer Organisationsformen und Aktionsmethoden notwendig gemacht.

Zu gleicher Zeit wird die Unzufriedenheit des Proletariats durch die wütende Offensive des Kapitals und die unerhörte politische Tyrannei fortwährend verstärkt und der Kampf zwischen Arbeit und Kapital verschärft. Der Versuch der Bourgeoisie, die ungeheuer schweren Folgen des Krieges, der wirtschaftlichen Zerrüttung und der ökonomischen Krise auf die Arbeiter- und Bauernmassen abzuwälzen, die bis zum äußersten getriebene Ausbeutung der Arbeitskraft, die Vernichtung des früher formell eingeführten Achtstundentages und der bescheidenen Anfänge einer Arbeitsgesetz-

gebung, der Anschlag auf das Koalitions- und Streikrecht — all das wird den Kampf des Proletariats gegen das Kapital und das bürgerliche Regime unvermeidlich verstärken und zuspitzen. Die Idee der Gewerkschaftseinheit wird unter den Arbeitermassen immer lebendiger werden, und die praktische Verwirklichung dieser Lebensnotwendigkeit ist eine Frage der allernächsten Zukunft. Da es auf dem Balkan, im Gegensatz zu Deutschland und anderen europäischen Ländern, keine sozialdemokratischen Massenparteien gibt und da die unbedeutenden sozialdemokratischen Parteien in den Augen der Arbeitermassen völlig diskreditiert sind, besitzt das Proletariat der Balkanländer trotz seiner verhältnismäßig kleinen Zahl alle objektiven Möglichkeiten, unter der Leitung der kommunistischen Parteien die Schwierigkeiten des weißen Terrors und der illegalen Bedingungen zu überwinden, seine Kräfte zu organisieren und zu mobilisieren und die tatsächliche Führung zu übernehmen in dem gemeinsamen Kampf der Arbeiter-, Bauern- und der nationalrevolutionären Bewegung gegen das bürgerlich-monarchistische und militärische Regime sowohl in den einzelnen Balkanländern als auch auf der gesamten Halbinsel.

Das Wüten des weißen Terrors auf dem Balkan bedeutet keineswegs eine Festigung des Bürgertums oder eine Erweiterung der sozialen Basis der bürgerlichen Macht. Daß politische Reaktion noch nicht von Kraft zeugt, hat der Terror nicht nur einmal bewiesen. Das zaristische Regime in Rußland wütete am heftigsten gerade am Vorabend seines Untergangs. Unter den Bedingungen auf dem Balkan ist der weiße Terror eher der Ausdruck der panischen Angst, von der die herrschenden Cliquen erfaßt werden angesichts der Tatsache, daß die Volksbewegung zunimmt und daß immer weitere Schichten des Kleinbürgertums, der werktätigen Intelligenz und sogar der Offiziere zur Opposition übergehen. Durch ihren Terror gegen die Massen und durch ihre reaktionäre und räuberische Politik bringt die Bourgeoisie auch jene Mittelschichten gegen sich auf, die früher unter der politischen Führung des Bürgertums standen. Die Macht der Bourgeoisie wird immer stärker isoliert und abgegrenzt durch neue, ihr feindliche Kräfte, ihre soziale Basis wird schmaler und der Boden unter ihren Füßen ist immer mehr im Schwinden. Was auf der Oberfläche des politischen Lebens als rechte Elemente in der Kommunistischen Partei, als katastrophale Niederlage des Kommunismus und Verstärkung der Bourgeoisie erscheint, ist im Grunde genommen nichts anderes als eine für die Bourgeoisie selbst äußerst ungünstige Umgruppierung der gesellschaftlichen Kräfte, eine Untergrabung der Fundamente der bürgerlichen Macht und Heranbildung neuer revolutionärer Faktoren auf dem Balkan.

Die von Miloikowitsch in Jugoslawien und von Kordatos in Griechenland empfohlene Rückkehr zur Vorkriegstaktik der Sozialdemokratie wäre nicht nur eine unverzeihliche politische Kurzsichtigkeit, sondern auch ein offener Verrat an den höchsten Interessen der proletarischen und bäuerlichen Massen und der unterdrückten Nationalitäten auf dem Balkan. Eine solche Rückkehr würde für die kommunistischen Parteien bedeuten: die Kampffront gegen die eigene Bourgeoisie und den fremden Imperialismus zu verlassen, dem Kampfe der Massen untreu zu werden, sich von ihnen loszureißen, ihr Mißtrauen zu erwecken und politischen Selbstmord zu begehen.

4. Die Aufgaben der kommunistischen Balkanföderation

Die kommunistische Balkanföderation ist die Vereinigung der kommunistischen Parteien auf dem Balkan. Sie existiert nicht als besondere Organisation, sondern im Rahmen der Kommunistischen Internationale und handelt unter deren Leitung. Ihre Bestimmung ist: 1. Koordinierung der Arbeit der kommunistischen Parteien des Balkans hinsichtlich der den gesamten Balkan betreffenden Fragen; 2. Popularisierung des Zusammenschlusses der Balkanvölker zu einer Balkanföderation unter den Massen; 3. Führung und Unterstützung sowohl des Kampfes gegen die nationalistische und chauvinistische Politik der bürgerlichen Regierungen und Dynastien, die die Balkanvölker voneinander trennt und sie gegeneinander ausspielt, als auch des Kampfes gegen die Eroberungsgelüste des fremden Imperialismus auf dem Balkan.

Bereits im Jahre 1910 von den revolutionären sozialdemokratischen Parteien Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens und Griechenlands gegründet, hat die Kommunistische (früher Sozialistische) Balkanföderation schon eine ziemlich lange Periode hinter sich, in der sie die Solidarität unter den werktätigen Massen der Balkanländer popularisierte, die Balkanprobleme beleuchtete und einen gemeinsamen Standpunkt der Balkanparteien gegenüber diesen Problemen herausbildete. Dank gerade dieser Tätigkeit der Föderation vermochte die revolutionäre Sozialdemokratie der Balkanländer sowohl gegen den Balkankrieg (1912—1913) als auch gegen den europäischen Krieg (1914—1918) einmütig aufzutreten, im Gegensatz zur Mehrzahl der anderen Parteien der sozialistischen Vorkriegsinternationale, die die Internationale verrieten und sich an die Imperialisten verkauften.

Mit der Verwirklichung ihrer speziellen Aufgaben begann die KBF aber erst in den ersten zwei Jahren nach der Gründung der Kommunistischen Internationale. In dieser Zeit hatte sie auch selbst eine verhältnismäßig bessere Organisation erhalten, die die einzelnen kommunistischen Parteien auf dem Balkan zusammenfaßte und ihnen die Möglichkeit gab, die praktische Arbeit und den Kampf einheitlich zu führen. In dieser Hinsicht steht die KBF eigentlich noch am Anfang ihrer Entwicklung, und es bleibt noch vieles zu tun, damit sie die Höhe erreicht, die sie einnehmen muß, und damit sie ihrer wichtigen Bestimmung voll und ganz gerecht wird. Doch ist ihre ungeheure Bedeutung für die Arbeiter-, Bauern- und für die nationalrevolutionäre Bewegung auf dem Balkan in dieser zweijährigen Periode angestrengter und systematischer Arbeit nicht nur den kommunistischen Parteien, sondern auch unseren Feinden vollkommen klar geworden.

Davon spricht genügend deutlich die in letzter Zeit von den Balkanregierungen und den imperialistischen Mächten mit England an der Spitze unternommene wütende Kampagne gegen die Tätigkeit der KBF, sowie die Forderung an die österreichische Regierung, diese möchte den Sitz der Exekutive der KBF in Wien nicht zulassen. Sowohl die Balkanregierungen als auch die imperialistischen Mächte haben allen Grund, die wachsende revolutionäre Bewegung und besonders die Vereinigung der Arbeiter- und Bauernmassen und der unterdrückten Nationalitäten in eine den gesamten Balkan umfassende, gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus gerichtete

Einheitsfront, an deren Schaffung eben die KBF arbeitet, mit Besorgnis zu verfolgen.

Doch die KBF wäre nichts ohne die kommunistischen Parteien. Ihre Kraft und Bedeutung hängt vor allem von der Kraft und Bedeutung der einzelnen kommunistischen Parteien auf dem Balkan ab. Darum ist auch die erste grundlegende Aufgabe der KBF im gegenwärtigen Moment, die Festigung und Entwicklung der kommunistischen Parteien und ihrer Verbindung mit den Massen allseitig zu fördern. Das ist um so notwendiger, da die kommunistischen Parteien in Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien außer Gesetz erklärt und den schwersten Verfolgungen ausgesetzt sind und das gleiche auch in bezug auf die Kommunistische Partei Griechenlands vorbereitet wird. Zur Überwindung dieses Ausnahmeregimes ist vor allem erforderlich: einerseits eine feste kommunistische Ideologie, andererseits ein aktives, entscheidendes und rechtzeitiges Eingreifen der kommunistischen Parteien in den Kampf der Arbeiter- und Bauernmassen und der unterdrückten Nationalitäten. Dieses läßt sich nicht erreichen ohne die endgültige Beilegung der Krise in den kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Griechenlands. Diese Krise ist eine Folge sowohl der rechten Abweichungen in diesen Parteien als auch der liquidatorischen Tendenzen, die sich in der rumänischen Partei bemerkbar machen und die nach den letzten Ereignissen auch in der Kommunistischen Partei Bulgariens hervortreten können. Die von der KP Bulgariens zugelassenen Fehler in bezug auf den Bauernverband und die mazedonische Bewegung (deren Unterschätzung) und insbesondere die Fehler zur Zeit des bürgerlichen Umsturzes (das passive Verhalten dazu); die Fehler und die Schwankungen der jugoslawischen Kommunistischen Partei in bezug auf die kroatische Bauernpartei, den landwirtschaftlichen Verband in Altserbien, die nationale Frage sowie die Unterschätzung der Gewerkschaftsbewegung; die ungenügende politische Vorbereitung der rumänischen Kommunistischen Partei, ihre Fehler in bezug auf die Bauernbewegung, die nationale Frage und insbesondere auf die zaranistische Partei; das lange Schwanken der griechischen Kommunistischen Partei, den richtigen Standpunkt gegenüber der nationalen Frage einzunehmen, sowie ihre frühere Vernachlässigung der Bauernmassen usw. usw. — all dies muß verwertet werden für die endgültige Richtigstellung der politischen und taktischen Linie der Kommunistischen Balkan-Parteien und für ihre tatsächliche ideologische Bolschewisierung. In dieser Richtung wird man die sozialdemokratische Theorie Miloikowitschs (Jugoslawien) und Kordatos' (Griechenland) bekämpfen und jedes Eindringen dieser Theorie in die Partei und die Massen verhindern müssen. Gleichzeitig mit dieser notwendigen Aufklärungsarbeit in den Partei- und den übrigen Massen wird man auch die ultralinken Abweichungen paralisieren müssen, die sich in den kommunistischen Balkanparteien hier und dort bemerkbar machen.

Die zweite Aufgabe der Kommunistischen Balkanföderation ist die Unterstützung der kommunistischen Parteien auch in ihrer organisatorischen und politischen Bolschewisierung. Alle kommunistischen Parteien auf dem Balkan sind aus den alten revolutionären sozialdemokratischen Parteien hervorgegangen. In ihren Methoden haben sie — die einen mehr, die anderen weniger — gewisse Überreste ihrer sozialdemokratischen Vergangenheit bewahrt. Ihre Organisierung auf Grundlage der Betriebszellen ist noch nicht

zum Abschluß gebracht. In Ländern, wie die des Balkans, wo das Proletariat im Vergleich zu den gewaltigen Bauernmassen gering ist, erhält diese Reorganisation eine um so wesentlichere Bedeutung, da das zahlenmäßig schwache Proletariat gerade auf diesem Wege am leichtesten und am sichersten eine gute politische Organisationsform erreichen und sich mobilisieren und aufklären kann, um zur tatsächlichen Avantgarde und zum tatsächlichen Führer im gemeinsamen Kampfe der werktätigen Massen zu werden.

Dabei werden die kommunistischen Parteien auf dem Balkan, indem sie zunächst ihren Einfluß unter dem Proletariat festigen, auch instandgesetzt, um ihre Fahne breite Schichten der übrigen werktätigen Massen zu sammeln und auch die Bauernmassen und die unterdrückten Nationalitäten in die Einheitsfront der Werktätigen einzubeziehen. Zu diesem Zweck müssen die kommunistischen Parteien aufs aktivste an allen Ereignissen teilnehmen, die in ihren Ländern vor sich gehen, im Kampfe der Massen um unmittelbare Alltagsinteressen und -forderungen immer an der Spitze stehen, diese Interessen und Forderungen nicht geringschätzend übergehen, sondern sie mit dem allgemeinen Kampf gegen die Bourgeoisie und für die Arbeiter- und Bauernmacht verbinden. Diese aktive politische Tätigkeit zwingt die kommunistischen Parteien, die Entwicklung aller Ereignisse scharf zu verfolgen, die faktische Lage ernst zu studieren, die wirtschaftliche und soziale Struktur ihrer Länder und das Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen und Faktoren zu kennen und geschicktes Manövrieren im Interesse der werktätigen Massen zu erlernen, indem sie alle oppositionellen Kräfte zum Kampf drängen gegen das bestehende reaktionäre Regime und die die werktätigen Massen bedrohenden neuen Gefahren.

Ferner besteht die Aufgabe der KBF darin, die Annäherung zwischen den kommunistischen Parteien und den Massen in den einzelnen Balkanländern noch mehr zu verstärken, rechtzeitig auf alle den gesamten Balkan betreffenden Ereignisse zu reagieren, die Solidarität und die Unterstützung gegenüber den Arbeitern und Bauern der Nachbarländer durch die Tat zu beweisen, sich immer stärker als ein einheitliches Ganzes gegenüber der Balkanbourgeoisie und den fremden Unterdrückern und Eroberern zu fühlen. Den gesamten Balkan umfassende, im Zusammenhang mit wichtigen politischen Ereignissen geführte Kampagnen gegen die Kriegsgefahr, gegen die politische Reaktion, gegen die Verfolgungen der Bauern-, der Gewerkschafts- und der nationalrevolutionären Bewegungen usw. — das ist eins der Mittel zur Verwirklichung dieser Aufgabe. Während die Balkanregierungen alles tun, um chauvinistischen Haß unter ihre Völker zu werfen, sie gegenseitig zu entfremden und gegeneinander aufzuhetzen, während die fremden Eroberer sich bemühen, die Balkanländer voneinander zu trennen, um sie leichter beherrschen zu können — sind die KBF und die einzelnen kommunistischen Parteien jene Faktoren, die die werktätigen Massen der Balkanländer, im Prozeß ihres gemeinsamen Kampfes gegen die eigene Bourgeoisie und den fremden Imperialismus und für die endgültige Befreiung vom Joche des Kapitalismus, dieser spalterischen und chauvinistischen Politik aufs entschlossenste gegenüberstellen und in ideeller, politischer und organisatorischer Hinsicht vereinigen müssen.

Doch die Hauptaufgabe der KBF bleibt die Schaffung einer den gesamten Balkan umfassenden Front der Werktätigen (Vereinigung der Arbeiter-,

Bauern- und der nationalrevolutionären Bewegung auf dem Balkan) zur Verteidigung ihrer Interessen und Rechte, zur Überwindung des weißen Terrors und der Militärdiktatur, zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung und des imperialistischen Joches, zur Verhütung der Gefahr eines konterrevolutionären Balkankrieges und der Ausnützung der Balkanländer und -völker für die konterrevolutionären Zwecke der imperialistischen Mächte, für die Herstellung der Arbeiter- und Bauernmacht in den Balkanländern und endlich für die Schaffung einer Einheitsföderation der Arbeiter- und Bauernrepubliken auf dem Balkan.

Entgegen den Bemühungen Englands und anderer imperialistischer Mächte, eine den gesamten Balkan umfassende antibolschewistische Einheitsfront zu schaffen, wird die KBF die Schaffung einer den gesamten Balkan umfassenden Front der Arbeiter, Bauern und unterdrückten Nationalitäten erstreben. Gegenüber der kleinen Entente — diesem Instrument der großen imperialistischen Entente — wie auch gegenüber den Schaffungsplänen irgendeiner bürgerlich-monarchistischen Donauföderation kämpft die KBF für die Befreiung der Balkanvölker von den sie jetzt beherrschenden bürgerlichen Cliquen, von der imperialistischen Abhängigkeit und für die Vereinigung der Balkanvölker in eine freie Föderation.

In diesem Kampfe stützt sich die KBF auf die werktätigen Massen des Balkan selbst, rechnet aber auch auf aktive Unterstützung seitens der kommunistischen Parteien Europas und insbesondere auf die kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens, d. h. der imperialistischen Länder, die an den Balkanangelegenheiten am meisten interessiert sind. Indem unsere Bruderparteien in England, Frankreich und Italien und das gesamte revolutionäre Proletariat dieser Länder die imperialistische Balkanpolitik der eigenen Regierungen scharf verfolgen, deren konterrevolutionäre Gelüste in bezug auf den Balkan entlarven und sie geißeln und gegen imperialistische Einmischungen in die Balkanangelegenheiten kämpfen — werden sie der KBF wertvolle Hilfe erweisen. Sie werden die sich unter dem Regime des wütenden Terrors und der imperialistischen Ausplünderung befindenden Arbeiter und Bauern des Balkans schützen und die Beschleunigung und Sicherstellung des Sieges der Arbeiter- und Bauernrevolution auf dem Balkan fördern.

C. M. ROEBUCK :
NACH DEM PARTEITAG
DER KP GROSSBRITANNIENS

Hat der Parteitag die wichtigsten Probleme, vor denen die Partei steht, richtig ausgewählt? Hat er sie sinn- und zweckentsprechend behandelt?

Können wir diese Fragen in positivem Sinne beantworten, so heißt das, daß unser Parteitag ein Kongreß der Bolschewisierung war, d. h. daß er die Partei den Massen nähergebracht und in den augenblicklichen Verhältnissen den besten Weg gewiesen hat, die Massen einen weiteren Schritt vorwärts zur Niederwerfung des Kapitalismus zu führen.

Wir wollen diese Fragen zu beantworten versuchen.

Die ökonomisch-politische Situation

Der Parteitag erklärte, daß es der kapitalistischen Klasse dank der Hilfe ihrer Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse gelungen ist, eine zeitweilige Stabilisierung in Europa zu schaffen. Aber es gibt so viele Gegensätze in der kapitalistischen Welt, vor allem zwischen England und Amerika, den Arbeitern und Bauern der Welt hat die Revolution eine so tiefe Lehre gegeben, und der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und der Sowjet-Union ist so fundamental, daß die Stabilisierung nur eine Phase sein kann. Von dem britischen Kapitalismus im besonderen kann man angesichts des Niedergangs seiner Industrie und der erfolgreichen Rivalität des amerikanischen Imperialismus sowie der wachsenden Revolte seiner Kolonien mit mehr Recht von einer Destabilisierung als von einer Stabilisierung sprechen.

Kaum ein Monat ist verflossen, und schon haben die Ereignisse diese Analyse bis in den letzten Punkt hinein gerechtfertigt. In Deutschland hat der Stinnes-Trust versucht, sich der Herrschaft des Finanzkapitals zu entziehen und das Reparationsproblem durch ein direktes Bündnis mit dem französischen Kapitalismus zu lösen. Aber die britisch-amerikanischen Bankiers sagten nein. Die deutschen Bankiers folgten ihnen, und heute kracht der Stinnes-Trust an allen Ecken und Enden und reißt in seinem Fall Scharen anderer Industrien mit. Deutschland steht vor einer industriellen Krise, die nur durch einen neuen Ansturm auf die Arbeitszeit der Arbeiter und durch eine Steigerung der Reaktion gelöst werden kann.

Das allein würde schon genügen, den ganzen Dawesplan in Gefahr zu bringen, da sein Erfolg davon abhängt, daß es den reformistischen Arbeiterführern gelingt, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Aber auch die Ereignisse in Frankreich zeigen, wie hinter der farbenfreudig bemalten Gipsfigur des Dawesfriedens die kapitalistische Herrschaft verfällt, ökonomisch und politisch. Die Lebenskosten steigen ununterbrochen, die finanzielle Situation der französischen Regierung wird von Tag zu Tag verzweifelter: die Arbeiter und Bauern innerhalb und außerhalb der Armee erheben sich

* Siehe die Nachbemerkung der Redaktion, Seite 771.

immer energischer gegen die militaristische Politik Painlevés in Marokko. Diese drei Faktoren allein schon treiben Frankreich schneller und schneller in eine soziale und politische Krise hinein, deren Folgen national nicht weniger als international weitreichend sein müssen, vor allem aber auf jeden Fall den Dawesplan heftig erschüttern werden.

Endlich wird auch die Lage der britischen Industrie und des britischen Handels immer schlechter, und die britischen Kapitalisten müssen offen zugeben, daß die Verschlechterung der Lage hauptsächlich den Auswirkungen der Reparationspolitik im allgemeinen und des Dawesplans im besonderen zuzuschreiben ist. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter wächst dementsprechend. Dennoch fahren die Vertreter der Bankiers in Baldwins Kabinett in ihren Versuchen fort, aus den ökonomischen Erwägungen des Dawesgutachtens die politische Folgerung zu ziehen: den Sicherheitspakt. Der Sicherheitspakt ist nicht nur der Schlußstrich unter den Dawesplan, als ein Versuch, Deutschland unschädlich und zu einer sicheren Kolonie für den alliierten Kapitalismus zu machen. Er ist mehr: er ist ein offener Schritt zur Ausdehnung des Dawesplanes von Deutschland auf Rußland, er macht offene Vorbereitungen für die militärische Überwindung der Sowjetregierung, die notwendig ist, ehe man aus Rußland eine Kolonie wie Deutschland machen kann.

Die Bankiers hoffen so, die Fabrikanten zu beruhigen, indem sie die deutschen Reparationswaren nach Rußland ablenken und von den übrigen Weltmärkten entfernen. Aber den Fabrikanten droht inzwischen die Gefahr eines völligen Zusammenbruches, den sie nur verhindern können, wenn sie sich eine Atempause verschaffen, die es ihnen erlauben würde, bis zu diesem Tage auszuhalten. Daher die entscheidenden Schritte, die sie in den letzten Wochen unternommen haben, um die lange erwartete Offensive gegen die Arbeiter zu eröffnen: ihre Vorstöße gegen die Eisenbahner, Bergarbeiter und technischen Angestellten. Auf der andern Seite sind die britischen Arbeiter nicht mehr dieselben, die sie 1921 waren, und die Aufgabe ist heute nicht mehr so einfach wie damals. Doch auf ihrer erfolgreichen Durchführung beruht der Sicherheitspakt überhaupt, mit dem der Dawesplan und die Fortsetzung der kapitalistischen Stabilisation in Europa aufs engste zusammenhängt.

Diese Ereignisse in Deutschland, Frankreich und England allein schon genügen, um zu zeigen, wie dünn der Faden ist, an dem kapitalistischer Friede und kapitalistische Ruhe heute hängen. Doch von unmittelbarster Wichtigkeit sind die Ereignisse in China, die wie in einem Spiegel all die großen Schwierigkeiten, an denen der Weltkapitalismus laboriert, zeigen.

1. Die Erhebung des chinesischen Volkes gegen die imperialistische Ausbeutung ist nichts Neues. Was neu ist, ist die Tatsache, daß jetzt ein kämpfendes Proletariat existiert, das mehr und mehr die Führung des nationalen Kampfes an sich reißt und so große Volksmassen in den politischen Kampf hineinzieht, daß sogar die reaktionären Generale nicht abseits stehen können. Der Kampf geht jetzt endgültig gegen den fremden Kapitalismus, und seine siegreiche Durchführung würde für den fremden Kapitalismus ein Unglück ersten Ranges bedeuten.

2. Für den britischen Kapitalismus ist die Gefahr am größten, da ein Sieg der Revolution in China eine enorme Ermutigung für die nationale

Erhebung in Indien und anderen britischen Kolonien bedeuten würde. Doch ein Krieg gegen die chinesische Revolution würde heute nicht mehr nur eine Strafexpedition bedeuten, wie im Jahre 1900. Ein solcher Krieg würde eine militärische Expedition auf breitester Basis erfordern, und dabei hätte die britische Arbeiterklasse natürlich auch ein gewichtiges Wort mitzusprechen.

3. Besonders interessant ist das völlige Auseinandergehen von England und Amerika, das die chinesischen Ereignisse enthüllt. Die amerikanische kapitalistische Presse und sogar Regierungsmitglieder sagen ausdrücklich, daß sie nicht intervenieren wollen. Was sie beabsichtigen, ist klar: Sie wollen den ganzen Haß des chinesischen Volkes auf den britischen Kapitalismus konzentrieren, seine Schwierigkeiten gewaltig vergrößern und so den Weg für seine endgültige Niederlage vorbereiten.

So ist es offensichtlich, daß der Weltkapitalismus nicht endgültig stabilisiert ist, sondern daß er sich weiter auf abschüssiger Bahn bewegt, während die Arbeiter nicht nur zu immer größerer Aktivität getrieben werden, sondern an Hand praktischer Erfahrung lernen, daß sie einen großen und mächtigen Verbündeten in den sich erhebenden Kolonialvölkern besitzen.

Die augenblicklichen Aufgaben der Partei

Die Ereignisse eines Monats haben genügt, um zu zeigen, daß der Parteitag recht hatte in seiner Analyse der Lage der kapitalistischen Welt im allgemeinen und der englischen im besonderen. Insoweit diese Analyse selbst die hauptsächlichsten Aufgaben der Partei auf die Tagesordnung stellte, können wir daher jetzt schon sagen, daß sie richtig gewählt waren. Wiederholen wir, welches die Aufgaben sind: 1. der Kampf um die Führung in den Gewerkschaften, 2. der Kampf gegen den Reformismus in der Labour Party, 3. der Kampf um die Solidarität mit den Kolonialvölkern und 4. der Kampf um eine disziplinierte und organisierte Partei, die durch die Betriebszellen und durch die leninistische Erziehung mit den Massen verbunden ist.

Aber die Ereignisse seit dem Parteitag weisen auch eine direkte Beziehung zu jeder einzelnen dieser Fragen auf:

1. Der Kampf um die Führung in den Gewerkschaften

Der Kampf der organisierten Arbeiter Großbritanniens gegen die kapitalistische Offensive ist einer der größten Faktoren, die entscheiden werden, wie es der britischen Kapitalistenklasse gelingen wird, nicht nur ihre internen Probleme (Produktion und Steuern), sondern auch ihre externen (Dawesplan und Sicherheitspakt) zu lösen. Der Parteitag stellte fest, daß die Partei ihre eigene Notwendigkeit den Arbeitern durch aktive Teilnahme an ihren Kämpfen beweisen und die von den reformistischen Führern verteidigte Politik der Klassengemeinschaft nicht nur durch direkten Angriff, sondern auch durch praktisches Beispiel enthüllen muß.

Die Ereignisse seit dem Parteitag haben gezeigt, daß das die einzig richtige Linie war. Fast unmittelbar nach dem Parteitag fand die Einheitskonferenz vom 4. Juni statt, auf der die Mehrheit der anwesenden Delegierten sich offen gegen einen gleichzeitigen und einheitlichen Angriff gegen die Unternehmer aussprach, obwohl sie zur Beruhigung der Arbeiter den

abstrakten Grundsatz des „Zusammenwirkens der Gewerkschaften“ unterschrieb. Seitdem hat ein Komitee an der Formulierung einer Konstitution für dieses Bündnis gearbeitet, und es ist sehr wohl möglich, daß auch diese Konstitution, wenn diese Zeilen in den Druck gehen werden, im Prinzip gebilligt sein wird. Aber die reformistischen Gewerkschaftsführer fahren fort, den Gedanken eines gemeinsamen Streiks aller Gewerkschaften lächerlich zu machen und zu bekämpfen, d. h. also die einzige ernsthafte Garantie für ein Zustandekommen dieses Bündnisses. Sie fahren in dieser Politik fort, ungeachtet der Tatsache, daß die Bergarbeiter und die Eisenbahner, die Maschinenbauer und die Textilarbeiter sich schon jetzt definitiven Angriffen auf ihre Löhne und Arbeitszeit gegenübersehen.

Schwankende und verwirrte Elemente unter den Führern des sogenannten „Linken Flügels“ der Gewerkschaften begannen bereits den Ruf nach einem „Arbeiterbündnis“ („Workers' Alliance“) preiszugeben und nach dem Allheilmittel eines Sondergewerkschaftskongresses (Special Trade Union Congress) zu rufen. Diese von unserer Partei ausgegebene Losung hat jedoch nur Sinn als Ergänzung zu diesem Arbeiterbündnis, und zwar nur, wenn der unter den Arbeitern in weitem Maße vorhandene Kampfeswille genügend energisch zum Ausdruck kommt, um die Führer zur Aktion zu zwingen. Wenn jedoch die reformistischen Führer diesen Ruf nach einem Arbeiterbündnis erfolgreich unterdrücken können, wird das ihren Widerstand gegen eine Mobilisierung der Massen zur Aktion durch den Trade Union Congress stärken.

Dasselbe trifft zu hinsichtlich der internationalen Gewerkschaftseinheit. Der bisherige Erfolg dieser Losung ist das Ergebnis der Entschlossenheit der Arbeiter und des erzwungenen Schweigens der Führer. Sobald es ihnen aber gelingt, sich dem Kampf gegen die Unternehmer zu Hause zu widersetzen, der Haupttriebfeder des Willens der Arbeiter zur internationalen Einheit, so werden sie auf dem Trade Union Congress nicht nur kurzen Prozeß mit dieser Losung machen, sondern auch mit der kleinen Gruppe von Linken, die sie aufgestellt und im gewissen Ausmaße verwirklicht haben. Und die seit dem Parteikongreß verflossenen vier Wochen sind nicht arm an Anzeichen, daß die Reformisten ihre Vorbereitungen treffen.

Was zeigen diese Tatsachen? Sie zeigen die Richtigkeit der Perspektive des Parteitages, nämlich, daß die breite und bequeme Straße nicht der Weg ist zur Gewerkschaftseinheit, national wie international: es gibt keinerlei Möglichkeit, einen Kampf gegen den Kapitalismus zu führen mit Hilfe zufälliger Kombinationen oder geschickter Manöver „linker“ Gewerkschaftsführer; kurz, es gibt keinen endgültigen Weg, die wirkliche Mobilisierung der Arbeiter zu garantieren, außer der hartnäckigen, geduldigen und konzentrierten Arbeit der Partei in den Gewerkschaften durch die Entwicklung der Minderheitsbewegung. Nur diese vermag nicht nur der instinktiven Empörung der Arbeiter Klarheit und Kraft zu geben, sondern auch den „linken“ Elementen unter den Gewerkschaftsführern. Und diese Arbeit muß in zweifacher Richtung erfolgen, die beide aufs engste miteinander verbunden sein müssen: einerseits Aufstellung konkreter Forderungen für die Arbeiter und praktische Unterstützung jedes Kampfes, andererseits Führung einer rücksichtslosen Enthüllungskampagne gegen die Reformisten und die Erläuterung der besonders gefährlichen Rolle, die diese zurzeit spielen.

2. Der Kampf gegen den Reformismus in der Labour Party

Der Parteitag stellte fest, daß die erste Aufgabe der Partei in bezug auf die Labour Party darin besteht, vor den Arbeitern aufzuzeigen, wie die Reformisten die Labour-Bewegung zu einem Werkzeug des Imperialismus machen. Ihre zweite Aufgabe ist die Sammlung der Arbeiterelemente innerhalb der Labour Party zu einem Arbeiterblock oder einem Block des linken Flügels. Die Ereignisse seit dem Parteitag haben die Richtigkeit dieses Beschlusses in weitem Maße erwiesen. Wenn wir die wichtigsten Probleme, vor die sich im Verlauf der letzten vier Wochen die Labour Party gestellt sah, betrachten, so sehen wir in der denkbar klarsten Weise, wie dringend nötig der Kampf gegen den Reformismus ist, wie er nicht nur gegen den rechten, sondern auch innerhalb des „linken“ Flügels geführt werden muß, und wie sicher wir auf die Zustimmung der Massen rechnen können, wenn wir uns entschließen, die Arbeiter zu einem praktischen Kampf gegen den Reformismus zu organisieren.

Wir haben beispielsweise schon gesehen, wie bedeutungsvoll die Frage des Sicherheitspaktes für die Welt-Arbeiterbewegung, insbesondere für die britische, ist. Wo indessen die Opposition in den parlamentarischen und führenden Kreisen der Labour Party gegen den Pakt zutage getreten ist, da bewegte sie sich in derselben Linie wie die der liberalen: Höchstes Interesse für die Fragen der Sicherheiten gegen einen französischen Angriff am Rhein (obgleich die gegenwärtige Herrschaft des englisch-amerikanischen Kapitals über Deutschland weitaus realer und tödlicher ist als ein möglicher Angriff Frankreichs gegen Deutschland) und völliges Schweigen in bezug auf den im Pakt gemeinten, wenn auch im ganzen Dokument nicht einmal genannten wirklichen Feind: die Union der Sowjetrepubliken.

In bezug auf China haben unbeschadet des sentimentalischen Geschreibsels der Labour-Presse die Parlamentsdebatten die schändlichste und widerlichste Kapitulation vor den Kapitalisten seitens der Labour Party-Gruppe gezeigt, die je zu verzeichnen war. Die Sympathie für das chinesische Volk ist nicht einen Pfifferling wert, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit der Bereitschaft zu praktischer Hilfe. Die Gefahr, die die chinesischen Arbeiter zurzeit bedroht, ist nicht der „westliche Imperialismus“ im allgemeinen, sondern der britische im besonderen. Die britischen Bajonette wurden nach China geschickt, damit sie dort Leben und Eigentum britischer Untertanen schützen, die diesen Schutz nur nötig hatten, weil Großbritannien ein niederträchtiges System fremder Exterritorial-Privilegien aufrechterhält, von denen das Recht der ungestraften Ausbeutung der chinesischen Arbeiter nur ein Teil ist. Einen einzigen Moment lang die Anwesenheit englischer Soldaten — unter welchem Vorwand immer — dulden, heißt nicht nur nichts tun zur Beseitigung dieses Systems, sondern im Gegenteil seine weitere Existenz sichern helfen. Und das heißt nichts anderes, als das Spiel des englischen Kapitalismus spielen, ihn gerade in einem Moment stützen, in dem er bedroht ist.

Dennoch waren alle Richtungen innerhalb der Parlamentsfraktion der Labour Party einstimmig für die Erklärung, „daß Leben und Eigentum britischer Untertanen geschützt werden müßten“. Daß R. Macdonald die nichtssagendste und hilfloseste Rede seines Lebens halten würde, war vor-

auszusehen; aber es ist bezeichnend, daß Johnston, ein Führer des „linken Flügels“, sich in diesem Punkt nicht weniger nachdrücklich aussprach.

Ebenso bezeichnend war die Haltung der Labour Party-Führer, der linken wie der rechten, in bezug auf die Frage der Kolonial-Vorzugszölle. Doch hierüber später.

Nicht weniger klar als der von den Labour Party-Führern offenbarte Reformismus war die Aufnahme der von unserer Partei zur Chinafrage formulierten Klassenerklärungen durch die Arbeiter in zahllosen Resolutionen (darunter solche von Organisationen, die, wie der Gewerkschaftsrat in London und Manchester, Zehntausende von Arbeitern repräsentieren), die sich nicht auf eine sentimentale Sympathie mit dem chinesischen Volke beschränken, sondern klar sehen, daß ihr Kampf gegen den britischen Imperialismus sie zu Verbündeten der englischen Arbeiter macht.

Wir haben so nach dem Parteitag eine neue Gelegenheit gehabt, den Klasseninstinkt der Massen zu erproben — wie wir sie vor dem Kongreß hatten in der Kampagne gegen den Dawesbericht, in unserer Antikriegsarbeit, in dem Feldzug gegen die Vergewaltigung Ägyptens usw. — und zu erkennen, daß, wenn auch nicht bei den Führern, so doch bei den Arbeitern die Basis für einen wirklichen proletarischen Block gegeben ist.

Doch der unmittelbarste Beweis für die Richtigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist der Beschluß der Labour Party-Exekutive, der nächsten Labour Party-Konferenz eine Reihe neuer Resolutionen vorzulegen, was im Effekt auf eine neue Festsetzung des Programms hinausläuft: „Arbeiter und Nation“, „Außenpolitik“, „Erwerbslosenfrage“, „Imperium“, „Außenhandel“, „Landwirtschaft“, „Bankwesen“, soziale Wohlfahrt“ — alle diese Fragen werden aufgerollt. Und in allen diesen Fragen sehen wir eine entschieden reformistische Prinzipienklärung, den schamlosesten Opportunismus, den völligen Bruch mit dem Sozialismus. Und das so offenbar, daß — komisch genug — sogar der „New Leader“ nicht umhin kann, das Programm als „imperialistisch“ zu bezeichnen.

Warum ist dieses Programm ein direkter Beweis, daß unsere Kongreßbeschlüsse sowohl richtig als auch zeitgemäß waren? Weil es unserer Partei die verantwortungsvolle Aufgabe auferlegt, diese Resolutionen, eine nach der andern, herzunehmen, vor den Arbeitern ihren reformistischen und arbeiterfeindlichen Charakter zu enthüllen, ihnen unsere eigenen klaren Losungen entgegenzustellen und endlich auf der Konferenz selbst einen entschiedenen Widerstand auf der Grundlage des Klassenkampfes zu organisieren. Warum entfällt diese Verantwortung auf unsere Partei? Weil es außerhalb unserer Partei keine Kraft gibt, die einen solchen entschiedenen Widerstand organisieren könnte. Anders ausgedrückt, weil individuelle Versuche, einen „linken Flügel“, abseits und in einigen Fällen gegen die Partei, ins Leben zu rufen, im vorhinein zum Mißerfolg verurteilt waren und es sein müssen.

Unsere Partei, die sich zu hören bemüht, was die Arbeiter sagen, die ihre Aufmerksamkeit nicht konzentriert auf das Geflüster in den Parlamentskorridoren und Gewerkschaftsbureaus, sie ist die einzige Kraft, die sowohl stark genug als auch verpflichtet ist, den Arbeitermassen klare Gegenvorschläge zu machen, die linken Elemente in der Independent Labour Party und in der Labour Party einzuladen, wenn sie das wollen, mit uns zusammen

einen Arbeiterblock zu bilden, sie zu kritisieren und ihnen ihre Irrtümer zu zeigen, wenn sie schwanken. Unsere Kongreßbeschlüsse haben sich auch in dieser Hinsicht als richtig erwiesen.

3. Der Kampf um die Solidarität mit den Kolonialvölkern

Der Parteitag entlarvte die Labour-Imperialisten, die ihre Aufgabe darin sehen, die englischen Arbeiter mit dem Imperialismus zu versöhnen. Er warnte die Arbeiter vor den imperialistischen Vorurteilen, die selbst in den Reihen des „linken Flügels“ Eingang gefunden haben.

War dieser Beschluß des Parteitages richtig und zeitgemäß? Der China-Konflikt zeigt, daß die Frage mit Ja zu beantworten ist. Noch überzeugender aber bewies das die Frage der Vorzugszölle (auf getrocknete Früchte, Zucker, Tabak).

Der Freihandel war die Doktrin des britischen Kapitalismus, solange dieser sich des ausschließlichen Monopols auf dem Weltmarkt für Industrieprodukte erfreute. Der Freihandel ermöglichte den Bezug billiger Rohstoffe und den Verkauf der Fertigprodukte unter den günstigsten Bedingungen. Die Forderung nach Schutzzöllen entstand, als industrielle Konkurrenten das Feld betreten. Während des Krieges, der die industrielle Entwicklung in vielen Ländern förderte, und seit dem Friedensschluß, der das Reparationsproblem als eine dauernde Quelle der Konkurrenz mit den englischen Fabrikanten brachte, hat der Schutzzollgedanke unter den Kapitalisten viele mächtige Anhänger gewonnen. Die Arbeiter und die Mittelklasse haben den Schutzzoll stets gefürchtet, und die Liberalen wie die Labour-Parteien haben ihn in der Vergangenheit stets bekämpft, aus dem einfachen Grunde, weil der Schutz der heimischen Industrien gleichbedeutend war mit dem Monopol für die heimischen Kapitalisten, d. h. der ungehinderten Freiheit für die Trusts, die Preise hochzutreiben. Das trifft auch im besonderen für die Lebensmittel zu, die zum größten Teil eingeführt wurden.

Heute jedoch hat der Kampf für den Schutzzoll eine neue Form angenommen. Nicht nur, daß die britische Industrie im schnellen Niedergang begriffen ist. In den Kolonien haben Handel und Industrie, die die Investierung britischen Kapitals dort schuf, eine einheimische Kapitalistenklasse hervorgebracht. Diese einheimischen Kapitalisten haben ihre eigenen Interessen. Selbst in den weißen Kolonien (Australien, Neuseeland usw.) erstreben sie die Freiheit, ihre eigenen Industrien zu entwickeln; sie wollen frei sein, auf anderen Märkten als den britischen zu kaufen; und in dem Falle Kanadas tendieren ihre ökonomischen Interessen sogar zur politischen Einheit mit anderen Staaten. Bei den Sklaven- (den schwarzen, braunen und gelben) Kolonien sind die Auflösungstendenzen sogar noch stärker. Ihre besondere Eigentümlichkeit, eine Eigentümlichkeit, die dem britischen Imperialismus vor dreißig Jahren seinen Vorsprung gab, war das reichliche Vorhandensein sowohl billiger Rohstoffe als auch billiger Sklavenarbeit. Heute gibt es dort einheimische Kapitalisten, die diesen natürlichen Reichtum selber ausbeuten wollen, und denen der britische Imperialismus im Wege steht. Und noch mehr: Ein einheimisches Proletariat ist erwachsen, das nicht nur seinen eigenen Freiheitskampf führt, sondern es auch lernt, die Führung der noch niedergedrückteren Bauernmassen (Indien, Südafrika, Westindien) gegen die britische Herrschaft in seine Hände zu nehmen.

Mit anderen Worten: das britische Weltreich beginnt auseinanderzufallen. Und um aus dieser verzweifelten Situation herauszukommen, hat die britische Kapitalistenklasse einen hoffnungslosen Notbehelf erfunden: die Losung der „Imperial Preference“ (gegenseitige Vorzugsbehandlung der Glieder des britischen Imperiums hinsichtlich der Zölle). Warum ist dies ein hoffnungsloser Notbehelf? Weil er die britische Industrie nicht zu retten vermag: kein Markt in Australien, Kanada oder Südafrika kann die verlorenen Märkte in Europa oder im Fernen Osten ersetzen. Aber er wird (wenigstens hoffen dies die britischen Kapitalisten) die weißen Kolonien noch einige Zeit als ein günstiges Feld für die Kapitalinvestierung erhalten, wie er die englischen Arbeiter veranlassen wird, noch einige Zeit der Ausplünderung der Sklavenkolonien ihre Zustimmung zu geben. Der Gedanke ist, daß unter der Losung der „Imperial Preference“ den Erzeugnissen der weißen Kolonien eine Vorzugsbehandlung eingeräumt werden soll, wogegen diese Kolonien sich bereit finden werden, größere Mengen britischer Fertigprodukte (Schiffe, Metalle, Textilwaren usw.) aufzunehmen, was die Arbeitsmöglichkeit für einen Teil der englischen Arbeiter steigern soll. Bezüglich der Sklavenkolonien hofft man, die Arbeiter an der Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft zu interessieren, indem man ihnen die Möglichkeit billiger Lebensmittel vorgaukelt (was faktisch nicht realisiert werden wird, da die Hauptmasse der wichtigsten Lebensmittel notgedrungen von außerhalb des Imperiums kommt).

Welches war die Aufgabe jedes ehrlichen Sozialisten, d. h. jedes Arbeiters, der den Sturz des Kapitalismus anstrebt, als die Vorzugszölle eingeführt wurden? War es nicht die, zu zeigen, daß die britischen Kapitalisten, wenn sie wirklich billige Lebensmittel und neue Märkte wünschten, sich nur der Union der Sowjetrepubliken zuzukehren brauchten, mit ihren 130 Millionen Menschen, gegenüber den über das ganze weiße Imperium (außerhalb Englands) verstreuten 15 Millionen? War es nicht die, die Heuchelei zu entlarven, die sich mit der in Australien geltenden „fair wage“-Klausel brüstet, und das ungeschriebene Gesetz des „sweated wage“ (Hungerlohn) zu enthüllen, das für mehr als 85 Prozent der Bevölkerung des britischen Weltreichs in Geltung ist? War es nicht, kurz gesagt, die, die Liberalen und die Tories als die gleichen Unterdrücker und Ausbeuter an den Pranger zu stellen und gegen die Imperial Preference zu stimmen, und zwar nicht nur als eine Geste für den Freihandel und gegen die Schutzzölle, sondern als ein Signal für die Kolonialvölker, daß die englischen Arbeiter in ihrer Erhebung auf ihrer Seite stehen werden?

Das war die Pflicht ehrlicher Sozialisten. Aber wie der Parteitag es vorausgesagt, waren es nicht nur die offenen Antisozialisten der Labour Party, die die Mehrheit für die Imperial Preference bilden halfen. Es war auch ein großer Teil des „linken Flügels“, mit Einschluß der Glasgower Gruppe und der Lansbury-Gruppe.

Es ist vielleicht zu früh, zu entscheiden, ob die linken Elemente sich bei dieser Abstimmung über die Tragweite ihrer Stellungnahme nur im unklaren waren, oder ob sie bewußt der Aufgabe des Sturzes des britischen Imperialismus aus dem Wege gehen, aus Verachtung oder aus Mißtrauen gegen die Kolonialvölker. Doch ist das im Grunde genommen von sekundärer Bedeutung. Wichtig ist, daß unser Parteitag die Größe und Dring-

lichkeit der vor der Partei stehenden Aufgaben nicht unterschätzt hat. Wie bereits gezeigt, kann ein Angriff gegen China oder eine Erhebung in Indien in jedem Moment die Frage zu einer Frage von Tod und Leben machen.

Gleichzeitig können wir aber schon jetzt sagen, daß, wenn die Kirkwood, Lansbury und Wheatly unsere Parteiposition nicht begriffen haben, die Arbeiter gezeigt haben, daß sie sie verstehen.

4. Die Entwicklung der leninistischen Schulung und die Reorganisierung der Partei auf Grundlage der Betriebszellen

Der Parteitag definierte diese Aufgaben als die „inneren Aufgaben“ der Bolschewisierung — als Aufgaben, die sofort in Angriff genommen werden müssen. Die seit dem Parteitag verflossenen vier Wochen haben die Richtigkeit dieser Definition in reichem Maße illustriert.

Im Hinblick auf die leninistische Schulung genügt es, zwei Fragen zu nennen: die Vorzugszölle und unser Gegenprogramm für die Labour Party-Konferenz. Es ist leicht, gegen den Schutzzoll Freihandelsargumente ins Feld zu führen. Wir müssen aber die Imperial Preference mit Argumenten vom Standpunkt des Klassenkampfes aus bekämpfen, und zwar solchen, die wirklich leninistisch sind, d. h. die alle Faktoren dieses Klassenkampfes in Rechnung stellen (auch die Bauern der Kolonien), und nicht nur die innerhalb Englands. Ohne leninistische Schulung ist dies eine Zufallssache, wie wir das an den „Linkesten“ des „linken Flügels“ gesehen haben.

Die Notwendigkeit der Aufstellung eines Gegenprogramms für die Labour Party-Konferenz rollt eine Reihe von Fragen auf, deren richtige Beantwortung nur im Geiste von Marx und Lenin möglich ist. Ist ein Programm unmittelbarer Forderungen ein kommunistisches Programm? Kann es ein revolutionäres Programm geben, das nicht kommunistisch ist? Weiter die Fragen der Taktik. Ist ein revolutionärer linker Flügel denkbar ohne die Teilnahme der Partei? Ist die Partei etwas, das, zusammen mit dem linken Flügel, an dem Fortschritt der Revolution mitwirkt, oder führt sie die Revolution dadurch einen Schritt weiter, indem sie einen linken Flügel schafft?

Es sind dies dringende Fragen — Fragen der praktischen Politik —, die zum Teil vom Parteitag beantwortet wurden; es ist jedoch klar, daß wir, wenn wir nicht an uns selber auf dem vom Parteitag niedergelegten Linien arbeiten, nicht die endgültigen und klaren Antworten geben können, die der Gang der Ereignisse dringend von uns erheischt.

Was die Betriebszellen anbetrifft, so haben eine Reihe von Tatsachen verschiedensten Charakters bereits neue Beweise ihrer unbedingten Wichtigkeit gebracht. Ihr hauptsächlichster und bleibender Wert, als die einzigen Mittel des Kontaktes zwischen der Partei und den breiten Arbeitermassen — im Gegensatz zu den Gewerkschaften, geschweige denn der Labour Party, wo gegenwärtig nur eine winzige Minderheit einen aktiven Anteil nimmt — ist uns vor allem klar geworden durch die organisierten Anstrengungen der reformistischen Führer, die Situation für den Kapitalismus zu retten, sowohl auf der Konferenz vom 4. Juni als auch in der Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit. Nur indem wir mit unserer Arbeit ganz

unten einsetzen, weiter unten noch als die Gewerkschaften, können wir hoffen, jene Aktivität unter den Massen, jenen Druck von ihrer Seite zu erzeugen, ohne den die mutigsten „linken“ Gewerkschaftsführer im Zaume gehalten werden (selbst wenn sie den Mut aufbringen, sich der Minderheitsbewegung anzuschließen).

Um ein noch bekannteres Beispiel zu nehmen: Die Tatsache, daß Lansbury, unter Ausnützung seines persönlichen Einflusses, im Elektrizitätswerk in Poplar es fertiggebracht hat, einen politischen Streik abzuwürgen, der die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft in Poplar — und Tausender außerhalb Poplars — hatte, ist eine besondere Lehre. Weiter hat die Frage der Imperial Preference und die Erhebung in China eine Reihe von Problemen aufgerollt, in bezug auf die es, wie die Erfahrung lehrt, besonders leicht ist, die englischen Arbeiter zu verwirren und zu spalten, dank ihrer solange unerschüttert gewesenen Position als einer Weltarbeiteraristokratie. In bezug auf solche Probleme muß die Partei vor allem in engster Fühlung mit den Arbeitermassen stehen, sie aufklären und vorwärtstreiben.

Endlich werden die Angriffe gegen unsere Partei täglich erbitterter. Die wöchentlichen Reden des Innenministers sind wegen ihrer Lügen und der in ihnen zum Ausdruck kommenden Unwissenheit um kein Haar weniger drohend: die Angriffe der reaktionären Presse, die unsere Unterdrückung fordern, werden täglich offener. Sie werden mit genau den gleichen Argumenten verstärkt durch Mister Snowden, Macdonald u. a. Unser Parteitag hat es klar ausgesprochen, daß wir uns auf eine Periode wachsenden reaktionären Drucks einrichten müssen, in dem Maße, wie die Lage der britischen Kapitalisten verzweifelter wird. In einem solchen Moment, das lehrt uns die Erfahrung, müssen wir um so enger herankommen ans Herz der Arbeiterklasse, von dem keinerlei Unterdrückungen uns losreißen können, von wo uns im Gegenteil (Dutzende unserer Betriebszellen werden das bestätigen) neue und frische Kräfte tagtäglich zuströmen werden.

Ein Parteitag der Bolschewisierung

Wir können jetzt darangehen, die von uns am Beginn dieses Artikels gestellten Fragen zu beantworten.

Gab der Parteitag eine richtige Abschätzung der gegenwärtigen Lage, in der die Partei zu arbeiten hat? Er gab sie. Gab der Parteitag die richtige Linie für die Arbeit der Partei in der gegenwärtigen Situation? Er gab sie. Sind wir in der Lage, wenn wir auf dieser Linie arbeiten, das Verständnis der Massen zu gewinnen und es in praktische Aktivität umzuwandeln? Wir können es. Wird diese Aktivität sie der Verwirklichung ihres Zieles näherbringen: dem Sturz des Kapitalismus und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats? Sie wird es.

Dann sind wir berechtigt, zu sagen, daß der Parteitag eine gute bolschewistische Zusammenfassung eines harten Arbeitsjahres war und ein guter Beginn eines neuen. Dieses Bewußtsein läßt uns die Bolschewisierung der Partei nicht als ein in weiter Ferne winkendes Ziel empfinden: sie hat bereits begonnen.

Nachbemerkung der Redaktion: Der Artikel des Genossen C. M. Roebuck, der das Fazit des Parteitages der KP Großbritanniens zieht, zeigt, daß diese unsere Partei rasch ein höheres Niveau erreicht im Sinne wachsenden Verständnisses für die ökonomische und politische Situation — die britische sowohl wie die internationale — und für die daraus unmittelbar resultierenden Aufgaben der Partei; ein höheres Niveau auch in dem Sinne, daß sie immer tiefer und tiefer in die Massen einzudringen versteht, gestützt auf die „Minderheits“-Bewegung, wodurch ihr Einfluß in den Arbeitermassen im Verhältnis zu dem geringen Mitgliederbestand in ganz außerordentlichem Maße gewachsen ist.

In einem Punkte jedoch weist, wenn auch vielleicht nicht der Parteitag, so jedenfalls der Genosse C. Roebuck, der in seinem Artikel einen Überblick darüber gibt, eine wesentliche Lücke auf. Wir meinen damit das Verhältnis des Verfassers zum „linken Flügel“ in der Labour Party. Während Genosse Roebuck die Hauptaufgaben unserer Partei (Kampf um die Führung in den Gewerkschaften; Kampf gegen den Reformismus in der Labour Party; Kampf um die Solidarität mit den Kolonialvölkern und Kampf um eine festdisziplinierte KP, die mit den Massen mittels Betriebszellen und leninistischer Schulung verbunden ist) richtig formuliert, läßt er die Aufgabe der Unterstützung des „linken Labour-Flügels“ völlig außer acht. Und das ist kein Zufall.

Indem der Verfasser von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Reformismus spricht, behauptet er, „dieser Kampf muß nicht nur gegen den rechten, sondern auch innerhalb des linken Flügels geführt werden“ — was durchaus richtig ist; er sagt dabei aber nicht, wodurch der Kampf in einem und andern Falle sich in der Form zu unterscheiden hat. Und das ist denn doch eine wesentliche Unterlassung, denn es ist ja ganz handgreiflich, daß wir anders gegen die kämpfen, die wir vernichtend schlagen wollen, und wieder anders gegen die, die wir stützen, deren Linie wir in unserm Sinne geradebiegen, ausrichten wollen. Der Verfasser sagt allerdings, die KP müsse „die Anhänger des linken Flügels in der Unabhängigen Arbeiter-Partei (ILP) und in der Labour Party zum Anschluß an die Arbeiter (Workers)-Alliance aufrufen“, er fügt aber sogleich hinzu: „wenn sie wollen“. Das klingt so, als ob die KP Großbritanniens selber nicht sehr daran interessiert sei und jedenfalls, als ob sie nicht eben sehr an die Möglichkeit eines solchen Anschlusses glaube. Es wird dies bestätigt durch die Art und Weise, in der der Verfasser die Führer des „linken Flügels“ kritisiert: er setzt erstens die Schwankungen und Irrungen einzelner Mitglieder des „linken Flügels“ auf Rechnung des „linken Flügels“ als Ganzem; zweitens dienen ihm diese Schwankungen nur als Material zum Beweis dafür, daß man keine Hoffnungen auf die „linke“ Bewegung setzen dürfe: „Interessant ist es“, sagt er, „daß Johnston — der Leader des „linken Flügels“ — sich in demselben Geist ausgesprochen hat wie Macdonald“. Ferner: „Nicht weniger bezeichnend war die Stellungnahme der Führer — sowohl der rechten als auch der linken — in der Frage der Vorzugszölle“. Was also für die KP überaus bedauerlich sein sollte, ist für den Verfasser nur „interessant“ und „bezeichnend“. Die Schlußfolgerung, zu der er gelangt, ist folgende: „Es gibt keinerlei Möglichkeit, den Kampf gegen den Kapitalismus mit Hilfe zufälliger Kombinationen oder geschickter Manöver „linker“, Gewerkschaftsführer zu führen (Sperrdruck von uns. D. Redaktion). . . Nur diese Arbeit (d. h. durch Entwicklung der „Minderheits“-Bewegung) gibt der Empörung der Arbeiter . . . Klarheit . . . und Kraft. — Als ob das letztere das erstere ausschliesse, als ob das Auftreten der Gewerkschaftsführer des linken Flügels unserer Partei nicht hülfe, selbst um so besser an die Arbeitermassen heranzukommen.“

Besondere Aufmerksamkeit verdient es, daß der Verfasser unser Verhältnis zum linken Trade-Unionismus (der mit den Arbeitermassen eng verbunden ist und ihre Stimmungen widerspiegelt) nicht unterscheidet von unserm Verhältnis zu dem linken Flügel der Labour Party und ILP, die stark unter intellektuellem Einfluß stehen. — Der Verfasser unterschätzt die Bedeutung und das spezifische Gewicht des „Linken Flügels“ in der britischen Arbeiterbewegung. Dabei aber ergibt sich aus seinem eigenen Aufsatz, daß dessen Bedeutung sehr groß ist. So erkennt der Verfasser einerseits an, daß „eine kleine Gruppe der Vertreter des „linken Flügels“ sie (die Losung der Gewerkschaftseinheit) aufgestellt und bis zu einem gewissen Grade in der Praxis verwirklicht habe.“ Das ist kein kleines Verdienst gegenüber der Arbeiterbewegung! Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die britische Gewerkschafts-Delegation nach der Union der SSR eine ganze „Wallfahrt“ von Arbeitern der Westländer, darunter auch sozialdemokratische Arbeiter, nach Sowjetrußland hervorgerufen hat. — Andererseits illustriert Genosse Roebuck selber durch eine kleine, aber bedeutsame Tatsache, welch schweren Schlag ein Zurückweichen des „linken Flügels“ der Arbeiterbewegung zufügen kann.“ Die Tatsache, — sagt er —, daß G. Lansbury, unter Aus-

nutzung seines persönlichen Einflusses im Elektrizitätswerk in Poplar es fertiggebracht hat, einen politischen Streik „abzuwürgen“, der die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft in Poplar — und Tausender außerhalb Poplars — hatte, ist eine besondere Lehre.“ Richtig. Und aus diesem lehrreichen Beispiel heißt es, die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Die Ereignisse in China, die die Kolonialmacht des britischen Reiches in Frage stellen, haben Schwankungen und Irrungen bei einigen Führern des „linken Flügels“ hervorgerufen. Das ist kein Wunder. Es ist das durchaus nicht unerwartet für die, die der Ansicht waren und sind, daß unsere Kommunistische Partei in Großbritannien die Bewegung des „linken Flügels“ unterstützen soll. Diese Schwankungen sind eine Widerspiegelung der Stimmungsschwankungen der englischen Arbeitermassen, die solange von den Brosamen vom Tische des britischen Imperialismus zehrten, und die im Moment der Krise dieses Imperialismus selbst eine innere Krise durchleben, bald vorstürmen, bald zurückweichen. Wir müssen aber im Auge behalten, daß neben dieser Stimmung, die ihre Wurzel in der geschichtlichen Vergangenheit hat, in den englischen Arbeitermassen eine neue, entgegengesetzte Stimmung heranreift, die den unvermeidlichen Zerfall des englischen Imperialismus in der Zukunft widerspiegelt. Wir müssen weiterhin im Auge behalten, daß der Opportunismus des einen oder des anderen Führers des „linken Flügels“ der Labour Party sich wesentlich von dem Opportunismus der deutschen Sozialdemokraten unterscheidet, die die Schule eines verfälschten Marxismus hinter sich haben und die eine verknocherte Theorie besitzen. Wir müssen schließlich im Auge behalten, daß es für die Kommunistische Partei Großbritanniens nicht genügt, unter den Massen zu agitieren, sondern daß sie es darüber hinaus verstehen muß, ihnen Einfluß bei den Massen organisatorisch zu verankern; das wird aber unsere zahlenmäßig überaus kleine KP Großbritanniens nicht vermögen, ohne den Apparat der Labour Party und der Trade Unions zu benutzen, wie wenig tauglich diese Apparate auch sein mögen, so daß späterhin ein Niederbrechen dieser Apparate unausbleiblich sein mag.

Deshalb meinen wir, daß man mit mehr Geduld und Hartnäckigkeit für die Stärkung des „linken Flügels“ der Labour Party kämpfen muß, sowohl mit der Methode des Drucks von unten wie mit der Einwirkung von oben, durch Kritik wie durch Ermunterung.

Wir müssen das um so mehr tun, da die Geschichte nicht wartet, da große und vielleicht entscheidende Ereignisse heraufziehen können, noch ehe unsere KP Großbritanniens sich in eine Massenpartei verwandelt und jene schütterten Stege hat zerbrechen können, über die sie zu den Massen gelangt ist.

A. C. H. : ÜBER DEN BORDIGISMUS

Auf dem 4. Kongreß der Komintern sagte Genosse Sinowjew in seiner Rede, die die gesamte bis dahin abgelaufene Entwicklung der KP Italiens umfaßte: „Ich verhehle mir dabei nicht, daß wir nicht am Ende des italienischen Kapitels stehen, sondern in der Mitte oder wahrscheinlich erst am Anfang eines neuen Kapitels. Wir werden noch schwere Kämpfe haben . . . Es werden Umgruppierungen kommen . . . Sogar von den prominentesten Führern kann man nicht sagen, wohin sie schließlich gehen werden, das wird der Kampf bringen, die Zeit, und ich hoffe, die nächste Zeit . . .“ (31. Sitzung des 4. Kongresses der KI, Protokoll — Verlag der KI 1923 — Seite 917, 918.) Genosse Serrati kehrte damals zur Komintern zurück, die Arbeitermassen aus der SP Italiens und die linken Elemente dieser Partei strebten, indem sie sich ihrer vergangenen Fehler bewußt wurden, zur Komintern zurück, während der Gen. Bordiga seine „abstentionistische“ Linie vertiefte und sich der Taktik der KI in der italienischen Frage hartnäckig widersetzte. „Kampf und Zeit“ erwiesen sich als günstige Faktoren für die KPI. Der Zeitpunkt war damals für die KPI ein sehr schwerer, es war der Moment der Machtergreifung durch die Faschisten und des härtesten Druckes auf die KPI, der stellenweise einer Zerstörung der Partei gleichkam. Und seit jener Zeit ist die KPI, trotz aller inneren Reibungen mit der Komintern Hand in Hand gehend, durch eine Anzahl von Prüfungen hindurchgegangen und in jeder Beziehung gewachsen, zahlenmäßig, organisatorisch und ideologisch.

Leider kann man nicht dasselbe von dem Genossen Bordiga sagen: Ihn hat diese Zeitspanne, diese Periode des schweren und blutigen Kampfes des italienischen Proletariats nicht nur nicht gelehrt, seiner versteinerten, sektiererischen Taktik zu entsagen, sondern umgekehrt: Bordiga hat seitdem seine Fehler verschärft, hat sich von der Masse noch mehr entfernt und hat in himmelschreiender Weise die elementaren Grundsätze der Partei — und der internationalen Disziplin verletzt, die er so eifrig predigte und von anderen forderte, als er sich im Politischen Bureau der KPI befand. Jetzt, nachdem er von der Partei mehr als einmal zur Zusammenarbeit mit der Zentrale der KPI aufgerufen wurde, findet Bordiga keine bessere Anwendung für seine Kräfte und seine Pflichterfüllung gegenüber Partei und KI als darin, eine geheime Fraktion innerhalb der KPI zu organisieren und eine Kritik zu beginnen, die die Gesamttätigkeit der KPI umfaßt und später wohl auch die der Komintern. In solcher Lage muß man natürlich mit schwerem Zweifel fragen, wohin zuguterletzt dieser Führer der sogenannten italienischen „Linken“ gelangen will.

Der Bordigismus oder die „Kinderkrankheit des Radikalismus“ in der italienischen KP ist zusammen mit dieser selbst erwachsen; er hatte schon seine organisatorischen und ideologischen Wurzeln in der alten SP Italiens, noch vor deren Spaltung in Livorno. Genosse Sinowjew stellte bei der Kritik des Bordigismus auf dem 5. Kongreß der Komintern die Frage: „Wodurch ist diese starre Position der Italiener bedingt?“ und beantwortet das: . . . Sie ist entsprungen aus der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung, aus der alten Sozialistischen Partei, die alles vereinigt hat, Turati, Bordiga, Serrati. Alles war da zusammen. Jetzt ist eine eigentümliche Reaktion eingetreten. Man will eine kleine echte, hartgesottene, „reine“, auserlesene kommunistische Partei haben, selbst ohne große Massen. Das ist begreiflich. Aber, Genossen, nach Livorno sind doch schon drei, vier Jahre vergangen. Die Dinge nehmen ihren Verlauf, die Revolution geht voran. Die italienische Bewegung belebt sich jetzt wieder, die italienische Arbeiterklasse wird bald wieder eine große Rolle spielen, wird in die Bewegung mit sehr großen neuen Erfahrungen eintreten. Sie wird nicht die italienische Bewegung der Jahre 1919 und 1920 sein. In dieser Situation ist es höchste Zeit, diesem Schiboleth ein Ende zu machen und mit der KI zu marschieren, dort, wo sie recht hat . . . (Sinowjew auf dem 5. Weltkongreß, 15. Sitzung, 26. Juni 1924, Protokoll, I. Band, Seite 505.)

Bordiga hat nicht nur nicht Schluß gemacht mit seinen „Fetischen“ von 1919/1920, er ist vielmehr soweit gegangen, daß er jetzt, im Jahre 1925, wo die KPI vor den Augen der ganzen Komintern in ihrem beharrlichen und unversöhnlichen Kampfe gegen Faschismus und Sozialreformismus offensichtlich wächst — daß er jetzt versucht, die Kraft der KP zu untergraben, indem er sie in eine Anzahl organisierter, miteinander diskutierender, beinahe feindlicher Fraktionen verwandelt hat. Es geschieht das im Namen irgendwelcher abstrakter sektiererischer Prinzipien, angeblich im Namen eines Kampfes gegen den Opportunismus, während diese geheime Fraktion schon an und für sich die intensive Arbeit der KPI desorganisiert und schwächt, einen reichlichen Opportunismus darstellt. Welcher Art war der Bordigismus 1919/20, noch vor der Gründung der KPI? Er stand damals der holländischen Schule der „linken Kommunisten“ nahe, sein Hauptpunkt war damals die Nichtteilnahme am Parlament. Von dieser Basis aus hielt es Bordiga damals für möglich, die linken Elemente mit der SPI zu vereinigen, um dann hinterher eine Spaltung zu vollziehen. In Wirklichkeit folgte ihm von der Riesenmasse der SPI damals eine sehr kleine Gruppe; die Masse der Arbeiter begriff das Prinzip, durch das Bordiga sich von den Reformisten und Zentristen abgrenzen wollte, durchaus nicht, ebensowenig wie seine anderen theoretischen Konstruktionen. Bordiga wollte schon damals eine Spaltung durchführen, aber das hätte nur zur Bildung einer kleinen „Wahlenthaltungs-“ (abstentionistischen) Sekte geführt, keinesfalls aber zu einer kommunistischen Partei.

Im Jahre 1920, noch vor der Gründung der KPI, schrieb Genosse Lenin in seiner „Kinderkrankheit“ über die Stellung des Genossen Bordiga: „. . . Aber Genosse Bordiga und seine „radikalen“ Freunde ziehen aus ihrer richtigen Kritik an den Herren Turati & Co. den falschen Schluß, daß überhaupt jede Beteiligung am Parlament schädlich sei. Nicht einen Schatten ernster Beweisgründe zugunsten dieser Ansicht können die „Radikalen“ an-

führen. Sie kennen einfach die internationalen Muster wirklicher revolutionärer und kommunistischer, für die Vorbereitung der proletarischen Diktatur unbestreitbar nützlicher Ausnützung der bürgerlichen Parlamente nicht (oder suchen sie zu vergessen). Sie stellen sich einfach das „Neue“ nicht vor und schreien, sich ohne Ende wiederholend, über die alte, nichtbolschewistische Ausnützung des Parlamentarismus. (S. 90.)* „... Ihr kommt euch selber ungeheuer revolutionär vor, liebe Boykottisten und Antiparlamentarier, aber in Wirklichkeit seid ihr vor den verhältnismäßig kleinen Schwierigkeiten, die der Kampf gegen die bürgerlichen Einflüsse innerhalb der Arbeiterbewegung mit sich bringt, erschreckt, während euer Sieg, d. h. der Sturz der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, diese selben Schwierigkeiten in noch größerem, unermesslich größerem Umfang schaffen wird...“

Der Bordigismus war damals erst im Beginn seiner „Blüte“, als extremste Reaktion gegen den Reformismus und den charakterlosen „Zentrismus“; er hatte seinen historischen Platz in der italienischen Bewegung und, bis zu einem gewissen Grade, seine Berechtigung.

„... Solch ein falsches, folgewidriges und charakterloses Verhalten den opportunistischen Abgeordneten gegenüber erzeugt einerseits den „radikalen“ Kommunismus, andererseits rechtfertigt es seine Existenz bis zu einem gewissen Grade...“ (Lenin, „Kinderkrankheiten“, S. 45.)

In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 entsagte Genosse Bordiga auf dem 2. Kongreß der Komintern unter dem Einfluß der Genossen Lenin und Sinowjew formell seinem „Parlamentsabstentionismus“. Er willigte damals zusammen mit den übrigen wirklich revolutionären Elementen innerhalb des SPI einen Kampf zu beginnen, nicht um den „Abstentionismus“ — der doch keine Anhänger fand —, sondern um den Kommunismus, um eine wirklich kommunistische Taktik und Richtung, gegen die Reformisten, gegen die Schwankungen der Zentristen und gegen die unrichtige und schädliche Linie, die damals Serrati einschlug, unter dessen Schutz die Reformisten mehr oder weniger offene Konterrevolutionäre innerhalb der Partei liebten. Bei der Spaltung in Livorno blieb jedoch der größere Teil der Masse in der SPI nach der Fabrikenbesetzung und dem Verrat der Reformisten. Im September 1920 beginnt ein zeitweiliger Abfall der revolutionären Flut, welche die Offensive des Kapitals in Italien. Der Faschismus beginnt sich recht rasch zu entwickeln. Unter diesen Umständen wäre es ganz logisch gewesen, wenn die „italienischen Linken“ endgültig die Überreste ihres „Abstentionismus“ liquidiert hätten, eine wirklich kommunistische Linie eingeschlagen hätten und ihre Aufmerksamkeit auf die Bildung einer mächtigen Massenpartei gelenkt hätten, die fähig gewesen wäre, der heraufziehenden Reaktion zu trotzen und in die KPI diejenigen revolutionären Elemente aufzusaugen, die bis dahin noch nicht zu ihr gestoßen waren.

Allein Bordiga fuhr fort, immer dieselbe alte „abstentionistische“ Linie einzuhalten, sowohl in bezug auf die Organisation der Partei selbst, wie auch hinsichtlich ihres Kampfes gegen Sozialdemokratie und Reaktion. Zu dem damals bevorstehenden März-Parteitag 1922, in Rom, schrieb Bordiga, seine

* Zitiert nach der deutschen Ausgabe 1920 (Frankfurt a. M.)

berühmten „römischen Thesen“, die freilich von der Komintern abgelehnt wurden, an die man sich aber später noch oft erinnern mußte. Sie sind in sehr schwieriger und abstrakter Sprache geschrieben, so daß nur wenige Arbeiter in Italien sie lesen und noch weniger sie verstanden haben; aber diejenigen, die sie verstanden, können sich daraus keine solche Vorstellung von der Partei machen, von der Taktik und der Masse, wie das die ganze Komintern in leninistischer Weise sich dachte.

Der erste Abschnitt „Über den Prozeß der Entwicklung einer KP“ bezweckt, in neun Paragraphen zu zeigen, daß für die Komintern es nur zulässig sei, individuelle Mitglieder, durch die betreffenden kommunistischen Parteien, in sich aufzunehmen. Dieser Satz sollte zu einer unantastbaren Wahrheit werden, zu einer Zeit, wo, wie damals, der Prozeß der Bildung kommunistischer Parteien aus der Verschmelzung ursprünglicher kommunistischer Gruppen mit dem linken Flügel sozialdemokratischer Parteien in ganz Europa eben erst zu Ende ging. Und was die Hauptsache ist, in der SPI selbst begann nach der Spaltung von Livorno ein neuer Differenzierungsprozeß mit der Bildung eines linken sozialdemokratischen Flügels, der sich die Aufgabe stellte, den von der SPI begangenen Fehler wieder gutzumachen und zur Komintern zurückzukehren. Und gerade um dieses „Unglück“ zu verhüten: nämlich den Zufluß neuer Arbeiter, die zwar revolutionär, jedoch nicht im Besitze solcher „Reinheit“ waren, die schon nicht mehr eine „Elite“ darstellten — war das erste Kapitel der politischen Thesen zum 1. Kongreß der KPI bestimmt.

Der Abschnitt „Über die Beziehungen zwischen KP und Arbeiterschaft“ der Bordigaschen Thesen beginnt mit folgendem Paragraphen: Die Definition und Bestimmung des Charakters einer Klassenpartei, die die Grundlage ihrer Struktur als Organ des fortgeschrittensten Teiles der proletarischen Klasse bildet, schließt nicht aus, sondern erfordert umgekehrt, daß die Partei auf engste mit dem übrigen Proletariat verbunden sei.

Aus diesem ersten Paragraphen ist schon ersichtlich, wie weit Bordiga von der Auffassung der KP als einer Massenpartei der Arbeiterklasse entfernt ist. Für ihn ist sie nur „Organ des fortgeschrittensten Teils des Proletariats“, nicht aber die Avantgarde selber, die durch unauflösliche Fäden mit der ganzen übrigen breiten Masse verbunden ist. Diese Verbindung mit der Masse ist für Bordiga nicht ausgeschlossen, wird sogar erfordert, aber sie bestimmt für ihn nicht den Charakter der Partei.

Im § 16 seiner Thesen sagt Bordiga, man dürfe nicht fordern, daß in einer bestimmten Zeitspanne oder am Vorabend einer großen Aktion die Partei unbedingt die Bedingung erfüllen müsse: unter ihrer Führung oder direkt in ihren Reihen die Mehrheit des Proletariats zu vereinigen . . . Es habe sogar nicht einmal einen abstrakten Sinn, einen Vergleich zu ziehen zwischen der Zahl der Proletarier, die sich in der disziplinierten und geeinten Partei befinden oder ihr folgen, und der Zahl der Proletarier, die unorganisiert, zersplittert sind oder korporativen Organisationen anhängen, denjenigen, die zu organischer Bindung nicht fähig sind . . .

In diesem ganzen Abschnitt versteift sich Bordiga auf den Gedanken, daß das „auserwählte“ Organ des fortschrittlichsten Teiles des Proletariats sich nicht besonders sorgen müsse um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter-

klasse, daß es vielmehr ohne diese Mehrheit seinen „direkten Angriff“ (atacco diretto) auf das Kapital führen könne.

Im Abschnitt „Über die Beziehungen der KP zu den anderen politischen Bewegungen des Proletariats“ schreibt Bordiga: „Um die Proletarier, die anderen politischen Bewegungen anhängen, zur KP hinüberzuführen, darf diese nicht die Methode befolgen, innerhalb jener Bewegung Gruppen und Fraktionen zu bilden, die aus Kommunisten oder Sympathisierenden bestehen. . . . eine solche Methode würde die organische Einheit der Partei kompromittieren (§ 21).

Die Erfahrung in Italien hat jedoch etwas ganz anderes erwiesen: Die Organisation von Gruppen mit der KP Sympathisierender innerhalb der SPI hat gute Resultate gezeitigt und hätte noch weit bessere ergeben, wäre nicht die dagegen feindliche Taktik Bordigas gewesen. — Schlechte Resultate ergibt dagegen das, was Bordiga jetzt tut, der es für durchaus möglich und zulässig hält, geheime Gruppen oder Fraktionen innerhalb der KP selbst zu organisieren, zwecks Gegenwirkung gegen die Taktik der Partei und der Komintern.

Im Abschnitt „Über die Taktik der KP“ (§ 29) schreibt Bordiga: „Taktische Normen für künftige Situationen müssen innerhalb bestimmter Grenzen festgesetzt werden, nicht in absoluten Grenzen, aber in immer bestimmter werdenden, je näher der Sieg rückt . . . ; . . . nur ein solches Kriterium, ein solcher Maßstab wird es möglich machen, sich immer mehr einer möglichst wirksamen Zentralisation — in den Parteien und in der Komintern selber — in der Leitung der Aktion anzunähern, so daß die Ausführung der Direktiven ohne Schwankungen geschieht, nicht nur in den Reihen der kommunistischen Parteien, sondern auch in den von ihnen organisatorisch erfaßten (inquadrare) Massen . . . Deshalb müssen die KP und die Komintern systematisch die Summe der taktischen Normen darlegen, zu deren Anwendung durch Tat und Opfer die Mitgliederreihen der KP sowie die um sie sich zusammenschließenden Proletarierschichten aufgerufen werden. Es muß gezeigt werden, wie diese Aktionsnormen und -perspektiven den sichern Weg zum Siege darstellen. Deshalb müssen Beschlüsse gefaßt werden, die zwar scheinbar die Aktionsmöglichkeiten der KP einengen, die aber einzig und allein die Möglichkeit einer organischen Einheit im Kampf des Proletariats bieten . . .“ Somit meint also Bordiga, es genüge, frühzeitig und auf lange hinaus diesen Katechismus „taktischer Normen“ auszuarbeiten, um nicht nur maximale Erfolge zu erzielen, sondern auch die größte Zentralisation und Unterwerfung unter diese Normenregeln, nicht nur seitens der KP-Mitglieder, sondern auch seitens der ganzen Masse, die „fähig“ ist, der KP zu folgen. Es wird das, nach Bordigas Meinung, „eine direkte taktische Aktion der Partei“ durchzuführen erlauben, eine Aktion, die Bordiga „eine Attacke gegen die Herrschaft der Bourgeoisie“ nennt, unternommen „mit den Kräften, über die die KP verfügt“ (§ 30).

Auf dem 3. Kongreß der Komintern sagte Genosse Terracini, der den Bordigismus verteidigte, gegenüber den von der russischen Delegation vorgelegten Thesen: „Man soll in den Thesen nicht sagen, daß die Hauptaufgabe der KP die Eroberung der großen Mehrheit des Proletariats für die kommunistischen Grundsätze sei . . . Dieses Prinzip mag für die Reformisten sein,

es kann aber keinen Platz in den Thesen finden, die von der Komintern aufgestellt werden . . .“

Gleichzeitig damit unterstützte Terracini die „Offensivtheorie“ oder das, was bei Bordiga „die Taktik der direkten Aktion“ heißt. — „Wir sind überzeugt, daß dieses (die Offensivtheorie) günstige Resultate im Klassenkampf ergeben wird. Wir dürfen diese Theorie nicht verwerfen, sondern müssen ihren Sinn zu verstehen suchen . . .“ (3. Kongreß der KI, 11. Sitzung, 1. Juli 1921, Protokoll, deutsche Ausgabe, S. 507/508.)

Genosse Lenin trat schon damals in seiner kurzen Antwortrede mit aller Entschiedenheit gegen diesen Bordigismus auf . . . „Wenn der Kongreß gegen solche Fehler — sagte Genosse Lenin —, gegen diese linken Dummheiten nicht entschlossen die Offensive durchführt, dann ist die ganze Bewegung zum Untergang verurteilt . . . Wir, russische Linke, haben diese Phrasen zum Überdruß gehört . . .“

Und weiter: „Wer das nicht versteht, daß in Europa, wo beinahe alle Proletarier organisiert sind, wir die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist für die kommunistische Bewegung verloren, der wird nie etwas lernen, wenn er in drei Jahren nach der großen Revolution das noch nicht gelernt hat . . .“

„Dynamische Tendenzen“ und „Übergang von Passivität zur Aktivität“, das sind alles Phrasen, die die linken Sozialrevolutionäre gegen uns ins Treffen geführt haben . . . Aber, daß wir jetzt nach drei Jahren über „dynamische Tendenzen und über Übergang von der Passivität zur Aktivität“ streiten, das ist eine Schmach und Schande. (Protokoll des 3. Weltkongresses, Seite 509, 511, 513.)

Dieser vernichtende Schlag des Genossen Lenin gegen die „linken Dummheiten“, gegen den Bordigismus, verhinderte jedoch nicht, daß auf der nächsten Erweiterten Exekutive, im Februar 1922, die Genossen Roberto und Terracini als Delegierte der KPI mit „imperativen (gebundenen) Mandaten“ von neuem zur Verteidigung des selben Bordigismus und gegen die Taktik der Einheitsfront auftraten. Auf dieser Sitzung legte Genosse Roberto, getreu den Thesen Bordigas, z. B. die Anwendung der 21 Bedingungen, die der 2. Weltkongreß ausgearbeitet hatte, wie folgt aus:

„. . . Wir haben diese Thesen angewandt und betont, daß das notwendig sei, um bewußte intelligente Männer in sogenannte Elitezellen (cellule élita) zu gruppieren, um den Massen beizustehen und dieselben zum Sturm auf das letzte Bollwerk des Kapitalismus zu führen.“ (Bibliothek der Komintern, Nr. 27, 1922, Seite 55.)

Und weiter: „Ich habe etwas anderes von der Rede des Genossen Sinowjew erwartet, um so mehr, als ich und meine Genossen (d. h. die italienische Delegation; A. Ch.) in dieser Frage ein imperatives Mandat haben, das man schließlich beachten muß, denn wir sind schließlich doch keine Marionetten. Und an einer anderen Stelle: „. . . Der Instinkt der Massen ist nicht, wie Minerva, dem Kopfe Jupiters entstieg. Vielmehr sind wir diejenigen, welche ihn wachgerufen, gleichsam geschaffen und jeden Tag seines Wachstums mit mütterlicher Sorgfalt und brüderlicher Liebe verfolgt haben, nachdem wir uns von den Sozialdemokraten getrennt und die letzteren als Verräter entlarvt haben.“ (Ebenda S. 57.)

Und der Genosse Terracini sagte, indem er gegen die Einheitsfront auftrat: „. . . Wir sind der Ansicht, daß es mit den von der Exekutive den Parteien vorgeschlagenen Mitteln vielleicht möglich sein wird, die Massen zu gewinnen, daß wir dann aber keine kommunistischen Parteien haben werden, sondern solche, die den alten sozialdemokratischen aufs Haar ähnlich sind.“ (Ebenda S. 59.)

„. . . Wir werden die Thesen der Einheitsfront gutheißen, aber sie werden in keinem Lande — nicht aus Disziplinlosigkeit, sondern aus inneren Gründen — zur Anwendung gelangen. Man wird das lächerliche Schauspiel erleben, daß diese Frage für die großen Organisationen, d. h. in größter Ausdehnung, entschieden wird, während eine Anwendung derselben in engergezogenen Grenzen einfach unmöglich ist.“ (Ebenda S. 63.)

Aus diesen Zitaten ergibt sich mit genügender Deutlichkeit, welche unrichtigen Begriffe über die Partei und ihre Rolle, über die Masse und das Verhältnis der Partei zu ihr, sowie über die Einheitsfront, noch nach dem 3. Weltkongreß die italienischen Delegierten verteidigten, gebunden durch „imperative Mandate“ des Bordigismus. Systematisch und hartnäckig kämpfte Bordiga gegen die Einheitsfronttaktik, wobei er nur das Zugeständnis machte, daß er ihre Anwendung auf „wirtschaftlichem Gebiet“ anerkannte, keinesfalls aber auf politischem.

Diese absurde Auffassung der Einheitsfronttaktik wurde schon genügend von Genossen Sinowjew kritisiert, und Genosse Thälmann, der im Namen der deutschen Delegation zum 5. Weltkongreß der Komintern auftrat, sagte aus diesem Anlaß: „. . . Wir können diese konterrevolutionäre Theorie der Gewerkschaftsbewegung nicht als eine kommunistische Theorie ansehen . . .“ (14. Sitzung des 5. Weltkongresses, 28. 6. 24.)

Genügend bekannt ist auch das Verhältnis Bordigas zur antifaschistischen Bewegung der „arditi del popolo“ (Volkskämpfer), bei welcher Gelegenheit die KPI sich nicht nur nicht bemühte, die Initiative dieser Bewegung zu ergreifen, sondern es sogar den Parteimitgliedern kategorisch verboten wurde, fast unter Drohung des Parteiausschlusses, diese Bewegung nur irgendwie zu unterstützen.

In der Periode zwischen dem 3. und 4. Kongreß der Komintern begann in Italien sich gerade das zu verwirklichen, wogegen Bordiga a priori so energisch in seinen Thesen aufgetreten war. Unter dem Druck der Massen, die zur Komintern strebten, und unter dem Einfluß der Erkenntnis des schweren, von den Führern der SPI begangenen Fehlers begann in der SPI selber sich ein beträchtlicher linker Flügel herauszubilden, der sich die wenn auch verspätete Vertreibung der Reformisten aus der SPI zum Ziel setzte sowie die Rückkehr der Partei zur Komintern, d. h. ihre Verschmelzung mit der KPI. Bordiga kam zur Überzeugung, daß dieser neue Zufluß „nicht rein“ revolutionärer Massen zur KPI das größte Unglück der Partei sein werde, und daß man folglich alle Kräfte der Partei zu mobilisieren habe, um gegen die möglicherweise „opportunistische“ Taktik der Komintern anzukämpfen. Ganz davon zu schweigen, daß es nach Meinung Bordigas seitens der KPI die schlimmste Ketzerei gewesen wäre, diese linke Fraktion innerhalb der SPI zu unterstützen, erschien es ihm nötig, „dringende“ Vorbeugungsmaßnahmen gegen das erwähnte Unglück zu treffen. Als nach dem

Parteitag der SPI im Oktober 1922 die Reformisten aus jener Partei vertrieben waren, und die Resolution Serratis angenommen war, in die Komintern zurückzukehren — da wurde der Delegation zum 4. Kongreß der KI auf Antrag Bordigas das „imperative Mandat“ erteilt, gegen eine mögliche Taktik der Verschmelzung der SPI mit der KPI anzukämpfen. Freilich, der 4. Kongreß der KI annullierte ein für alle mal diese „imperativen Mandate“ einzelner Sektionen, und erst recht von Teilen von ihnen, zu den Weltkongressen oder den Erweiterten Exekutivsitzen der Komintern; aber auch dem 5. Weltkongreß war es noch beschieden, einen Kampf mit dem Bordigismus auszufechten.

Genosse Sinowjew sagte bei seiner Besprechung der italienischen Frage auf dem 4. Kongreß: „Wir werden Auseinandersetzungen haben nicht nur mit den Maximalisten, sondern auch mit den Kommunisten Italiens. Wir sind in manchen Fragen nicht einer Meinung. Sie haben ein Programm angenommen, das nicht marxistisch ist. Wir haben es kritisiert und abgelehnt. Und diese Auffassung in der italienischen Partei ist tief eingewurzelt. Der Anstrich des „Abstentionismus“ ist der Kommunistischen Partei Italiens geblieben . . . Bordiga tritt jetzt nicht für den Antiparlamentarismus ein. Er hat sich gefügt, aber der Geist ist geblieben; das haben wir bei dem Programm und der Taktik der Einheitsfront gesehen . . .“ (2. Sitzung des 4. Kongresses, 9. 11. 22; Protokoll, S. 44.)

Die Schwierigkeiten und Zwischenfälle, unter denen die Verschmelzung der KPI mit der linken Fraktion der SPI — den sogenannten „Drittinternationalisten“ — vor sich ging, wie der Bordigismus sich dieser Taktik widersetzte, und wie dieser Widerstand, mit einer Reihe anderer Umstände zusammen, den rechten Elementen der SPI Vorschub leistete, die den „Avantil“ und die Organisationsleitungen der SPI in die Hand bekamen — das alles ist hinreichend bekannt.

Interessant sind jedoch die Erklärungen des Genossen Bordiga, die er auf dem 4. Kongreß über Zentralisation und Disziplin abgab. Erklärungen, an die er sich ganz gut jetzt erinnern könnte, denn sie sind sehr zeitgemäß gegenüber seiner jetzigen Handlungsweise in der KPI und, wahrscheinlich, bald auch gegenüber der Komintern.

„. . . Unsere Internationale“, sagte Genosse Bordiga, „wird zu oft als etwas betrachtet, das sich außerhalb der Parteien, die ihr angehören, befindet; manchmal erlauben sich diese Parteien oder Fraktionen dieser, eine polemische Diskussion mit ihr, die oft öffentlich und beleidigend ist.“ . . . (4. Sitzung des 4. Kongresses, Protokoll, S. 117.)

Nach dem 5. Kongreß, ungeachtet seiner Erklärungen über Disziplin, Zentralisation usw., weicht Bordiga noch mehr von der Linie der Komintern ab. Die KI ist für ihn nicht nur nicht im Recht in der italienischen Frage, sondern die gesamte Taktik der KI beginnt für ihn schon unrichtig zu werden. Freilich, Bordiga hat keinerlei andere konkrete, annehmbare Vorschläge in den Fragen, in denen er mit der KI nicht einverstanden ist, zu machen, aber er beschränkt sich darauf, sich immer tiefer einzugraben in seine „Position der Kritik“. In der KPI selber mauert er sich immer mehr in seine „abstentionistische“ Position ein; er lehnt es ab, die Direktiven der Komintern in Italien durchzuführen. Als die Partei ihm ein Parlamentsmandat überträgt, lehnt er es ab; als sie ihn zur Zusammenarbeit mit der

Zentrale beruft, lehnt er es ab und vergißt dabei, daß er auf dem 4. Kongreß sagte: „. . . Ich stimme der Ansicht zu, daß man die Demissionen verhindern müsse. Man könnte aber auch die Regel anwenden, die wir in unserer Partei mit Erfolg angewandt haben, und die darin besteht, daß sämtliche Demissionen unverzüglich angenommen werden und derjenige, der seine Demission gegeben hat, in den nächsten ein oder zwei Jahren seinen Platz in der Partei nicht wieder einnehmen kann. Ich glaube, daß dieses System zur erheblichen Abnahme der Zahl der Demissionen führen wird.“ (27. Sitzung vom 30. 11. 22, Protokoll, S. 815.)

Aber während Bordiga selbst sich jetzt in einer freiwilligen Außerdienststellung befindet, ist ihm in der Muße die fruchtbare Idee gekommen, es sei womöglich schon Zeit, eine linke Fraktion innerhalb der Komintern zu bilden, denn, seiner Meinung nach, sind schon genug Anzeichen von „Opportunismus“ in der taktischen Linie der KI vorhanden, um sich mit Erfolg mit dieser Sache zu befassen. Dieser Gedanke oder die „Polemik“ mit der KI, die — wie Bordiga anscheinend meint — durchaus der Idee einer „wirklichen Zentralisation“ entspricht (d. h. „einer Synthese der spontanen Kräfte des Vortrupps der revolutionären Bewegung in den verschiedenen Ländern . . . um die Disziplin Krisen aus der Welt zu schaffen . . .“ [Aus Bordigas Rede, 4. Kongreß, 27. Sitzung, 30. 11. 23]) — diese Polemik hält Bordiga jetzt für völlig zulässig und rechtmäßig, wenn er sie ausspricht. Auf dem 4. Kongresse hatte Bordiga gesagt: „. . . Alle Gruppen und alle Genossen, die sich der Internationale anschließen, müssen wir genau darüber aufklären, was die Verpflichtung des unbedingten Gehorsams bedeutet, die sie eingehen müssen, sobald sie in unsere Reihen eintreten . . .“ (Ebendort.)

Aber nicht lange vor dem 5. Weltkongreß, auf einer Konferenz der Bezirksfunktionäre in Italien sowie in der Presse, sprechen Bordiga und einige seiner linken Freunde mehr oder weniger offen schon von der Notwendigkeit, eine linke (und sogar: eine kommunistische!) Fraktion innerhalb der Komintern zu bilden. Die Mission der KPI in der Komintern hat für die Linken anscheinend in nichts anderem zu bestehen, und wenn die Exekutive oder der 5. Kongreß hartnäckig sein und weiter, gegen den Willen Bordigas und seiner „linken“ Freunde, die taktische Linie des 4. Kongresses in der Frage der Verschmelzung mit den „Drittinternationalisten“ fortführen würden, dann sei die Frage der Notwendigkeit der Bildung einer „linken“ Fraktion innerhalb der Komintern für Bordiga schon offensichtlich. In einem solchen Artikel schreibt er z. B.: „. . . Es ist dringend notwendig, daß unsere Partei energisch und entschlossen eine Kampfposition einnehme gegen die fusionistische (verschmelzungsfreundliche) Taktik der Internationale. Genug all der Ausrufe über Disziplin! . . . In der Komintern hat die italienische Sektion die revolutionäre Pflicht — und zwar nicht nur in der italienischen Frage, die mit der ganzen taktischen und programmatischen Linie der KI selbst verbunden ist — gemäß den Direktiven zu handeln, die der Parteitag in Rom vorgezeichnet hat. Ein wenig mehr Offenheit brauchen auch wir „Linken“: Wenn der 5. Kongreß der KI sich noch mehr nach rechts bewegen wird, so muß die KPI die Initiative auf sich nehmen, eine linke Fraktion (wir könnten einfach sagen: eine „kommunistische“) innerhalb der KI zu organisieren, um den kommunistischen Opportunismus energisch zu bekämpfen und zu besiegen.“

Somit ergibt sich, nach den Worten dieser „liebenswürdigen Boykottisten“, daß, wenn die Komintern sich auch auf ihrem 5. Kongreß nicht besinnt und nicht die „römischen Thesen“ Bordigas, die er zum Parteitag der KPI Anfang 1922 aufgestellt hatte (und die damals von der Exekutive verurteilt und abgelehnt wurden), sich zur Richtschnur nimmt — wobei sie die Beschlüsse des 3. und 4. Weltkongresses austreichen müßte —, daß es dann die dringende Aufgabe der KPI wäre, eine „linke“ Fraktion innerhalb der KI zu organisieren zur Vorbereitung vielleicht einer neuen, „reinen“ kommunistischen Internationale.

Nach dem Tode des Genossen Lenin war die Sorge des Genossen Bordiga nicht darauf gerichtet, selber tiefer in das Wesen des Leninismus einzudringen sowie die dessen dringend bedürfende Partei darin zu schulen, sondern darauf, daß die KI, die nach Bordigas Meinung schon lange eine Neigung zum „Opportunismus“ hatte, jetzt, nach dem Tode des großen Führers, der sich jede Art Manövrieren habe erlauben dürfen, womöglich im Galopp auf eben diesem „opportunistischen“ Weg dahineilen werde. Bordiga und seine „linken“ Freunde bedürfen deshalb der Garantien, und diese lassen sich nur finden in der Bildung einer „linken“ Fraktion in der KI und in der Rückkehr zu den „römischen Thesen“.

Auf dem 5. Weltkongreß trat Bordiga einerseits als „Diplomat“ auf, bemüht, seine Anspielungen vor dem Kongreß auf eine linke Fraktion innerhalb der KI abzumildern und in seiner Weise auszulegen; andererseits trat er gegen die Thesen der politischen Kommission des Kongresses auf, vergeblich bemüht, irgendwelche Unterstützung bei den deutschen Genossen zu finden. Aber schon auf dem 5. Kongreß mußte Bordiga sich überzeugen, daß zwischen dem Bordigismus und den deutschen Linken ein Abgrund klafft. Die im Namen der deutschen Delegation auftretenden Genossen, Thälmann und Ruth Fischer, verurteilten scharf die unbegründete Kritik und die unkommunistische Linie Bordigas. Als Referentin der politischen Kommission wies die Genossin Ruth Fischer darauf hin, „daß die Widersprüche zwischen den beiden Resolutionen dadurch bedingt sind, daß Bordiga in seiner Rede nicht so sehr die rechten Abweichungen angreife als die KI und ihre Exekutive. Er sucht die Ursachen jener Fehler, die in der verflochtenen Periode in allen Parteien gemacht wurden, und die Ursachen der Niederlage in Deutschland nicht in dem Vorhandensein rechter Abweichungen, sondern in der Stellung des EKKI und vor allem in den Beschlüssen des 4. Kongresses . . .“ (19. Sitzung vom 18. Juni 1924.)

Weiter wies Genossin Ruth Fischer darauf hin, daß das Gegenprojekt Bordigas — leider — objektiv auf eine Rechtfertigung des Opportunismus in der Komintern hinauslaufe.

Genosse Thälmann unterstrich in seiner Rede, wie der Bordigismus von Anfang an eine fortlaufende Kette von Abweichungen vom Marxismus und Leninismus darstelle, die oft bis zu einer antikommunistischen Auffassung einzelner Probleme führe; und er wies darauf hin, der Kongreß müsse von Bordiga fordern, daß dieser die volle Verantwortung für eine solche Position auf sich nehmen und daß er sich konkret zu jeder einzelnen Frage äußern müsse.

Genosse Bucharin trat in seiner Rede noch schroffer gegen die gefährlichen Abweichungen Bordigas auf und zeigte mit Recht, „daß ein Genosse,

der nicht imstande ist, seine von ihm eingenommene Stellung zu begründen, nicht darauf den Anspruch erheben könne, die KI von opportunistischer Ketzerei zu befreien“. (19. Sitzung, 28. Juni 1924.)

Und in derselben Rede weist Bucharin darauf hin, daß „Bordiga und seine Freunde revisionistische, nicht aber marxistische Anschauungen vertreten. Sie verstehen den Sinn der Massenbewegung nicht, sie wollen daher bewußt oder unbewußt unsere Partei in eine Sekte verwandeln. Die Komintern wird das nicht gestatten und wird dagegen mit aller Strenge vorgehen, denn die KI vertritt die wirklich kommunistische Auffassung, die in zahlreichen Kämpfen des Proletariats erprobt ist . . .“

Nach dem 5. Weltkongreß, als die Mehrheit der italienischen Genossen sich schon von der Fehlerhaftigkeit der Anschauungen des Genossen Bordiga überzeugt hatte und als, mit dem Aufleben der Arbeiterbewegung in Italien im Zusammenhang mit der Krise des Faschismus und infolge der richtigen Taktik der KPI ein rasches Wachstum der Partei einsetzte, da schließt sich Bordiga, allen Mahnungen der Partei zum Trotz, gleichsam in vollständigem Abstentionismus und in Passivität ab und wünscht keinerlei verantwortliche Parteiarbeit zu leisten. Anfangs suchte er gewissermaßen nur ein ideologisches Zentrum für seine Anschauungen um die Zeitschrift „Prometeo“ (Prometheus), die in Neapel erschien, zu bilden; allein die Zentrale der KPI beschließt, das Erscheinen der Zeitschrift nicht mehr fortzusetzen, weil diese von den Parteidirektiven abwich. Daraufhin spricht er sich in der Diskussion über den Trotzismus in demselben Sinne aus wie die französischen Syndikalisten und wie der rechte Flügel der Internationale.

Indessen ist die Periode seit dem 5. Kongreß eine der besten Phasen in der Entwicklung und Wirksamkeit der KPI. In dieser Zeit entwickelt die Partei, mit der Komintern Hand in Hand gehend, eine fieberhafte Tätigkeit auf allen Gebieten. Sie beginnt die Einheitsfronttaktik zu begreifen und sie wirklich durchzuführen, sie nähert sich den Massen, öffnet den Arbeitern weit die Tore der Partei und wirbt auch um die Dorfarmut. Sie gibt für die breiten Massen verständliche und annehmbare Losungen aus; mit einem Wort, nach einer langen Periode des „Halb-Abstentionismus“ wendet sie, endlich, sich „mit dem Gesicht der Masse zu“. Das gibt der KPI die Möglichkeit, zu einem wichtigen Faktor zu werden, der seinen Druck auf die Entwicklung der Ereignisse in Italien ausübt.

Zwischen dem kämpfenden Faschismus und der liberal-demokratischen Opposition zeichnet sich immer deutlicher ein dritter bedeutender Faktor ab, die italienische Arbeiter- und Bauernmasse, die sich um ihren Vortrupp, die KPI gruppiert. Während der erwähnten Zeit hat die Partei ihre Mitgliederzahl beinahe verdreifacht, sie hat ihre organisatorische Basis erweitert, reorganisiert, befestigt, ist politisch und ideologisch gewachsen. In letzterer Beziehung allerdings bleibt, wie die Genossen in Italien selber sich bewußt sind, noch sehr viel zu tun.

Völlige ideologische Klarheit in die Reihen der breiten Parteimassen selbst hineinzutragen, eine wirkliche Bolschewisierung der KPI durchzuführen, ist eine der dringlichsten Aufgaben, die die italienische Partei sich jetzt zum nächsten Ziel gesetzt hat.

Deshalb auch hat die letzte Erweiterte Exekutive der KPI als eine ihrer wichtigsten Aufgaben eben diesen Kampf um die ideologische Einheit in der

Partei, den Kampf gegen jegliche Abweichungen, um die Aneignung der Grundlagen des Leninismus, aufgetragen. Die Resolution der Erweiterten Exekutive (1925) in der italienischen Frage besagt: „. . . Dringende Aufgabe der Partei ist es . . ., in ihren Reihen eine vollständige ideologische Klärung herbeizuführen und alle Abweichungen zu überwinden, vor allem diejenigen des Genossen Bordiga, die augenblicklich für die Bewegung am gefährlichsten sind . . .“ (Thesen und Resolutionen der Erweiterten Exekutive, März-April 1925, S. 100. Verlag C. Hoym Nachf.)

Die Resolution weist genau darauf hin, wie fehlerhaft die Anschauungen des Genossen Bordigas in den wichtigsten Fragen sind: in seinem „Abstentionismus“, in seinen Auffassungen von der Rolle der Partei und in den Fragen der Taktik. — . . . In allen diesen wesentlichen Fragen weicht Genosse Bordiga vom Leninismus ab. Mag er äußerlich auch unnachgiebiger, „mehr links“ erscheinen, praktisch nähern sich seine Abweichungen denjenigen der Rechten. (Ebendort, S. 100.)

Deshalb hat, trotzdem die italienische Partei jetzt wirklich überladen und absorbiert ist von der Arbeit der Befestigung ihrer Position, der Organisation von Betriebszellen, der Führung eines harten und blutigen Kampfes mit dem steigenden Druck der faschistischen Reaktion und der niederträchtigen Spaltungspolitik der Sozialreformisten — die Zentrale der KPI beschloss, in nächster Zukunft eine breite Diskussion über die wichtigsten Fragen im Leben der Partei und der KI zu eröffnen. Diese innerparteiliche Diskussion, die gemäß dem Rundschreiben der Zentrale nur zu einer wirklichen bolschewistischen Zusammenschweißung der Partei dienen soll, zur Klärung der Grundlagen des Leninismus für die ganze Parteimasse, hätte im Rahmen einer ganz objektiven ideologischen Diskussion vor sich gehen sollen. Aber zur Verwunderung und zum Bedauern der gesamten Parteimasse der KPI erfolgte vor der Diskussion ein Zwischenfall, der einerseits darauf hinweist, daß Bordiga und seine „linken“ Freunde diese ideologische Diskussion in einen wirklichen Fraktionskampf verwandeln wollten, und der andererseits eindeutig die ganze Richtigkeit der Resolution der Erweiterten Exekutive bestätigt, die die Gefahr der Bordigaschen Abweichungen für die weitere Entwicklung der KPI unterstrichen hatte.

Der Pessimismus Bordigas in bezug auf die Taktik der Komintern hat sich jetzt hauptsächlich auf die KPI konzentriert. Wenn vor dem 5. Weltkongreß Bordiga besonders die Idee einer „linken“ Fraktion innerhalb der Komintern zugesagt hatte, wobei die KPI „alle ihre Kräfte und Energien mobilisieren“ sollte, um diese Initiative zu übernehmen — so stellte sich nach dem 5. Weltkongreß — als die KPI mit Entschiedenheit die Linie des Leninismus, nicht aber die des Bordigismus einschlug und sehr bald ihre großen Erfolge auf diesem Wege registrieren konnte — Bordiga und die sogenannte „italienische Linke“ die bescheidenere Aufgabe der Organisierung einer Fraktion innerhalb der KPI.

Von dem „nicht-opportunistischen“ Standpunkt der italienischen Ultralinken ist der gegenwärtige Moment für die Entwicklung der Fraktions-tätigkeit anscheinend sehr geeignet. Mussolini führt im Parlament ein Gesetz „gegen die (sogenannten) geheimen Gesellschaften“ („Assoiazioni“) durch — ein Gesetz, dessen Zweck die legale, gesetzlich gerechtfertigte

Erwürgung der KP ist. (Nachdem schon alle illegalen Methoden der Reaktion durchprobiert sind.) Die Sozialreformisten machen die größten Anstrengungen und lassen sich auf die niederträchtigsten Streiche ein, um nur ja eine Spaltung der Gewerkschaften zu provozieren oder einen Massenausschluß von Kommunisten aus den Gewerkschaften zu erreichen. Die faschistischen Gewerkschaften (in völligem Einverständnis natürlich mit der faschistischen Regierung) erstrebten überhaupt — wahrscheinlich mit Erfolg — eine „gesetzliche“ Festlegung des Monopols der faschistischen Gewerkschaften, unter Verbot aller übrigen. Die KPI ist ganz absorbiert von diesem Kampf und, mit Anstrengung aller Kräfte, entwickelt sie sich gleichzeitig und wächst, indem sie die größten Schwierigkeiten siegreich überwindet; und um diese Zeit taucht eine, nach allen Regeln der Kunst organisierte, geheime Fraktion der „Ultra-Linken“ auf, die ihre „statische Tendenz“ einer „Position der Kritik“ in die „dynamische Tendenz“ einer Fraktionspraxis verwandeln will.

Schon im April 1925 fand Bordiga mit seinen „ultra-linken“ Freunden die Zeit für gekommen, eine „verjüngte abstentionistische Position“ zu konkretisieren, in Form einer geheimen organisierten Fraktion der KPI. Zu diesem Zweck wird ein künstlerisch ausgeführter Stempel mit Hammer und Sichel sowie Ähren angefertigt, mit der bescheidenen Inschrift: „Verständigungskomitee“ (Comitato d'Intesa), und im Namen dieses Verständigungskomitees wird ein geheimes, streng persönliches Rundschreiben an alle versandt, die als erprobte „Ultra-Linke“ gelten. Darin wird ausgesprochen, daß die Ultra-Linken gekränkt seien darüber, daß die Zentrale der KPI die Überzeugung ausgesprochen habe, „daß die gesamte Parteimasse auf der Plattform der Kominterntaktik stehe und überzeugt den Methoden und der Leitung der Zentrale folge“. „Das bedeutet — heißt es in jenem Rundschreiben — daß die Zentrale der KPI überzeugt ist, daß die italienischen Linken innerhalb der KP nur eine Gruppe Intellektueller darstellen, die unfähig sind, ihren abstrakten, unversöhnlichen Doktrinarismus abzulegen . . .“ So wird an die linken Genossen appelliert, sich „bereit zu machen“, um noch einmal zu zeigen, wie ungerechtfertigt und unzulässig es sei, wenn man sich stellt, als wüßte man nichts von dem Bestehen einer ganzen Richtung . . .“ Die italienischen Linken glauben den Moment gekommen, wo es nötig ist, offen mit den Leuten zu sprechen, dabei ist das Rundschreiben aber streng persönlich und geheim. (A. Ch.) „Und daß die Tätigkeit unserer Partei selbst in Zusammenhang mit der politischen Lage des Landes derart ist, daß sie von den linken Genossen erfordert, sofort eine Position der Kritik gegenüber der Tätigkeit der Partei und deren theoretischer Grundlage einzunehmen.“

„Zu diesem Zweck wird die Gruppe der alten bewährten Genossen, die im „Verständigungskomitee“ vereinigt sind, verpflichtet (als ob die Partei sie wer weiß wie sehr gebeten hätte, diese Verpflichtung zu übernehmen! A. Ch.), nicht nur die Genossen in der Provinz zu informieren, sondern „möglichst schnell eine genügende Verbindung zu schaffen mit dem Zweck, diese Arbeit einheitlich und gleichartig zu leisten. Der dringende Rat wird erteilt, sich sofort mit Genossen, die verantwortliche Parteiposten bekleiden, oder überhaupt mit Genossen aus verschiedenen Hauptpunkten in Verbindung zu setzen, sich zuverlässige Adressen zu beschaffen usw. Alles das, um „diese

Arbeit einheitlich und gleichartig“ zu machen. (Aus dem Zentralorgan der KPI, „Unità“, 7. Juni 1925.)

Anfang Mai d. J. beruft die Zentrale der KPI eine Plenarsitzung (Zentral-Ausschuß) in Rom ein zur Beratung der wichtigsten aktuellen Fragen des Parteilebens und unter anderem über die Eröffnung der innerparteilichen Diskussion in den Spalten der Parteipresse. Die Fraktion Bordiga ist nicht faul und beruft zum selben Tage eine geheime Fraktionskonferenz in Neapel ein (im alten abstentionistischen Zentrum Bordigas). Die Zentrale der KPI besitzt leider nicht das Protokoll dieser Konferenz, sonst könnte man genauer den konkreten Arbeitsplan der Fraktion Bordiga daraus erkennen; aber einige Briefe der ultra-linken Teilnehmer an der Konferenz selbst, die einige Tage danach an das „Verständigungskomitee“ gesandt wurden, sind charakteristisch genug. Einer schreibt z. B.: „Werte Genossen vom Verständigungskomitee! Indem ich die einzelnen Fragen, die wir auf unserer letzten Neapeler Sitzung berieten, überdenke, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß unsere Stellung unrichtig ist. Ich habe mich überzeugt, daß die Differenzen, die innerhalb der Komintern auftauchen können, vermittels Diskussionen und auf den Kongressen entschieden werden müssen, nicht zur Bildung von Fraktionen Veranlassung geben und die Partei nicht durch Abstentionismus (Sichzurückziehen) ganzer Gruppen von Genossen vom politischen Leben führen dürfen . . . in Wirklichkeit ist es so, daß wir, anstatt unsere Ideologie zu festigen, anstatt unsere Partei gegen den Opportunismus zu wappnen, — ohne uns dessen bewußt zu sein — die Entwicklung zersetzender Kräfte innerhalb der Partei selbst vorbereiten. Deshalb werde ich nicht weiter die Arbeit fortsetzen, wie wir in Neapel vereinbart haben,“ usw. (Aus der „Unità“, 24. Juni 1925.) In einem anderen Brief schreibt ein anderer ultralinker Teilnehmer an der Neapeler Konferenz Bordigas: „Ich für meinen Teil halte es für unmöglich, die auf der Neapeler Sitzung festgesetzte Arbeit zu beginnen. Die Beweggründe? Absolutes Fehlen der Gewißheit, daß die Motive, die die Linke gegen die Komintern vorbringt, richtig sind — . . . die Position Bordigas selber — . . . die Gewißheit, daß auch nach dem Parteitag er auf seiner Stellung beharren wird, und die Lösung des Ganzen nur eine Spaltung sein könnte: die Gewißheit, daß die Fraktionsarbeit, so wie wir sie unter den Genossen führen wollen, bei ihnen nur Mißtrauen gegen die Komintern säen wird, eine Tatsache, die ich für überaus ernst und entscheidend im Sinne einer Liquidation unserer Partei halte. Ich hätte das natürlich gleich auf der Sitzung in Neapel sagen können . . .“ usw. (Aus der „Unità“ vom 24. Juni 1925.)

Anfang Juni, als die Fraktion Bordiga glaubt, daß ihre vorbereitende organisatorische Arbeit schon weit genug gediehen sei, sendet das „Verständigungskomitee“ einen Brief an die Zentrale der KPI. Dieser Brief stellt gewissermaßen ein Echo dar auf den Beschluß der Zentrale vom 26. 5. 25 über die Vorbereitung der innerparteilichen Diskussion. In diesem Briefe erklären — unter anderem — die ihn unterzeichnenden Genossen, daß sie die Diskussion begrüßen, und schreiben weiter, daß sie, „durch die gleichen Ideen und die kritische Einschätzung der lebenswichtigen Fragen der Partei verbunden, meinen, daß die verschiedenen ideologischen Verwirrungspunkte nicht anders überwunden werden können als auf der Plattform einer uneingeschränkten Diskussion, die ohne Vorurteile geführt wird. Außerdem schla-

gen wir vor, daß auf den Provinz-Parteikonferenzen den anerkannten Genossen der verschiedenen Richtungen in der Diskussion aufzutreten ermöglicht wird.“

Die Genossen, die diesen Brief schreiben, wissen recht gut, daß innerhalb des Parteirahmens der KPI genug Diskussionsfreiheit vorhanden ist. Aber nicht das ist es, was sie brauchen, sondern sie wollen die Partei in einzelne Fraktionen und Grüppchen zerschlagen und allen diesen Fraktionen die Möglichkeit geben, ihre anerkannten Vertreter auf die Provinzialkonferenzen (etwa: Bezirksparteitage) zu delegieren. Außerdem schlagen diese „alten und erprobten“ Genossen vor, daß den Vertrauensleuten der verschiedenen Strömungen“ (d. h. den innerhalb der KPI geheimorganisierten Fraktionen; — A. Ch.) die Möglichkeit gegeben werde, aus den Elementen, die berufen sind, an den verschiedenen Komitees teilzunehmen, Delegierte zum Parteitag zu wählen“, d. h. nicht mehr und nicht weniger, als daß die Parteitagsdelegierten von den verschiedenen Fraktionskomitees ernannt werden sollen. Am Schluß des Briefes schreiben diese Genossen an die Zentrale ihrer Partei, „da die Parteitagsvorbereitungen von allen Aktivität und Disziplin erfordern . . ., so erklären die diesen Brief unterzeichnenden Genossen den Genossen im Polit. Büro des Z. K., daß sich ein „Komitee der Verständigung unter den linken Elementen“ gebildet habe. Diesen Brief hat Bordiga selber nicht unterschrieben, aus praktischen Beweggründen, wie er das selbst erklärt hat. „Unità“ vom 7. 6. 25.)

Die Auszüge aus diesen wenigen Dokumenten — aus der Zahl anderer im Zentralorgan der KP veröffentlichter — zeigen klar genug das ganze Sektierertum Bordigas und seiner „linken“ Freunde.

Nachdem das Politbureau der Zentrale der KPI diese verbrecherische Fraktionstätigkeit der Ultralinken aufgedeckt hatte, drückte es die Meinung der ungeheuren Parteimehrheit aus, indem es mit einer scharfen „Erklärung“ antwortete und die Spalten der „Unità“ für die Kritik dieser schädlichen Abweichungen öffnete. Es wird natürlich nicht leicht sein, allen italienischen Genossen auf einen Schlag die ganze Schädlichkeit und Gefahr dieser anti-marxistischen und anti-leninistischen Abweichungen des Bordigismus zu erklären und aufzuzeigen. Indem die Zentrale der KPI die Verdienste der „Ultralinken“ bei der Bildung der Partei und beim Kampf gegen Reformismus und Nationalismus in Betracht zog, bewahrte sie sie vor allzu schroffer Kritik, trotzdem sich die unkommunistischen Abweichungen des Bordigismus immer klarer abzeichneten, ja häufig geradezu zum Hemmschuh der weiteren Parteientwicklung zu werden scheinen. Vielen ungenügend geschulten, unerfahrenen italienischen Genossen mag der in den Mantel der „Ultra-Linksheit“ gehüllte Bordigismus noch immer als „wahrer Kommunismus“ oder „revolutionärer Marxismus“ erscheinen. Aber sein Fraktionismus, sein Sektierertum und — vor allem — die sich in der breiten Diskussion herausstellende Unbegründetheit seiner Kritik und der absolute Widerspruch, in dem sich seine „versteinerten“ Prinzipien zum Marxismus und Leninismus befinden, werden vielen die Augen öffnen und einer ideologischen Festigung dienen.

In seiner „Erklärung“ (communicato) in der „Unità“, vom 7. 6. 25 schreibt das Politbüro der KPI-Zentrale über Bordiga und seine „linken“

Freunde, daß die blutige Erfahrung dieser Jahre der Reaktion des Faschismus sie nichts gelehrt hat: sie denken, sie leben noch in der Periode 1919 bis 1920, sie haben ihre sozialdemokratischen, organisatorischen Ideen unangetastet gelassen, sie denken, daß die Arbeiterklasse, die im täglichen Kampfe gegen die faschistische Regierung und den Halb-Faschismus der Opposition begriffen ist, sich von dieser ihrer Arbeit abziehen lassen wird, um den Linken in ihren kleinlichen und verbrecherischen Fraktions- und Spaltungsmanövern gegen die Komintern zu folgen . . . „Die Partei hat schon reagiert und wird noch energischer reagieren auf alle die Manöver der verschiedenen Gruppen und Grüppchen unverantwortlicher Elemente, die, demoralisiert durch die objektive Schwierigkeit der italienischen Lage, jede politische Orientierung verloren haben und glauben, alles durch Phrasen und ultralinke Posen entscheiden zu können . . .“

Somit hat der Fraktionsversuch der „kritisierenden Ultra-Linken“ diesmal gehörigen Widerstand gefunden, die KPI ist über den engen Rahmen des Bordigismus hinausgewachsen und wird sich natürlich nicht mit jenen Surrogaten und Korrekturen begnügen wollen, die Genosse Bordiga ihr — anstatt wirklichen Marxismus und Leninismus — vorsetzen will. Diejenigen Bezirksparteikonferenzen, die bisher schon in Italien stattgefunden haben, haben den Bordigaschen Fraktionismus scharf verurteilt. Bordiga wird es natürlich nicht angenehm sein, zu hören, daß man ihn im Zentralorgan der KP („Unità“, vom 11. 6. 25) an gewisse Manöver Paul Levis und Frossards erinnert. Wie sie mit ihren revisionistischen Prinzipien gerade damals auftraten, als die Reaktion mit blutiger Faust unsere KP besonders schwer bedrückte. Aber dafür fällt die ganze Verantwortung nur auf ihn und seine Anhänger, auf seine Fraktionsarbeit, die die Autorität der Partei unterwühlt und einen Bruch in die Partei trägt, gerade wo diese mit solcher Anstrengung und gleichzeitig mit Erfolg, sich ihrer zahlreichen waffenstarrten Feinde erwehrt. Die „Unità“ vom 27. 6. 25 stellt in einem Artikel mit der Überschrift „Kämpfen und den sich zersetzenden Fraktionismus isolieren!“ die Frage, wie es zu erklären sei, daß die ultralinken Genossen nicht die Stimmung und die Reaktion in der Partei vorausgesehen hätten, die durch ihre Tätigkeit hervorgerufen werden würde? Und antwortet darauf: „Diese Genossen haben die geistige Verbindung mit der Partei verloren, sie spüren und erfassen nicht mehr den Geist der Partei, die — im Kontakt mit immer breiteren Massen — einen mächtigen Schwung entwickelt und sich der großen Macht bewußt zu werden beginnt, die sie darstellt. Jene haben sich in eine kleinliche sektiererische Stimmung eingesponnen, in den Zustand einer Opposition voll „aprioristischer Zweifel, Mißtrauens und Argwohns“. Verblendet von dem Vorurteil der Sekte lebten sie im letztvergangenen Jahre nicht das intensive Kampfleben der Partei mit all der Leidenschaft und dem Glauben, die die Partei durchlebte. Das geistige Band, das sie mit der Partei und der Arbeiterklasse verknüpft, ist so zum Zerreißen dünn geworden, daß es jetzt/nur noch einer kleinen Spannung bedarf, um es endgültig zu zerreißen . . .; und weiterhin begannen die „Ultra-Linken“ zu fühlen, daß die politische Erfahrung eines Jahres revolutionärer Tätigkeit der Partei eine große politische Fähigkeit zur Erfassung taktischer Probleme verliehen hat, und deshalb konnten die „Linken“ nicht umhin, zu sehen, wie ihre Basis sich immer mehr verengt, und

sie merkten, daß ihnen der Boden unter den Füßen schwindet. Dieser Lage dachten sie durch Bildung einer Fraktion zu entgehen . . .“

Jetzt, scheint es, beginnen Bordiga und seine „linken Freunde“ zu begreifen, wohin eine solche Diskussion führt. Jedenfalls zeigt die jüngste Nachricht über die Auflösung des „Verständigungs-Komitees“, daß in den Reihen der „Ultra-Linken“ eine Ernüchterung beginnt. Hoffen wir, daß auf die äußerliche Liquidierung des „Verständigungs-Komitees“ eine völlige Beseitigung der Fraktion innerhalb der KPI folgt.

Noch auf dem 4. Weltkongreß sagte Genosse Sinowjew am Schlusse seiner Rede zur italienischen Frage: „Während der Herrschaft des Faschismus muß jeder Führer der Partei sich von der besten Seite zeigen, zeigen, wozu er fähig ist, wie sehr er in der Tiefe seines Herzens unserer Sache ergeben ist . . .“

Wenn jeder Führer seine Pflicht tun wird, dann werden die italienischen Arbeitermassen durch alle Prüfungen, durch alles Unglück, durch alle Niederlagen hindurch dennoch zum Siege gelangen . . .“

J. K. SORGE :

DIE WIRTSCHAFTLICHE DEPRESSION IN DEUTSCHLAND

Konnte schon vor zwei Monaten („Kommunistische Internationale“, Heft 5, russische Ausgabe) die Stabilisierung der Weltwirtschaft als eine bedingte, am besten in Anführungsstriche zu setzende angesprochen werden, so gilt dies jetzt, Juli 1925, in noch stärkerem Maße. Die Verschärfung der Weltwirtschaftslage in England und in Deutschland ist offensichtlich. So sehr Vorsicht gegenüber den Äußerungen der kapitalistischen Presse in bezug auf die Krise angebracht ist, so sind doch die Zunahme der Arbeitslosigkeit in England, der Stinnes-Fall in Deutschland und die Lage im Ruhrgebiet als beachtenswerte Erscheinungsformen einer Verschlechterung zu bewerten. In welchem Umfange und in welcher Bedeutung aber von einer Krise der deutschen kapitalistischen Produktion und damit einer Krise der Stabilisierung Deutschlands schon gesprochen werden kann, soll die folgende Untersuchung zeigen.

Die Kohlenkrise

Die Zahlen über die Kohlenproduktion in Deutschland sind folgende:
Monatsdurchschnitt in Millionen Tonnen:

	Steinkohle	Braunkohle	Koks
1913 (auf heutiges Gebiet reduziert)	11,73	7,27	2,64
1922	9,93	11,42	2,43
1924	8,70	8,54	1,85
1925 — Januar	11,9	12,4	2,4
Februar	10,5	11,1	2,1
März	11,41	12,08	2,49
April	10,36	10,72	2,34
Mai	10,44	10,44	2,38

Die besonders niedrigen Zahlen für 1924 hängen mit der Ruhrbesetzung zusammen und dem passiven Widerstand, der noch in den ersten Monaten des Jahres 1924 anhielt. Die Ziffern für Juni können ungefähr in derselben Höhe wie für Mai angesetzt werden. Eine Gesamtverminderung gegen Januar, dem Monat, in dem die Friedensproduktion sogar überschritten wurde, beträgt also 1,5 Millionen Tonnen.

Eindeutiger aber wird das Bild, wenn wir die Kohlenförderung des Ruhrgebietes berücksichtigen:

	in Millionen Tonnen	arbeitstüchtig in 1000 Tonnen
Januar	9,56	378,6
Februar	8,396	349,8
März	9,0	347,9
April	8,3	345,8
Mai	7,8	248,0

Die Januarziffer entspricht ungefähr der Friedensproduktion. Im Gegensatz hierzu hat sich die Produktion des Ruhrkohlengebietes im Mai um 1,76 Millionen Tonnen vermindert. Also ist die Kohlenkrise Deutschlands eine solche des Ruhrkohlenbergbaus, während demgegenüber das ober-schlesische Kohlengebiet sogar einen ganz geringen Produktionszuwachs aufweisen muß, was mit der Sperre des polnisch-oberschlesischen Kohlengebietes, dem wichtigsten Teil des ober-schlesischen Produktionsgebietes, zusammenhängen wird.

Die Krise des Ruhrbergbaus kommt auch in dem Ansteigen der Haldenbestände zum Ausdruck. Betragen die Haldenbestände im Januar 2,4 Millionen Tonnen, so im Mai 9 Millionen Tonnen, und im Juni taxiert die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (24. Juni) 10 Millionen Tonnen. Das bedeutet also in Wirklichkeit eine außerordentlich viel schärfere Krise, als sie in den reinen Produktionsziffern zum Ausdruck kommt. Eine volle Monatsproduktion liegt unverkäuflich und vermehrt sich dauernd.

Von 270 Zechen sind bis zum 20. Juni 35 vollständig und 50 teilweise stillgelegt. Allein im Mai sind über 10 000 Bergleute entlassen worden. Teilweise bieten die Bergarbeiterdörfer im Ruhrgebiet einen fast trostlosen Anblick. Im Kreise Hörde, wo vorher 15 000 Bergarbeiter wohnten, sind jetzt nur noch 7000 vorhanden. In Hattingen wohnen statt 14 000 nur noch 9000. All diese Bergleute sind ausgewandert, teilweise nach Frankreich, Luxemburg, Elsaß-Lothringen. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ vom 25. Juni beabsichtigen die Zechenunternehmer bis zum Ende d. J. noch weitere 60 000 bis 80 000 Bergarbeiter zu entlassen.

Die Ausfuhrmengen sind außerordentlich schwankend. Im Januar betrug die Ausfuhr 1,38 Millionen Tonnen Steinkohle, im Februar 727 000 Tonnen, im März dagegen wieder ca. 1 Million Tonnen, und im April ist sie wieder auf 750 000 Tonnen gefallen. Für Mai kann mit einer ganz geringen Erhöhung gerechnet werden. Es spielt also die Ausfuhr von Steinkohle gegenüber dem Inlandsbedarf nur eine geringe Rolle. Entscheidend für die Lage ist zu 90 Prozent der Inlandsbedarf. Der Inlandsverbrauch betrug im Jahre 1913 auf das heutige Gebiet umgerechnet:

im Jahre 1913	156 Millionen Tonnen
„ „ 1922	150 „ „
„ „ 1924 nur noch	134 „ „

Hier liegt einer der wesentlichsten Gründe für die Krise und auch einer der schwerwiegendsten.

Der verminderte Kohlenverbrauch ist begründet in:

1. Entwicklung der Heiztechnik.
2. Starke Verwendung der Braunkohle, deren Produktion aber ebenfalls sich in einer scharfen Abwärtsbewegung befindet.
3. Ölfeuerung und Elektrifizierung.
4. Krise der anderen Industrien, Verarmung weiter Bevölkerungsschichten, tatsächlich verminderter Konsum.

Demgegenüber hat sich der Ruhrkohlenbergbau im Kriege und in der Inflationszeit kräftig erweitert, was zum Teil in der gegenüber der Vorkriegszeit vermehrten Belegschaft zum Ausdruck kommt. Betrug diese Dezember 1913 360 000 Mann, so Ende April 1924 460 000 Mann. Be-

rücksichtigt man die Verringerung der Schichtzeit um eine halbe Stunde, bei nur ungefähr 4prozentiger verminderter Leistung des einzelnen Bergarbeiters gegen die Vorkriegszeit, so kann ein geringer Teil dieser 100 000 neuen Bergarbeiter auf diese verkürzte Arbeitszeit abgerechnet werden. Der weitaus größte Teil aber, ungefähr 70 000, entspricht der Erweiterung der Kohlenproduktion, also einer Erweiterung der Anlagen von rund 20 Prozent. Damit ist die Kohlenkrise in ihrer Bedeutung außerordentlich gestiegen.

In ihr kommt die Reduzierung der deutschen Kohlenproduktion, und damit des deutschen Kohlenkapitals, das während des Krieges und der Inflation zum Teil aus spekulativen Gründen stark akkumulierte (die Jagd nach Sachwerten), auf eine verkleinerte Basis zum Ausdruck. Der Umfang aber dieser Verkleinerung ist durch die mehr oder weniger große Unfähigkeit gegeben, auf Grund der vorhandenen organischen Zusammensetzung des Produktionskapitals die Preise auf ein Maß herabzusetzen, das Belebung der Nachfrage oder Eroberung neuen Absatzes bedeuten würde.

Von großer Wichtigkeit hierbei ist nämlich folgende Tatsache: Seit Ende vorigen Jahres ist der Preis für Steinkohle nicht mehr herabgesetzt worden. Eine solche Absatzstockung aber führt, wenn keine anderen Hemmungen vorliegen, notwendig zu einer Senkung der Preise. Hierzu aber konnten sich die Zechenbesitzer nach der Meldung des „Magazin der Wirtschaft“, Nr. 20, nicht entschließen. Das deutet darauf hin, daß ein Teil der deutschen Kohlengruben in technischer Beziehung, in bezug auf die organische Zusammensetzung des Kapitals, gegenüber neuzeitlich eingerichteten, stark zurückgeblieben sein muß. Wir denken hierbei an die Einführung von Schüttelruttschen motorgetriebenen Schrammen und elektrisch betriebenen Borhämmer usw.

Denn eine Senkung des Kohlenpreises entsprechend einer erhöhten organischen Zusammensetzung des Kapitals würde die Schließung einer großen Reihe von Zechen bedeuten. Da aber der Ruhrkohlenbergbau scharf im Kohlensyndikat und in mächtigen Konzernen konzentriert ist, ist im deutschen Kohlenbergbau der Punkt gekommen, wo die Besitzverhältnisse und deren Organisation — nämlich in Monopolen und Kohlensyndikaten — zu Hemmnissen der Produktionskräfte geworden sind. Mit Hilfe dieser Methode halten die Betriebe, die in der Zusammensetzung ihres Kapitals technisch auf der Höhe sind, die Kohlenpreise hoch, heimsen dadurch einen schieberhaften sur-plus-Gewinn ein. Die dennoch vorkommenden Stilllegungen hängen damit zusammen, daß es sich entweder um Außenseiter, technisch ganz außergewöhnlich schlecht ausgerüstete und schon stark abgebaute Kohlenvorkommen handelt, oder aber um die Stilllegung aus Gewinnrück-sichten. Dieser Widerspruch findet seine Lösung in der Erklärung, daß große Konzerne mit flüssigen Mitteln diese Zechen aufkaufen, um damit ihre Anteilquote im Kohlensyndikat zu erhöhen, diese erhöhte Anteilquote aber mit technisch hochentwickelten Zechen bewältigen.

Wir haben mit Absicht die Kohlenkrise so ausführlich behandelt, weil die tatsächlichen Gründe für sie zu einem ganz großen und wichtigen Teil die Gründe der Krise der deutschen kapitalistischen Produktion überhaupt widerspiegeln. Diese werden wir weiter unten zusammengefaßt kurz darstellen.

Die Schwierigkeiten der Eisenindustrie

Daß solche vorhanden sind, beweist der Beschluß der Rohstahlgemeinschaft, nur noch mit 80 Prozent der Erzeugungsfähigkeit der Werke zu arbeiten („Vossische Zeitung“, 19. Juni 1925). Gleichzeitig werden eine Reihe von Liquidierungen gemeldet. So z. B. das Stahlwerk Oese, die Bochumer Eisenhütten, Fardendellerhütte, Heinzmann und Dreier. Es handelt sich überwiegend um mittlere und kleinere, nicht in großen Konzernen zusammengeschlossene Unternehmen. Ein weiteres Kennzeichen der Situation ist das häufige Angebot von solchen Werken zum Verkauf. Auf diese Art und Weise ist das Edelstahlwerk Eicken in Hagen dem Stahlwerk Hösch angegliedert worden. Selbst von der Firma Krupp werden Abstoßungen, besonders aber Stilllegungen gemeldet. Die Ursachen dieser Krise sind fast dieselben wie die beim Ruhrkohlenbergbau, nämlich, daß ein großer Teil der Werke technisch nicht der organischen Zusammensetzung entspricht, die sich gesellschaftlich in der Weltwirtschaft durchgesetzt hat. Hinzu kommt noch das Auftreten Frankreichs als Stahl- und Eisenproduzent mit Hilfe des Valutadumpings, sein starkes Eindringen, besonders auf dem süddeutschen Markt, der Ausfall des Balkans und Rußlands als Absatzgebiet. Die Einfuhr französischer Eisen- und Stahlerzeugnisse ist aber durch die neue Zollregelung durchaus nicht unterbunden.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen der deutschen, luxemburgischen, belgischen und französischen Eisenindustrie ist die Einfuhrquote dieser Länder nach Deutschland nicht nur nicht vermindert, sondern sogar erhöht worden. Auf der industriellen Tagung im Saargebiet erklärte der Sprecher, Dr. Reichert, daß in den letzten Monaten 100 000 Tonnen, durchschnittlich das Fünffache der Friedenseinfuhr, aus dem Auslande an Eisenfabrikaten eingeführt worden sind. Dies würde im Jahre nur 1,2 Millionen Tonnen ausmachen, während die Vereinbarungen ein Einfuhrkontingent von 1,8 (oder 1,75 ?) Millionen Tonnen vorsehen. Nur allerdings mit dem Unterschiede, daß das wesentlich billiger liefernde Frankreich, Belgien, das Saargebiet sowie Lothringen an das Syndikat der Schwerindustriellen liefern. Das heißt auf deutsch: Verzicht auf eine entsprechende Produktion und Versorgung des Inlands mit eigener Produktion — die nämlich möglich wäre, da die Eisen- und Stahlproduktion Deutschlands noch 25 Prozent Überschuß liefert —, und es heißt daß die Eisenindustriellen sich diesen Verzicht bezahlen lassen durch die Differenz zwischen den Preisen des hereinkommenden Eisens und dem Preisniveau des deutschen Eisens. Eine Differenz, die das Syndikat zum großen Teil einsteckt.

Hier wird also die Reduzierung der deutschen Eisenproduktion bewußt vorgenommen und verbunden mit einer möglichst geringen finanziellen Schädigung der großen Eisenkartelle. Natürlich werden die deutschen Eisenindustriellen versuchen, diesen Verzicht durch eine gesteigerte Ausfuhr und durch die leider noch nicht bekannte Ausfuhrquote nach Belgien und Frankreich wenn nicht auszugleichen, so doch etwas zu mildern. Doch dürften hier die Aussichten wegen der scharfen Konkurrenz Englands und besonders Frankreichs immerhin gering sein. Der Charakter der Depression in der Eisenindustrie weist darauf hin, daß sie ebenfalls nicht schnell vorübergehender Natur ist, zumal der übrigbleibende innere Markt sehr schwach ist.

Der Markt der Halbeisenfabrikate zeigt sehr schwache Tendenzen. Auch hier macht sich eine schlechte Konjunktur bemerkbar. Die Feinblechindustrie und die Röhrenindustrie melden ebenfalls Einschränkungen und Stilllegungen. Außerdem beginnt sich in der Maschinenindustrie, die bisher noch einigermaßen beschäftigt war, ein scharfes Nachlassen der Konjunktur bemerkbar zu machen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet am 20. Juni, daß die Auslandsaufträge um 10 Prozent im Mai nachgelassen haben, und — während in den vorherigen Monaten rund 30 Prozent der Aufträge auf das Ausland entfielen — können jetzt solche Aufträge nur noch höchstens mit 20 Prozent angesetzt werden. Hinzu kommt ein Schwächerwerden des Inlandsabsatzes. Besonders stark bei den rheinisch-westfälischen Werken ist eine Verminderung des Bedarfs festzustellen. Es klagen Kraftmaschinenwerke, Bergwerksmaschinenwerke, Walz- und Werkzeugmaschinenwerke, der Textilmaschinenbau und noch andere über ein starkes Nachlassen inländischer Bestellungen.

Hier allerdings, bei der Maschinenindustrie, ist der Versuch feststellbar, durch Senken der Preise sich neuen Absatz zu schaffen. Im allgemeinen ist auch die deutsche Maschinenindustrie für eine ausgezeichnete organische Zusammensetzung ihres Kapitals bekannt.

Die Textilindustrie

Die Textilindustrie hat in den letzten Monaten gegenüber den ersten Monaten des Jahres 1920 erhöhte Bankrotzziffern aufzuweisen. Eine scharfe Zuspitzung der sich anbahnenden Krise ist aber durch die Belebung des Geschäfts um die Pfingstzeit vermieden worden. Diese Belebung wirkt sich in einer, wenn auch schwachen Zunahme der Beschäftigung der Textilindustrie aus. Dennoch gibt eine Erhebung des Textilarbeiterverbandes (wiedergegeben „Berliner Tageblatt“, 28. Juni) die Arbeitslosenprozentätze mit 3,2 an, den Prozentsatz aber der Kurzarbeiter mit 16,8. Dieser Prozentsatz ist doch recht groß. Er weist zumindest darauf hin, daß, wenn von keiner ausgesprochenen Krise gesprochen werden kann, so doch von einer sehr schwachen Konjunktur. Bedeutsam hierbei ist noch das Brachliegen des Exports. Nach amtlichen Ziffern betrug der Einfuhrüberschuß von Textilien im ersten Vierteljahr 1924: 608,2 Millionen Mark. Das bedeutet: 26 Prozent der gesamten Passivität der deutschen Handelsbilanz sind der passiven Handelsbilanz der Textilindustrie geschuldet. Als Grund kann der Verlust der elsäß-lothringischen Textilindustrie, die die hauptsächlichste Ausfuhrindustrie bisher gewesen ist, sowie die feststellbar zu hohen Preise gegenüber dem Auslande angegeben werden. Die Zollvorlage hat daher auch in den Kreisen der Textilindustrie starken Widerstand gefunden, da hierdurch die geringe Ausfuhr noch wesentlich verringert werden dürfte.

Der allgemeine Charakter der Depression

Die Konjunkturen der geschilderten Industrien stellen die schwächsten Punkte in der deutschen Wirtschaft dar. Dennoch können wir sagen, daß eine ausgesprochene Krise nur im Kohlenbergbau vorhanden ist. Bei den anderen angeführten können wir bislang nur von Depressionen sprechen,

die aber im Mai und vornehmlich im Juni verstärkt zum Ausdruck gekommen sind. Aus dieser Zeit datiert wohl auch die Einbeziehung der Schiffbauindustrie in diese Depression. Zwar bestand schon ziemlich lange eine Schwäche dieser Industrie, doch wurde ihr durch staatliche Subventionen abgeholfen. Neuerdings ist die älteste Werft Hamburgs, die Reiherstickwerft, zusammengebrochen, und von der Deutschen Werft A.-G., Hamburg, werden ebenfalls finanzielle Schwierigkeiten gemeldet.

Daß sich die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft verschlechtert hat, geht aus der Zunahme der Konkurse und Geschäftsaufsichten hervor und aus dem Fall Stinnes.

	Konkurse	Geschäfts- aufsichten
1924 — Dezember .	572	204
1925 — Januar . .	766	232
Februar .	700	216
März . . .	766	309
April . . .	687	223
Mai	807	351

(„Wirtschafts-Statistik“, Nr. 11.)

Der Fall Stinnes aber gewinnt von unserem Gesichtspunkt aus deshalb besondere Bedeutung, weil er in seiner Kombination von Unternehmungen nahezu alle Wirtschaftszweige umfaßt. Daher kann seine gesamte Profitrate mit einiger Berechtigung als Spiegelbild der Durchschnittsprofitrate des deutschen Kapitals überhaupt gegenübergestellt werden. Während er aber als kombiniertes Unternehmen die Aufsaugung der Profitmassen einzelner Zweige seines Gesamtbereichs durch andere Zweige nicht ertragen konnte, kann das nichtkombinierte deutsche Gesamtkapital dies durch Stilllegungen usw. der in Frage kommenden schwachen Teile aushalten. Hiermit soll allerdings nicht gesagt werden, daß die Profitrate beider genau die gleiche sein muß. Sicherlich haben bei der Niedrigkeit der Stinnesschen Profitrate noch spezifisch Stinnessche Unternehmungseigentümlichkeiten eine Rolle gespielt. Dennoch weisen die Gründe der Krise des Stinnes-Konzerns und die der Depression des gesamten deutschen Kapitals natürlich starke Zusammenhänge auf, die sich in einer gewissen Parallele im eben angeführten Punkte widerspiegeln werden.

Der schleichende Charakter der Depression findet einen gewissen Ausdruck auch in den Schwankungen der Arbeitslosenziffern, mehr noch in denen der Kurzarbeit, besonders wenn wir die Anspannung des Arbeitsmarktes durch landwirtschaftliche Arbeitsnachfrage berücksichtigen. Seit Januar geht die Arbeitslosigkeit in Prozentzahlen der erfaßten Gewerkschaftsmitglieder von 8,1 bis auf 4,4 im April herunter, um im Mai ein ganz geringes Steigen auf 4,5 zu zeigen. Die Entlassungen im Bergbau berechtigen zur Annahme eines weiteren geringen Ansteigens im Juni. Die Kurzarbeit dagegen verringerte sich nur ganz wenig von 5,5 Prozent im Januar auf 4,9 Prozent im Mai, um nach den vorläufigen Ergebnissen im Juni ziemlich scharf auf 5,7 zu steigen. Also sogar eine absolute Erhöhung gegenüber den Januarziffern. Diese Zahlen zeigen durchaus die außerordentliche Schwäche und starke Unsicherheit der allgemeinen Konjunktur in Deutschland.

Daher können wir nun, unterstützt durch Angaben des ernst zu nehmenden „Magazin der Wirtschaft“, eines der Schwerindustrie nicht allzu freundlich gesinnten Blattes der Handels- und Börsenkreise, die Erscheinungen, die sich uns bei der Untersuchung der Schwierigkeiten in den vorher aufgeführten Industrien aufgedrängt haben, als allgemeine Erscheinungen der deutschen kapitalistischen Wirtschaft deuten, d. h. einem gegenüber der Vorkriegszeit um rund 20 Prozent vergrößerten Kapital steht ein innerer und äußerer Absatz von etwa 60 Prozent, verglichen mit dem der Vorkriegszeit, gegenüber, bei Preisen, die nach dem Großhandelsindex des „Berliner Tageblatt“ um 42 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind und seit einigen Wochen, nach einer kurzen fallenden Periode, wenn auch vorsichtig, weiter im Steigen begriffen sind. Die Löhne dagegen liegen ganz erheblich unter dem englischen und besonders amerikanischen Niveau.

Hinzu kommt eine, dem Konsum entsprechend, zu große Aufblähung des Handelskapitals.

Es bleibt also auch hier nur der Schluß übrig, daß die organische Zusammensetzung des deutschen Produktionskapitals zum großen Teil nicht mehr dem gesellschaftlichen Durchschnitt, der sich in der Weltwirtschaft durchgesetzt hat, entspricht, und der verminderten Kaufkraft, was der Grund zu dem geringen inneren und äußeren Absatz ist.

In bezug auf den äußeren Absatz allerdings müssen noch die besonders günstige Lage der französischen Produktion und die Schutzzollmaßnahmen des Auslandes berücksichtigt werden. Ganz eindeutig aber ist die sehr viel höhere organische Zusammensetzung des amerikanischen Kapitals und — allerdings auch nur teilweise — des englischen Kapitals.

Aus dieser Erklärung der Schwierigkeiten des deutschen Kapitals ergibt sich auch weiterhin, daß die Schwierigkeiten nicht plötzlich akut und scharf auftreten, sondern daß wir es mit einer, sich durch Monate schon hinziehenden, nach der Beurteilung der „Wirtschaftskurve“ schon im Februar beginnenden Depression zu tun haben. Weiter, daß, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden, diese Depression sich allmählich in eine Krise des deutschen Gesamtkapitals umwandeln muß.

Die Tendenzen der weiteren Entwicklung

Die Frage nach der Richtung der weiteren Entwicklung der deutschen Konjunktur stellen, heißt die Frage aufwerfen nach den Kräften, die die Depression entweder auflösen können oder sie zur Krise verschärfen. Das heißt: Welches sind die Mittel, die die weitere Ausdehnung der Depression aufhalten evtl. beseitigen können, und welches sind die Kräfte, die die Anwendung dieser Mittel verhindern?

Eine Überwindung der Schwäche der gesamten deutschen Produktion ist nur möglich durch die Herabsetzung des Preisniveaus, erstens, um sich dem Weltmarkt anzupassen, und zweitens, um die Schwäche des inneren Marktes zu überwinden. Die bisher vorgeschlagenen Mittel der Verlängerung der Arbeitszeit und der Senkung der Löhne können selbst bei Gelingen dieser Absichten nicht ausreichen. Eine Senkung der Löhne bedeutet auf der anderen Seite, die Schwäche des inneren Marktes zu verewigen.

Der einzige, wirklich durchgreifende Weg wäre die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, d. h. die deutsche Industrie auf den höchsten Stand in technischer Beziehung zu bringen, den Faktor Arbeitskraft zugunsten der Maschine und der Automatik zu ersetzen. Also, die Amerikanisierung, die Fordisierung der deutschen Produktion und damit die Preisherabsetzung aller Massenwaren.

Doch dafür ist eines unbedingt nötig: Kapital; und d. h. für Deutschland: Kredite.

a) Die Kreditlage:

Die Kreditlage in Deutschland ist aber außerordentlich schwach. Seit April ist die Zufuhr ausländischer Kredite so gut wie ganz abgestoppt. Ein einziger großer Kredit an die Stadt Berlin von 15 Millionen Mark ist bisher — seit der Reichspräsidentenwahlkampagne — bekannt geworden. Die Fähigkeit aber der Reichsbank, Kredite zu geben, ist sehr beschränkt. Der Reichsbankpräsident Schacht hat erklärt, daß eine weitere, großzügigere Kreditpolitik von der Reichsbank aus nicht betrieben werden kann. Denn gegenüber der Zeit der Kreditkrise fast genau vor einem Jahre betragen heute die Umlaufmittel, Banknoten und Münzen, schon 4,5 Milliarden Mark. Allein von Ende Februar bis Ende Mai betrug die Zunahme vierhundert Millionen Mark, und die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die sonst über die Zurückhaltung der Reichsbank sehr ungehalten ist und dieser vorwirft, sie stelle „die Währung über die Wirtschaft“, erklärt am 20. Juni 1925:

„Es leuchtet ein, daß die Reichsbank in der Noten- und Münzausgabe allmählich abstoppen muß, wenn sie die Krise nicht auch zu einer Währungskrise auswachsen lassen will.“

Daß diese Gefahr zwar nicht akut, aber in der Tendenz besteht, mag aus folgenden Angaben hervorgehen:

Die bisher vom Auslande gewährten Kredite sind mindestens zu 50 Prozent kurzfristiger Natur gewesen. Die kurzfristigen Kredite, die von Fall zu Fall verlängert werden, sind von der „Frankf. Zeitung“ auf 1,5 Milliarden geschätzt worden. Die langfristigen Kredite können ungefähr auf 2,9 Milliarden angegeben werden. Von diesen kurzfristigen Krediten ist ein Teil nicht verlängert worden. Die Wirkung davon war die Notwendigkeit, an das Ausland Rückzahlungen zu leisten. Nach Angaben des „Berliner Tageblatt“ vom 20. Juni sind bis Anfang Mai auf diese Art und Weise 100 bis 170 Millionen Goldmark zurückgewandert. An sich keine erschreckend große Summe, die aber auf die Dauer natürlich anwachsen muß. Aber nun kommt ein zweiter, wesentlicher Faktor hinzu: Die passive Handelsbilanz beginnt sich ebenfalls in einer Abwanderung der Mittel der Reichsbank ins Ausland bemerkbar zu machen. Alles in allem gibt das „Berliner Tageblatt“ die Rückflüsse aus der Reichsbank ins Ausland Anfang Juni auf 270 Millionen Goldmark an. Da die passive Handelsbilanz sich zwar vermindert, dennoch aber selbst im Mai, dem günstigsten Monat, 351,86 Millionen beträgt, so ist die Aufmerksamkeit, die den Rückflüssen durch das „Berliner Tageblatt“ und durch die „Deutsche Bergwerkszeitung“ gewidmet wird, durchaus berechtigt. Und der Hinweis auf die Gefährdung der Währung ebenfalls, da sich trotz dieser Abnahme des Devisenbestandes im Lande der Notenumlauf konstant erhöht hat. Die Fortdauer dieses Zustandes der Rückzahlung von

Kredit und der Passivität muß zu einer Verminderung der Devisenreserven der Reichsbank führen. Felix Pinner schreibt hierüber im „Berliner Tageblatt“ am 20. Juni:

„Wenn die Handelsbilanz in den nächsten Monaten nicht von selbst umschlägt, so wird sich demnächst der frühere Deviseneinnahmeprozess bei der Reichsbank entschieden in einem noch stärkeren Maße, als dies bisher schon geschehen ist, in sein Gegenteil wenden. Und eine solche Entwicklung wird sich die Reichsbank nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt und bis zu einem gewissen Grade der Entleerung ihres Devisenportefeuilles ansehen können.“

Am 30. Juni ist bei der Abrechnung der Reichsbank von neuem eine Verminderung des Devisenbestandes um 50 Millionen feststellbar. Es handelt sich also um Bewegungen, die tatsächlich bei Dauer ernsthafter Natur werden können.

Mit diesem Hinweis ist die Beschränkung der Kreditgewährung durch die Reichsbank gegeben und eine großzügige Verbesserung der organischen Zusammensetzung des deutschen Produktionskapitals von dieser Seite aus nicht zu erwarten. Daher auch der Widerspruch mancher Kreise gegenüber den neuerdings für die Stinnes-Sanierung gegebenen Krediten der Reichsbank und der Preussischen Staatsbank, die man beide zusammen auf rund 120 bis 140 Millionen Mark veranschlagen kann. Weiter ist zu erwarten, daß noch einige solcher Sanierungskredite gegeben werden müssen, um größere Zusammenbrüche zu verhindern. Das bedeutet aber eine weitere Einschränkung der Kreditmöglichkeit durch die Reichsbank für die Umstellung der deutschen kapitalistischen Produktion auf technisch erstklassigster Methode.

Wie schon erwähnt, sind die Erwartungen, die an das Ausland geknüpft werden können, nicht erfüllt worden, und solange diese Schwierigkeiten in der deutschen kapitalistischen Wirtschaft bestehen, ist nur damit zu rechnen, daß ausländische Kredite an einige besonders sichere Unternehmungen gegeben werden. An eine grundlegende Kredithilfe aber für die gesamte deutsche Wirtschaft dürfte in absehbarer Zeit nicht zu denken sein.

Also, das einzige, wirklich durchgreifende Mittel zur Beseitigung der Depression und zur Verminderung der Ausdehnung dieser Depression und Umwandlung in eine allgemeine Krise ist im umfangreichen Maße für das deutsche Kapital nicht gangbar.

b) Die Zollpolitik:

Aber auch die sonstigen, nicht so sehr Kapital erfordernden Mittel zur Verbesserung und Rationalisierung des deutschen Produktionsapparats und zur Senkung der Preise müssen durch die Zollpolitik gestört werden. Wenn auch die Auswirkung der Zollpolitik auf die Handelsbilanz strittig ist, und es möglich sein kann, durch scharfe Dumpingmethoden des deutschen Kapitals die Einfuhr zugunsten der Ausfuhr zu verringern, so ist eines doch sicher, daß das Preisniveau in Deutschland sich erhöhen muß. Interessant ist die Meldung der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“, die mitteilt, daß die Firma Daimler auf Grund der Zollschutzpläne für die Automobilindustrie die energische Durchführung der Reorganisation ihrer Betriebe nach dem Fordschen Bandsystem nicht mehr beschleunigt, sondern sogar stark vernachlässigt. Dies ist ein krasses Beispiel für die Unfähigkeit des deutschen

Kapitals, eine wirklich ernsthafte Sanierung vorzunehmen und die drohende Krise zu überwinden. In derselben Richtung läuft die Politik der Zechenbesitzer in bezug auf die Weigerung, die Kohlenpreise herabzusetzen. Ähnlich ist die Politik der Eisen- und Stahlindustriellen in den deutsch-französischen Vereinbarungen und in dem Verzicht auf die Belieferung des inneren Marktes mit verbilligtem Material zu werten.

c) **Arbeitsbedingungen:**

Der einzige, wirklich ernsthafte Versuch, der bisher zur Senkung der Preise unternommen wurde, ist die Propaganda für niedrige Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Diese Propaganda hat schon zu Aussperrungen und Lohnkämpfen im Baugewerbe und in der Holzindustrie geführt. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so scheinen die Zechenbesitzer mit der Anhäufung eines solchen riesenhaften Kohlenvorrats ähnliche Absichten zu haben, d. h. nach einem genügend großen Kohlenvorrat Aussperrungen vorzunehmen oder ein Ultimatum an die Bergarbeiter zu richten. Die Forderung nach einer 8½stündigen Arbeitszeit unter Tage wird häufig erhoben und sogar vom „Magazin der Wirtschaft“, Heft Nr. 19, als Rettungsmittel für den Bergbau gepriesen.

d) **Das Land:**

Als ernsthaft zu wertender Faktor für die Beseitigung der Depression ist die wahrscheinlich gute Ernte in Deutschland zu bewerten. Verbunden mit den Schutzzollplänen und den guten Ernteaussichten stoßen wir häufig in schwerindustriellen Zeitungen und Zeitschriften auf die Propaganda, das Land der Industrie zu erschließen. Ein Gesichtspunkt, der in der Tat — besonders durch die Annäherung zwischen Schwerindustrie und Großagrariern — Aussicht auf Erfolg hat.

Doch selbst, wenn es der Industrie gelingen sollte, den inneren Markt durch Belebung des ländlichen Marktes aufzufrischen, so wäre dies im günstigsten Falle nur ein Vorbeischwindeln an der Krise und ein Hinauszögern derselben. Von einer Beseitigung der wesentlichen Ursachen könnte nicht gesprochen werden.

e) **Zusammenfassung:**

Zusammenfassend können wir also sagen:

1. Die Lage der deutschen kapitalistischen Wirtschaft hat sich verschlechtert, zum mindesten seit Mai 1925.
2. Die Verschlechterung hat sich zu einer allgemeinen Krise im Bergbau und zu einer Ausdehnung der Depression in der Metallwaren-, Textil- und Schiffbauindustrie ausgewachsen.
3. Die Aussichten auf eine Vermeidung einer akuten Krise der deutschen kapitalistischen Wirtschaft sind schwach. Ein Ausweichen scheint bisher nur durch die Möglichkeit gesteigerten Absatzes auf dem Lande und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beabsichtigt zu sein.
4. Die Kreditfrage trägt in sich die Möglichkeit, bei weiterbestehender Passivität der Handelsbilanz, nicht im Moment, aber doch in der Zukunft eine Währungsfrage zu werden.

Die Bedeutung für die Klassenschichtung

Gleichgültig, ob und wie es dem deutschen Kapital gelingt, das Auswachsen der Depression zu einer allgemeinen Krise zu vermeiden, das Problem der Verschärfung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft wird ein wichtiger Punkt bleiben. Trotzdem schon jetzt die Löhne der Arbeiterschaft um 30 bis 40 Prozent niedriger als die der englischen und mindestens um 200 Prozent niedriger als die der amerikanischen sind, bleibt es — bei der geringen Aussicht, mit Hilfe von Krediten die organische Zusammensetzung des deutschen Kapitals zu verbessern — dringende Notwendigkeit, ein weiteres Ansteigen der Löhne zu verhindern und die Verlängerung der Arbeitszeit auch im Bergbau zu erreichen. Außerdem muß auf die Dauer die begonnene Reduzierung des deutschen Kapitals die Arbeitslosigkeit erhöhen. Nur starke Belebung des ländlichen Absatzes kann hier aufhaltend wirken. Die Oppositionstellung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird bei den kommenden Kämpfen die Stellung der Kommunisten erschweren. Ebenso erschwerend wird wahrscheinlich die langsame Durchsetzung der Depression zu einer allgemeinen Krise wirken und damit die langsame Zuspitzung der Klassengegensätze. Wir werden nicht so sehr durch plötzliche, hart einsetzende Krisenerscheinungen unterstützt, sondern Kleinarbeit angesichts der langsam sich häufenden Depressions- und Krisenerscheinungen, sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht, wird im großen ganzen die Arbeit der Kommunisten bestimmen.

Innerhalb der deutschen Bourgeoisie hat nicht bloß die Stabilisierung des deutschen Kapitals, sondern auch die augenblicklich herrschende Depression die Gegensätze gemildert. Die Verminderung der Machtposition des reinen Industriekapitals und damit der industriellen Raubritter zugunsten des Finanzkapitals bedeutet auch gleichzeitig die Abschwächung der Gegensätze zwischen Schwer- und Fertigindustrie. Die Unterstützung der Schutzzollpolitik durch einige Branchen der Fertigindustrie, z. B. der Automobilindustrie, und der Versuch der Schwerindustrie, der Metall- und weiterverarbeitenden Industrie, die Zollvorlage schmackhafter zu machen, trägt ebenfalls zu einer gewissen Milderung bei. Gleichzeitig ist das Verhältnis zwischen Finanzkapital, Schwerindustrie und Großagrariern ein besseres geworden. Das starke Kreditbedürfnis der Großagrariern muß das augenblicklich durchaus noch in der Schwebelage hängende Verhältnis zum Finanzkapital weiter bessern. Die ersten Schritte einer Verständigung sind in der Umwandlung der Rentenbank in ein reines landwirtschaftliches Kreditinstitut getan. Die augenblickliche Krise der Deutschnationalen Partei, verursacht durch das zu schnelle Überschwenken des schwerindustriellen Teils der Deutschnationalen zu der Lutherschen Erfüllungspolitik, zum Stresemannschen Sicherheitspakt und zur Hindenburgschen Verfassungstreue, hat den großagrariischen Flügel erschreckt. Doch die Hoffnung auch dieses Teils auf amerikanische Kredite wird ihre Wirkung in der zunehmenden Abschwächung dieser Opposition durchaus bemerkbar machen. Dennoch sollen die teilweise scharfen Gegensätze einiger Teile der Fertigindustrie und des reinen Handelskapitals nicht geleugnet werden.

Die weltpolitischen Auswirkungen

Die augenblickliche Depression und die Tendenz dieser Depression, sich zur Krise auszuwachsen, ist von dem Bewußtsein der kapitalistischen Kreise begleitet, daß eine eventuelle Verhinderung dieser Krise zum wesentlichsten Teil vom Ausland abhängt (Kredite). Damit ist die westliche Orientierung des deutschen Kapitals klar vorgezeichnet. Diese Tendenz wird durch das Überschwanken der Sozialdemokratie auf den alleräußersten antibolschewistischen Flügel gefördert. Neben der weiterbestehenden starken Orientierung nach Amerika, zeigt sich aber jetzt eine neue Tendenz. Diese ist gekennzeichnet durch den Abschluß des deutsch-französischen Eisenvertrages und den in einigen Monaten zum Abschluß kommenden Handelsvertrag. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ (29. Juni) gehen englische Zeitungen sogar so weit, den Abschluß einer engen Interessengemeinschaft mit gegenseitiger Beteiligung deutsch-französischen Kapitals an schwerindustriellen Unternehmungen beider Länder als unmittelbar bevorstehend zu melden.

Dadurch gewinnt das Verhältnis Deutschlands und Englands eine neue Bedeutung. Neben dem zunehmenden Bewußtsein englischer kapitalistischer Kreise, daß Deutschland der entscheidende Konkurrent in bezug auf Eisen und Kohle geblieben ist, muß die Befürchtung zunehmen, daß mit Hilfe des Eisenvertrages mit Frankreich eine noch stärkere Zunahme der Belieferung Frankreichs mit deutscher Kohle auf Grund von eventuell neu abgeschlossenen Verträgen eintreten muß. Daher machen sich neuerdings in gemäßigt liberalen Kreisen Stimmungen bemerkbar, die auf den Abschluß einer industriellen deutsch-englischen Interessengemeinschaft abzielen. „Bankers Magazin“, Mai 25th., und der „Economist“, Juni 1925, fordern in größeren Abhandlungen die Finanzierung der deutschen Wirtschaft unter gleichzeitigen Konzessionen der deutschen Industrie an die englische. Außerdem Vereinbarungen über Absatzgebiete, Preise und Patente. Es dürfte für das englische Kapital klar sein, daß zunehmende Verständigung zwischen der französischen und deutschen Industrie die Machtposition Frankreichs gegenüber England stärken würde, womit der Gegensatz Amerikas und Englands ebenfalls eine für England ungünstige Gestalt annehmen muß wegen der zunehmenden Abhängigkeit Deutschlands und Frankreichs von Amerika.

Wir sehen entsprechend dem labilen Zustande innerhalb der deutschen Konjunktur, der gerade in den letzten Wochen zwischen Depression und allgemeiner Krise steht, in außenpolitischer Beziehung ebenfalls einen neuen, nicht entschiedenen Zustand: die Tendenz zu einer neuen Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland, mit dem zunehmenden Interesse Englands, dieser Tendenz entgegenzuwirken durch die eventuelle industrielle Verbindung mit Deutschland. Beide Tendenzen, sowohl die von der Depression zur Krise als auch die einer sich anbahnenden neuen Gruppierung, tragen den Charakter langsam sich durchsetzender Bewegungen zur Verschärfung der Klassegegensätze und der Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander.

DIE VERGEWALTIGUNG DER THEORIE ODER DIE „THEORIE DER GEWALT“ DES HERRN AULARD

Der bekannte französische Historiker Aulard hielt vor einem Jahr auf einem Kongreß der Société des Savantes (Vereinigung der Wissenschaftler) einen Vortrag über die Theorie der Gewalt und die französische Revolution. Der Vortrag verfolgte ausgesprochen politische Ziele. In der Einleitung heißt es: „Mit der Zeit hat sich eine Theorie der Gewalt herausgebildet, die allmählich aus den Büchern in die Köpfe überging, sogar in Frankreich. Und die jetzigen russischen Revolutionäre haben diese Theorie nicht nur bis in den Himmel hinein gelobt, sondern auch tatsächlich angewandt. Dieser Theorie gemäß kann nur die Gewalt fruchtbringend sein, nur die Gewalt kann radikal die Gesellschaft bessern. Diese Theorie erhebt Anspruch auf eine historische Begründung; sie beruft sich auf die französische Revolution, die man in Moskau und nicht nur in Moskau als die Schule der Gewalt auffaßt und interpretiert. Uns Franzosen, die wir die Geschichte der Revolution mit wissenschaftlicher Methode auf Grund von Dokumenten erforschen, die wir an unsere historischen Forschungen mit keinerlei politischer oder sozialer Voreingenommenheit herangehen, gerade uns geziemt es, die historische Unrichtigkeit der oben zitierten Anschauung zu beweisen.“

Mit einer „Bescheidenheit“, die ja überhaupt gewisse Kreise der bürgerlichen französischen Gelehrten kennzeichnet, ist Aulard ohne weiteres der Meinung, daß es ein Privileg der Franzosen sei, die Geschichte der französischen Revolution wissenschaftlich zu behandeln. Es ist sehr bezeichnend, daß er von Franzosen im allgemeinen spricht und nicht von einer gewissen Gruppe von Franzosen; nun, das hängt eben mit der Einstellung Aulards zusammen, die eine sogenannte voraussetzungslose Wissenschaft anerkennt. Diese voraussetzungslose Wissenschaft ist ein sehr beliebtes Mittel, dessen sich die bürgerliche Welt gegen die marxistischen Forscher bedient.

Die marxistischen Forscher, die Kommunisten, haben das Märchen von der voraussetzungslosen Wissenschaft nie ernst genommen. Sie haben, speziell im Hinblick auf die historischen Wissenschaften, bewiesen, daß die historische Forschung in den Händen der Bourgeoisie stets ein Mittel war, die eigene Herrschaft zu befestigen, und demgemäß die Tatsachen ohne weiteres fälschte, den ganzen Geschichtsprozeß so darstellte, wie

sie es eben für nötig fand. Gerade die Geschichte der französischen Revolution ist ein klassisches Beispiel dafür, daß das Gerede von „voraussetzungsloser“ Wissenschaft zu den dreistesten Behauptungen gehört, die je aufgestellt wurden. Hatte nicht gerade Aulard einen jahrelangen Kampf gegen Taine zu führen, der doch Franzose war, auf Grund von Dokumenten die französische Revolution studierte und sehr oft betonte, er sei nur ein Mann der Wissenschaft und habe nichts mit irgendwelcher politischen Tendenz zu tun? Mußte nicht Aulard selbst feststellen, daß Taine durch und durch Tendenzhistoriker war, dem es daran lag, um jeden Preis die französische Revolution zu verunglimpfen, die großen Führer der französischen Revolution als wahnsinnige Verbrecher zu stempeln und auf solche Weise das blutige Regime Thiers' nach der Niederwerfung der Kommune zu beschönigen? Warum gibt es bis heute keine wirklich wissenschaftliche Geschichte der französischen Revolution? Eben weil mit der Erforschung der französischen Revolution sich in erster Linie die bürgerlichen Kreise befassen, die unaufföhrlich von der voraussetzungslosen Wissenschaft deklamieren, während sie die politischen Interessen ihrer Klasse vertreten, keineswegs aber die sogenannte reine Wissenschaft. Wo es sich um Klassenkämpfe handelt — und die Geschichte der französischen Revolution ist doch die Geschichte eines der gewaltigsten Klassenkämpfe —, da ist ohne weiteres klar, daß von Voraussetzungslosigkeit keine Rede sein kann. Warum sind gerade die proletarischen Forscher, die Marxisten, Kommunisten, die einzig Berufenen, eine wirklich wissenschaftliche Schilderung einer Revolution zu liefern? Weil sie voraussetzungslos an die Ereignisse herangehen? Das kann mit Recht bestritten werden. Aus zwei Gründen aber können sie wirklich wissenschaftliches leisten, obwohl sie Vertreter einer Klasse, Anhänger einer politisch sozialen Idee sind und auch in ihrer Arbeit nicht aufhören, es zu sein: Erstens, weil sie die einzig wissenschaftliche Methode anwenden, das ist die Methode des historischen Materialismus; zweitens, weil eben die Interessen des kämpfenden Proletariats und eine wirklich objektive Schilderung der geschichtlichen Entwicklung wie auch wissenschaftliches Eindringen in den spröden Stoff der Geschichte nicht nur nicht einander ausschließen, sondern umgekehrt, weil die

richtige Führung des proletarischen Klassenkampfes eine ehrliche, wissenschaftliche Analyse des Geschehenen direkt erheischt; denn nur das Proletariat kann ruhig der Wahrheit ins Antlitz schauen.

In allen bisherigen Erhebungen der unterdrückten Klassen blieb der Sieg den Bedrückten. Die einzige Ausnahme bildet bisher die russische, proletarische Revolution. Und es waren die Sieger, die über die Besiegten zu Gerichte saßen, die Gefallenen, Ermordeten, Gefolterten hinterher noch zu verunglimpfen suchten, ihr Gedächtnis der Verachtung, dem Hasse preisgaben, damit spätere Generationen der Kämpfer aus dem Mut, der Entschlossenheit, Ergebenheit, aus dem Märtyrertum ihrer Vorfahren nicht neuen Ansporn zu weiteren Kämpfen schöpfen sollten. Der „voraussetzungslose“ Aulard sollte die so lehrreiche Geschichte seiner Disziplin kennen. Verleumdung, gebrandmarkt wurden schon die Gracchen in Rom, die aufständischen Sklaven mit dem Helden Spartakus an der Spitze, die aufständischen Bauern in dem großen deutschen Bauernkriege, die Wiedertäufer mit Thomas Münzer, die großen Führer der französischen Revolution, allen voran Marat, Robespierre, dann die Chartisten, das französische Proletariat von 1848, die französische Kommune und endlich die russische proletarische Revolution, die von den diversen „voraussetzungslosen“ Herren der bürgerlichen Wissenschaft täglich in der gehässigsten Weise mit Schmutz und Verleumdung überschüttet werden. Die Geschichtsschreibung der großen französischen Revolution spiegelte die politischen Kämpfe der gegebenen Periode wider. Wir hatten von ihr immer zwei Legenden, eine reaktionäre und eine liberale Legende. Beide entstellten im Grunde genommen das wahre Gesicht der französischen Revolution, wenn auch die liberale sich mit großem Pathos zu den „glorreichen Taten“ bekannte, während die reaktionäre alles, was mit der Revolution im Zusammenhang steht, unterschiedlos der Verachtung und der Verdammung preisgab. Für die französische radikale Bourgeoisie sind aber wohlverstanden in der französischen Revolution glorreiche Taten nur die, die die Ordnung, Ruhe, Sicherheit des Beutels nicht antasteten. Danton ist noch gewissermaßen annehmbar, weil er dem gemäßigten Bürgertum am nächsten stand, weil er die imperialistischen Eroberungskriege der französischen Revolution am geschicktesten leitete und jeder radikalen ökonomischen Politik fernstand. Selbstverständlich sind in den Augen dieser radikalen Clique Robespierre und noch mehr Marat ebensolche Ungeheuer wie in den Augen der royalistisch-klerikalen. Aulard, der glänzendste Vertreter der radikalen historischen Schule Frankreichs der letzten Jahrzehnte, hat durch seine Schriften über die französische Revolution und in seinem letzten Vortrag, von dem hier die Rede ist, schlagend bewiesen, wie steril

im Grunde genommen diese ganze Geschichtsschreibung ist, wie selbst ein Aulard völlig versagt, obwohl er jahrzehntlang die französischen Staatsarchive durchstöbert und sicherlich ein riesenhaftes Material verschlungen hat. Er beherrscht nicht das Material, sondern das Material beherrscht ihn, weil ihm beides, Methode wie auch wahre Voraussetzungslosigkeit, fehlt, obwohl gerade er diese Voraussetzungslosigkeit in erster Linie für sich in Anspruch nimmt. Ein russischer Genosse hat in einem dem Vortrag Aulards gewidmeten Artikel, in dem er an Hand von Tatsachen alle seine Schiefheiten, Verdrehungen nachweist, Aulard den „besten Kenner“ der französischen Revolution genannt. Und er betrachtet es fast als „Heldentat“, daß Aulard in einer Epoche der schwärzesten Reaktion in Frankreich als Professor die französische Revolution verteidigte. Wir finden dieses Urteil ein bißchen übertrieben. Es bedürfte nicht erst dieses Vortrags, um zu zeigen, daß Aulard zwar über großes Wissen verfügt, daß ihm aber so ziemlich alles abgeht, was zu einem wirklichen Historiker gehört. Er hat das bewiesen schon in seiner großen politischen Geschichte der französischen Revolution. Sein Verdienst war nur, daß er ein umfangreiches Material sichtete und veröffentlichte, das früher dem Publikum nicht zugänglich war. Seine „Verteidigung“ der französischen Revolution fällt in die Epoche der Kämpfe des radikalen französischen Kleinbürgertums gegen die Finanzoligarchie, gegen den Klerikalismus, gegen die adlige Reaktion, und da war es keine besondere Heldentat, zusammen mit Clemenceau die „glorreiche“ Revolution zu verteidigen. Aulard hat seinerzeit gegen Taine ein Buch veröffentlicht, in dem er ihm nachweist, daß er auf Grund eines ganz unzulässigen, unwissenschaftlichen und nicht gewissenhaften Verfahrens es fertiggebracht hat, aus der französischen Revolution eine fratsenhafte Karikatur zu bilden. Taine sieht in der französischen Revolution nur verbrecherischen Wahnsinn, Brigantentum und ganz verkehrte Anwendung einer schlecht verstandenen nationalistischen Doktrin des 18. Jahrhunderts. Aus der Unmenge von Berichten, die in den Archiven vorliegen, waren für Taine von Bedeutung nur die, die ihm in den Kram paßten, die überwiegende Mehrheit der Dokumente aber, auf Grund deren man zu einem ganz anderen Bild gelangte, hat er einfach außer acht gelassen. Das hat ihm Aulard bewiesen. Wenn aber Taine aus der ganzen französischen Revolution nur einen wilden Tummelplatz der verbrecherischen Gelüste eines Robespierre, eines Marat und anderer Terroristen machte, so geht jetzt Aulard mit demselben Mangel an Wissenschaftlichkeit an sein Thema heran und will plötzlich alle Gewaltakte, den ganzen Terror, aus der französischen Revolution ausmerzen und sie zu einer friedlichen Idylle umbilden. Das Idyll der französischen Revolution wird nur bei Aulard

von Zeit zu Zeit ein wenig durch Schönheitsfehler gestört, da er ja doch ohne weiteres die von ihm selbst angeführten Tatsachen nicht plötzlich aus der Welt bringen kann. Hatte Taine seine Legende nötig, um nach der Niederwerfung der Kommune ideologisch das reaktionäre Regime von Thiers zu kräftigen, so soll der letzte Vortrag von Aulard der französischen und der europäischen Reaktion helfen, durch eine völlig falsche Schilderung der Rolle und Bedeutung der Gewalt und des Terrors in der französischen Revolution die russische Revolution zu verdammten und den Feldzug gegen den russischen „Terror“ moralisch zu rechtfertigen. Und das, wie Aulard sich ausdrückt, aus purer Liebe zu der großen russischen Nation! Freilich, wenn man die letzte elende Schmähchrift des einstigen Marxisten Kautsky gegen die russische Revolution liest, fühlt man sich geneigt, Aulard für seinen Anstand zu danken.

Nun die Tatsachen: Kann Aulard die Gewaltakte selbst, den Terror in der französischen Revolution bestreiten? Keinesfalls. Bei allen seinen Verdrehungen, sich widersprechenden Angaben, mußte er doch wie in seinem früheren Werk so auch in seinem Vortrag zugeben, daß die Gewalt, daß der Terror eine große Rolle im Gange der Ereignisse gespielt hatte. Mit ungläublicher Naivität versucht er aber, die Tatsachen, die er selber anführt, und die von grundlegender Bedeutung sind, zu entkräften, und was ihm am meisten am Herzen liegt, ist nicht so sehr die Gewalt und der Terror selbst, wie eine Theorie der Gewalt und des Terrors. Als typischer französischer Liberaler ist für ihn nicht das wirkliche Geschehnis, sind nicht die Ereignisse von Bedeutung, sondern von Wichtigkeit ist der ausgesprochene, der formulierte Gedanke, die Phrase. Stimmt es, daß am 14. Juli 1789 die Bastille gestürmt wurde? Natürlich kann er das nicht leugnen. Und für wen ist es nicht klar, daß diese erste revolutionäre Gewalttat von ausschlaggebender Bedeutung für eine ganze revolutionäre Periode war. Der ganze Mut des dritten Standes, seine berühmten revolutionären Phrasen und Gebärden wie auch Taten waren ohne diesen Gewaltakt nicht denkbar. Wie ist die französische Republik entstanden? Durch die Erstürmung der Tuillerien am 10. August 1792. Eine weitere revolutionäre Gewalttat. Wie kam es zum Todesurteil und zur Hinrichtung Ludwigs XVI., den die Gironde zu retten versuchte? Durch einen Druck, der seitens der Massen auf den Konvent ausgeübt wurde. Nur der Angst vor den Massen, vor der Kommune, vor Paris hatte man es zu verdanken, daß sich eine Mehrheit im Konvent für die Todesstrafe gefunden hatte. Was sagt Aulard selbst in seiner „Histoire politique de la Revolution française“ (Seite 315)? „Am 10. August 1792 wurde unter dem Drucke des siegreichen Volksaufstandes das erste Organ der revolutionären Regierung ins Leben gerufen.

Die Wachsamkeit des Revolutionskomitees hat ganz Frankreich wie ein Netz umwoben, und in den dichten Maschen dieses Netzes fingen sich die Konterrevolutionäre, die Verschwörer aller Art, die widerspenstigen Geistlichen, die ausländischen Agenten, die Girondisten; speziell die Föderalisten waren in ihren Unternehmungen gegen die Republik und gegen den Berg durch diese wachsamsten Gruppen gehindert, deren Patrouillen Tag und Nacht allen Verkehr überwachten, die Pässe und die ‚Carte de Zivisme‘ kontrollierten und bei dem kleinsten Verdacht den Einwohner oder den Passanten ins Gefängnis warfen. Daß der Aufstand in der Vendée und die ausländische Invasion sich nicht vereinigen konnten, daß der Royalistenaufstand sich nicht genügend ausbreiten konnte, um den österreichischen, englischen und spanischen Armeen die Hand reichen zu können, das haben wir zu einem gewissen Teil dem revolutionären Komitee zu verdanken.“

So urteilte Aulard in seiner Geschichte über die Rolle der revolutionären Komitees. Jetzt aber in seinem Vortrag will er dieses Urteil völlig abschwächen. Kann Aulard den Terror in der französischen Revolution aus der Welt schaffen? Nein. Aber er leugnet seine große revolutionäre Bedeutung, indem er auf das Fehlen einer systematischen Theorie des Terrors hinweist. Das einerseits. Andererseits findet er den Terror in den Momenten der größten Gefahr, wo die Koalitionsarmeen Europas Frankreichs Integrität bedrohten, entschuldbar, und seiner Meinung nach ist der 9. Thermidor als Abschluß der Periode des Terrors dahin zu verstehen, daß nach der Besiegung der fremden Armeen und der Beruhigung im Innern der Terror keinen Sinn mehr hatte, und daß darum Robespierre, der Vertreter des Terrors, zugrunde gehen mußte. Prüfen wir die beiden Tatsachen. Was soll eigentlich eine Theorie der Gewalt und ein System des Terrors bedeuten? Es ist ja ohne weiteres klar, daß in dem damaligen Stadium der Klassenkämpfe von einem klaren, bewußt herausgearbeiteten System der Revolution keine Rede sein konnte. Nur empirisch, tastend, suchend, sich in dem Sieg nach den Tatsachen orientierend, vom Klasseninstinkte geleitet, konnte sich allmählich eine klare Auffassung der revolutionären Taktik Bahn brechen. Und wenn Aulard den russischen Revolutionären entgegenhält, daß sie eigentlich die ersten wären, die eine Theorie der Gewalt, ein System des Terrors herausbilden wollten und herausbildeten, und daß sie sich mit Unrecht auf die große französische Revolution beriefen, so beweist das hinreichend die wissenschaftliche und politische Beschränktheit Aulards. Es ist ohne weiteres klar, daß wir vieles, was die großen französischen Revolutionäre und die revolutionären Massen nur empirisch, instinktiv anwenden konnten, jetzt, nach der großartigen Schule, die das kämpfende Proletariat seit einem Jahrhundert

durchgemacht hat, seit dem Aufkommen des Marxismus, der, auf den geschichtlichen Erfahrungen fußend, eine wissenschaftliche Theorie herausbildete, planmäßig, systematisch anwenden können. Wir müssen eben aus der Vergangenheit Lehren zu ziehen verstehen. Die große französische Revolution, wie sie wirklich war und nicht, wie sie bei Taine, Aulard und anderen bürgerlichen Geschichtsschreibern aussieht, ist für uns sehr lehrreich, weil sie uns die Bedeutung einer rücksichtslosen, energischen, zielbewußten, straff organisierten revolutionären Partei für das Gedeihen der Revolution klar zeigt.

Sie zeigt uns auch zu gleicher Zeit die Grenzen, die die Revolution nicht überschreiten kann. Sie erklärt uns auch auf richtige Weise, warum z. B. in der damaligen Lage ein Robespierre unterliegen mußte, warum sein Terror der letzten Epoche aussichtslos war, während der Terror des Konvents im Jahre 1793 die Revolution mächtig förderte und rettete. Es ist aber klar, daß bei einer so falschen Deutung der Tatsachen und völligen Verständnislosigkeit gegenüber den Prozessen, die man untersucht, wie wir es bei Aulard sehen, nichts Eraprießliches herauskommen kann. Daß es einen Terror gab, bestreitet Aulard nicht, er gibt ja die oben angeführte Charakteristik der revolutionären Komitees, die aus Haaren der revolutionären Komitees in Rußland, der russischen Tschecha, ähneln. Und es berührt bei einem „Manne der Wissenschaft“, für den Aulard gelten will, eigentümlich, wenn er an einer Stelle zwar zugibt, der Terror habe so ziemlich die Revolution gerettet, um aber sofort an einer anderen Stelle dem Terror jede Bedeutung abzuspochen. Für Aulard sind nicht Taten wichtig, sondern Worte, Phrasen. Der gewaltige Geschichtsprozeß, den er untersucht, ist für ihn lediglich ein juristischer Prozeß in einem Gerichtssaal, wo ihm die gut systematisierten, schön abgerundeten Reden, nicht aber die Leidenschaften, die Interessen verschiedener Gruppen und Klassen, die wirklichen Kämpfe bedeutungsvoll scheinen. Haben sich doch im Grunde genommen diese Kämpfe jenseits des Konvents abgespielt. Es ist ganz lächerlich, wenn Aulard den Bolschewisten vorwirft, sie verträten die Ansicht, daß nur durch Gewalt grundsätzlich die Gesellschaft umzubilden sei. Es hat für keinen Marxisten und Dialektiker irgendwelchen Sinn, derartig abstrakte Formeln zu schmieden. Für unseren Zweck genügt es vollständig, wenn wir feststellen, wie es in Wirklichkeit in der bisherigen Geschichte der Klassenkämpfe im allgemeinen und in der großen französischen Revolution insbesondere zugeht, und welches die Aussichten sind für eine friedliche Umbildung der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft. Wäre Aulard Geschichtsforscher, und nicht nur Materialiensammler und bürgerlicher Ideologe, so würde er ohne weiteres einsehen müssen, daß alle bisherigen Umwälzungen durch

die Gewalt, durch Aufstand, blutigen Kampf und Terror in die Welt kamen. Die französische Revolution bildet nicht nur keine Ausnahme, sie bestätigt vielmehr aufs glänzendste diese Behauptung. „Gab es auch“, sagt Aulard, „kein System des Terrors, so gab es wohl ein Regime des Terrors.“ „Wann begann der Terror?“ fragt er weiter, und er antwortet: „Die Revolution hat ihren Feinden vom ersten Augenblick an Schrecken eingejagt, von der Erstürmung der Bastille an, die die erste Emigrationswelle verursachte. Sie versuchte indes durch Gesetz und Freiheit zu regieren bis zum 10. August 1792. Als aber die Kräfte der Reaktion sich vereinigten und einen Bürgerkrieg und Außenkrieg herbeiführten, in dem die Nation sich von allen Seiten angegriffen sah und den Untergang befürchten mußte, gab die Revolution die Grundsätze von 1789 auf und griff zur Gewalt gegen ihre Feinde.“ (Aulard: Histoire politique de la Revolution française, S. 357 u. w.)

Kann man klarer die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Terrors beweisen, als Aulard es hier tut? Die Versuche, die Aulard in seinem Vortrag macht, diese so klaren Ausführungen mit seiner Lieblingsidee in Übereinstimmung zu bringen, zwingen ihn jedoch nicht nur, die Tatsachen zu verdrehen, sie beweisen schlagend, wie wenig er den Zusammenhang zwischen revolutionärer Rücksichtslosigkeit und dem Gedeihen der Revolution begriffen hat. Der Kampf der Klassen, die Dynamik der Revolution, erforderte unbedingt ein energisches erbarmungsloses Aufräumen mit den Resten des Feudalismus, die sich der Revolution als Todfeinde gegenüberstellten. All das verliert sich bei Aulard in einem Strom banaler Phrasen über „Freiheit, Gleichheit“ usw. Wo lag der Schwerpunkt der Aktion, im Konvente selbst oder im Jakobiner-Klub und der Pariser Kommune, wo das radikale Kleinbürgertum der Vorstädte und das Proletariat herrschte? Weiß Aulard nichts von den ständigen Klagen der Girondisten über den Terror, der, wie sie verächtlich sagten, „Populace“, des „Pöbels“? Kennt er nicht die zahlreichen Tatsachen, die beweisen, daß die wichtigsten, entscheidenden Wendepunkte in der französischen Revolution unter dem Druck dieses „Pöbels“, unter der Wucht seines Anpralls und dank seiner Wachsamkeit möglich waren? Solange die Pariser Kommune, der Jakobiner-Klub, die Jakobiner-Partei ihre Macht behielten, solange also gerade dieser „verächtliche“ Pöbel lebte und wirkte, konnte auch die Revolution sich siegreich bewähren und entwickeln. Am 5. September 1793, berichtet Aulard, kam „eine Deputation in den Konvent, bestehend aus den Kommissaren von 48 Sektionen und Mitgliedern des Jakobiner-Klubs, und erklärte: „Gesetzgeber, stellt den Terror auf die Tagesordnung!“ In derselben Sitzung hat Barrère, im Namen des Wohlfahrtsausschusses sprechend, sich diese

Formel zu eigen gemacht, indem er sagte: „Alles scheint eine Bewegung in Paris anzukünden, aufgefangene Briefe zeugen von den Anstrengungen seitens der Agenten des Auslands und der Aristokratie, in dieser großen Stadt irgendeine Bewegung hervorzurufen. Gut, sie sollen diese Bewegung haben, aber sie werden sie organisiert, geregelt bekommen, durch eine revolutionäre Armee, die endlich das große Wort ins Leben umsetzen wird, das wir der Kommune von Paris verdanken: Stellen wir den Terror auf die Tagesordnung!“ „Der Konvent“, sagt Aulard, „klatschte Beifall, und in der Politik der Regierung und in erster Reihe in den Reden war der Terror wirklich einige Zeit auf der Tagesordnung.“ Dennoch aber wagt es Aulard, in seinem Vortrag zu behaupten, der Konvent hätte den Terror als Lösung nicht auf die Tagesordnung stellen wollen. Was der Terror tatsächlich leistete: die blutige Niederwerfung der royalistischen Aufstände in Lyon, Nantes, in der ganzen Vendee, in Toulon, die Ausnahme Gesetze, die Zermalmung der Gironde usw. — alles dies ist viel zu bekannt, als daß es spezieller Erwähnung bedürfte. So steht es mit dem Terror als Tatsache und mit der Politik des Konvents, der sich unter dem Druck der Ereignisse und der revolutionären Schichten von Paris einer systematischen terroristischen Taktik bediente. Was Aulard offenbar vermißt, ist die das Gebäude krönende juristische Phrasendrescherei. Es hätte ausgesprochen werden müssen, daß das einzigste Mittel für alle Zeiten und für alle Situationen der Terror sei; und da, seiner Meinung nach, eine derartige „Theorie des Terrors“ fehlt und angeblich erst die russischen Bolschewisten den Terror zum Rang einer Theorie erheben wollen und sich dabei auf die französischen Terroristen berufen, hält Aulard sich für verpflichtet, ihnen dieses Recht, auf die französische Revolution als Muster hinzuweisen, abzusprechen. Freilich war der Terror selbst nach Aulard eine blutig ernste Tatsache und gewaltig in seinen Folgen. 1789, 1792, 1793, 1794, an allen Wendepunkten der Revolution war die revolutionäre Gewalt schöpferisch, rettend, ausschlaggebend. Merkwürdigerweise genügt das Aulard nicht. Solange man den Terror anwendet und durch ihn sogar Großes vollbringt, ist das bedeutungslos. Erst das ausdrückliche Anerkennen des Terrors macht ihn zum Terror. Aulard glaubt, die Berechtigung des Terrors zu widerlegen und der russischen Revolution das Recht abzusprechen, ihn anzuwenden, indem er darauf hinweist, der Terror wäre ja eigentlich der Revolution aufgewungen gewesen, die Reaktion, die ausländische Koalition hätte ja die Revolution gezwungen, den Terror anzuwenden. Da möchte man wahrlich mit Schiller ausrufen: „Wäre der Gedanke nicht so verdammt dumm, wäre er geschicht zu nennen!“ Der Terror wird also zum Terror erst dann, wenn man gleichzeitig sagen

kann, eigentlich brauchen wir ihn ja nicht, aber da er eine so prachtvolle Sache ist, wollen wir ihn anwenden; wir sind Theoretiker und Systematiker des Terrors. Wo in aller Welt, wenn nicht in der Aulards, gab es je solche sonderbaren Käuze, ob Einzelpersonen, ob Schichten, die den Terror aus Liebe zur Kunst und nicht notgedrungen anwandten? In dem Munde eines Taine freilich hat eine derartige Behauptung einen Sinn; denn für ihn ist die ganze Revolution ein Irrenhaus, in dem sich sadistisch veranlagte Verbrecher und Wahnsinnige, wie Robespierre, Danton, Marat usw. tummelten. Aber gerade Aulard hat es doch seinerzeit als seine Lebensaufgabe betrachtet, Taine als Geschichtsfälscher zu entlarven. Gibt es denn im Grunde genommen etwas Wichtigeres zur Rechtfertigung des Terrors als seine Notwendigkeit und Ersprießlichkeit? Hatte die russische Revolution keine Todfeinde im Innern und Äußern, hatte sie nicht auch einen opferreichen Kampf zu führen, damit die Intervention — an deren Spitze ein so „glorreicher“ Nachkomme der französischen Revolution wie Clémenceau stand, der sich ja auch seinerzeit zu der französischen Revolution bekannte — Hand in Hand mit der russischen Reaktion die Revolution nicht niederrang? Hatten wir keine Blockade und vom Ausland angestachelte Aufstände, hatten wir keine russische Vendee, und hat nicht der heroische Kampf des Bauerntums und des Proletariats Rußland nur darum zum Siege zu führen vermocht, weil der unerbittliche Terror, wie seinerzeit in Frankreich, die inneren Feinde lähmte? Wie für Max Adler in seiner letzten philosophischen Phase die Existenz des Menschen durch die Tatsache, daß er existiert, noch nicht genügend bewiesen ist, solange sie „erkenntnistheoretisch“ nicht begründet wird, so scheint es Aulard nicht zu genügen, daß der Terror notwendig und nützlich war. Er muß erst hinterher noch „systematisch und theoretisch“ begründet werden. Friedrich der Zweite war kein Mann der Wissenschaft, aber Aulard könnte ruhig bei ihm lernen, was eigentlich Geschichte ist. Als Friedrich den Siebenjährigen Krieg begann und Schlesien überfiel, da sagte er: „Erst will ich nehmen, und dann werden meine Legisten schon beweisen, daß ich das Recht hatte, Schlesien zu rauben.“ Für solche Art Realisten hat Aulard kein Auge, er gehört zu der Klasse jener liberalen Schwätzer, die es als ihre Lebensaufgabe betrachten, im Interesse ihrer Klasse alle möglichen demokratischen Duseleien zum besten zu geben, die den Zweck haben, den großen Massen die Unterjochungspolitik der Herrschenden annehmbarer zu machen. Derselbe Friedrich II. sagte einmal mit beißender Ironie über Maria Theresia, als er auf die Teilung Polens zu sprechen kam: „Sie weinte, aber sie nahm.“ Das ist ganz im Genre Aulards und seinesgleichen. Man vergießt Tränen, läßt die Bourgeoisie aber ruhig die niederträchtigste Eroberungs- und Unter-

drückungspolitik führen. Aulard sollte wissen, daß die besitzenden Klassen immer die ersten sind, die den Terror auf die Tagesordnung stellen und sich dabei herrlich wenig um die Theorie kümmern. Thiers bei der Niederwerfung der Kommune, Denkin, Judenitsch, Wrangel und alle anderen weißgardistischen Generale würden sicherlich mit Aulard darin einverstanden sein, daß sie auch keine Theorie des Terrors anerkennen. Die Frage ist nur, ob damit die Hunderttausende Ermordeter und Gefolterter zum Leben surdickzurufen sind, die zwar nicht theoretisch, dafür aber physisch von diesen Praktikern des Terrors niedergemetzelt wurden. Übrigens ist es auch ganz falsch, es so hinzustellen, als ob Danton, Robespierre, Saint-Just nicht genau wußten, was der Terror bedeutet, und nicht ganz klar ausgesprochen haben, worin er besteht, und warum er angewandt werden muß. Im März 1793 sagte Danton im Konvent: „Die Menschheit wird uns verlassen. Es ist nichts schwieriger, als ein politisches Verbrechen auszurotten, um so nötiger sind Ausnahme Gesetze, die die Verbrecher abschrecken und die Schuldigen vernichten. Und hier fordert unsere Sicherheit vernichtende Maßregeln. Es gibt kein Mittelglied zwischen den gewöhnlichen gesetzlichen Formeln und dem revolutionären Tribunal.“ So sprach der „gemäßigte“ Danton, den alle bürgerlichen Historiker und auch Aulard für seine „Mäßigung“ loben, während sie einen Marat zum blutdürstigsten Wesen stempeln. Dabei sei bemerkt, daß, wie es Aulard bekannt sein sollte, Danton sogar bei den Septembemorden in den Gefängnissen in Paris seine Hand im Spiel hatte, weswegen er sogar später von Robespierre gerügt wurde. Das Prachtvollste aber leistete sich Aulard mit seiner Beurteilung Robespierres. „Robespierre,“ heißt es bei ihm, „der als Terrorist guillotiniert wurde, wollte die Gewalt weder als System noch als Regime anwenden.“ Was Robespierre in Wirklichkeit für den Terror tat, ist ja allgemein bekannt, und Aulard weiß es sicherlich auch. Und obwohl es für uns im Grunde genommen ganz belanglos ist, in welcher Art sich Robespierre, ganz abgesehen von seinen terroristischen Taten, über den Terror aussprach, wollen wir doch einige Worte von ihm anführen, die klar beweisen, daß Aulard wider besseres Wissen Robespierre ganz entstellt. Ebenso wie Danton hat Robespierre sich ganz klar für den systematischen Terror ausgesprochen. In seiner Rede über die Revolutionsregierung sagte Robespierre: „Die Aufgabe der konstitutionellen Regierung besteht darin, die Republik zu schützen, die Aufgabe der revolutionären Regierung, ihre Grundlagen zu schaffen. Die Revolution ist ein Kampf um die Eroberung der Freiheit, ein Kampf gegen alle ihre Feinde. Die Konstitution ist das friedliche Regime der stetigen Freiheit. Die revolutionäre Regierung muß außergewöhnlich aktiv sein, weil sie sich

gewissermaßen im Kriegszustand befindet, und für sie taugen keine starren Regeln angesichts der stürmischen, in einem fort sich ändernden Bedingungen, unter denen sie wirkt. Und in erster Linie, weil sie angesichts der immer erneut drohenden Gefahren gezwungen ist, immer neue und neue Hilfsmittel besächtig zu machen.“ Wenn es überhaupt eine Theorie des Terrors gibt, so ist unseres Erachtens diese Theorie in obigen knappen Worten klar formuliert. Und kein russischer Bolschewist könnte dieser „Theorie“ wesentlich Neues hinzufügen. Was Robespierre fehlte, war nicht eine Theorie des Terrors, sondern die klare Einsicht in die Klassengegenstände des damaligen Frankreichs, eine revolutionäre proletarische Einstellung, im Gegensatz zur kleinbürgerlichen, die das mittlere Kleinbürgertum zur herrschenden Klasse machen wollte. Wie wir später sehen werden, war es nicht die falsche Anwendung des Terrors, die in erster Linie Robespierres Sturz verursachte, sondern die Unmöglichkeit, die Errungenschaften der Revolution auf dieser schmalen sozialen Basis zu festigen, umringt und bekämpft von den Feinden rechts, nicht unterstützt und im Stich gelassen von den Elementen links. Und was sagt Saint-Just über den Terror: „Man darf nicht ausruhen, bevor nicht die Feinde der Revolution und der französischen Nation vernichtet sind. Kein Mitleid und keine Schwäche für die Schuldigen, die sich an der Freiheit des Vaterlandes vergreifen.“ So urteilen Danton, Saint-Just und Robespierre, von denen uns der „beste Kenner“ der französischen Revolution eine tendenziöse Fabel dichtet über den Terror. Nebenbei sei bemerkt, daß Aulard, wahrscheinlich um die Société des Savantes von seiner voraussetzungslosen Wissenschaftlichkeit recht eindringlich zu überzeugen, folgende Entdeckung machte. Wir wissen, daß die französische Revolution in seiner Darstellung eine Idylle ist, die nur leider von Zeit zu Zeit durch „unangenehme“ Erscheinungen vorübergehender und unwesentlicher Natur gestört wurde. So kam es, daß in einem Momente dieser Idylle der König, wie Aulard sagt, anstatt sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen, seine traditionelle Rolle verriet. Er ging auf die Seite der Privilegierten über, auf die Seite des Adels und der Geistlichkeit, gegen sein Volk. Er hat nicht die Führerrolle der Revolution auf sich nehmen wollen. Der französische König als Führer der Revolution, der französische König, dessen traditionelle Rolle darin besteht, gegen die Privilegierten zu kämpfen! Ist das nicht eine wahre Perle „voraussetzungsloser Wissenschaft“? Bis jetzt wußten wir es freilich nicht anders, als daß die „traditionelle“ Rolle des französischen Königs darin bestanden hat, Parlamente auseinanderzujagen, mit der Reitpeitsche in die Sitzung des Parlaments zu kommen, wie es Ludwig XIV. (Le Roi Soleil) zu tun beliebte, der die berühmte Formel aussprach: „L'etat

c'est moi!" Ebenso redlich bemühten sich die französischen Könige durch ihre berühmte Maltresenwirtschaft die französischen Finanzen in gehörige Ordnung zu bringen, was ja nicht nur dem „besten Kenner“, sondern sogar jedem französischen Gymnasiasten bekannt ist. Jetzt werden wir eines anderen belehrt. Mit derselben verblüffenden Wissenschaftlichkeit untersucht Aulard die Frage, warum Robespierre sich nicht entschlossen habe, am 9. Thermidor im städtischen Rathause den Aufruf zum Aufstande zusammen mit den anderen Mitgliedern der Pariser Municipalität zu unterzeichnen. Und das war ja doch nach Aulard das einzige Mittel, seinen Kopf und, was Robespierre noch mehr am Hersen lag, seine Sache zu retten. Nach Aulard konnte Robespierre sich zu diesem Schritte nicht entschließen, weil er als Jurist den Konvent als den Vertreter des allgemeinen Willens betrachtete und es vorzog, in den Tod zu gehen und seine Sache zu verderben, anstatt sich diesem „allgemeinen Willen“ entgegenzustellen. Bisher hatten wir keine Ahnung von einer solchen geradezu epochemachenden Erklärung der Unentschlossenheit Robespierres. Die reaktionären Historiker pflügten die zahlreichen Juristen im Konvent gerade als Juristen zu beschimpfen, für sie waren alle diese Juristen, Professoren, Gelehrten die Inkompetenz selbst, die Frankreich ins Verderben stürzen mußte. Im Munde Aulards wird die Bezeichnung „Jurist“ plötzlich zum höchsten Lob. Mache Taïne aus Robespierre einen hirnverbrannten weltfremden Advokaten, der nicht die leiseste Ahnung von der Wirklichkeit hat und sie nach seiner juristischen Formel modeln will, so macht Aulard aus Robespierre einen tölpelhaften Juristen, der aus den leidenschaftlichen politischen und sozialen Kämpfen nur blutleere Formeln herauszulesen wußte. Derselbe Robespierre, der einige Stunden vorher in der Sitzung des Konvents, wo man ihn nicht zu Worte kommen ließ und seinen Tod beschlossen hatte, diesen Konvent als eine Bande von Räubern brandmarkte, sollte plötzlich denselben Konvent als den Vertreter eines „allgemeinen“ Willens anerkennen, vor dem er sich beuge, somit sich, seine Freunde und seine Sache dem Verderben widmend? Und das heißt nach Aulard: wissenschaftliche Untersuchung der französischen Revolution. In Wirklichkeit sind die tragischen Stunden Robespierres im städtischen Rathaus ganz anders zu erklären. Robespierre konnte sich nicht entschließen, den Kampf gegen den Konvent aufzunehmen, weil er den Glauben an seine Sache verloren hatte; er sah sich von Feinden umgeben, denen er nicht gewachsen war, und er empfand instinktiv, daß ihm keine ausreichende soziale Macht zu Gebote stand. Das und nicht blöde juristische Spitzfindigkeiten, die dem im großen und ganzen realistischen Politiker Robespierre fremd waren, haben in diesem kritischen Momente seiner Hand die Feder entfallen

lassen. Für Aulard ist die Ursache des Sturzes Robespierres eine sehr einfache: Robespierre war Vertreter des Terrors in einem Momente, wo der Terror sich eigentlich überlebt hatte. Die inneren und äußeren Feinde der französischen Revolution waren geschlagen, die Errungenschaft der Revolution gesichert, und darum hatte es keinen Sinn, mit Gewaltmitteln weiter zu regieren. Hätte diese seichte, banale und ganz falsche Auffassung irgendwelche reale Grundlage, so wäre alles, was nach dem Thermidor gekommen war, unerklärbar. Aulard selbst muß ja folgendes zugeben, indem er von den Folgen des Thermidors spricht. Er beginnt wie gewöhnlich mit einer köstlichen, kindischen, über die sogenannte Nachthermidorreaktion handelnden Einleitung. Er sagt: „Dieses Wort Thermidorreaktion gebrauchen wir, weil es üblich ist, diese Epoche so zu nennen, aber man muß sagen, daß dieser Name durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt wird. Ist doch Reaktion nur jene Reaktion zu nennen, die den Menschen hindern will, frei zu denken.“ Wieder eine so gottvolle Probe dieser Phrasendreherei, die auf die Dauer wirklich unausstehlich wird. Aulard, der die Geschichte des Konvents doch genau kennt, sollte sich der bekannten Phrase eines Mitglieds des Konvents entsinnen gelegentlich der Abstimmung über die Todesstrafe gegen Ludwig XVI. Als die Girondisten und viele andere Redner in hochtrabenden Reden ihren Standpunkt begründeten, sagte ein Mitglied ganz kurz: „La mort sans phrases“ (Der Tod ohne Phrasen). Aulard würde eher für la mort par la phrase zu haben sein. Für ihn genügt es, daß auf den Gefängnissen der französischen Republik die stolze Aufschrift prangt: „Egalité, Liberté, Fraternité“, um zu vergessen, daß das französische Gefängnis ungeachtet dessen ein Gefängnis bleibt, in dem Freiheitskämpfer „brüderlich“ zu Tode gemartert werden. Die Thermidorreaktion hat nach Aulard die „Freiheit des Denkens“ gegeben. Was hat sie aber nach demselben Aulard dem französischen Volke genommen? Nun, der Konvent hat zwar das Wort Terror gestrichen und auch die terroristischen Gesetze verurteilt, aber der Konvent hat, wie Aulard selbst anführt, nach dem Thermidor durch neuen Terror sich am Leben zu erhalten gesucht. Aulard sagt: „Der Konvent hielt am Terror fest, er terrorisierte die demokratische Opposition, wie diese seinerzeit die royalistische und föderalistische Opposition unterdrückte. An Stelle des roten Terrors trat der weiße Terror.“ Und weiter: „Am 5. Vendémiaire hat der Konvent einen Todesstoß ausgeführt, indem er als umstürzlerisch und gegen die Einheit der Republik gerichtet alle Zweigniederlassungen, Vereine und Föderationen betrachtete, sie auflöste und jede Korrespondenz zwischen Vereinen verbot. Keine kollektiven Äußerungen waren mehr zugelassen, man durfte nur individuell auftreten.“ Und weiter: „Eine der ersten Maß-

nahmen der Thermidorleute bestand darin, die Munizipalität von Paris zu vernichten. Sie schickten alle jene Mitglieder aufs Blutgerüst, die für Robespierre waren, d. h. fast die ganze Munizipalität. Es gab keine Munizipalität mehr in Paris.“ Und weiter: Über die Konstitution sprechend, die die Thermidorleute an Stelle der Konstitution von 1793 angenommen haben, sagt Aulard: „Die hervorstechendsten Züge der Konstitution bestehen in der Unterdrückung des am 10. August 1792 gegründeten demokratischen Systems; an Stelle des allgemeinen Wahlrechts gibt es jetzt ein Zensuswahlrecht.“ Für uns ist aus den angeführten Stellen bei Aulard ganz klar zu ersehen, was der 9. Thermidor bedeutete, warum Robespierre gestürzt werden mußte, und was der 9. Thermidor brachte. Zwar konnte man frei denken, wie Aulard sagt, aber dies bedeutete nichts anderes als die völlige Rückkehr zum antidemokratischen Regime, als die völlige Unterdrückung der Volksfreiheit und die Vorbereitung des Weges für Napoleon und die royalistische Restauration. Für Aulard und sogar für die angeblich marxistischen Sozialdemokraten gibt es keine Unterschiede im Terror, sie kennen nur einen Terror, einen abstrakten Terror, der überall unter allen Bedingungen derselbe bleibe und immer zu verdammen sei. Wir haben gesehen, daß der Terror die französische Revolution gerettet hatte, aber er vermochte dies nur darum, weil in der gegebenen Phase der Revolution die sozialen Kräfte, die an der Revolution ein Interesse hatten, sich in aufsteigender Linie befanden. Der Terror allein ist nicht ausreichend, um eine Revolution zum Siege zu führen und sie zu befestigen. Das sehen wir am besten, wenn wir den Terror nicht vor dem Sturz Robespierres betrachten. Da Robespierre als Führer des mittleren Kleinbürgertums einer schmalen sozialen Schicht die führende Rolle in der damaligen französischen Gesellschaft anvertrauen wollte, mußte es sich sehr schnell herausstellen, daß diese Schicht einer derartigen Aufgabe nicht gewachsen war. Man konnte in Frankreich nicht herrschen gegen die Bourgeoisie, gegen das mittlere Bauerntum und gegen das Proletariat, indem man sich nur auf das städtische mittlere Kleinbürgertum stützte. Die Tragik Robespierres bestand darin, daß er, an der Spitze des Kleinbürgertums, es nicht verstand, das Proletariat mit sich zu führen, wozu ja das Kleinbürgertum überhaupt nicht geeignet ist; dagegen sehen wir, wie umgekehrt in der russischen Revolution das russische Proletariat es sehr wohl verstanden hat, das Kleinbürgertum in Stadt und Land mit sich zu reißen. Alle solche Redensarten, wie z. B.: „der Terror ist immer ein Beweis der Schwäche“ usw., sind banale Phrasen ohne irgendwelchen politischen Sinn. Der Terror in der ersten Phase der französischen Revolution war ein Beweis der Stärke, weil er eine mächtige, aussichtsvolle soziale

Basis hatte. Er wurde auch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, und er lähmte vollständig den Widerstand der Reaktion. Der Terror der russischen Oktoberrevolution war ebenso notwendig und ebenso ein Beweis der Stärke, und er brachte ebenso den Sieg der Revolution, weil er sich auf die aufwärtstreibenden Kräfte der Revolution stützte. Robespierres Terror war ein Beweis der Schwäche, und er konnte nur seinen Sturz beschleunigen. Die europäische Reaktion wartet seit langem mit Sehnsucht auf den russischen Thermidor und steht ebenso verständnislos allem, was in Rußland vor sich geht, gegenüber wie Aulard der französischen Revolution und dem französischen Terror. Aulard nennt sich einen Freund des großen russischen Volkes. Nun, wir sind es schon gewöhnt, daß die Herren liberalen Phrasendrehler Frankreichs sich zur Freundschaft für das russische Volk bekennen. Sie haben nur eine eigentümliche Auffassung, was Freundschaft und was russisches Volk bedeutet. Herr Aulars Kollege Painlevé betrachtet sich sicherlich auch als Freund des marokkanischen Volkes, und um den Marokkanern seine republikanisch-demokratische Freundschaft recht eindrucksvoll zu bekunden, sendet er ihnen den Marschall Lyautey mit einer ziemlich großen Anzahl von Maschinengewehren. Seinerzeit hat Delcassé sich einem Diplomaten gegenüber, der ihm das traurige Los der russischen Bauern schilderte, folgendermaßen geäußert: „Ich pfeife auf die russischen Bauern, mich interessiert nur die Stärke der zaristischen Armee.“ Das war sicherlich auch ein Freund des russischen Volkes. Sind die Russen bereit, sich von den zivilisierten Franzosen als Kanonenfutter gebrauchen zu lassen, erlauben sie es dem französischen Kapital, Rußland als eine französische Kolonie zu behandeln, so ist die „Freundschaft“ der Nachkommen der „glorreichen“ Revolution grenzenlos. Wagt es aber das wirkliche russische Volk, das Tyrannennoch abzuschütteln und aus der ruhmvollen Vergangenheit der kämpfenden revolutionären Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, und des Proletariats Frankreichs am Ende des 18. Jahrhunderts etwas zu lernen, so kommt der „Freund“ des russischen Volkes, Aulard, und versucht uns armen Asiaten mit der gelassenen Erhabenheit eines Orakels zu beweisen, daß wir die für die primitive russische Seele sehr komplizierten Vorgänge völlig mißverstanden haben. Wir haben nichts dagegen, daß Herr Aulard die Geschichte der französischen Revolution entstellt und verdreht, wie es ihm in den Kram paßt. Will er jedoch seine Freundschaft für das russische Volk bekunden, indem er uns das Recht abspricht, unsere Lebensinteressen zu verteidigen, wie dies seine französischen Vorfahren getan haben, so sagen wir einem derartigen Freunde: „Gott behüte uns vor unseren Freunden, mit unseren Feinden werden wir schon fertig werden.“

L. RUDAS:
N. BUCHARIN, DIE AKKUMULATION DES
KAPITALS

In dieser dem Umfange nach „kleinen“ (ungefähr 133 Seiten) „Studie“ führt Genosse Bucharin eine Aufgabe durch, die nicht so sehr in russischer, wohl aber in internationaler Hinsicht sehr dringend war und wichtig ist. Er leitet den Kampf gegen die ideologische Nachlassenschaft der verstorbenen Vorkämpferin des internationalen Proletariats, R. Luxemburg, ein. Er leitet ihn stilgemäß, des Andenkens Rosas würdig und dennoch wuchtig ein. Seine Argumentation ist nicht nur überzeugend, sie ist direkt niederschmetternd für diese Theorie, die in den ideologischen Strömungen des marxistisch-revolutionären Lagers Westeuropas der letzten Jahre eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt hat. Die Studie des Genossen Bucharin macht einer Legende endgültig den Garaus, die sich geraume Zeit lang in Westeuropa breit machte und noch immer nicht verstummt ist, als wäre Rosa Luxemburg es gewesen, die gegenüber R. Hilferding und Lenin die wahre revolutionäre Theorie des Imperialismus geliefert hat. Nach dieser Legende ist die Theorie des Imperialismus von Lenin ein einfaches Akzeptieren der Theorie Hilferdings — nur die politischen Konsequenzen sind bei ihm eindeutig revolutionär gezogen, was bei Hilferding bekanntlich nicht der Fall ist. Eine selbständige Theorie des Imperialismus hätte aber Lenin nicht geschaffen, diese Aufgabe wäre vielmehr von der verstorbenen Rosa Luxemburg in ihrem berühmt gewordenen Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ geliefert worden. In dieser Ansicht spukt in der Tat die in Westeuropa von manchen Kreisen genährte Auffassung, die in Worten nicht offen eingestanden wird: Lenins Bedeutung läge — wenn auch nicht ausschließlich — auf praktisch-politischem und nicht auf theoretischem Gebiet.

Wer die Kämpfe des russischen revolutionären Marxismus gegen das Narodniktum und den legalen Marxismus der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts kennt, der weiß auch, daß in diesen Kämpfen Lenin nicht nur eine führende Rolle gespielt, sondern daß das entscheidende Wort von ihm gesprochen wurde. Das Entscheidende lag doch in der Frage, wie sich Rußland — wo die Wirkungen der Bauernbefreiung reif zu werden begannen — weiterzuentwickeln hat. Ich schreibe absichtlich „hat“, obzwar für die Marxisten schon damals die Frage nicht so, sondern vielmehr so stand: Wie entwickelte sich Rußland seit der Bauernbefreiung, und wie wird es sich weiterentwickeln, unbekümmert um die Wünsche und Hoffnungen dieser oder jener Intellektuellenschicht? Aber die Narodniki stellten die Frage in obiger Form: Gerade weil der Kapitalismus auch in Rußland seinen Einzug feierte und allen alten Formen des revolutionären Kampfes endgültig ein Ende bereitete, weil die Hegemonie des Kampfes auf das russische Proletariat überzugehen begann — sträubten sich die Narodniki gegen diese Umwälzung mit ihrer Verneinung der Tatsachen, mit ihrer sittlichen Verurteilung des Kapitalismus, mit der Vorschrift, Rußland soll sich nicht so entwickeln, wie Westeuropa sich entwickelt hatte. Eine Theorie ihrer Wünsche, eine „romantische Theorie der Nationalökonomie“ lieferten sie, sich an Sismondi anschließend, in einer Akkumulationstheorie des Kapitals, nach der das Kapital „dritte Personen“, d. h. nichtkapitalistische Elemente und Schichten notwendig hat, um akkumulieren zu können; und diese, die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals, seien es, die den Kapitalismus auf auswärtige Märkte treiben. Diese Akku-

mulationstheorie der Narodniki kulminierte dann in einer „Krisentheorie“. Durch die Verdrängung des kleinen Produzenten verengt der Kapitalismus den inneren Markt, der auswärtige Markt liefert zwar einen vorläufigen „Ausweg aus der Schwierigkeit“ in der Realisation des Jahresmehrproduktes (das die Narodniki nur als Mehrwert auffaßten, nicht aber gleichzeitig in seiner sachlichen Gestalt, als Produktions- und Gebrauchsmittel unterschieden, ein Fehler, der bei ihnen nicht so verwunderlich ist, als daß er sich bei Rosa Luxemburg, wie wir sehen werden, wiederholt). Aber je weiter der Kapitalismus sich entwickelt, je rascher die Akkumulation wächst, desto aussichtsloser wird dennoch das Schicksal des Kapitalismus: die Krisen werden immer umfangreicher und unlösbarer. Da die Krisen nichts anderes sind als die Unmöglichkeit der Realisierung eines Teiles des Jahresproduktes (des Jahresmehrproduktes) infolge des Widerspruches zwischen der immer ansteigenden Produktion und des infolge der Verdrängung der Kleinproduzenten sich ständig vermindernenden Verbrauches, verengt sich der Kreis der Konsumenten in dem Maße, in dem die Akkumulation des Kapitals fortschreitet, und die Krisen wachsen in ihrem Umfange, werden immer unlösbarer. Der größte Teil der Einwohner nicht nur eines Landes, sondern der ganzen Welt, nämlich der Kleinproduzenten (Kleinbauern und Kleinhandwerker) wird allmählich zugrunde gerichtet, ohne daß dem Kapitalismus daraus ein dauernder Vorteil erwachsen würde. So die Folgerung der Narodniki. Also braucht Rußland keinen Kapitalismus!

Gegen diese Theorie nahmen sowohl die Verfechter des russischen Kapitalismus (Struve) wie auch die Marxisten (Plechanow, Lenin) den Kampf auf, letztere kämpften gleichzeitig gegen erstere, da diese den Marxismus — ihren Bedürfnissen zugestutzt — zur Rechtfertigung des Kapitalismus mißbrauchten. Hauptsächlich Lenin war es, der in verschiedenen größeren Werken („Der ökonomische Inhalt des Narodnikitums und seine Kritik im Buch des Herrn Struve“, „Zur Charakteristik des ökonomischen Romantizismus“, „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“) und kleineren Aufsätzen (darunter am wichtigsten „Zur Theorie der Märkte“) zeigte, daß sowohl die Theorie der Narodniki als auch der „Marxismus“ der Struve und Konsorten falsch ist. Was besonders die Ersteren betrifft, so ist sowohl ihre Akkumulationstheorie wie ihr „Bevölkerungsgesetz“ falsch, entschieden unrichtig auch ihre Krisentheorie, da die Krisen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht auf dem Gegensatz zwischen der Produktion und dem Verbrauch, sondern auf dem Gegensatz zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem individuellen Charakter der Konsumtion beruhen: damit ist aber gleichzeitig die Lösung der Krisen vorgezeichnet. Sie besteht in der Vergesellschaftung sowohl der Produktion als auch der Konsumtion: im Sozialismus.

Diese kurze Skizze der — russischen Lesern wohlbekannten — Kontroverse zeigt zum Verständnis des Schicksals der Luxemburg-Theorie in Westeuropa wesentliche Punkte.

Die Kontroverse zwischen den Narodniki und den Marxisten einerseits, zwischen diesen und dem legalen Marxismus andererseits ist in Westeuropa fast vollständig unbekannt geblieben, besonders ist das hinsichtlich der gewaltigen theoretischen Leistung Lenins der Fall, die die soziologischen und ökonomischen „Theorien“ der Narodniki widerlegte. Nur so war es möglich, daß in Westeuropa Rosa Luxemburgs „Die Akkumulation des Kapitals“ gerade von den revolutionären Kreisen begeistert aufgenommen wurde. Rosa Luxemburg rollte — wie das Bucharin auch anerkennt — ein Problem auf, das in Rußland altbekannt, in Europa aber in Vergessenheit geraten war.

Hätte man aber in Westeuropa die Geschichte der russischen Kontroverse voll gekannt — so hätte man dem Luxemburgschen Werke ganz anders, viel nüchterner gegenübergestanden. Denn schon aus der lückenhaften Schilderung selbst, die Rosa Luxemburg

von der Geschichte dieses Problems gibt, ist ersichtlich, daß sie eigentlich die Lösung der Romantiker einfach übernommen hat, nur daß sie sie — dem proletarischen Standpunkte gemäß — mit revolutionären Folgerungen ausschmückte.

Ja, die Schilderung, die Rosa Luxemburg von der Kontroverse von Sismondi bis Tugan-Baranowski gibt, übergeht bezeichnenderweise gerade die wichtigste Etappe dieser Kontroverse, den wichtigsten „Waffengang“ mit fast völligem Stillschweigen: den Waffengang der russischen Marxisten. (Lenin wird nur hier und da und sehr wegwerfend behandelt.) Nun gibt es Luxemburgianer, die gerade den ersten „dogmengeschichtlichen“ Teil des Luxemburgischen Buches als einen gewaltigen methodologischen Fortschritt betrachten und ihn Lenins „Staat und Revolution“ an die Seite stellen — wobei sie den „kleinen“ Unterschied vergessen, daß Lenin die vollständige Geschichte des Problems gibt, während Rosa Luxemburg die wichtigste Etappe — einfach nicht behandelt. Sie können also Rosa Luxemburgs Darstellung mit der Lenins nur vergleichen, weil sie diese wichtigste Etappe, den letzten Waffengang, nicht kennen.

Warum Rosa Luxemburg selbst diesen letzten Waffengang aus ihrer Schilderung fortließ, ist nicht so leicht zu verstehen. Ihre Theorie der Akkumulation ist die einfache Fortsetzung der Theorie der Narodniki. Durch Lenins Kritik wurde sie selbst im vor hinein widerlegt, und sie konnte das Wesen dieser Leninschen Kritik gar nicht verstehen, ohne ihre eigene Theorie — bevor sie noch veröffentlicht wurde — fallen lassen zu müssen. Natürlich kannte sie die diesbezüglichen Schriften Lenins sehr gut (sie zitiert sie doch, wenn auch nur „nebenbei“). Es liegt mir vollständig fern, Rosa Luxemburg auch nur der kleinsten Unredlichkeit beschuldigen zu wollen, als hätte sie bewußt den letzten Akt der von ihr geschilderten Kontroverse weggelassen, um für ihre eigene Theorie ungehindert Platz zu bekommen. Aber: sie konnte unmöglich diesem letzten Akt die ihm gebührende Bedeutung beimessen oder ihn voll würdigen. Denn dann hätte sie ihn wenigstens ebenso ausführlich schildern müssen wie die übrigen Waffengänge. Dann, — dann aber wäre ihrer eigenen Theorie der Boden unter den Füßen weggezogen worden.

Die Studie des Genossen Bucharin führt nun das Werk Lenins fort. Luxemburg wurde zwar von Lenin im voraus mitkritisiert, das macht aber eine besondere Kritik Luxemburgs nicht überflüssig, im Gegenteil, noch notwendiger. Und Bucharin löst seine Aufgabe in echt leninistischem Geiste, unter voller Würdigung der unsterblichen Verdienste unserer verstorbenen Genossin, aber schonungslos gegenüber ihren theoretischen Irrtümern. Und wenn er die hingemordete Heldin des Proletariats hie und da mit etwas Sarkasmus behandelt, so ist das angesichts der Schwächen der theoretischen Position Rosas viel angebrachter als der Sarkasmus, mit dem Rosa selbst Karl Marx überschüttet, der in allen Punkten recht, wo sie selbst in allen Punkten — wie das Genosse Bucharin glänzend zeigt — unrecht hat.

Die Bedeutung dieses Bucharinschen Buches ist für ganz Westeuropa (besonders natürlich für Deutschland) ungemein groß. Abgesehen von den konkreten Lösungen, die elegant, geistreich, echt marxistisch sind, besteht seine Bedeutung in seiner Methodologie und in der überaus großen, klaren Einfachheit seiner Sprache. Jeder kann das Buch verstehen, auch der einfachste Arbeiter, wenn er nur die Elemente der politischen Ökonomie besitzt. Das Büchlein ist ein Muster dessen, wie man schwierige Probleme mittels des Marxismus streng wissenschaftlich und doch vollkommen populär zu behandeln hat. Und gerade jene Teile des Buches, die auf den ersten Blick abschrecken, die „Formeln“, sind beinahe der glänzendste Teil der Schrift: sonst erschweren sie meist das Verständnis (obzwar sie dem entgegengesetzten Zweck dienen sollen): hier erleichtern sie es in der Tat, sie machen übersichtlicher, prägnanter, verständlicher, was der Text ausführt. Die Formeln des Genossen Bucharin sind faßbar, geistreich, sie führen die Darstellung

weiter, sie erleichtern die Lösung des Problems. Der ganze Mechanismus der Akkumulation wird veranschaulicht, wird klar. Zu ihrer Aneignung muß man nicht Mathematik, sondern nur das Abc kennen (ich meine nicht das Abc des Kommunismus, sondern das gewöhnliche Abc).

Dieses Lob, das wir den Formeln — meist nicht der wesentlichste Teil eines Buches — spenden, erklärt sich sofort, wenn wir bedenken, was die Formeln auch in methodologischer Hinsicht leisten. Ein Fehler Luxemburgs war es, daß sie bei der Betrachtung des Akkumulationsproblems das Jahresprodukt nicht unter dem doppelten Gesichtspunkte betrachtete, der für jeden Marxisten obligatorisch ist. Das Jahresprodukt — wie das Lenin schon gegen die Narodniki ausführte — zerfällt in Hinsicht auf den Wert in drei Teile: in konstantes und variables Kapital und Mehrwert. Hinsichtlich seiner sachlichen Bestandteile aber nur in zwei Teile: in Produktionsmittel und Gebrauchsgegenstände. Vernachlässigt man diese Unterscheidung und betrachtet das Jahresprodukt einseitig, nur von diesem oder jenem Gesichtspunkte aus, so begeht man entweder den Fehler, daß man die kapitalistische Gesellschaft nur als solche, nicht aber auch als einen für alle Mitglieder dieser Gesellschaft notwendigen Arbeitsprozeß, als „ewigen Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur“ auffaßt, oder aber den anderen, daß man über die kapitalistische Gesellschaft als Wirtschaftsorganismus den kapitalistischen Charakter dieses Organismus vergißt. Ein Fehler, den sehr viele gegenüber dem Marxismus begehen. Die bürgerlichen Ökonomen verfallen natürlich in den zweiten Fehler, viele Marxisten aber, in dem Wunsch, diesen Fehler der bürgerlichen Ökonomen zu vermeiden, verfallen in das andere Extrem. Über den kapitalistischen Verwertungsprozeß, als der sich die kapitalistische Wirtschaft auf der Oberfläche darstellt, vergessen sie den Arbeitsprozeß selbst, als der sich die kapitalistische Gesellschaft gleichfalls bewähren muß. Noch unlängst hat man diesen letzteren Fehler in der Philosophie konstatieren können, wo das Verwechseln dieser beiden Gesichtspunkte, besser gesagt das Nichtbeachten der kapitalistischen Wirtschaft als eines Arbeitsprozesses, die ganze marxistische Erkenntnistheorie verfälschte. Der Arbeitsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft hat, ebenso wie der jeder anderen, einen stofflichen Inhalt und eine soziale Form. Die Akkumulation innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, ebenso wie ihre Probleme, werden nur verständlich, wenn man beide Gesichtspunkte in Betracht zieht und miteinander verbindet. Die Formeln des Genossen Bucharin haben nun gerade den großen methodologischen Wert, daß sie klar und faßbar das ganze Problem sofort auf diese Wurzel zurückführen, indem sie hinter der sozialen Form sofort den stofflichen Inhalt, die notwendige Koordination ebenso wie die Abhängigkeit der einzelnen Abteilungen der Wirtschaft voneinander aufdecken.

Der andere methodologische Fehler, den Rosa Luxemburg begeht, und der im engsten Zusammenhang mit diesem ersten steht, ist der, daß sie die kapitalistische Gesellschaft, die zerissen, in Widersprüche verwickelt, in sich gespalten ist, nicht als eine Einheit, als einen Wirtschaftsorganismus auffaßt, der sie ebenfalls ist. Die kapitalistische Gesellschaft ist ein lebendiger Organismus, ein Wirtschaftsorganismus. Mit Antagonismen behaftet, „lösen“ sich diese nicht logisch, d. h. sie vernichten sich nicht gegenseitig, machen die Existenz der Gesellschaft nicht unmöglich, sondern sie lösen sich dialektisch, d. h. sie schaffen sich die Formen, in denen sie sich weiterbewegen können. Die kapitalistische Akkumulation ist ebenso eine dialektische Erscheinung wie jede andere Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft. Im Gegensatz stehen hier miteinander die Notwendigkeiten des sachlichen Arbeitsprozesses, die Zusammenhänge der einzelnen Glieder und Abteilungen der Produktion und die Verwertungsinteressen des Kapitals. Rosa Luxemburg faßte das Problem ausschließlich von

diesem Gesichtspunkte auf. Und deshalb vergaß sie gerade die Einheit des Wirtschaftsprozesses gegenüber den Antagonismen der Kapitalistenklasse.

Auch besteht die Dialektik der Akkumulation nicht darin, daß sie — in einer „reinen“ kapitalistischen Gesellschaft unmöglich wird, sondern darin, daß sie, je weiter sie fortschreitet, sich zwar immer mehr in Widersprüche verwickelt, gleichzeitig aber die Grundlagen der Lösung dieser Widersprüche im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft selbst schafft. Je „reiner“ der Kapitalismus herrscht, desto vergesellschafteter die Arbeit, desto schreiender der Gegensatz zwischen dieser vergesellschafteten Form und der individuellen Konsumtion, desto mehr und reifer aber die Voraussetzungen zur Lösung dieses Widerspruchs. Wer, wie Rosa Luxemburg, sich auf den Standpunkt stellt, im „wirklichen“ Kapitalismus gelten andere Gesetze als im „reinen“ Kapitalismus der „reinen“ Theorie, der läßt sich gerade von den Illusionen der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft blenden und verkennt vollständig das Wesen und die Bedeutung der Marxschen Abstraktion.

— Bekanntlich nimmt Marx im 1. Band des „Kapitals“ eine reine kapitalistische Gesellschaft an und „abstrahiert“ vor allen Arbeitern und nichtkapitalistischen Klassen. In Wirklichkeit existieren aber außer der Kapitalistenklasse noch andere Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft (Bauern, Kleinbourgeoisie). Heißt das, daß die „wirkliche“ kapitalistische Gesellschaft andere Gesetzmäßigkeiten hat als die von Marx dargestellte „abstrakte“? Rosa Luxemburg war dieser Meinung. In welchem Verhältnis stünden aber dann die „abstrakte“ und die „wirkliche“ kapitalistische Gesellschaft zueinander, und was wäre dann der methodologische Zweck und Nutzen der ganzen Abstraktion? Offenbar hätten dann alle diejenigen recht, die die Marxschen Gesetze als Gedankengebilde, als leere Konstruktion behandeln, wie auch jene, die zwischen dem ersten und dritten Band der „Kapitals“ einen Widerspruch konstatieren wollen. Tatsächlich konstruiert Rosa Luxemburg einen neuen Widerspruch zwischen dem ersten und dem zweiten Band des „Kapitals“. Sie betrachtet das Problem der Akkumulation hauptsächlich vom Standpunkte der Zirkulation, verfolgt nicht ihre Verwurzelung in der Produktion und nähert sich damit den Ökonomen, die die ganze politische Ökonomie in die Sphäre der Zirkulation verlegen (Cassel, Graziadei). Aber Marx selbst lieferte doch ein Beispiel dessen, wie seine „Abstraktionen“ aufzuheben sind. Der ganze dritte Band des „Kapitals“ ist nichts anderes als dessen Illustration.

Das Verhältnis der Marxschen Abstraktionen zu der „konkreten“ Wirklichkeit ist nicht, daß die Wirklichkeit wirklich, jene aber nicht wirklich ist. Abstrakt heißt weder leer noch falsch — wie jede wissenschaftliche Abstraktion dient die Marxsche auch nur zur Fernhaltung „störender“ Einflüsse, „sekundärer Einwirkungen“. Würde man die Produktion nicht* isolieren, von der Zirkulation einstweilen abstrahieren, so könnte man auch das Geheimnis der letzteren nicht erraten. Würde man von den nichtkapitalistischen Elementen der kapitalistischen Gesellschaft nicht abstrahieren, so läge der Schwerpunkt der kapitalistischen Gesellschaft außerhalb dieser, gerade in diesen Elementen. Mit der Annahme der berüchtigten „dritten Personen“ hängt das Schicksal der kapitalistischen Gesellschaft vom Schicksal dieser dritten Personen ab. Das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft ist dann eigentlich das dieser nichtkapitalistischen Schichten. Damit ist aber der ganze Sinn des „Kapitals“ von Marx verwischt: daß nämlich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Bedürfnisse des Kapitals das Bewegungsgesetz der ganzen Gesellschaft abgeben. Es entstünde an Stelle der wahren Dialektik der kapitalistischen Gesellschaft eine falsche Dialektik, nicht Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse stünden im dialektischen Gegensatz zueinander, sondern die Kapitalistenklasse und ihr fremde, außerhalb des Wirtschaftsorganismus der kapitalistischen Gesellschaft stehende Elemente, „dritte Personen“.

Indem Bucharin dies aufdeckt, zeigt er auch, daß dies zu einer Art „wirtschaftlichen Fatalismus“ führt.

Rosa Luxemburg hilft sich mit revolutionärer Leidenschaft. Aber gerade das zeigt Bucharin überzeugend, daß diese revolutionäre Leidenschaft und die mit ihrer Hilfe gewonnenen Resultate gar nicht im Einklang mit den theoretischen Voraussetzungen Rosa Luxemburgs stehen. Der unverbesserte Marxismus erweist sich auch in diesem Falle als die einzige revolutionäre Theorie.

Die ganze Bedeutung des Bucharinschen Buches kann nur würdigen, wer — wie ich — selbst Anhänger der Theorie Luxemburgs war. Ihre glänzende revolutionäre Gestalt, ihr ehrlicher Kampf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gegen den Opportunismus, ihr bezaubernder Stil und ihre Beredsamkeit — sie wirken bestrickend für alle und machen widerstandslos auch gegen ihre theoretischen Schwächen, solange man nicht Lenins nüchterne, alles Falsche zerschneidende Schule durchgemacht hat.

In Bucharins Buch lebt dieser Leninsche Geist unverfälscht fort. Zusammen mit den hierhergehörenden Werken Lenins wird es jeden davon überzeugen, daß der Imperialismus nur auf Grund der Leninschen, nicht aber der Luxemburgschen Theorie erklärbar ist. Bucharins Buch beweist wieder einmal, daß die echte Theorie gleichzeitig auch die revolutionäre Theorie ist.

N. LENZNER :

WLADIMIR SSORIN, DIE PARTEI UND DIE OPPOSITION

Mit der letzten Erweiterten Exekutivsitung (März 1925) der Komintern begann im Leben der europäischen kommunistischen Parteien die große Etappe, die unter dem Zeichen einer tiefen Aneignung des Geistes leninistischer Taktik steht. Es ist deshalb kein Zufall, wenn in den europäischen kommunistischen Parteien, namentlich in der deutschen, ein zunehmendes Interesse für die gegen die Verflachung der Taktik des Kommunismus gerichteten Arbeiten Lenins zu verzeichnen ist. Erst ganz vor kurzem hat der Verlag der Kommunistischen Partei Deutschlands das Buch „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, mit politischen Anmerkungen von Maslow, neu herausgegeben. Wir glauben, daß ein nicht geringeres Interesse die erste große Diskussion in der RKP nach dem Oktober 1917 erwecken dürfte. Wir meinen die Polemik mit den linken Kommunisten zu Beginn des Jahres 1918.

Erstens finden wir in ihrer Ideologie viel Gemeinsames mit den Anschauungen der europäischen Linken. Hier wie dort ist die dialektische Logik durch die metaphysische, das konkrete Denken, die konkreten Losungen durch abstrakte Begriffe ersetzt. Sowohl die russischen als auch die europäischen linken Kommunisten lehnten „Kompromisse“ ab, hielten den Weg der Frontalangriffe für notwendig, begriffen nicht die Schwierigkeiten der proletarischen Revolution, die eine biegsame Taktik von der Partei erfordern. Sowohl den einen wie den anderen dienten nicht die realen Interessen des proletarischen Klassenkampfes als Kriterien für ihre Tätigkeit, sondern die besonderen, abstrakten Prinzipien

* Aus der Geschichte der oppositionellen Strömungen in der RKP. I. Die Fraktion der linken Kommunisten. Mit einem Vorwort von N. Bucharin, Moskau, 1925. Verlag Moskowskoj Rabotschij, 184 Seiten (russ.).

des Kommunismus. Es ist deshalb ganz natürlich, daß die linken Kommunisten Rußlands und Europas eine unverhältnismäßig große Bedeutung der „Ideologie“ beimaßen und durch diese die realen materiellen treibenden Kräfte des Klassenkampfes ersetzen. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die einen wie die anderen an der Krankheit der revolutionären Phrase litten.

Die praktische Politik der russischen und europäischen linken Kommunisten hatte den gleichen unrichtigen Ausgangspunkt: Die Überschätzung des Tempos der internationalen proletarischen Revolution und die Unterschätzung ihrer Schwierigkeiten. Indem sie die Wegschwierigkeiten der proletarischen Revolution unterschätzten, beschuldigten die linken Kommunisten diejenigen des Opportunismus, die den Klassenkampf des Proletariats nicht von dem subjektiven Wunsch des rascheren Eintretens der proletarischen Revolution aus, sondern nach dem realen Kräfteverhältnis führten. Die Überschätzung hatte bei den einen wie den anderen ihre bestimmten Wurzeln in dem Nichtverstehen des Unterschiedes der europäischen Revolutionen von der russischen. Die russischen Linken hat Lenin bereits 1918, die europäischen, in der „Kinderkrankheit“* darauf hingewiesen. Den linken Kommunisten, der Gruppe Gorter**-Pannekoek erschien Lenin 1920—1921 als ein Opportunist, weil er sich weigerte, alles nur auf die eine Karte zu setzen: die sofortige proletarische Revolution. Dementsprechend verwandelt sich in den Augen der Linken die Sowjetmacht in Rußland (bei Gorter & Co. — ist sie es bereits) in ein Instrument des internationalen Imperialismus, artet in einen Apparat aus, der über das Proletariat herrscht. Die russischen Linken prophezeiten z. B., daß die Sowjetmacht sich zu einem „Schirm, einem Instrument entwickeln werde, unter dessen Deckung die vollständige ökonomische Unterwerfung Rußlands unter die deutschen Bankiers beginnen werde . . . Die Erfüllung des Brester Friedens verwandelt allmählich die Sowjets in Vollstrecker des Willens des Weltkapitals (von mir gesperrt — N. Lz., S. 104 und 105 bei Sorin). Das geschah deshalb, weil die russischen und europäischen Linken die Gegensätze innerhalb der und unter den kapitalistischen Ländern unterschätzten, womit sie zugleich die Möglichkeit einer gleichzeitigen Existenz bürgerlicher Regierungen und des proletarischen Staates unterschätzten. Daher scheint uns, daß die Durchführung einer Analogie zwischen dem russischen und dem europäischen Linkskommunismus viel fruchtbarer gewesen wäre als die Analogie zwischen jenem und Willich-Schapper, die der Genosse Sorin gezogen hat. In der gleichen historischen Epoche geboren, hatten sie — ungeachtet der Verschiedenheit in einzelnen Argumenten — eine gemeinsame Wurzel und gemeinsame Ideengrundlage. Eine solche Analogie würde auch die „geographische“ Theorie des europäischen linken Kommunismus (siehe z. B. den bekannten Brief Gorters an Lenin) zerstören, Material für interessante Verallgemeinerungen liefern und gleichzeitig dazu beitragen, eine Reihe von Fragen, die sich vor der RKP im Jahre 1918 erhoben, in einen viel prinzipielleren Rahmen zu stellen und die Diskussion zu internationalisieren. Was die Fraktion Willich-Schapper anbelangt, so ist in den russischen Verhältnissen ihr Analogon die Fraktion der Otsowisten-Ultimatisten, denn die Hauptsache ist vorhanden: die Gleichförmigkeit der so-

* Es wird nicht überflüssig sein, an folgende Stelle aus dieser Broschüre zu erinnern: „Für Rußland war es in der konkreten, überaus einzigartigen historischen (von uns gesperrt) Situation von 1917 leicht, die sozialistische Revolution zu beginnen, während ihre Fortsetzung und Vollendung für Rußland schwerer sein wird als für die europäischen Länder. Ich hatte bereits anfangs 1918 Gelegenheit, auf diesen Umstand hinzuweisen (von uns gesperrt), und die nachfolgende Erfahrung zweier Jahre hat die Richtigkeit dieses Gedankens vollständig bestätigt. (Lenin, Die „Kinderkrankheit“, Maslowsche Ausgabe, S. 78.)

** Man erinnere sich nur an seinen berühmten Brief an Lenin.

zialen Erscheinungen, der Zusammenbruch der Revolution. Eine Analogie dagegen zwischen den fünfziger Jahren und 1918 kann man nur sehr schwer ziehen.

Zweitens: Die Polemik Lenins mit den linken Kommunisten im Jahre 1918 besitzt ein außerordentliches Interesse auch deshalb, weil hier zum erstenmal die Grundprobleme der Epoche der proletarischen Diktatur diskutiert wurden, die Partei der Arbeiterklasse zum erstenmal konkret mit den Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus zusammen gestoßen ist. Worum ging nun der Streit? Man stritt: 1. Über das Tempo des sozialistischen Aufbaues, das Tempo der Entwicklung der internationalen Revolution. Die Linken übersprangen den Staatskapitalismus, in der Annahme, daß Rußland keinen historischen „Vorhof“ zum Sozialismus brauche. Es ist schade, daß Genosse Ssorin nicht den Zusammenhang dieses Streites mit der theoretischen Polemik zwischen Lenin und den Moskauer Bolschewiki im Herbst 1917 untersucht hat, die damals für den Ausschluß des Minimalprogramms aus dem allgemeinen Parteiprogramm eintraten.* Lenin meinte 1918 sowie auch 1919**, daß der Inhalt der nächsten Epoche nicht die Einführung des Sozialismus, sondern die Schaffung von Bedingungen zu seiner Einführung sein werde. Diese Grundidee der Leninschen Strategie stand im wesentlichen seit 1918 im Zentrum aller Diskussionen. Die Frage über das Tempo des sozialistischen Aufbaues war der Untergrund der Gewerkschaftspolemik von 1920, sowie der ökonomischen Diskussion von 1923/24. Deshalb waren viele Argumente in den Jahren 1920 und 1923 bis 1924 nur Konkretisierungen der strittigen Hauptideen von 1918.

Die Meinungsverschiedenheiten über das Tempo des sozialistischen Aufbaues in Rußland hingen mit den Meinungsverschiedenheiten über das Tempo der Entwicklung der europäischen Revolution zusammen. Die Linken überschätzten sie und begründeten diese Überschätzung nicht so sehr mit objektiven Daten als mit subjektiven Wünschen.

Es ist interessant, daß auch in dieser Frage die dialektische Logik Lenins mit der metaphysischen Logik der Linken zusammenstieß. Während die Linken die Frage so stellten: Entweder sofortige in kürzester Frist sich entwickelnde europäische Revolution oder Zusammenbruch Sowjetrußlands,*** entwickelte Lenin die Theorie der „Atempause“, die sich auf die Ausnützung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern und

* Siehe „Zur Revision des Parteiprogramms“, Lenin, Band XVII, 2. Teil (insbesondere S. 165—169, russ.).

** Man erinnere sich an folgenden Ausspruch aus seinem berühmten „Briefe über die Taktik“. Ich „rechne“ nicht nur nicht auf die „sofortige Umwandlung“ unserer Revolution in eine sozialistische, sondern warne direkt davor, indem ich in der These Nr. 8 direkt erkläre, nicht die Einführung des Sozialismus als unsere direkte Aufgabe“ (von Lenin gesperrt), Band XVII, 1. Teil, Seite 35.

*** Im Zusammenhang damit ist es nicht überflüssig, hervorzuheben, daß die Linken im Gegensatz zu Lenin die Befestigung des Sozialismus in einem einzelnen Lande nicht für real hielten und damit den Irrtum der Anhänger der Theorie der „permanenten Revolution“ wiederholten. „Keine sozialistische Revolution — schrieben die Linken — kann siegreich sein, ohne über den nationalen Rahmen hinauszugehen, ohne sich in die internationale proletarische Revolution zu verwandeln. Mit anderen Worten, die Befestigung und der Triumph des Sozialismus im Rahmen nur einer Nation und eines Landes ist undenkbar“. (Zitiert nach Ssorin, S. 41.)

Man kann nicht umhin, hervorzuheben, daß dieser Standpunkt zur Unterschätzung der Rolle des Bundes zwischen Proletariat und Bauern zwecks Erhaltung der Diktatur des Proletariats führte. Der Streit, welche sozialen Kräfte hierzu beitragen können, und ob man sich dazu nur nach Westen orientieren müsse — ist nicht neu. Er fand bereits 1905 statt. Als Beweis können wir folgende Stelle aus „Zwei Taktiken“ von Lenin anführen: Die Möglichkeit der Erhaltung der Macht“ in Rußland muß durch die Zusammensetzung der sozialen Kräfte Rußlands selbst bedingt sein . . . Wenn wir uns, außer auf das Proletariat, nicht auf die

der Klassengegensätze innerhalb derselben aufbaut. Der Radikalismus, die „Kinderkrankheit“ . . .“ ist nur eine Begründung dieser Taktik für die europäischen Parteien*.

Es ist leicht einzusehen, daß die Meinungsverschiedenheiten über das Tempo des Aufbaues mit den Meinungsverschiedenheiten über die Methoden des Aufbaues eng verbunden sind und sie vorausbestimmen.

Zweitens wurde um die Methoden des Aufbaues gestritten. Lenin sah die realen Verhältnisse: das Vorhandensein eines ökonomisch rückständigen Landes, organisatorischer Erfahrung bei den bürgerlich-intellektuellen Gruppen, massenhafter Unredlichkeit, Betrügerei, schwacher kulturell-organisatorischer Erfahrung beim Proletariat selbst, und schloß deshalb auf die Notwendigkeit solcher Methoden des sozialistischen Aufbaues, die das Proletariat nicht in einen Widerspruch zur Hauptklasse des Landes, der Bauernschaft, brachten und der Arbeiterklasse erlaubten, die Erfahrung der alten Spezialisten sich zunutze zu machen, dem kleinbürgerlichen Element die bewußte, eiserne Arbeitsdisziplin des Proletariats gegenüberzustellen. Diese Aufbaumethoden legten der Arbeiterklasse die schwere Rolle der Avantgarde der ganzen Gesellschaft auf, lehnten nicht Rückzüge und bestimmte Kompromisse ab und setzten gleichzeitig die Hoffnung auf die schöpferische Kraft der Massen.

Die linken Kommunisten stellten ihre Methoden des sozialistischen Aufbaues auf, ausgehend vom abstrakten Begriff der Übergangsetappe, indem sie vor allem sich bemühten, die Reinheit der „proletarischen Prinzipien“ zu wahren, jeglichen Einfluß der alten Gesellschaftsgruppen bei der Organisation der Wirtschaft zu vernichten, wobei sie sogar das Proletariat mit (im ersten Moment) von vornherein unerfüllbaren Aufgaben belasteten. (Z. B. Verwaltung der Fabriken und Betriebe u. a.)

Drittens: Um das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft nach dem Siege des Proletariats. Während die Linken nur die Methode des Zwanges aufstellten, eine Politik empfahlen, die am allerwenigsten mit der Stimmung der Bauernschaft rechnet, unterschied Lenin bereits damals zwischen der Aufgabe des Kampfes gegen das kleinbürgerliche Element (den Bauer als Eigentümer) und der Aufgabe der Schaffung des Arbeiter- und Bauernbundes, als der Grundlage der weiteren Entwicklung der proletarischen Diktatur,** der Aufgabe der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zusammen mit der Bauernschaft, folglich also eine Kombination der Methoden der Überzeugung und des Zwanges.

Viertens: Um das Verhältnis des Sowjetstaates zur Arbeiterklasse, das Verhältnis beider zur Kommunistischen Partei. Wie wir weiter sehen werden, schufen die Linken, die die Mechanik dieser Beziehungen nicht begriffen, die Theorie des Druckes des Proletariats auf die Sowjetmacht zur Verhütung der Umbildung der Partei aus einer proletarischen in eine „gesamtnationale“, der Sowjetmacht aus der proletarischen Diktatur in die Macht der armen Bauernschaft.

Fünftens: Über die Rolle der Partei, ihre Fähigkeit, die Klasse und die Gesamtheit aller Werktätigen in komplizierten Manövern mit sich zu ziehen. Gerade im Kampfe gegen die

Bauernschaft stützen könnten, dann würde die Erhaltung der Macht aussichtslos sein (von uns gesperrt), Band VI, S. 358.

* Man erinnere sich nur daran, wie Lenin in dieser Broschüre den deutschen Linken wegen ihres gradlinigen Bestehens auf der Nichtanerkennung des Versailler „Friedens“ den Kopf gewaschen hat. (Deutsche Ausgabe Lenin, Die Kinderkrankheit, von Maslow S. 91 und folg.)

** Diese Gedanken wurden mit großer Genauigkeit in Lenins Notizen „Über die Diktatur des Proletariats“ begründet. (Siehe Lenin-Sammelheft Nr. 3; deutsch noch nicht veröffentlicht.)

taktische, starre Unbeweglichkeit der Linken hat Lenin die Notwendigkeit mancher Kompromisse hervorgehoben. „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit . . .“ war nur die Fortentwicklung dieser Ideen.

Die Polemik gegen die linken Kommunisten gab Lenin den Anlaß, die Hauptkonturen der Strategie der Partei in der Übergangsepoche zu zeichnen. Gerade hier waren bereits klar herausgebildet: 1. die Idee der Nöp,* als Methode zur Fortbewegung zum Sozialismus, 2. Die Grundlagen des Arbeiter- und Bauernbündnisses während der Diktatur des Proletariats, 3. Die Begründung der Idee von der Notwendigkeit der Ausnützung der organisatorischen Erfahrung der alten Gesellschaftsgruppen und der Notwendigkeit für das Proletariat und die Partei, von dieser Erfahrung zu lernen (Lenin kehrte später mehrmals zu dieser Frage zurück. Man erinnere sich nur an seine Idee von der Notwendigkeit, den Kommunismus auch mit fremden Händen aufzubauen, 4. Erbarmungslose Kampfansage an die „kommunistische Dünkelhaftigkeit“, 5. Die Ansichten Lenins über die proletarische Diktatur überhaupt, 6. Die erste Lehre für die Partei über die Notwendigkeit komplizierter Manöver im Zusammenhang mit der Verlangsamung des Entwicklungstempos der Weltrevolution.

II.

In der Geschichte des Bolschewismus bezogen die fraktionellen Gruppierungen, die gegen Lenin auftraten, ihre geistige Nahrung aus zwei Quellen zugleich: aus den Vorurteilen und Dogmen des sogenannten „europäischen“ Marxismus, dessen klassischer Vertreter in Rußland der Menschewismus war, und aus den Ideen der kleinbürgerlichen Strömungen in Rußland selbst (hauptsächlich der Sozialrevolutionäre). Der Einfluß sowohl des einen wie des anderen Momentes kam in der ernsthaftesten antileninistischen Fraktion der vorrevolutionären Periode, der Otsowisten-Ultimatisten, kraß zum Ausdruck. Ihre politische Methodologie war dem Menschewismus so verwandt, daß Lenin bereits damals sie als die „umgestülpten Menschewiki“ charakterisierte. Es ist ebenso bekannt, daß die Otsowisten eine ganze Reihe von Argumenten für den Boykott der Duma und die Charakterisierung der Duma als einer Fälschung der Volksvertretung eigentlich von den Sozialrevolutionären entlehnt haben. Es ist kein Zufall, daß die damalige sozialrevolutionäre Presse** die Arbeiten der Otsowisten beifällig zitierte und einer der otsowistischen Literaten zu den Sozialrevolutionären übergegangen ist. Den gleichzeitigen Einfluß dieser beiden ideellen Quellen bemerken wir auch in der ersten antileninistischen Strömung während der Epoche der Diktatur des Proletariats. Die metaphysische Logik des Menschewismus, die Verwandtschaft der politischen Methodologie kommt beispielsweise in folgenden Aufstellungen der linken Kommunisten zum Ausdruck.

a) Entweder reine, unbefleckte, sozialistische Macht, die sofort mit dem Aufbau des Sozialismus beginnt, oder Lossage von der Beteiligung der Macht.

b) Die Arbeiterklasse und die Sowjetmacht stehen sich einander gegenüber. „Das Proletariat auf die Gefahr hinzuweisen“ — schrieben z. B. die Linken —, die dem sozialistischen Charakter der Revolution droht, bewußten Druck des Proletariats auf die Sowjetmacht zu organisieren, den Kampf um das Übergewicht des Proletariats in der Revolution zu führen — das ist die Aufgabe der proletarischen Kommunisten (die Linken betrachteten die Leninisten nicht als solche. N. L.) und dafür kämpfen wir.“ (S. 159, bei Ssorin.)

* Bekanntlich hat Lenin seine Broschüre „Über die Naturalsteuer“ mit einem Zitat aus den grundlegenden Artikeln von 1918 „Über die linken Kindereien und das kleinbürgerliche Wesen“ begonnen.

** Z. B. das Zentralorgan der Sozialrevolutionäre „Snamja Truda“ (Das Banner der Arbeit) u. a.

Es ist nicht schwer, sich zu erinnern, daß die Idee von der Gegenüberstellung des Proletariats gegen die Sowjetmacht die zentrale politische Idee des Menschewismus seit der Oktoberrevolution bis in die letzte Zeit hinein gewesen ist.

c) Dementsprechend finden wir noch ein anderes gemeinsames Moment bei dem linken Kommunismus und dem Menschewismus: die Politik der Partei nach dem Oktober 1917 sei keine Arbeiter- sondern eine Soldatenpolitik.

Aber in einer noch viel verschärfteren Form war diese These seinerzeit das hauptsächlichste politische Leitmotiv bei jedem Auftreten des Menschewismus gewesen. Sowohl in den Artikeln Martows als auch in den Direktiven der menschewistischen Zentrale wurde empfohlen, die Agitation gegen die Sowjetmacht besonders unter der Flagge ihrer „Entlarvung als kleinbürgerlicher Soldatenmacht“ zu führen.

d) Die Gemeinschaft der politischen Methodologie der Linken der Menschewiki zeigte sich auch bei deren Verhältnis zur Bauernschaft. Die Linken verstanden nicht die Mechanik der gegenseitigen Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft in der Epoche der proletarischen Diktatur, begriffen nicht die Unvermeidlichkeit von Zugeständnissen des Proletariats als der herrschenden Klasse, des Hegemonen, denn sie hatten von der eigentlichen Idee der Hegemonie des Proletariats eine verzerrte Auffassung und wiederholten oft nur den Menschewismus. Es ist bekannt, daß im Kampfe gegen den Leninismus der Menschewismus eine ganze Strategie ausarbeitete, die darauf hinauslief, den Bolschewismus von links her, unter der Flagge der Verteidigung der Reinheit der Klasseninteressen des Proletariats, zu kritisieren. Die Keime dieser „reinen Klassenideologie“ finden wir noch bei den „Ökonomen“ der 90er Jahre. Später blüht sie üppig um 1905, als der Menschewismus die Attacke gegen die leninistische Losung der „Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung“ unter der Flagge des „Kampfes gegen den Jaurèsismus“ führt. In den Jahren 1910—12 stellen die Menschewiki (darunter auch die linken Menschewisten) die Losung der Koalitionsfreiheit den leninistischen „drei Säulen“* gegenüber, weil diese angeblich die Aufgaben des Proletariats in allgemeinen demokratischen Losungen „auflösten“. Schließlich hüllten sich die Menschewiki in die Toga der „wahren Klassenvertreter“, in dem sie die Neutralität der Gewerkschaften, die „besonderen“ Interessen des Arbeiters gegenüber der Sowjetmacht verteidigten. Vom Standpunkt dieser Politik erschien die leninistische Taktik, die die Erhaltung der proletarischen Diktatur in einem rückständigen Lande anstrebte, opportunistisch. Aber bei den Linken fanden gerade diese menschewistischen Ideen einen großen Widerhall (natürlich unbewußt). Gerade das Verlangen, hundertprozentige, proletarische Kommunisten zu sein, führte die Linken zu dem Gedanken von dem Interessengegensatz zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, zu dem Gedanken, daß die Interessen der Sowjetmacht und des Proletariats (für den damaligen Augenblick) auseinandergehen. Das war deshalb der Fall, weil sie die Aufgaben des Proletariats, als des Hegemons der anderen Klassen, mit eng zünftlerischen, berufsgewerkschaftlichen Aufgaben verwechselten. Darin sehen wir den Ausgangspunkt für die Fehler der linken Kommunisten und nicht, wie Genosse Ssorin meint, für die „Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft“. (Siehe Ssorin, Seite 183.) Denn diese Unterschätzung der Bauernschaft selbst (natürlich ein gewaltiger Fehler!) war eine Folge des Ersetzens der Aufgaben der Hegemonie durch die Aufgaben engen Nur-Gewerkschaftertums.

e) Endlich muß hervorgehoben werden, daß die Linken auch in ihrer Kritik der leninistischen, ökonomischen Politik wenig Neues brachten. Die Kritik am Staatskapitalismus und unter Gegenüberstellung des Sozialismus, die Agitation gegen die Schaffung der Trusts, gegen

* Nämlich: Demokratische Republik; Achtstundentag; Konfiskation des Gutsherrnbodens. (Im Russ., statt „3 Säulen“, eigentl. „3 Walfische“, auf denen — nach einem russ. Märchen — die Erde ruhe.)

die Heranziehung der Spezialisten, gegen die Einführung der Arbeitsdisziplin — diese Agitation, die unter dem Banner: „Kampf für den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse“ geführt wurde, wurde in der Hauptsache vom Menschewismus proklamiert, der die Sowjetmacht zu einem Zusammenstoß mit der Arbeiterklasse bringen wollte.

In der Ideologie des linken Kommunismus kam auch der Einfluß kleinbürgerlicher Stimmungen zum Ausdruck. Es ist ja bekannt, daß Lenin, bei der Kritik des ökonomischen Programms der Linken schrieb: „Sie offenbaren ihr kleinbürgerliches Wesen eben dadurch, daß sie das kleinbürgerliche Element, den Hauptfeind des Sozialismus bei uns, nicht sehen.“ (Von Lenin gesperrt. Band XV. S. 263, russ.) In dem Bestreben, den Staatskapitalismus, als die Vorstufe des Sozialismus, zu überspringen, zeigte sich zweifellos der Einfluß der utopistischen, kleinbürgerlichen Sozialisten.

Genosse Ssorin zitiert Lenins Charakteristik der linken Kommunisten als „nichtausgetragene“ linke Sozialrevolutionäre. Leider finden wir in der Broschüre keine detaillierte Begründung dieser These. Eine genaue Gegenüberstellung der Erklärungen der linken Kommunisten und der linken Sozialrevolutionäre würde zur Aufklärung des sozialen Druckes auf unsere Partei sehr beitragen.

Der linke Kommunismus war auf diese Weise ein Produkt komplizierter Verflechtung gesellschaftlicher Erscheinungen. Darin kamen die kleinbürgerlichen Einflüsse auf das Proletariat zum Ausdruck, die Stimmungen des beschränkten gewerkschaftlichen Augenblicksinteresses, die Müdigkeit innerhalb der Arbeiterklasse selbst*, die Angst vor den Schwierigkeiten der proletarischen Diktatur in einem rückständigen Lande. Desto eingehender hätte die Schilderung der sozialen Wurzeln des linken Kommunismus sein müssen. Deshalb muß der Versuch des Genossen Ssorin,** den linken Kommunismus (in Anbetracht seiner Agitation für den Krieg) als den Ausdruck des Einflusses der patriotisch gestimmten Spitzen des Kleinbürgertums (z. B. der reichen Bauern, der Kulaken) zu charakterisieren, als mißlungen betrachtet werden: 1. aus dem Grunde, weil Genosse Ssorin selbst als den Hauptirrtum der Linken die Unterschätzung der Rolle des Bauerntums betrachtet, 2. weil der Bauer (sogar der Kulak) nicht geneigt war, den Krieg fortzusetzen, 3. weil die Kampfesstimmung gegen Deutschland eher für bestimmte Kreise der Arbeiterklasse charakteristisch war.

III.

Die Mehrheit der von uns angeführten Fragen ist in dem interessanten Buch des Genossen Ssorin behandelt. Leider ist der Aufbau des Buches so, daß die prinzipiellen Bemerkungen oft in der Darstellung der kleinen historischen Tatsachen ertrinken. Es ist unbedingt notwendig, in der nächsten Auflage den ideellen Zusammenhang zwischen dem linken Kommunismus von 1918 und den späteren Oppositionsströmungen wenigstens kurz anzudeuten, eine Analogie zwischen dem russischen und europäischen Links-Kommunismus durchzuführen, die ideologischen gemeinsamen Wurzeln, die Verwandtschaft der politischen Methodologie des linken Kommunismus mit denen der Menschewiki und der linken Sozialrevolutionäre aufzuspüren; die sozialen Wurzeln dieses linken Kommunismus genauer zu charakterisieren. — Aber auch in seiner ersten Auflage verallgemeinert das Buch des Genossen Ssorin eine große Erfahrung in der Geschichte des Bolschewismus und bietet für den westeuropäischen Kommunisten großes Interesse. Der Leser wird darin eine detaillierte, genau durchstudierte Geschichte des linken Kommunismus von 1918 finden.

* So paradox es auf den ersten Blick auch klingt, aber die Redensarten vom Krieg gegen Deutschland waren eher der Ausdruck der Müdigkeit und der Verzweiflung.

** Darauf wurde bereits in der Presse hingewiesen. (Siehe die Rezension von A. Slepnow in Nr. 9—10 des „Bolschewik“).

1917
UM DEN OKTOBER

Mit Beiträgen von

TROTZKI / SINOWJEW / BELA KUN
STALIN / BUCHARIN / KUUSINEN

327 Seiten

Brosch. 3,— Mark

Gebunden 4,— Mark

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Erstes Halbjahr / Heft 1 bis 6 mit ausführlichem Register und Inhaltsverzeichnis

Preis gebunden 10,— Mark

Einbanddecke und Register gesondert 1,— Mark

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

ENDE AUGUST ERSCHEINT:

Rosa Luxemburg

GEGEN DEN REFORMISMUS

Gesammelte Werke / Band III

Herausgegeben von
C. ZETKIN und A. WARSKI

Eingeleitet und bearbeitet von
PAUL FRÖLICH

AUS DEM INHALT:

Die reformistischen Theorien / Sozialreform oder Revolution?
Probleme des Reformismus und Debatten / Erläuterungen
über die Taktik / Miliz und Militarismus / Reden zur Zoll-
politik / Die Bundesgenossen des Reformismus / Die
reformistische Praxis / Der Ministerialismus in Frankreich
Die süddeutsche Fronde / Das bayrische Wahlkompromiß
Badische Budgetabstimmungen / Das Stichwahlabkommen 1912

Umfang ca. 400 Seiten

Ein Stück des unerblütlichen und unermüdlichen Ringens der genialen revolutionären Führerin gegen Theorie und Praxis des Reformismus ist in diesem Band enthalten. Neben bekannten Veröffentlichungen wie „Sozialreform oder Revolution?“ (deren Text nach der ersten Auflage wieder hergestellt wurde) erschienen eine ganze Reihe von verschollenen, äußerst wichtigen und interessanten Arbeiten Rosa Luxemburgs. In der Einleitung und in Vorbemerkungen zu den einzelnen Abschnitten wird der historische Hintergrund jener Waffengänge der gefallenen Führerin gezeichnet. — In diesen Aufsätzen Rosa Luxemburgs werden scharfe Waffen gegen die reformistische Entartung der Arbeiterbewegung geliefert.

VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGSANSTALTEN
BERLIN SW 61 G. M. B. H. PLANUFER 17

**BUCHDEUCKEREI
GUSTAV ASCHER G. M. B. H.
BERLIN SW 61.**